

MINISTERRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK
- Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte -

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER STATISTIK

DER

DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Folge 2

Inhalt

Seite

Vorwort

I.

Schaffung der Grundlagen für eine sozialistische Statistik

Entwicklung des Statistischen Dienstes der DDR
in den Jahren 1950 - 1955

1- 51

II.

Die Weiterentwicklung der Produktionsstatistik und
der Industrierichterstattung im Zeitraum des
ersten Fünfjahrplanes 1951 - 1955

53- 84

III.

Entwicklung und Organisation der Agrarstatistik
1949 - 1960

85-142

IV.

Schwerpunkte der Investitionsstatistik 1961 - 1970

143-178

V.

Programm und Organisation der Wohnungszählungen
zwischen 1945 und 1961

179-219

VI.

Die Entwicklung der rechen-technischen Basis der
Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik
1945 - 1965

221-229

Detaillierte Inhaltsübersichten zu den einzelnen
Hauptabschnitten sind diesen jeweils vorangestellt.

Vorwort

Die hier vorgelegte Folge 2 setzt die im Vorjahr erstmals erschienenen "Beiträge zur Geschichte der Statistik der Deutschen Demokratischen Republik" fort. Sie wurde entsprechend den in der Einleitung der vorigen Folge genannten Grundsätzen erarbeitet. Dabei machten sich jedoch gewisse Variationen zu der dort genannten Vorgehensweise notwendig, die sich vor allem aus den Hinweisen zur Folge 1 sowie aus den zur Mitarbeit bereiten Autoren für bestimmte Themen ergaben. Insgesamt erwies sich die 1982 vorgenommene Überlegung, die Untersuchungen und Darlegungen in verhältnismäßig lose verbundenen Beiträgen darzustellen, richtig. Im Prinzip wurde auch in der Folge 2 chronologisch nach der in den Ausführungen der Einleitung zu Folge 1 vorgenommenen Periodisierung der Entwicklung der Statistik in der DDR vorgegangen. Allerdings wurde der Zeitraum, der in den jeweiligen Hauptabschnitten abgehandelten thematischen Darlegungen unterschiedlich gewählt (Hauptabschnitt I und II bis 1955, Hauptabschnitt III und IV bis ca. 1970, Hauptabschnitt VI bis 1965 sowie Hauptabschnitt V entsprechend den im Zeitraum zwischen 1945 und 1961 vorgenommenen Wohnungszählungen auf dem Gebiet der DDR). Die im Hauptabschnitt I Schaffung der Grundlagen für eine sozialistische Statistik/Entwicklung des Statistischen Dienstes der DDR in den Jahren 1950 - 1955 dargestellte Problematik der Gesamtentwicklung der Statistik und damit ihres zentralen Organs der Staatlichen Zentralverwaltung bestimmt selbstverständlich auch die Entwicklung aller Teilgebiete der Statistik entscheidend und beeinflusst insofern die Untersuchungen, Darlegungen und Dokumentationen zu diesen Teilen. Die Dokumentationen fanden wiederum ihren Niederschlag in einem Anlageband, wobei jeweils bezogen auf die Ausarbeitungen zu den einzelnen Hauptabschnitten eindeutig hervorgeht, welche Dokumentationen verwandt wurden und Abdruck fanden. Darüberhinaus enthält der Anlageband Hinweise auf weiter vorliegende Dokumente und die vorhandenen Möglichkeiten zu deren Einsicht.

1984 ist vorgesehen, die Gesamtentwicklung der staatlichen Statistik und ihrer Organe bis etwa 1970 (in Fortsetzung zu Haupt-

abschnitt I) weiterzuführen. Auf dem Gebiet der Industriestatistik (zunächst zeitlich noch unbestimmt), der Landwirtschaftsstatistik und der Investitionen ist geplant, abschließende an die Jetztzeit anknüpfende Aussagen zu treffen und auf dem Gebiet der "Rechentechnischen Basis" werden ebenfalls bis etwa Anfang der 80er Jahre führende Darstellungen vorgenommen. Außerdem zeichnet sich bereits heute ab, daß auch die Gebiete "Zentrale Primärdokumentation" (das einzige Gebiet, das ergänzend zu den in der Einleitung umrissenen Untersuchungsbereichen entsprechend der Hinweise zur Folge 1 noch hinzugefügt werden sollte) und "Datenbanken" erstmals Behandlung finden können. Dabei wird weiterhin - wie bereits in dieser Folge - versucht, den Zusammenhang zwischen der Gesamtentwicklung der staatlichen Statistik und ihren einzelnen Gebieten noch deutlicher zu machen. Die Redaktionskommission bedankt sich für diesen und alle weiteren Hinweise zur Fortführung der "Beiträge..." sowie die Mitarbeit vieler Abteilungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik bei der Bearbeitung der vorliegenden Folge.

Die Redaktionskommission

Gerd Füge

Albert Kindelberger

Siegfried Meyrich

I. Schaffung der Grundlagen für eine sozialistische Statistik
Entwicklung des Statistischen Dienstes der DDR in den Jahren
1950 - 1955

1. Die höheren Anforderungen an die Statistik unter den Bedingungen der umfassenden Volkswirtschaftsplanung und der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR...	4
1.1. Rolle und Aufgabenstellung der Statistik in der geplanten Wirtschaft.....	4
1.2. Die für den Aufbau des Sozialismus in der DDR von der Statistik geforderte Wende in ihrer Arbeit.....	6
1.3. Entscheidung für ein zentralisiertes statistisches Organ mit einer umfassenden Verantwortung für die Berichterstattung im Rahmen der Planung der Volkswirtschaft.....	7
1.3.1. Ausdehnung der Verantwortung des Statistischen Dienstes auf die gesamte Berichterstattung zur Kontrolle der Durchführung der Volkswirtschaftspläne.....	8
1.3.2. Klare Abgrenzung zwischen zentraler und fachlicher Berichterstattung.....	11
2. Die wichtigsten organisatorischen Veränderungen des Statistischen Dienstes als Voraussetzung für eine rationelle Lösung der neuen Aufgaben.....	12
2.1. Die Neuorganisation des Statistischen Dienstes 1950...	12
2.2. Probleme der Erfüllung der durch die Planberichterstattung vor allem in den Statistischen Kreisämtern gestiegenen Anforderungen - Lösungswege und Lösungsvorschläge.....	16
2.2.1. Die neue Rolle des Kreisstatistikers.....	16
2.2.2. Die allgemeine Arbeitssituation in den Kreisämtern.....	18
2.2.3. Das Projekt "Bezirksstatistiker".....	20
2.2.4. Kollektive Bemühungen um bessere Arbeitsmethoden.....	21

2.3. Neugliederung des Statistischen Dienstes in Auswirkung des Gesetzes über die weitere Durchführung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR 1952.....	23
2.3.1. Maßnahmen und Probleme bei der Bildung der Bezirksstellen und neuer Kreisstellen.....	24
2.3.2. Aufgaben des Statistischen Dienstes beim Umrechnen territorialer Ergebnisse auf die neuen Territorien als statistische Arbeitsgrundlage für die Räte der Bezirke und Kreise.....	27
3. Maßnahmen und Bemühungen des Statistischen Dienstes zur Erfüllung der an ihn gestellten höheren Anforderungen....	29
3.1. Erweiterung, Verbesserung und Beschleunigung der Planberichterstattung.....	29
3.2. Grundaufgaben zur Verbesserung der Arbeit des Statistischen Dienstes.....	32
3.2.1. Hebung des ideologischen Bewußtseins sowie der marxistisch-leninistischen und fachlichen Bildung als Voraussetzung für eine parteiliche Lösung der sozialökonomischen Aufgabenstellung der Statistik beim Aufbau des Sozialismus.....	33
3.2.2. Engere Zusammenarbeit mit den volkseigenen Betrieben.....	36
4. Aufgaben der SZS und Ergebnisse bei der von Partei und Regierung vor allem zur Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes geforderten Einschränkung und Rationalisierung des statistischen Berichtswesens.....	39
4.1. Ergebnisse der Regulierung des Berichtswesens auf der Grundlage der 1949 eingeführten Genehmigungspflicht.....	39
4.2. Verstärkte Anstrengungen zur Rationalisierung des Berichtswesens in Vorbereitung des IV. Parteitages der SED und in Durchführung seiner Beschlüsse.	41
4.2.1. Überprüfung des statistischen Berichtswesens der Ministerien durch die SZS.....	42
4.2.2. Rationalisierung des zentralen staatlichen Berichtswesens der SZS.....	43
4.2.3. Verordnung über die Regelung und Kontrolle des Berichtswesens in der DDR vom 28. Mai 1954.....	45

4.3. Ergebnisse der Rationalisierungsmaßnahmen der Jahre 1954 und 1955.....	46
5. Erreichter Stand und Vorbereitung auf die kommenden Aufgaben.....	48

Autor: Albert Kindelberger

Quellen:

Monatszeitschrift "Statistische Praxis", insbesondere Jahrgänge
1950 bis 1955

Gesetzblatt der DDR 1949 bis 1955

Archiv der SZS, insbesondere zu den Abschnitten 2.2., 2.3.
(Zugangsnummer 834) und den Anlagen I/7 u.8 (Struktur- und
Stellenpläne der SZS)

Persönliche Unterlagen und Recherchen

1. Die höheren Anforderungen an die Statistik unter den Bedingungen der umfassenden Volkswirtschaftsplanung und der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR

Je stärker im Laufe der Entwicklung der DDR die Wirtschaftsplanung die gesellschaftlichen, insbesondere die ökonomischen Prozesse regelte und bestimmte, desto umfassender wurden auch die Aufgaben der Statistik. Sie wurde zu einer immer bedeutsameren Quelle für die Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne und zu einem wichtigen Mittel für die Kontrolle der Durchführung der Pläne und ihre Abrechnung. Von der Arbeit der statistischen Dienststellen hingen wesentlich die richtige Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, die Ausrichtung der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft und die rechtzeitige Beseitigung von Störungen und fehlerhaften Entwicklungen ab. Entscheidende Voraussetzungen dafür waren rechtzeitige und objektive Informationen seitens der Statistik für die Leitungs- und Planungsorgane.

1.1. Rolle und Aufgabenstellung der Statistik in der geplanten Wirtschaft

Auf einer vom Ministerium für Planung am 4. September 1950 in Berlin durchgeführten Konferenz von Planern aus Ministerien, zentralen Vereinigungen und Wirtschaftsleitungen ging in seinem Referat der damalige Staatssekretär Bruno Leuschner auch auf die Rolle der Statistik im System der Wirtschaftsplanung ein und betonte dabei:

"Es ist notwendig, sich darüber klarzuwerden, daß das Neue in der Statistik nicht nur, und nicht einmal in erster Linie, darin besteht, daß nun mehr Gebiete in die statistische Erfassung einbezogen werden, die vorher vernachlässigt und als nicht wesentlich betrachtet wurden, sondern daß das Entscheidende in dem neuen Inhalt und der Rolle der Statistik besteht. Es ist also nicht so sehr die quantitative Ausbreitung als die qualitative Veränderung der Arbeiten, die das wesentlich Neue darstellen." ("Statistische Praxis" 1950/9, Seite 153)

Und grundsätzlich zur neuen Rolle der Statistik nahm Bruno Leuschner - inzwischen war das Ministerium für Planung in Staat-

liche Plankommission umbenannt worden, und Leuschner war jetzt erster Stellvertreter des damaligen Vorsitzenden Heinrich Rau - auf einer Belegschaftsversammlung des Statistischen Zentralamtes im April 1951 Stellung. Er führte dabei u. a. folgendes aus:

"Ausgangspunkt für die Aufgabenstellung der Statistik in den kommenden Jahren ist die Tatsache, daß eine solch umfassende Planung, wie sie sowohl der Fünfjahrplan als auch der Volkswirtschaftsplan 1951 darstellen, nicht mit der primitiven Planungstechnik durchgeführt werden kann, deren wir uns mangels Erfahrung in früheren Jahren bedienen mußten. Mit der Fertigstellung des Volkswirtschaftsplanes 1951 und der Ausarbeitung des Fünfjahrplanes ist die Planung auf eine höhere Stufe gestellt worden. Damit wird gleichzeitig die Statistik nicht nur zu einem Hilfsmittel unserer Wirtschaftspolitik oder der Wirtschaftsplanung schlechthin, sondern zum entscheidenden Instrument für die Planung, sowohl bei der Aufstellung als auch bei der Durchführung des Planes. In unserer neuen demokratischen Ordnung kommt der Statistik eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie wird zum wichtigsten Instrument, ohne das eine wissenschaftliche Planung der gesamten Volkswirtschaft undenkbar ist. ... Die Statistik hat die Aufgabe, den gesamten Volkswirtschaftsplan abzurechnen. Entscheidende Voraussetzung für eine qualifizierte Arbeit des Statistikers ist die Konzentration auf die Hauptaufgaben!"
("Statistische Praxis" 1951/5, Seite 77)

Den Hauptmangel in der damaligen statistischen Arbeit sah Bruno Leuschner darin, daß die Statistik nur über die Ergebnisse bestimmter Planteile Auskunft geben konnte. Er forderte: "Müßte nicht das Statistische Zentralamt den Volkswirtschaftsplan in seiner Gesamtheit abrechnen, und zwar so rechtzeitig, daß die entsprechenden Stellen noch wirksame Maßnahmen für die Behebung auftretender Schwierigkeiten einleiten können? In der schnellen und qualifizierten Berichterstattung liegt eine wichtige Aufgabe, die die Statistiker unbedingt erfüllen müssen. ... Jede Quartalsabrechnung des Volkswirtschaftsplanes muß wissenschaftlich analysiert sein. Ohne eine solche Analyse ist der Quartalsbericht für den Planer unbrauchbar. Hierbei ist die Zusammenarbeit der Statistiker und der Planer unbedingt erforderlich." (a.a.O.)

Gleichzeitig forderte er, "die letzten Überbleibsel kapitalistischer Verschleierungstendenzen in der Statistik nunmehr bei Be-

ginn des Fünfjahrplanes auszumerzen. Bei uns sind in Resten immer noch kleinbürgerliche und rückschrittliche Auffassungen erhalten, die bei statistischen Ermittlungen falsche oder gedankenlos geschätzte Angaben zulassen, wenn man sie als vorteilhaft für den Befragten erachtet oder glaubt, bei einer exakten, wissenschaftlich fundierten Berichterstattung den gestellten Termin nicht einhalten zu können. Aber auch in den Fällen, in denen Termine überschritten werden, ist die Berichterstattung nicht qualifiziert genug." (a.a.O.)

1.2. Die für den Aufbau des Sozialismus in der DDR von der Statistik geforderte Wende in ihrer Arbeit

Als ausgehend vom erreichten Stand der politischen und ökonomischen Bedingungen sowie des Bewußtseins der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen die II. Parteikonferenz der SED am 12. Juli 1952 den Aufbau des Sozialismus in der DDR zur grundlegenden Aufgabe erklärte, entstanden höhere Anforderungen an die Arbeit der Statistik. Ihre Erfüllung erforderte eine entscheidende Wende in der statistischen Arbeit. Die Statistik hatte sich - vereinfacht ausgedrückt - bisher im wesentlichen darauf beschränkt, Tatsachen aufzuzählen, die Erscheinungen und Entwicklungen auf den verschiedensten Gebieten in Zahlen auszudrücken, ohne sie umfassend genug in ihrem Zusammenhang und in ihren wechselseitigen Beziehungen zu betrachten. Diese metaphysische Methode wurde damals als die Hauptschwäche in der bisherigen statistischen Arbeit herausgestellt. Ihre Überwindung und Verdrängung durch die dialektisch-materialistische Methode wurde von der Partei als die wichtigste Aufgabe bezeichnet.

Bei der Untersuchung der Erfüllung der Produktionspläne der Industrie beispielsweise hatte sich die Statistik im allgemeinen darauf beschränkt, festzustellen, inwieweit der Plan der Industrie insgesamt und in seiner Unterteilung nach Plangruppen und Territorien erfüllt wurde, ohne zu untersuchen, welche Faktoren die Erfüllung wann und wo behinderten oder förderten. Auch wurde zu einseitig auf die alleinige Abrechnung der Produktionsziele orientiert, statt das gesamte Betriebsgeschehen in seiner Wechselwirkung von Produktion, Arbeitsproduktivität, Materialverbrauch und Selbstkostenentwicklung zu untersuchen.

Das für die Industrie Gesagte gilt in ähnlichem Maße auch für alle anderen Gebiete. So wurden in der Landwirtschaftsstatistik einzelne Erhebungen und Zählungen zu schematisch durchgeführt und formal ausgewertet. Dabei hatte man zwar im Laufe der Jahre durch verbesserte Erfassungsmethoden auf vielen Gebieten exaktere Ergebnisse erreicht, kam jedoch nicht über ein gewisses "buchhalterisches Denken" hinaus und gelangte daher zu einer ungenügenden Gesamtschau der politisch-ökonomischen Entwicklung der Landwirtschaft.

Im ganzen mangelte es an einer konsequenten und systematischen Orientierung der Statistik in ihrer Gesamtheit auf die wirtschafts-politischen Zielsetzungen. Das hatte nach damaliger Einschätzung seine Hauptursache in einer insgesamt ungenügenden Kenntnis und Anwendung des Marxismus-Leninismus, insbesondere der Politischen Ökonomie, bei den Mitarbeitern des statistischen Apparates, in ideologischen Mängeln und in einer gewissen Isoliertheit von den politischen Tagesaufgaben.

1.3. Entscheidung für ein zentralisiertes statistisches Organ mit einer umfassenden Verantwortung für die Berichterstattung im Rahmen der Planung der Volkswirtschaft

Die genannten Veränderungen in der Rolle und Aufgabenstellung der Statistik, die an ihre Arbeit gestellten neuen Anforderungen warfen mit dem Beginn der Planung die Frage nach einer ihnen entsprechenden Organisationsform des statistischen Dienstes der DDR auf. Dabei gingen Parteiführung und Regierung von vier Grundprinzipien aus, der engen Verbindung mit der Planung, der sachlichen Zusammenfassung aller Zweige der Statistik in einer Verwaltung, einer einheitlichen Durchführung der statistischen Aufgaben im Gesamtgebiet der Republik und der Sicherung einer objektiven, von "fremden Einflüssen freien" Berichterstattung.

Die enge Verbindung zwischen Planung und Statistik war bereits durch die 1949 erfolgte Eingliederung des Statistischen Zentralamtes in das Ministerium für Planung wesentlich beeinflusst worden. Bei der Durchsetzung der anderen Grundprinzipien kamen Partei und Regierung zu der Entscheidung, daß das gesamte System der Statistik zentralisiert und das Berichtswesen nach einheitlichen Methoden, Nomenklaturen und Formblättern organisiert werden muß. Entsprechend

beschloß die Regierung am 16. Februar 1950 die im Abschnitt 2.1. näher erläuterte Verordnung über die Neuorganisation des statistischen Dienstes, deren Kernbestimmung die Zentralisierung der statistischen Organe war, die Unterstellung der Landes- und Kreisämter unter die Weisungen einer zentralen Stelle, des Statistischen Zentralamtes im Ministerium für Planung, ihre Herauslösung aus der Weisungsbefugnis der Landesregierungen bzw. Kreisverwaltungen. (Anlage I/1)

Die "Verwaltungsreform" des Jahres 1952 hat an diesem Grundprinzip, der Existenz eines straff organisierten zentralgeleiteten statistischen Apparates nichts geändert, hat aber durch die Bildung von Bezirken und analog von statistischen Bezirksstellen sowie durch die Erhöhung der Zahl der Kreise und analog der statistischen Kreisstellen den statistischen Apparat näher an die Betriebe und Gemeinden - die Berichtspflichtigen - gerückt und damit die Arbeitsbedingungen wesentlich verbessert.

1.3.1. Ausdehnung der Verantwortung des statistischen Dienstes auf die gesamte Berichterstattung zur Kontrolle der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes

Wie bereits zum Ausdruck gebracht, wurden Umfang und Inhalt der Arbeit des statistischen Dienstes ab 1950 entscheidend durch die Volkswirtschaftsplanung bestimmt. Im Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1950 vom 20. Januar 1950 wurde in dessen § 20 die Verantwortlichkeit des Ministeriums für Planung, dem ja das Statistische Zentralamt unterstellt war, für eine operative Kontrolle aller Teile des Planes festgelegt. An der dazu erforderlichen Berichterstattung waren neben dem Statistischen Zentralamt die fachlich zuständigen Ministerien beteiligt. Eine Reihe von Erhebungen, z. B. die Industrierichterstattung, die großen landwirtschaftlichen Erhebungen, die Arbeitskräfteberichterstattung, die Investitionsberichterstattung und die Erhebung über die Selbstkosten der volkseigenen Industriebetriebe, führte das Statistische Zentralamt durch, wobei die fachlich zuständigen Ministerien in unterschiedlich starkem Maße beteiligt waren. Auf anderen Gebieten, z. B. im Gesundheitswesen und bei der Kontrolle des Planes über die kulturelle Entwicklung, lag die Berichterstattung im wesentlichen ganz bei den fachlich zuständigen Ministerien.

Schließlich gab es auch Gebiete, wie z. B. beim Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen, bei denen die Plankontrolle auf der Grundlage der innerbetrieblichen operativen Meldungen der einzelnen Verkehrsträger und Institutionen erfolgte. Für alle im Rahmen der Kontrolle der Plandurchführung durchzuführenden Berichterstattungen wurde jedoch ausdrücklich eine Kontroll- und Koordinierungsfunktion für das Statistische Zentralamt festgelegt; auch alle Änderungen der sog. fachlichen Berichterstattungen bedurften seiner Zustimmung.

Am 15. Februar 1951 faßte der Ministerrat den "Beschluß über die statistische Kontrolle der Durchführung der Volkswirtschaftspläne" (Anlage I/3). Danach hatte diese Kontrolle durch die "zentrale (staatliche) Berichterstattung des Statistischen Dienstes und die fachliche und fachlich-operative Berichterstattung der Ministerien und Verwaltungsstellen" der DDR zu erfolgen. Zur Sicherung einer einheitlichen Methodik und zuverlässiger statistischer Informationen über die Durchführung der Volkswirtschaftspläne legte der Beschluß fest, daß das gesamte fachliche und fachlich-operative Berichtswesen den methodischen Weisungen des Statistischen Zentralamtes unterliegt, daß außerdem das Statistische Zentralamt die Ergebnisse der fachlichen und fachlich-operativen Berichterstattung, die verantwortlich durch die entsprechenden Ministerien bzw. Verwaltungen durchzuführen war, überprüfen kann und sie ihm dazu entsprechend den festgelegten Terminen zu übermitteln sind.

Der Beschluß bestimmte außerdem, daß eine Veröffentlichung statistischer Ergebnisse nur mit Zustimmung des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission erfolgen kann. Für den Dienstgebrauch sollten die Landesergebnisse den Ministerpräsidenten und den Hauptabteilungen Wirtschaftsplanung der Länder, die Kreisergebnisse den Landräten und Abteilungen für Planung der Kreise zur Verfügung gestellt werden. Über die interne Weitergabe der Materialien innerhalb ihrer Dienstbereiche entschieden die Ministerpräsidenten bzw. Landräte selber.

Dem Beschluß vom 15. Februar 1951 gingen eingehende Diskussionen um die zukünftige Gestaltung des gesamten statistischen Berichtssystems voraus. Dabei gab es sowohl energische Verfechter einer

Auffassung, alle Statistiken und Berichterstattungen zum Volkswirtschaftsplan von den statistischen Ämtern selber durchführen zu lassen, als auch des Standpunktes, die gesamte Berichterstattung zum Volkswirtschaftsplan auf die Fachministerien zu übertragen - eine Diskussion, die Ende 1952 nochmals in anderem Zusammenhang auftrat. Für 1951 hatte man sich jedenfalls, insbesondere auch im Erfahrungsaustausch mit der sowjetischen Statistik, entschieden - und diese Entscheidung hat sich bis heute als die richtige erwiesen -, daß dem statistischen Dienst alle Statistiken und Erhebungen vorbehalten bleiben, denen eine gesamtwirtschaftliche Bedeutung zukommt und deren Ergebnisse über einen engeren Fachbereich hinaus Aufschluß über die volkswirtschaftliche Gesamtentwicklung geben. In der Regel sollte für deren Durchführung auch der statistische Dienst selber verantwortlich sein, und nur in Ausnahmefällen sollten aus Zweckmäßigkeitsgründen Zahlengewinnung und -aufbereitung durch die Fachdienststellen erfolgen. Allein in der Verantwortung der Fachministerien sollte die sogenannte fachliche und fachlich-operative Statistik liegen, d.h. alle Statistiken und Berichterstattungen, die für die spezielle Leitungs- und Kontrolltätigkeit des betreffenden Fachorgans erforderlich waren. Diese alleinige Verantwortung erstreckte sich allerdings nur auf die Durchführung, denn die Entscheidung über die Notwendigkeit und Zulässigkeit lag ja bereits seit der Anordnung über die Genehmigungspflicht vom 21. September 1949 beim Statistischen Zentralamt, das hinsichtlich der Fragebogengestaltung und der technischen und organisatorischen Abwicklung auf die fachliche Berichterstattung Einfluß nahm sowie den Umfang des Berichtswesens einzudämmen versuchte. Während aber die Anordnung vom 21. September 1949 über die Genehmigungspflicht lediglich die Voraussetzung für eine Regulierung des Berichtswesens durch eine zentrale Stelle schuf, sprach der Ministerratsbeschuß vom 15. Februar 1951 dem Statistischen Zentralamt eine mitbestimmende Rolle in allen Fragen der Statistik zu, sei es innerhalb des statistischen Dienstes, in den Fachorganen oder in den Betrieben und anderen volkseigenen Organisationen.

1.3.2. Klare Abgrenzung zwischen zentraler und fachlicher
Berichterstattung

In Vorbereitung des genannten Beschlusses wurden bereits Ende 1950 Schritte hinsichtlich einer organisatorischen Abgrenzung zwischen staatlicher (zentraler) und fachlicher Berichterstattung vorgenommen, vor allem, um den statistischen Apparat zu entlasten und seine Tätigkeit auf die mit der Volkswirtschaftsplanung verbundenen neuen Aufgaben zu konzentrieren. Es kam zu größeren Verlagerungen von statistischen Arbeiten vom Statistischen Zentralamt zu den Fachministerien (und in geringerem Umfang auch umgekehrt). Der größte "Brocken" war dabei die Abgabe der damals als Finanzstatistik bezeichneten Sachgebiete (Statistik der öffentlichen Finanzen, des Personalbestandes und der Personalausgaben, der Steuereinnahmen sowie des Geld- und Kreditwesens) an das Ministerium der Finanzen. Aber auch auf anderen Gebieten gab es umfangreiche Veränderungen der Zuständigkeit, so gingen die Kriminalstatistik an das Ministerium für Justiz, die schulstatistischen Erhebungen an das Ministerium für Volksbildung, die spezifisch-fachlichen Erhebungen der Landwirtschaft an das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (darunter die Landmaschinen- und Schlepperzählung, die Gärfutterbehältererhebung, die Eier-, Wolle- und Honigertragserhebung sowie der Bericht über den Verlauf der Bereitstellung, der Abfuhr und des Verkaufs von Waldprodukten) usw.

2. Die wichtigsten organisatorischen Veränderungen des Statistischen Dienstes als Voraussetzung für eine rationelle Lösung der neuen Aufgaben

Zwei Anfang der fünfziger Jahre beschlossene Maßnahmen haben die Grundlage für die heutige territoriale Struktur der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik geschaffen und waren damit entscheidende organisatorische Voraussetzungen für den Aufbau einer sozialistischen Statistik in der DDR:

Erstens: Die "Verordnung über die Neuorganisation des Statistischen Dienstes" vom 16. Februar 1950. Sie schuf ein zentralisiertes statistisches Organ. Die Statistischen Landes- und Kreisämter wurden aus den Landes- bzw. Kreisverwaltungen herausgelöst und dem Statistischen Zentralamt unmittelbar unterstellt. (Anlage I/1)

Zweitens: Das "Gesetz über die weitere Durchführung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in der Deutschen Demokratischen Republik" vom 23. Juli 1952. Auf seiner Grundlage wurde die sog. "Verwaltungsreform" durchgeführt. Sie vollzog eine Neugliederung der Republik in 14 Bezirke und 217 - statt bisher 140 - Kreise. Die Statistischen Landesämter wurden aufgelöst, statistische Bezirksstellen gebildet und die Zahl der statistischen Kreisstellen wesentlich erweitert. (Das "Hauptamt Statistik des Magistrats von Groß-Berlin" blieb auch nach der Neuorganisation des Statistischen Dienstes der DDR zunächst unmittelbares Organ des Magistrats und war der Magistratsabteilung Wirtschaft unterstellt.)

2.1. Die Neuorganisation des Statistischen Dienstes der DDR 1950

Die §§ 1 und 2 der Verordnung über die Neuorganisation des Statistischen Dienstes bestimmten, daß er auf dem Gebiet der Lenkung und Instruktion der statistischen Arbeiten, der Schulung, Auswahl und Verteilung des Personals sowie der Aufgaben für den Unterhalt der statistischen Organe und für die Durchführung einmaliger statistischer Arbeiten zentral zusammenzufassen ist und die statistischen Landesämter und Kreisämter ausschließlich nach den Weisungen des Statistischen Zentralamtes im Ministerium für Planung arbeiten.

Die am 25. April 1950 gemeinsam von den Ministern für Planung und für Inneres erlassene 1. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Neuorganisation des statistischen Dienstes (Anlage I/2)

legte fest: "Der Statistische Dienst umfaßt das Statistische Zentralamt, die Statistischen Landesämter, die Statistischen Kreisämter, außerdem auch die Statistischen Ämter der kreisfreien Städte". Daß letztere hier besonders erwähnt wurden, hatte seine Ursache in der besonderen Situation der Städtestatistik. Die Verbundenheit der statistischen Ämter der kreisfreien Städte mit den übrigen Zweigen der örtlichen Selbstverwaltung war vielfach so stark, daß der praktische Vollzug der Verordnung darauf Rücksicht nehmen mußte und eine besondere Behandlung notwendig machte ("Statistische Praxis" 1950/3 Seite 35).

Mitte 1950 gab es neben den 5 Statistischen Landesämtern und dem genannten Hauptamt Statistik Berlins folgende Anzahl von Statistischen Kreisämtern und Statistischen Ämtern von Städten:

Land	Stat. Kreisämter	Stat. Ämter von Städten
Brandenburg	21	2
Mecklenburg	20	4
Sachsen-Anhalt	30	4
Sachsen	28	6
Thüringen	21	4
Zusammen	120	20

Selbstverständlich konnte die Herauslösung der Statistischen Landes- und Kreisämter aus den regionalen Verwaltungen nicht bedeuten, daß nun auf die Informationsbedürfnisse der regionalen Verwaltungen keine Rücksicht mehr genommen zu werden brauchte. § 2 der Verordnung bestimmte ausdrücklich, daß "die statistischen Arbeiten (Planberichterstattung) der Statistischen Landes- und Kreisämter, die den übergeordneten statistischen Organen mitgeteilt werden, ... jeweils auch den Ministerpräsidenten der Landesregierungen und den Landräten zu übermitteln" sind. Nach Auffassung des Statistischen Zentralamtes war gerade ein unabhängiger und starker statistischer Dienst am besten in der Lage, diesen Instanzen ein zuverlässiges und geschlossenes Bild des wirtschaftlichen Ablaufs in ihrem Territorium zu vermitteln. Auch könnte "eine einheitliche (statistische) Verwaltung wertvolle Anregungen einer regionalen Dienststelle auf einer viel breiteren Ebene verwirklichen, als es

bei einer Zersplitterung der Organisation" möglich war. (a.a.O.)

Der § 2 der Verordnung bestimmte ferner, daß die Ministerpräsidenten der Landesregierungen und die Landräte die Dienstaufsicht über die Statistischen Ämter ausüben. Die 1. Durchführungsbestimmung zur Verordnung betonte dabei ausdrücklich, daß sich dieses Recht der Dienstaufsicht auf die Überwachung der Disziplinarordnung "erstreckt und beschränkt". Bei wiederholten oder schwerwiegenden disziplinarischen Verstößen seitens Angestellter der Statistischen Ämter war durch den Dienstaufsichtführenden die vorgesetzte statistische Dienststelle zu benachrichtigen, bei der ausschließlich die Befugnis für notwendige Maßnahmen lag, es sei denn, daß die Schwere eines Falles eine sofortige örtliche Regelung notwendig machte.

Mit der Zentralisierung war als wichtiger Punkt eine größere Selbständigkeit des statistischen Dienstes auf dem Gebiet der Kaderpolitik und Kaderschulung verbunden (§§ 3 und 4 der Verordnung). Die Einstellung, Abordnung, Versetzung oder Entlassung des Personals erfolgte jetzt allein durch den statistischen Dienst und nicht mehr durch die Landesregierung bzw. Kreisverwaltung. Damit waren die Voraussetzungen für eine zweckentsprechende regionale Verteilung der Fachkräfte des statistischen Dienstes gegeben und "für die restlose Durchsetzung fachlicher Gesichtspunkte bei der Auswahl". Nach Punkt 11 der 1. Durchführungsbestimmung hatte durch die Personalabteilungen der Landesregierung bzw. Stadt- oder Kreisverwaltung eine Überprüfung der Einzustellenden unter personalpolitischen Gesichtspunkten zu erfolgen. Die Leiter der statistischen Landesämter und ihre Stellvertreter wurden nach § 3 der Verordnung durch den Minister für Planung eingestellt oder entlassen, die Referenten der Statistischen Landesämter, die Kreisstatistiker und ihre Stellvertreter durch den Leiter des Statistischen Zentralamtes.

Im Zusammenhang mit den kaderpolitischen Regelungen bestimmte § 6 der Verordnung: "Die offenen Stellen für leitende und mittlere Angestellte im Statistischen Zentralamt sind durch qualifizierte Fachkräfte zu besetzen. Die gegenwärtig in den Fachministerien der DDR, den Länderregierungen und in Betrieben beschäftigten Fachkräfte sind durch das Statistische Zentralamt in einer Liste zu-

sammenzufassen. Der Minister für Planung wird ermächtigt, nach Bestätigung der Liste durch den Ministerrat die in dieser Liste aufgeführten Personen zur Einstellung im statistischen Dienst zu berufen".

Die neuen kaderpolitischen Regelungen ermöglichten jetzt der Statistik, eine perspektivische Kaderplanung und systematische Kaderschulung. Eine wichtige Voraussetzung dafür wurde die Bildung eines Planökonomischen Instituts beim Ministerium für Planung, aus der die heutige Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst hervorgegangen ist. Außerdem wurde die Einrichtung spezieller Lehrgänge und Klassen bei der Deutschen Verwaltungsakademie vorgesehen sowie von Schulungseinrichtungen und -maßnahmen innerhalb der Statistischen Ämter selbst. § 4 der Verordnung bestimmte u. a., daß die Abteilungen Personalpolitik und Schulung bei den Landesregierungen den statistischen Apparat bei der politischen Qualifizierung seiner Mitarbeiter besonders zu unterstützen haben.

Die übrigen §§ der Verordnung über die Neuorganisation des statistischen Dienstes regelten u. a. die finanzielle Seite der Zentralisierung (§ 8 sowie nähere Ausführungen dazu in der 1. Durchführungsbestimmung) und die Anwendung der Wirtschaftsstraßverordnung gegen Angestellte des statistischen Dienstes, "die vorsätzlich oder fahrlässig eine systematische Entstellung des Berichtsmaterials zulassen und damit eine planvolle Lenkung der Volkswirtschaft stören" (§9). Ferner enthielt die Verordnung (§ 7) die Bestimmung: "Das Ministerium für Planung, Statistisches Zentralamt, führt die Ermittlung der Ernteerträge durch".¹⁾

¹⁾ Daß in eine Verordnung, die eine Reorganisation des statistischen Dienstes im allgemeinen zum Gegenstand hatte, als spezielles Gebiet die Erntestatistik in ihre Regelungen einbezog, erklärt sich nur aus der damals besonderen Unzufriedenheit über die wenig zuverlässigen Ergebnisse der Ernteertragsermittlung. (Vgl. dazu die Ausführungen ab Seite 68 der 1. Folge der "Beiträge zur Geschichte der Statistik der DDR"). Deshalb verpflichtete auch der § 7 den Minister für Planung im Laufe eines Monats die "Bestimmungen über die Regelung zur Ermittlung der Ernteerträge ... auszuarbeiten." Das geschah mit der 2. Durchführungsbestimmung vom 7. Juni 1950 zur Verordnung über die Neuorganisation des statistischen Dienstes vom 16. Februar 1950, die nur Bestimmungen zur Erntermittlung enthält. (Siehe auch Abschnitt "Landwirtschaftsstatistik" der vorliegenden Folge)

2.2. Probleme der Erfüllung der durch die Planberichterstattung vor allem in den Statistischen Kreisämtern gestiegenen Anforderungen - Lösungswege und Lösungsvorschläge

2.2.1. Die neue Rolle des Kreisstatistikers

Die Neuorganisation des statistischen Dienstes änderte Rolle und Aufgabe des Kreisstatistikers, wie offiziell die Leiter der Statistischen Kreisämter genannt wurden, grundlegend. Zuletzt war der Kreisstatistiker innerhalb der damaligen Abteilung Planung, Materialversorgung und Statistik (Plamasta) der Kreisverwaltung Leiter des Referats Statistik gewesen und konnte sich hier fast ausschließlich den rein fachlich-statistischen Aufgaben widmen. Die Verordnung vom 16. Februar 1950 stellte ihn jetzt vor neue Aufgaben. Er war nunmehr verantwortlicher Leiter einer selbständigen Dienststelle innerhalb des statistischen Apparates, der nicht nur Verantwortung für sein Amt in fachlicher, sondern auch in politischer, personeller und verwaltungsmäßiger Hinsicht trug. War es bisher das Personalamt der Kreisverwaltung, das seine Mitarbeiter auswählte und einstellte, war das jetzt seine eigene Aufgabe. Er hatte auf der Grundlage des Stellenplanes für jede Arbeit den richtigen Sachbearbeiter auszuwählen und die Arbeit des Kreisamtes entsprechend den ihm zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln materiell zu sichern.

Wenn man das berücksichtigt und gleichzeitig das im Rahmen der Berichterstattung über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1950 gewachsene Arbeitsvolumen, wozu noch die Vorbereitung der Volks- und Berufszählung im gleichen Jahr kam, wird verständlich, daß die richtige Besetzung der Kreisämter mit Leitern, die allen diesen Aufgaben gewachsen waren, die Statistischen Landesämter vor erhebliche kaderpolitische Probleme stellte und auch das Statistische Zentralamt sich jetzt energischer mit der Arbeit in seiner untersten Ebene befassen mußte. Vor allem galt es, die Erfahrungen der besten Kreisstatistiker zur Hebung des allgemeinen Niveaus der statistischen Arbeit in den Kreisen zu nutzen und den Kreisstatistiker dadurch in seinem Verantwortungsbewußtsein zu stärken, daß man ihn enger in die Bemühungen um die Arbeitsverbesserung im gesamten statistischen Apparat einbezog.

Noch im ersten Quartal 1950 wurden Vorbereitungen getroffen, um

durch Kreisstatistikerausschüsse auf der Landesebene und einen kreisstatistischen Beirat in Berlin die organisatorischen Formen hierfür zu schaffen. (Die vorausgegangenen Organe gleichen Namens, die Kreisstatistikerausschüsse im Land Sachsen, waren in erster Linie eine organisatorische Zusammenfassung von Kreisstatistikern zu Schulungszwecken, gleich den in Sachsen-Anhalt bestandenen Kreisstatistiker-Arbeitsgemeinschaften.)

Die jetzt für alle Länder zu bildenden Kreisstatistikerausschüsse sollten eine Zusammenfassung der besten Kreisstatistiker des Landes sein, von denen alle statistischen Aufgaben auf der Kreisebene zu behandeln waren. Die Ausschüsse sollten dabei Vorschläge erarbeiten und dem Zentralamt zur Prüfung einreichen. Ein Vertreter jedes Kreisstatistikerausschusses sollte im Kreisstatistikerbeirat in Berlin an den vorbereitenden organisatorischen Vorbesprechungen anlässlich größerer Zählungen und Erhebungen des Zentralamtes beratend teilnehmen.

Ende 1950 wurde seitens des Zentralamtes eingeschätzt, daß bis dahin die Ausschüsse in den Ländern Sachsen-Anhalt und Brandenburg sich am besten bemüht hatten, ihren Aufgaben gerecht zu werden. In Thüringen trat der Ausschuß erst im Oktober erstmalig zusammen, in Sachsen erst im November. In Sachsen, wo man im Statistischen Landesamt zunächst glaubte besser zu fahren, wenn man die vorgenannten Aufgaben den bereits eingesetzten Instruktёuren des Landesamtes übertrug, ging man schließlich zur Bildung von Kreisstatistikeraktivs über, deren Mitglieder nach einem sog. Aktivistenplan arbeiteten, der jedem Mitglied die Lösung einer bestimmten Aufgabe übertrug.

Womit befaßten sich die Ausschüsse? Alle mit der zentral aus Berlin gestellten Aufgabe der Ausarbeitung eines Aktenplanes für die Kreisämter, die Ausschüsse für Sachsen-Anhalt und für Brandenburg außerdem mit der Einrichtung einer "Kreis-Mappe", die Ausschüsse für Sachsen-Anhalt und für Thüringen zudem mit dem Bewertungssystem für einen Leistungswettbewerb. Die Wirksamkeit des Kreisstatistikerbeirats beim Statistischen Zentralamt in Berlin war vor allem dadurch erheblich eingeschränkt, daß er vielfach erst dann in die Vorbereitung neuer Erhebungen einbezogen werden konnte, als es bereits zu spät für die umfassende Nutzung seiner Verbesserungsvorschläge war.

2.2.2. Die allgemeine Arbeitssituation in den Kreisämtern

Die starke Ausweitung der im Interesse der Plankontrolle für notwendig gehaltenen Berichterstattung und die damit vor allem in der Kreisebene für den statistischen Dienst auftretenden Probleme führten 1951 zu eingehenden Beratungen in der Leitung des Statistischen Zentralamtes. Dabei ging sie von folgender Einschätzung aus:

1. Der Apparat des statistischen Dienstes ist zur Erfüllung seiner Aufgaben, in deren Mittelpunkt die Plankontrolle steht, gezwungen, laufend Hilfskräfte - durchschnittlich 6 je Kreisstelle - ohne genügende Qualifikation einzustellen. ¹⁾
2. Ein Teil der ständigen Arbeitskräfte ist gezwungen, diese Hilfskräfte anzuleiten und vernachlässigt dadurch seine eigentlichen Aufgaben.
3. Die Qualität des statistischen Materials ist "teilweise derart fehlerhaft und unzureichend, daß die Ergebnisse einzelner Berichte für die Planung von zweifelhaftem Wert sind". Bei der Aufbereitung treten "ungeheuer viel Fehler" auf, die bei der relativen Größe der Einzugsgebiete der Statistischen Kreisämter umständliche und zeitraubende Rückfragen erforderlich machen.
4. Die Aufbereitungskräfte sind ungenügend mit dem Material vertraut und arbeiten rein schematisch.
5. Durch Mobilisierung "auch der letzten Arbeitskräfte für die Wirtschaft" wird der Personenkreis, aus dem Hilfskräfte für den statistischen Dienst gewonnen werden können, immer kleiner. Es muß auf wenig geeignete Kräfte ausgewichen werden.
6. Der Gesamtapparat der Statistischen Kreisämter ist überbelastet. Es ist daher keine Zeit für eine ausreichende operative Arbeit mit den Gemeinden und Betrieben vorhanden. Deren Unterrichtung und Anleitung ist mangelhaft.

1) Am 21. Juni 1951 verfügte der statistische Dienst über 2 850 Planstellen, davon 955 des Statistischen Zentralamtes, 735 der Statistischen Landesämter (durchschnittlich 147 je Landesamt) und 1 160 der Statistischen Kreisämter (durchschnittlich 9 je Kreisamt).

7. Die Aufbereitung in den Kreisämtern ist zu zeitraubend, die Ergebnisse kommen für eine operative Kontrolle der Plandurchführung zu spät zum Landesamt und zum Zentralamt.

Die Verstärkung der operativen Arbeit mit den Gemeinden und Betrieben war damals besonders dringlich. So wurde in Punkt 5 der ersten Durchführungsbestimmung vom 25. April 1950 zur Verordnung über die Neuordnung des Statistischen Dienstes vom 16. Februar 1950 festgelegt, daß die Lenkung der statistischen Arbeiten und die Instruktion der damit Beschäftigten sich in fachlicher Hinsicht auch auf alle Statistiker in Wirtschaft und Verwaltung bezieht, soweit es sich um die Berichterstattung zum Volkswirtschaftsplan handele.

Bis hinab zu den Kreisverwaltungen war das eine voraussetzungsmäßig lösbare Aufgabe, da hier für jedes Gebiet ein oder mehrere Sachbearbeiter vorhanden waren. Anders sah es jedoch in den Gemeinden und Betrieben aus. Wie bereits in früheren Untersuchungen festgestellt, ließ sich der schon bei Errichtung der Statistischen Kreisämter im Jahre 1946 ins Auge gefaßte Plan nicht verwirklichen, für jede größere Gemeinde einen ehrenamtlich tätigen, statistisch geschulten Berichterstatter einzusetzen. Auch in den kreisangehörigen Städten, in denen zunächst hauptamtliche Statistiker tätig waren, wurden deren Planstellen im Zuge der Zeit "eingespart". Hauptamtliche Statistiker unterhalb der Kreisebene existierten von einigen Großbetrieben abgesehen 1950 praktisch nicht mehr, und nur zu einem ungenügenden Teil hatte der eine oder andere Bürgermeister bzw. Betriebsleiter der Statistik die für seine Arbeit notwendige Bedeutung beigemessen.

Ein erneuter Vorschlag des Statistischen Landesamtes Sachsen, für alle größeren Gemeinden hauptamtliche Gemeindeberichterstatter einzusetzen, ließ sich nicht verwirklichen, ebensowenig wie der Vorschlag, für das Handwerk und die private Industrie ehrenamtliche Betriebsberichterstatter zu gewinnen. Für die volkseigene Industrie hatte zwar das Ministerium für Industrie im Strukturplan der VVB (z) die Stelle eines Betriebsstatistikers vorgesehen, ihre Besetzung unterblieb jedoch zum großen Teil, vor allem aus Mangel an geeigneten Kräften.

Wenn schon kurz nach der Zentralisierung des Statistischen Dienstes sogar einige Landräte eigene Sachbearbeiter forderten, die die be-

sonderen statistischen Belange der Kreisverwaltung wahrzunehmen hätten, so weist das auf örtliche Mängel in der Arbeit der betreffenden Statistischen Kreisämter hin, die in ihrer Arbeit wohl die Belange der Kreisverwaltungen nicht ausreichend beachteten. Das war aber unumstritten - neben der zentralen Berichterstattung - die zweite wichtigste Seite der Aufgabe eines Statistischen Kreisamtes.

2.2.3. Das Projekt "Bezirksstatistiker"

Eine wesentliche organisatorische Maßnahme zur Lösung der genannten Arbeitsprobleme in den Statistischen Kreisämtern sah die Leitung des Zentralamtes vor allem in der Einschaltung von Verbindungsmännern - sog. "Bezirksstatistikern" - zwischen dem Statistischen Kreisamt und den Berichtspflichtigen. Für die rund 100 000 Gemeinden war der Einsatz von ca. 1100 sog. Bezirksstatistikern vorgesehen, so daß der Bereich eines solchen "Bezirksstatistikers" 8 bis 10 Gemeinden eines Kreises umfaßt hätte.

Aufgabe des „Bezirksstatistikers“ sollte es sein

- die Berichtspflichtigen seines Bereiches anzuleiten und die Zähler zu schulen
- die Einzugsstelle für die Industrierichterstattung zu bilden, um den Betrieben den teilweise weiten Weg zum Statistischen Kreisamt zu ersparen, die eingehenden Berichte zu prüfen und Mängel an Ort und Stelle zu klären
- dem Kreisamt sachlich und rechnerisch richtige Materialien zu übergeben und "Bereichsergebnisse" zu ermitteln, die vom Kreisamt dann nur noch zum Kreisergebnis zusammengefaßt zu werden brauchten.

Natürlich erwartete man nicht, daß ein solcher Vorschlag mit einer Zustimmung rechnen konnte, wenn er mit einer erheblichen personellen Ausweitung des Statistischen Dienstes verbunden gewesen wäre. Man schlug daher gleichzeitig eine Kürzung des Stellenplanes der Kreisämter um etwa 25 % vor. Ein durchschnittliches Kreisamt sollte bestehen aus dem Kreisstatistiker (Analyse und Anleitung der "Bezirksstatistiker"), je einem Sachbearbeiter für Industrie, für Landwirtschaft, für Bevölkerung, Handel sowie einer Schreibkraft (zugleich Hilfssachbearbeiter).

Das Projekt "Bezirksstatistiker" wurde nicht verwirklicht. Die Vorbereitung auf die "Verwaltungsreform" des Jahres 1952, die im Gesetz über die weitere Durchführung des Aufbaus und die Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR ihren Niederschlag fand, hatte die weitere Verfolgung des Projektes überflüssig gemacht. Die Grunderkenntnis für sein Entstehen, daß die Berichtspflichtigen bei den damals recht großen Kreisen räumlich meist zu weit vom Statistischen Kreisamt entfernt sind, war sicher richtig. Nur die "Verwaltungsreform" - ebenfalls ausgehend von der Notwendigkeit, einen Verwaltungsaufbau zu schaffen, der die "größtmögliche Annäherung der Organe der Staatsgewalt an die Bevölkerung" zum Ziel hatte - ging einen anderen Weg. Sie schuf eine neue Kreiseinteilung, mehr Kreise mit kleinerem Territorium, und entthob damit auch die Statistik der Notwendigkeit, sich weiterhin spezielle Gedanken über die Lösung der Probleme zu machen, die sich aus der räumlichen Ausdehnung der Aufgaben ihrer Kreisämter ergaben.

2.2.4. Kollektive Bemühungen um bessere Arbeitsmethoden

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die höhere Aufgabenstellung und der umfassendere Aufgabenbereich der Statistik einer erheblichen Verbesserung der Arbeitsmethoden im Interesse exakterer und aktuellerer Arbeitsergebnisse erforderte, und ausgelöst von entsprechenden Forderungen der Partei wurden Anfang der fünfziger Jahre die schon vorher begonnenen Leistungsvergleiche und Teilwettbewerbe ausgebaut, wurde die Neuererbewegung belebt und entstanden allorts Brigaden zur Verbesserung der Arbeitsmethoden. Wichtige Hinweise gab dazu eine Rede von Walter Ulbricht auf einer Arbeitstagung in der Verwaltungsakademie der DDR in Forst-Zinna am 24. und 25. Februar 1950 über neue Grundsätze zur Verbesserung der Arbeit in der Verwaltung.

Die Leistungsvergleiche zwischen den Statistischen Kreisämtern hatten hauptsächlich die Erhöhung der Terminalsicherheit und der Qualität der Berichterstattungen und Erhebungen zum Ziel, lenkten also die Kreisämter ebenfalls auf eine intensivere Zusammenarbeit mit den Betrieben, aber auch ihren Landesämtern. Der im Herbst 1949 begonnene Leistungsvergleich-IM (Industriemeldung) wurde hinsichtlich seiner Bewertungsmethoden qualifiziert. Die Landesämter Sachsen und Sachsen-Anhalt bauten ihn zu einem "Wettbewerb-IM" zwischen den

Kreisämtern ihres Territoriums aus.

Die entstehenden Brigaden befaßten sich in erster Linie mit der Gewinnung verbesserter Arbeitsmethoden innerhalb ihrer Aufgabengebiete. Dabei waren vor allem zwei allgemeine Schwerpunkte erkennbar, die ihre gemeinsame Ursache in der ungenügenden Ausstattung des Statistischen Dienstes mit Rechenanlagen hatten. Die Neuererbewegung richtete sich hier daher einerseits auf das Aufspüren von Reserven bei den angewandten manuellen Aufbereitungsmethoden und andererseits auf die bessere Nutzung der vorhandenen oder damals leichter zu beschaffenden Geräte der sog. Kleinmechanisierung.

Einen erheblichen Arbeitsaufwand brachte in jedem Quartal beispielsweise die Aufbereitung der Handelsberichterstattung EU und GrU (Einzel- und Großhandelsumsätze) in den Statistischen Landesämtern. Mit überkommenen Arbeitsmethoden waren diese Ämter nicht in der Lage, die gestellten Informationstermine qualitätsgerecht einzuhalten. Im Landesamt Thüringen gingen daher die Bemühungen der Neuerer dahin, die manuellen Aufbereitungsmethoden so zu verbessern, daß eine Übernahme der Aufbereitung auf die überbeanspruchte Hollorithanlage überflüssig wurde. Durch Einführung neuer Arbeitstabellen gelang es, die bisherige Aufbereitungszeit um mehr als die Hälfte zu verkürzen, bei gleichzeitiger Einsparung von Arbeitskräften und einer Kostensenkung. Einen anderen Weg schlug eine Brigade im Landesamt Sachsen ein. Sie löste die bisherige Hollorithaufbereitung durch eine Aufbereitung mittels Buchungsmaschinen ab und erreichte dadurch ebenfalls eine erhebliche Zeit- und Kosteneinsparung. Diese Brigade und die Brigade der Abteilung Handel und Versorgung des Statistischen Landesamtes Sachsen riefen die entsprechenden Abteilungen der anderen Landesämter zum Wettbewerb und Erfahrungsaustausch auf. Das ist nur ein Beispiel der vielseitigen Initiativen, die in allen statistischen Dienststellen unter Führung der Grundorganisationen der SED durch die Gewerkschaftsorganisationen und die FDJ-Gruppen ausgelöst wurden und in jenen Jahren zu einer allgemeinen Erhöhung des Verantwortungsbewußtseins und zur Stärkung der Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter führte.

Im Statistischen Zentralamt wurde ab 1950 erstmalig ein innerbetrieblicher Wettbewerb durchgeführt. Von den rund 1500 Mitarbeitern hatte sich rd. ein Drittel daran beteiligt, darunter die Hälfte im

Kollektiv. Der von der Betriebsgewerkschaftsleitung ausgearbeitete Wettbewerbsmodus bestand aus einem individuellen und einem kollektiven Teil. Der individuelle sollte die Mitarbeiter anregen, sich durch Erfüllung selbstgestellter Aufgaben "gesellschaftlicher, kultureller und fachlicher Art" zu qualifizieren. Beim kollektiven Teil des Wettbewerbs wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, neue Arbeitsmethoden zu entwickeln. Hauptsächliches Ziel und Ergebnis der Wettbewerbsbewegung war es, im Zentralamt mehr Arbeitskollektive entsprechend den Arbeitsbrigaden in der Produktion zur Verbesserung der statistischen Arbeit zu bilden.

2.3. Neugliederung des Statistischen Dienstes in Auswirkung des Gesetzes über die weitere Durchführung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR 1952

Am 23. Juli 1952 beschloß die Volkskammer der DDR das Gesetz über die weitere Durchführung des Aufbaus und die Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR (GBl. der DDR 1952/99, S.613). Ziel des Gesetzes war es, einen Verwaltungsaufbau zu schaffen, der "die größtmögliche Annäherung der Organe der Staatsgewalt an die Bevölkerung und eine breite Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung des Staates" ermöglichte. Die territoriale Gliederung des Staatsgebietes und die regionalen Verwaltungsgrenzen und -systeme stammten zum großen Teil noch aus der Zeit des kaiserlichen Deutschland. Die Größe der Länderterritorien und vor allem ihrer Untergliederungen, der Kreise, erschwerten die Annäherung der Organe der Staatsmacht an die Bevölkerung und deren unmittelbare Beteiligung an der Leitung des Staates, sie waren zu einer "Fessel der neuen Entwicklung" geworden. Das Gesetz bestimmte daher, daß die Länder eine Neugliederung ihrer Gebiete in Kreise - im Sinne des Gesetzes in mehr und kleinere Kreise - vorzunehmen und jeweils mehrere Kreise zu Bezirken zusammenzufassen haben.

Da das Gesetz gleichzeitig festlegte, daß diese Neugliederung "den wirtschaftlichen Erfordernissen" zu entsprechen habe, und die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte zur Herausbildung neuer Wirtschaftszentren mit entsprechenden, von den Ländergrenzen unabhängigen, Einzugsgebieten geführt hatte, erforderte die Neugliederung folgerichtig Bezirke, die Kreise auch aus Territorien ehemals

benachbarter Länder umfaßten, und auch Kreise, in die "Grenzgemeinden" des Nachbarlandes einbezogen wurden. Damit war u.a. eine umfangreiche Arbeit für den statistischen Dienst verbunden, da bei der Neuaufbereitung der statistischen Materialien für die neuen Verwaltungsgebiete die unterschiedlichsten Zu- und Abrechnungen vorgenommen werden mußten. (Anlage I/4)

Das Gesetz bestimmte weiter, daß die Dienststellen der Regierung der DDR für ihren Geschäftsbereich die Überleitung der bisher von den Landesregierungen wahrgenommenen Aufgaben auf die Organe der Bezirke zu regeln und die Gliederung ihrer nachgeordneten Dienststellen an die neue Struktur der örtlichen Staatsorgane anzupassen hatten. Für den statistischen Dienst bedeutete das die Auflösung der Statistischen Landesämter und den Aufbau von Bezirksstellen sowie von Kreisstellen in den neuen Kreisen. Dabei blieb der Charakter des statistischen Dienstes als zentrales staatliches Organ unverändert.

Die staatliche Aufsicht über die regionalen statistischen Dienststellen ging auf die Vorsitzenden der Räte der Bezirke bzw. Kreise über. (In den auf der Grundlage des Gesetzes erlassenen Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der staatlichen Organe der Bezirke bzw. Kreise vom 24. Juli 1952 werden bei der Nennung der zentralgeleiteten staatlichen Einrichtungen, über die der Vorsitzende des Rates der Bezirke bzw. Kreise die staatliche Aufsicht auszuüben hat, die "statistischen Dienste" besonders hervorgehoben.)

Die praktische Durchführung der Verwaltungsreform war für den statistischen Dienst mit umfangreichen Aufgaben und der Lösung zahlreicher schwieriger Probleme verbunden. Dabei ging es einerseits um die gleichzeitige ununterbrochene Durchführung der laufenden statistischen Aufgaben und ihre Überleitung von den alten auf die neuen Dienststellen sowie andererseits um die Neuaufbereitung der statistischen Materialien entsprechend der nunmehrigen territorialen Gliederung.

2.3.1. Maßnahmen und Probleme bei der Bildung der Bezirksstellen und neuer Kreisstellen

Am 23. Juli 1952 hatte die Volkskammer das Gesetz über die Verwaltungsreform beschlossen. Ab 1. August sollten die neuen Bezirks-

stellen (damals noch Bezirksämter genannt), ab 1. September die neuen Kreisstellen (-ämter) arbeitsfähig sein, mit Wirkung vom 15. August die Statistischen Landesämter aufgelöst sein. Verständlicherweise wurden bei der Fülle der damit verbundenen Probleme die gestellten Termine nicht alle und überall eingehalten. Durch große Einsatzbereitschaft und hohe Arbeitsmoral der damaligen Mitarbeiter des statistischen Dienstes, für die die Verwaltungsreform ja nicht nur zusätzliche Aufgaben oder neue Aufgabengebiete und z.T. Arbeitsorte brachte, sondern auch mit persönlichen Opfern, wie zeitweise Trennung von der Familie, Umzug an den neuen Arbeitsort usw., verbunden war, konnten aber bis Ende 1952 in den meisten Bezirken die organisatorischen und personellen Umstellungen im wesentlichen abgeschlossen werden. Die statistischen Dienststellen konnten sich wieder voll auf ihre eigentlichen statistischen Aufgaben konzentrieren.

Anzahl der Stadt- und Landkreise vor und nach der "Verwaltungsreform" 1952 (Nicht identisch mit der Zahl der Statistischen Kreisstellen)

Ehemaliges Land	Anfang 1951	Ende 1955
Brandenburg	23	41
Mecklenburg	24	35
Sachsen-Anhalt	34	50
Sachsen	34	52
Thüringen	25	39
Zusammen	140	217

Zur Durchführung der Verwaltungsreform erließ die Leitung des Statistischen Zentralamtes eine Direktive. Sie legte die Bildung eines zentralen Operativstabes sowie von Operativstäben der Landesämter fest und regelte die Fragen der Arbeits- und Materialübergabe, der Aufbereitung der statistischen Materialien nach der neuen Verwaltungsgliederung, die Aufteilung des Inventars sowie Fragen der Aktensicherung und des Materialtransports durch die Volkspolizei.

Im Archiv der SZS vorhandene Berichte der Operativstäbe und der Länderbeauftragten des Zentralamtes geben ein anschauliches Bild der zu lösenden Probleme. Neben der Lösung der Kaderprobleme be-

reitete die Beschaffung der für die neuen Dienststellen notwendigen Büroräume größte Schwierigkeiten. Das waren, zieht man die Diensträume der bisherigen 5 Landes- und 124 Kreisämter ab, immerhin Diensträume für 9 Bezirks- und zusätzliche 69 Kreisstellen. Das hatte neben den allgemeinen Unterbringungsschwierigkeiten, der Unterbringung zahlreicher neuer Dienststellen in kleinen, darauf wenig vorbereiteten neuen Kreisstädten, bei der Statistik vor allem zwei Ursachen: Die für die Unterbringung verantwortlichen Gebäudekommissionen kümmerten sich verständlicherweise vordringlich um die Unterbringung der unmittelbaren Organe des Rates, teilweise hatten sie, wie z. B. im Land Brandenburg, die Statistik einfach "vergessen", weil sie als zentralisiertes Organ nicht im Strukturplan der Räte vorhanden war. Hinzu kam, daß die neuen Dienststellen der Statistik im Gegensatz zu den anderen Organen nicht rechtzeitig einen bestätigten Stellenplan vorlegen konnten und die Gebäudekommissionen eine Raumzuweisung vielfach von dessen Vorlage abhängig machten. Das betraf beispielsweise die Bezirksstellen Magdeburg, Rostock und Neubrandenburg, die, obwohl sie ab 1. August arbeitsfähig sein sollten, am 5. August noch keine Räume besaßen. Die Unterbringung der statistischen Dienststellen stieß in den Städten Halle, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Neubrandenburg und Rostock auf die größten Schwierigkeiten. Die statistischen Dienststellen in den übrigen Bezirken waren ab 15. August arbeitsfähig.

Das zu späte Vorliegen eines bestätigten Stellenplanes hatte sich auch ungünstig auf die Lösung der Kaderprobleme ausgewirkt. Es konnte nicht rechtzeitig mit der Führung verbindlicher Kadergespräche begonnen werden, die Aufklärung der Mitarbeiter war teilweise mangelhaft. Das führte zu Unsicherheiten, die hier und da sog. Abwerbungen begünstigten. - Bis 28. Juli hatten sich z.B. im Statistischen Landesamt in Potsdam von 58 Mitarbeitern, die Aufgaben in anderen Orten übernehmen sollten, erst 20 dazu bereit erklärt, die übrigen waren noch unentschlossen. Das Statistische Landesamt Schwerin hatte Schwierigkeiten, Mitarbeiter für den Umzug in den Bezirk Neubrandenburg zu gewinnen. Dabei muß aber betont werden, daß der größte Teil der Kader die Schwierigkeiten des Arbeitsplatz- und Ortswechsels bereitwillig auf sich nahm.

Da es unmöglich gewesen wäre, die Rechenanlagen der statistisch-technischen Abteilungen auf die neuen Bezirksstellen aufzuteilen,

blieben sie am Ort des ehemaligen Landesamtes. Sie wurden arbeits- und anleitungsmäßig der statistisch-technischen Abteilung des Statistischen Zentralamtes unterstellt. Ihre Mitarbeiter wurden Angestellte der Bezirksstelle, an deren Ort sich die Rechenanlagen befanden.

Die Aufteilung des übrigen Inventars verlief an sich reibungslos. Dabei muß man sich aber vergegenwärtigen, daß es damals noch nicht allzuviel zum Aufteilen gab. Für 14 Bezirksstellen und 196 Kreisstellen standen 191 elektrische Rechenmaschinen zur Verfügung.

Im Abschlußbericht des Statistischen Zentralamtes an die von der Regierung gebildete Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der Verwaltungsorgane konnte für den 1. Oktober 1952 festgestellt werden:

- Die Unterbringung ist bis auf die der Bezirksstelle Rostock und der Kreisstellen Rostock und Neubrandenburg, die noch keine Diensträume haben, gelöst.
- Das Mobiliar reicht nicht aus, vor allem fehlen Schreib- und Rechenmaschinen.
- Für die 196 Kreisstellen sind nur 42 Motorräder vorhanden.
- Die Planstellen sind noch nicht voll besetzt, vor allem in den nördlichen und mittleren Bezirken.
- Im Durchschnitt arbeiten je Kreisstelle 5 Mitarbeiter, die auf eine kollektive Lösung der anfallenden Arbeiten orientiert sind.
- Die Zusammenarbeit mit den neuen Räten ist durchweg gut, nur einige Räte "schätzen die statistische Arbeit nicht richtig ein".

In den darauffolgenden Wochen konnte mit Unterstützung der genannten Koordinierungs- und Kontrollstelle eine Verbesserung der Ausstattung mit Rechenmaschinen und Kraftfahrzeugen erreicht werden. Zu den vorhandenen elektrischen Rechenmaschinen wurden weitere 69 angeschafft. Am 19. Dezember standen den 14 Bezirksstellen 29 Pkw und den 196 Kreisstellen 36 Pkw und 53 Motorräder zur Verfügung.

2.3.2. Aufgaben des Statistischen Dienstes beim Umrechnen territorialer Ergebnisse auf die neuen Territorien als statistische Arbeitsgrundlage für die Räte der Bezirke und Kreise

Unter der Unruhe und den persönlichen und materiellen Schwierigkeiten

der Neuorganisation und teilweiser Umzüge mußten die Mitarbeiter der neuen Bezirks- und Kreisstellen eine umfangreiche statistische Umrechnungsarbeit leisten. Wie bereits erwähnt, deckten sich die Grenzen der neuen Bezirke nicht mit den bisherigen Ländergrenzen und auch nicht mit den Grenzen der alten Kreise. So mußte z. B. das Landesergebnis Sachsen-Anhalt in sieben Teilergebnisse aufgegliedert werden, und zwar für die Bezirke Halle und Magdeburg, auf die der Hauptanteil kam, aber auch für die Bezirke Cottbus, Erfurt, Gera, Leipzig und Potsdam, an die kleinere Teile des ehemaligen Landes Sachsen-Anhalt übergingen.

Für die Industrie mußten die Ergebnisse des Jahres 1951 und des ersten Halbjahres 1952 rückwirkend nach der neuen Struktur aufbereitet werden. Die Landwirtschaftsstatistik hatte Kreisentflechtungstabellen für die Bodenbenutzungserhebung vom 26.7.1952 und die Viehzählung vom 3.6.1952 aufzustellen. Die Bevölkerungsstatistik hatte die Zählkarten der Bevölkerungsbewegung nach den neuen Kreisen umzusignieren, die Bevölkerungsfortschreibungstabellen auf der Grundlage der kreisweisen Austauschzählkarten zu berichtigen und anhand der Strichlisten der Volkszählung 1950 neue Kreis- und Bezirksergebnisse zu berechnen.

Insgesamt hatten die Landesämter bis zur Übergabe des Materials an die Räte der Bezirke auf der Grundlage des vorläufigen Gemeindeverzeichnisses in der neuen territorialen Aufgliederung zu erarbeiten. Die bisherigen Kreisstellen hatten ihr sämtliches Material ebenfalls nach dem vorläufigen Gemeindeverzeichnis in Gruppen der neuen territorialen Gliederung aufzuarbeiten bzw. erhielten von anderen Kreisstellen Material nach diesen Gruppen, so daß erst im gegenseitigen Austausch die neuen Kreisstellen ihre Kreisergebnisse ermitteln konnten.

3. Maßnahmen und Bemühungen des Statistischen Dienstes zur Erfüllung der an ihn gestellten höheren Anforderungen

3.1. Erweiterung, Verbesserung und Beschleunigung der Planberichterstattung

Als einheitliche Linie für das Berichtswesen, die sich bereits bei der Berichterstattung für den Volkswirtschaftsplan 1950 abzeichnete und in den folgenden Jahren immer deutlicher hervortrat, wurde herausgearbeitet

- die Ausdehnung der statistischen Bereiche zur Erlangung einer Gesamtschau der gesellschaftlichen, insbesondere ökonomischen Entwicklung
- organisatorische und methodische Verbesserungen zur Entlastung der Berichtspflichtigen und zur Verbesserung der Ergebnisse
- die Beschleunigung der statistischen Berichterstattungen zur Erhöhung des operativen Wertes ihrer Ergebnisse und
- die bessere Analysierung allen Zahlenmaterials.

Die wesentlichsten Merkmale beim Ausbau der statistischen Berichterstattung waren 1950 die Erweiterung der Investitionsstatistik und die Einbeziehung des Handwerks. In der Landwirtschaft sollte die Aufbereitung der Viehzählung und der Bodenbenutzungserhebungen nach Größenklassen vor allem bessere sozialökonomische Erkenntnisse vermitteln. Auf methodischem Gebiet ging es 1950 neben der weiteren Arbeit an den Nomenklaturen und Betriebsverzeichnissen um eine begrifflich klare Abgrenzung zwischen Brutto- und Warenproduktion innerhalb der Industrieberberichterstattung und um die Einführung einer Kostengliederung, die eine Feststellung des Nettoproduktionswertes der Industrie ermöglichen sollte. Mit der Einbeziehung des Handwerks in die Berichterstattung und vor allem der Möglichkeit einer Feststellung des industriellen Nettoproduktionswertes sollten Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, die einer Berechnung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens noch im Wege standen.

In den Jahren des ersten Fünfjahrplanes 1951 bis 1955 standen - wie bereits mehrfach erwähnt - im Vordergrund die Bemühungen, die Statistik immer mehr zu befähigen, ihrer Aufgabe als operatives Instrument der Plankontrolle des laufenden Volkswirtschaftsplanes und als umfassende Planungsgrundlage für die nachfolgenden Wirtschaftspläne

gerecht zu werden.

Bei der Verbesserung der statistischen Berichterstattung standen die Qualifizierung der Erhebungsmethoden, eine zweckmäßigere Koordinierung von staatlicher und fachlicher Berichterstattung und Verkürzungen der Aufbereitungszeiten durch Anwendung fortschrittlicherer Aufbereitungsmethoden im Vordergrund. Zur Erhöhung der Operativität wurden teilweise "Schnellberichte" eingeführt. Die zur Beurteilung des Planverlaufs wichtigsten statistischen Ergebnisse wurden vierteljährlich zu einem Bericht über die Planerfüllung zusammengestellt und durch die Staatliche Plankommission dem Ministerrat vorgelegt. Auf den verschiedenen Gebieten konnte das Berichtswesen gegenüber den Vorjahren vereinfacht werden, auf anderen Gebieten machten die Erfordernisse der Plankontrolle eine Verdichtung des Berichtssystems notwendig. (Welche Veränderungen sich auf den einzelnen statistischen Gebieten ergaben, wird im Rahmen der "Beiträge zur Geschichte der Statistik der DDR" in den Hauptabschnitten über die Entwicklung der Statistik der Wirtschaftsbe-
reiche dargelegt.)

Insgesamt bereiteten der Statistik die noch ungenügende Konstanz der Plankennziffern, die zu jährlichen Veränderungen der betroffenen Berichterstattungen führte sowie die vielfach fehlende inhaltliche Abstimmung zwischen Plan- und Berichtskennziffern und zwischen fachlicher und staatlicher Berichterstattung bei einer eindeutigen Planabrechnung und der Gewinnung einer volkswirtschaftlichen Gesamtschau erhebliche Schwierigkeiten. Zwar konnte im Laufe der Jahre die Aussage über einzelne Fakten der Volkswirtschaft verbessert und auch beschleunigt werden, ihrer Bilanzierung und auch sozialökonomischen Analysierung standen jedoch vielfach Mängel im Wege. Das betraf z. B. sowohl Fragen der Analyse des Zusammenhangs bei der Planerfüllung von Produktion, Arbeitsproduktivitätsentwicklung, Selbstkostensenkung, Mechanisierung, Investitionen usw. als auch eine sozialökonomische Gesamtschau der Landwirtschaft und die Analysierung der Entwicklung des Lebensstandards nach Klassen und Schichten.

Gewiß muß man dabei in Rechnung stellen, daß die rein formalen statistischen Erfassungs- und Auswertungsaufgaben einen erheblichen Arbeitsaufwand und hohen persönlichen Einsatz der Mitarbeiter er-

forderten, denke man nur an die ungenügende maschinelle Ausstattung des statistischen Apparates und an die Tatsache, daß es beispielsweise die Landwirtschaftsstatistik mit 800 000 bäuerlichen Einzelbetrieben zu tun hatte oder die Einzelhandelsumsatzerhebung 250 000 Betriebe erfaßte. Andererseits wurde in einer Reihe von Leitungs- und Planungsorganen noch ungenügend mit den Informationen der Statistik gearbeitet, fanden ihre Aussagen nicht überall die erforderliche Beachtung.

Trotz spürbarer Fortschritte der Statistik bei der Plankontrolle und obgleich sich die Zentralisierung des Statistischen Dienstes grundsätzlich bewährt hatte, kam es unmittelbar nach der Durchführung der "Verwaltungsreform" 1952 nochmals zu einer Diskussion, ob die Statistik Aufgabe eines besonderen Organe sein und ob dieses Organ zentralisiert oder dezentralisiert arbeiten soll. Unterlagen im Archiv der SZS deuten darauf hin, daß von einzelnen Mitarbeitern der Staatlichen Plankommission die Auffassung vertreten wurde, es sei zweckmäßig, die Abrechnung der Pläne durch die Fachministerien vornehmen zu lassen, da es dort ein höheres Niveau des wirtschaftspolitischen Bewußtseins und bessere ständige Kontrollmöglichkeiten hinsichtlich der Exaktheit der Daten gäbe.

Ausgehend von den Erfahrungen der Sowjetunion und anderer Länder des RGW wurde jedoch die Notwendigkeit eines zentralisierten statistischen Apparates für die Planwirtschaft erneut bestätigt. Zur Herstellung eines engeren Kontaktes zwischen Statistik und Planung in den unteren Ebenen sollten die Leiter der Bezirks- und Kreisstellen der Statistik beratendes Mitglied der Plankommissionen der Bezirke bzw. Kreise werden.

Grundsätzlich sollten die Kreisstellen die eingehenden Meldungen sachlich und rechnerisch soweit prüfen, daß sie aufbereitungsfertig sind, und dazu, falls erforderlich, die notwendige Signierung vornehmen. Die Aufbereitung selber sollte in einem Rechenbetrieb erfolgen. Zugleich wurde die Notwendigkeit gewisser Aufbereitungsarbeiten in den Kreisstellen betont, vor allem dort, wo es sich lediglich um Additionen handelt, um einmal eine unmittelbare Information der örtlichen Organe zu erreichen, zum anderen durch "Schnellmeldungen" zentral die Operativität der Plankontrolle

zu erhöhen.

Bericht über die Planerfüllung

Die Öffentlichkeit wurde über die Plandurchführung und -erfüllung seit dem ersten Quartal 1950 zunächst vierteljährlich informiert, über das erste Quartal 1950 durch die Regierung der DDR, danach durch das Ministerium für Planung bzw. die spätere Staatliche Plankommission und ab zweiten Quartal 1952 durch das Statistische Zentralamt bzw. die spätere Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Erstmals als "Bericht" bezeichnet wurde die Information für die Öffentlichkeit über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950: "Bericht der Staatlichen Plankommission über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes im Jahre 1950".

Dieser sog. Pressebericht unterschied sich in Aufbau und Gliederung nicht wesentlich von den heutigen Presseberichten, hatte aber wie auch die nachfolgenden einen erheblich geringeren Umfang und Informationsgehalt. (Gliederung des Presseberichtes über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950: I. Industrielle Entwicklung, II. Entwicklung der Landwirtschaft, III. Steigerung der Güterbeförderung durch die Eisenbahn, die Schifffahrt und den Kraftverkehr, IV. Steigerung der Investitionen in der Volkswirtschaft, V. Erhöhung der Zahl der Beschäftigten und Steigerung der Arbeitsproduktivität, VI. Entwicklung des Außenhandels, VII. Entwicklung des Warenumsatzes und der Versorgung der Bevölkerung, VIII. Kulturelle Entwicklung und Gesundheitswesen.)

3.2. Grundaufgaben zur Verbesserung der Arbeit des Statistischen Dienstes

In Auswertung der Rede Bruno Leuschners auf der Belegschaftsversammlung im April 1951 und der Rede Walter Ulbrichts zur Begründung des Gesetzes über den ersten Fünfjahrplan vor der Volkskammer am 1. November des gleichen Jahres leitete das Statistische Zentralamt folgende Grundaufgaben ab:

1. Verbesserung und Beschleunigung der Abrechnung der Volkswirtschaftspläne
2. Organisatorische Verbesserung des Statistischen Dienstes und Sicherung einer reibungslosen Zusammenarbeit mit den übrigen Verwaltungsorganen, vor allem in der Kreisebene

3. Koordinierung aller Gebiete der staatlichen und fachlichen Berichterstattung zur Vermeidung jeder unnötigen Belastung der Berichtspflichtigen
 4. Ausarbeitung eines Systems von Kennziffern, das eine lückenlose und allseitige statistische Beurteilung des Planverlaufs ermöglicht
 5. Anwendung wissenschaftlicher Erhebungsmethoden zur Gewinnung einwandfreier Zahlenergebnisse, welche die Tatbestände objektiv widerspiegeln
 6. Verbesserung der Arbeitsmethoden der statistischen Dienststellen zur Erhöhung des operativen Charakters der Statistik; Verkürzung der Aufbereitungszeiten; Bildung von Brigaden; Organisierung von Wettbewerben
 7. Wissenschaftliche Analyse der statistischen Ergebnisse unter Beachtung der politischen Bedeutung der jeweiligen Planaufgaben und durch Herausarbeiten der Faktoren, die zu dem statistischen Ergebnis führten
 8. Gesellschaftliche und fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter; Förderung des Nachwuchses; Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin; Anwendung der Erfahrungen der Sowjetunion; Aneignung eines lückenlosen statistischen Fachwissens
 9. Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung und Notwendigkeit der statistischen Erhebungen und ihre Erläuterung in Presse und Rundfunk, in Betriebs- und Dorfversammlungen
 10. Ergänzung der statistischen Erhebungen durch unmittelbare Kontrolle; Diskussion mit den Berichtspflichtigen zur Beseitigung von Mängeln und Mißverständnissen; Hebung der Berichtsdisziplin.
- 3.2.1. Hebung des ideologischen Bewußtseins sowie der marxistisch-leninistischen und fachlichen Bildung als Voraussetzung für eine parteiliche Lösung der sozialökonomischen Aufgabenstellung der Statistik beim Aufbau des Sozialismus

Durch die Zentralisierung des statistischen Apparates im Jahre 1950 und die damit verbundene Übertragung der Verantwortung für die Gewinnung und Entwicklung qualifizierter Kader auf den Statistischen Dienst konnte eine Verbesserung der Qualifikation und der sozialen Zusammensetzung der Mitarbeiter erreicht werden. Vor allem gestützt auf junge, politisch in der Arbeit der Partei ge-

wachsene und für die neuen Aufgaben der Statistik begeisterungsfähige Kader, konnte eine bedeutsame Wende herbeigeführt werden. Sie waren es in erster Linie, die in ständiger Auseinandersetzung mit den Auffassungen der bürgerlichen Statistik mithalfen, alle Mitarbeiter der Statistik zu Parteilichkeit und konsequenter Ausrichtung der Arbeit auf die operativen und langfristigen sozialökonomischen Aufgaben der Statistik zu erziehen, mit dem Aufbau einer sozialistischen Statistik in der DDR zu beginnen.

Mitte der fünfziger Jahre entstammten zwei Drittel der Mitarbeiter des Statistischen Dienstes der Arbeiter- und Bauernklasse, hatte ein Zehntel einen Hochschulabschluß bzw. stand im Hochschul- bzw. Fachschulfernstudium, mehr als ein Viertel der Mitarbeiter hatte eine Verwaltungsschule oder sonstige Fachlehrgänge besucht.

Die Verwaltungsschulen waren damals gemeinsame Bildungsstätten für Kader des gesamten öffentlichen Dienstes, angefangen vom Bürgermeister bis zum Fachreferenten im Ministerium. Viele Ministerien waren dazu übergegangen, sich für ihre eigenen fachlichen Belange notwendige schulische Einrichtungen zu schaffen. Auch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik stellte sich diese Aufgabe, konnte sie aber erst im Herbst 1956 durch die Bildung einer Fachschule für Planung und Statistik lösen. Die Zeit bis zu deren Einrichtung wurde durch Sonderlehrgänge überbrückt. Bereits im November 1951 fand in Kühlungsborn ein Internatslehrgang, vornehmlich für Industriestatistiker, statt, dem sich weitere zwei- bis vierwöchige Kurse anschlossen. Verstärkt konnten auch die Möglichkeiten der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst für die Qualifizierung genutzt werden. Für das Studienjahr 1952/53 wurden dort z. B. neben den Absolventen der Oberschulen und der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten auch Bewerber aufgenommen, die bereits längere Zeit auf dem Gebiet der Statistik praktisch gearbeitet hatten. Darüber hinaus begann ab November 1953 ein erster dreimonatiger Kurzlehrgang an der Hochschule, den die SZS organisiert hatte und an dem 60 ihrer Mitarbeiter teilnahmen.

Der Ministerratsbeschluß über die Errichtung eines Planökonomischen Instituts trägt das gleiche Datum wie die Verordnung über die Neuorganisation des statistischen Dienstes, den 16. Februar 1950. Das Institut nahm im Wintersemester 1950/51 als "Hochschule für

Planökonomie" den Lehrbetrieb auf. Im Rahmen des Instituts für Statistik der neuen Hochschule wurden im Wintersemester 1950/51 zunächst zwei 2stündige Vorlesungen gehalten: "Angewandte Statistik der DDR" und "Methodenlehre der Statistik" sowie eine 1stündige Vorlesung über "Die Statistik im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung". Außerdem fanden 2stündige Übungen zu den beiden erstgenannten Vorlesungen statt.

Besonders die Absolventen der Fachrichtung Statistik dieser Hochschule waren in den nachfolgenden Jahren eine wichtige Kaderreserve für die SZS. Zur Unterstützung der SZS beschloß die Plankommission ferner diesbezüglich, daß die Absolventen der Fachrichtung Statistik des Jahres 1955 ihre Vorbereitungszeit in den Kreisstellen der SZS zu beginnen hatten und zwar vordringlich in den nördlichen Bezirken der DDR, in denen der Bedarf an qualifizierten Kadern besonders groß war. Durch Vorträge leitender Mitarbeiter der SZS gelang es darüber hinaus auch Absolventen einiger Universitäten für eine Tätigkeit im Apparat der SZS zu gewinnen. Natürlich reichte insgesamt diese Kaderreserve nicht aus, um den Kaderbedarf der SZS auch nur annähernd zu decken. So gab es am 1.4.1954 in der Zentralstelle der SZS nur 34 Mitarbeiter mit Hochschulabschluß.

Immer spürbarer wurde für die Hebung des Niveaus der statistischen Arbeit die wachsende Lehr- und Forschungskapazität der Hochschule für Ökonomie. Worin dabei entsprechend den Hauptforderungen der damaligen Zeit die Schwerpunkte lagen, soll der Anfang 1951 vorgelegte Forschungsplan der Hochschule zeigen. Die Themen auf dem Gebiet der Statistik (Themengruppe XII) waren: Die theoretischen Grundlagen der Statistik und die Prinzipien der Statistik in der Planung, Kritik an der Methodik der bürgerlichen Statistik, die statistische Erfassung der Klassengliederung der DDR und die Statistik der Arbeitsproduktivität. Auf dem die Statistik besonders berührenden Gebiet der volkswirtschaftlichen Bilanzierung (Themengruppe III) lauteten die Themen: Probleme der volkswirtschaftlichen Gesamtbilanz auf Grund der Existenz der verschiedenen Eigentumsformen in der DDR, Quellen und Verteilung des Volkseinkommens sowie Begriff und Berechnungsmethoden des Volksvermögens.

Die klare Forderung der II. Parteikonferenz der SED, nicht mehr länger nur von neuen Arbeitsmethoden zu reden, sondern sie auch tatsächlich einzuführen - wissenschaftlich zu arbeiten, leitete auch die Arbeit in der SZS. Ausgehend von der Erkenntnis, daß wissenschaftliche Arbeiten auch in der Statistik gute Kenntnisse des Marxismus-Leninismus voraussetzt, wurde in den Vordergrund aller Qualifizierungsmaßnahmen das Studium des dialektischen Materialismus und der Politischen Ökonomie gerückt.

Erst das Wissen um die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze, das dialektische Herangehen an die Beobachtungen und die Analyse der ökonomischen Zusammenhänge und Entwicklungen sowie das konsequente Ausgehen der statistischen Analyse von den Kategorien der Politischen Ökonomie schuf die Grundlage, auf der die Statistik den Aufbau des Sozialismus unterstützen konnte. Eine wesentliche Basis für eine derartige Qualifizierung war das nun beginnende intensive Studium der sowjetischen Statistik und der Erfahrungen der sowjetischen Statistiker, ihrer Methoden und ihres parteilichen Herangehens an die Lösung der Probleme. Das betraf sowohl die Hochschulen und Universitäten für die Heranbildung von in der Praxis dringend benötigten jungen Kadern als auch den umfangreichen Katalog breiter Qualifizierungsmaßnahmen in allen Dienststellen der SZS.

3.2.2. Engere Zusammenarbeit mit den volkseigenen Betrieben

Jetzt wurden auch in breiterem Maße Schlußfolgerungen aus der Erkenntnis gezogen, daß die Verbesserung der Methoden und Arbeitsweise der SZS, um das teilweise noch bürokratische oder nur routinemäßige Arbeiten zu überwinden, nur in enger Verbindung mit den Betrieben zu erreichen ist, daß termingerechte Ergebnisse und sachlich einwandfreie Informationen einzig und allein dadurch zu erreichen sind, wenn bereits in den Betrieben dafür die arbeitsmäßigen Voraussetzungen geschaffen wurden. Die Leitung der SZS hatte u. a. dazu Betriebsstatistiker aus volkseigenen Betrieben der Bezirke Cottbus, Dresden und Karl-Marx-Stadt für den 19.5.1953 zu einer Tagung nach Dresden eingeladen, die - ausgehend von den guten Erfahrungen mit der einheitlichen Produktionskartei (siehe Abschnitt "Industriestatistik") - der Bildung gemeinsamer Kommis-

sionen zur Schaffung betriebsstatistischer Arbeitsmittel diene. Unter Leitung verantwortlicher Mitarbeiter der Zentralstelle der SZS wurden eine Kommission zur Schaffung einheitlicher Arbeitsunterlagen zur Abrechnung des Arbeitskräfteplanes, eine Kommission zur Schaffung einheitlicher Arbeitsunterlagen für die Statistik des Materialbestandes, der Materialbewegung und des Materialverbrauches und eine Kommission für die Statistik der kulturellen Entwicklung und des Gesundheits- und Sozialwesens im Betrieb geschaffen. Aufgabe der Kommissionen war es, noch im Laufe des Sommers ausgehend von einer Sichtung der in Betrieben bereits vorhandenen Arbeitsmittel - einheitliche Arbeitsmittel zu schaffen und zu erproben. Mit der Bildung dieser Kommissionen wurde erstmalig ein größerer Kreis von Betrieben in die Arbeit zur Verbesserung des Berichtswesens, insbesondere zur Erhöhung der Zuverlässigkeit seiner Daten durch innerbetriebliche Arbeitsmittel einbezogen, aber auch das Institut für Rechnungswesen beim Ministerium der Finanzen, da immer klarer erkannt wurde, daß ohne eine koordinierte Erfassung der betrieblichen Daten von Buchhaltung und Betriebsstatistik keine gesicherten und übereinstimmenden Daten sowohl für die betriebliche Leitung als auch das statistische Berichtswesen zu erreichen waren.

Die Arbeit der Kommissionen war so durchaus erfolgreich. Es wurden sowohl vereinheitlichte Arbeitsmittel als auch Vereinfachungen im Berichtswesen der betreffenden Gebiete erreicht. Dort, wo zweigspezifische Besonderheiten die Vereinheitlichung erschwerten, wie bei der Materialdispositionskartei, wurden Arbeitskreise von Betrieben der einzelnen Industriezweige gebildet. Generell wurden von allen Fachabteilungen der Zentralstelle, den Bezirks- und Kreisstellen eine engere Zusammenarbeit und ein gezielter Erfahrungsaustausch mit den Betrieben und Institutionen angestrebt, wobei sich die Erkenntnis durchsetzte, daß Terminsicherheit und Exaktheit der Daten der Betriebe um so besser zu erreichen sind, je mehr die Betriebe die Notwendigkeit dieser Daten sowohl für die volkswirtschaftliche Leitung und Planung als auch die eigene betriebliche Leitung und Planung erkannten und welche Bedeutung dabei ein koordiniertes Herangehen von Rechnungswesen und Statistik an die Gewinnung der Primärdaten hatte. Zahl-

reiche Kreisstellen halfen zudem unmittelbar mit, auch in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eine Buchhaltung aufzubauen, die diesen Anforderungen entsprach.

4. Aufgaben der SZS und Ergebnisse bei der von Partei und Regierung vor allem zur Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes geforderten Einschränkung und Rationalisierung des statistischen Berichtswesens

Der Zeitraum von 1945 bis 1949 war hinsichtlich einer Regulierung des Berichtswesens bekanntlich dadurch gekennzeichnet, daß trotz eines unvertretbar großen Umfangs an Berichtsanforderungen seitens aller möglichen zentralen und regionalen Dienststellen und trotz immer lauterer Klagen der Betriebe und Gemeinden die verantwortlichen Organe, vor allem das Statistische Zentralamt selber, nur sehr zögernd an die Frage einer Regulierung herangingen und recht spät entsprechende Maßnahmen ergriffen.¹⁾ Erst Mitte 1948 ordnete die Deutsche Wirtschaftskommission eine Anmeldepflicht für statistische Erhebungen an. Ein halbes Jahr später wurde deren Handhabung durch einen weiteren Beschluß verbessert, der verfügte, daß die Erhebungspapiere einen Vermerk über die vollzogene Anmeldung zu tragen haben. Aber erst im September 1949 machte die Deutsche Wirtschaftskommission die "Erhebungen, Meldungen, Berichte und Abrechnungen" genehmigungspflichtig.

4.1. Ergebnisse der Regulierung des Berichtswesens auf der Grundlage der 1949 eingeführten Genehmigungspflicht

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hatte durch Beschluß vom 21. September 1949 (ZVO Bl. I, Seite 757, dazu Durchführungsbestimmung vom 6.10.1949 im Gesetzblatt der DDR, Seite 53) für "alle Erhebungen, Meldungen, Berichte und Abrechnungen" die Genehmigungspflicht eingeführt. Damit sollte beim Statistischen Zentralamt ein wirksames Instrument geschaffen werden, überflüssige oder unzweckmäßige statistische Informationsanforderungen auszuschalten.

Bei der dazu im Statistischen Zentralamt eingerichteten Genehmigungsstelle wurden bis Ende Juni 1950 insgesamt 1522 Anträge auf Genehmigung eingereicht. Mit Stichtag 30. Juni 1950 waren von diesen Anträgen

962	genehmigt
299	abgelehnt
141	als nicht genehmigungspflichtig erklärt
120	noch in Bearbeitung
1 522	eingereichte Anträge

¹⁾ Beiträge zur Geschichte der Statistik der DDR, 1. Folge, Seite 45 ff.

Demnach war von den bearbeiteten Anträgen etwa jeder 5. abgelehnt worden. Dabei ist zweierlei zu beachten: Einmal wurden in den ersten Monaten nach Einführung der Genehmigungspflicht erst einmal die wichtigsten Berichterstattungen zur Genehmigung eingereicht, deren Notwendigkeit leicht zu begründen war. Auch konnte in Vorbesprechungen über beabsichtigte Erhebungen erreicht werden, daß es gar nicht zu einem Genehmigungsantrag kam. Zum anderen war nach wie vor der Umfang der statistischen Informationsanforderungen seitens örtlicher und zentraler Dienststellen, die sozusagen "schwarz" liefen, noch erheblich. Insbesondere gab es Probleme hinsichtlich der "inneren" Berichterstattung zwischen den VVB und ihren Betrieben, die zwar ausdrücklich in die Genehmigungspflicht einbezogen war, was aber von vielen VVB immer wieder zu umgehen versucht wurde. Dabei hatten die Betriebe gerade unter der "Erhebungsfreudigkeit" ihrer VVB besonders zu leiden. Eine Untersuchung ergab z. B., daß eine VVB im Jahre 1949 nicht weniger als 749 Rundschreiben an ihre Betriebe versandt hatte, von denen der überwiegende Teil statistische Informationsanforderungen enthielt.

Insgesamt wurde vom Statistischen Zentralamt eingeschätzt, daß es mit der Verfügung über die Genehmigungspflicht bis Mitte 1950 lediglich gelungen war, die Papierflut "auf dem Stand zu halten", es aber ohne die Genehmigungspflicht infolge des Zunehmens der Berichterstattungen, vor allem zur Kontrolle der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes, zu einer zusätzlichen Belastung für die Betriebe gekommen wäre.

Bis Ende Mai 1951 - also rund eineinhalb Jahre nach Einführung der Genehmigungspflicht - ergab sich folgender Stand der Antragsbearbeitung:

1 846	genehmigt
617	abgelehnt
235	als nicht genehmigungspflichtig erklärt
183	noch in Bearbeitung

2 881 eingereichte Anträge

Trotzdem galt nach wie vor die Einschätzung, daß trotz Aufklärung der Betriebe und Einrichtungen und der an sie gerichteten Aufforderung, ungenehmigte Berichtsansforderungen abzulehnen, es noch

immer eine erhebliche "Dunkelziffer" an ungenehmigten Erhebungen gab, da sich Staats- und wirtschaftsleitende Organe über das "lästige bürokratische Hindernis" hinwegsetzten, andere im Bewußtsein, ihre Erhebungen würden sowieso keine Genehmigung erhalten, in "aller Stille" ihre Meldungen einholten und schließlich dritte von einer Genehmigungspflicht "noch nichts gehört" hatten.

4.2. Verstärkte Anstrengungen zur Rationalisierung des Berichtswesens in Vorbereitung des IV. Parteitages der SED und in Durchführung seiner Beschlüsse

Der im April 1954 tagende IV. Parteitag der SED hatte als die entscheidenden Hebel der ökonomischen Politik der Partei der Arbeiterklasse neben der Festigung und Entwicklung der neuen Produktionsverhältnisse in der volkseigenen Wirtschaft und einer systematischen Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen die Notwendigkeit der Organisierung des Sparsamkeitsregimes in Produktion und Verwaltung besonders betont. In Vorbereitung des Parteitages hatte der Ministerrat in diesem Zusammenhang die SZS beauftragt, bis Ende März 1954 konkrete Vorschläge für eine Reduzierung der Statistiken, Berichte und Analysen vorzulegen. Bei Beratung des Gesetzes über den Staatshaushaltsplan 1954 hatte Staatssekretär Rumpf in der Volkskammer diesen Beschluß bekanntgegeben und ihn damit begründet, daß die übergroße Anzahl von Berichten, Statistiken und Analysen eine der Ursachen für die hohen Verwaltungsausgaben sei, da sie nicht nur die Ausgaben im zentralen Verwaltungsapparat erhöhe, sondern auch hemmend auf die Senkung der Verwaltungskosten in den Betrieben und örtlichen Organen der Staatsmacht wirke.

Dabei resultierte der genannte Auftrag an die SZS selbstverständlich nicht daher, daß das Berichtswesen der SZS die Hauptursache für die genannte Verwaltungskostenerhöhung gewesen wäre. Von den Anfang 1954 rund 800 registrierten statistischen Erhebungen der verschiedensten Periodizität und unterschiedlichsten Befragtenkreise hatten höchstens 60 die SZS als Veranstalter, 740 aber die Ministerien, Staatssekretariate und sonstigen Organe. Dabei

ist es unbestritten, daß die 60 Berichterstattungen der SZS, die entsprechend ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung sich ja an einen größeren Befragtenkreis wandten, ein über ihre Anzahl hinausgehendes Gewicht hatten.

Entscheidend für den genannten Auftrag an die SZS war deren im bereits genannten Ministerratsbeschluß vom 15. Februar 1951 (Anlage I/3) über die statistische Kontrolle der Durchführung der Volkswirtschaftspläne sich ergebende Verantwortung für das gesamte Berichtswesen. Daher war es nur folgerichtig, daß der Ministerrat mit seiner späteren "Verordnung über die Regelung und Kontrolle des Berichtswesens in der DDR" vom 28. Mai 1954 der SZS ein Instrument in die Hand gab, das es ihr besser als bis dahin ermöglichte, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Denn mit einer Erfahrung war es, daß trotz bestehender Genehmigungspflicht nach wie vor nicht registrierte, also ungenehmigte Berichterstattungen in erheblichem Maße zur Belastung der Betriebe und örtlichen Organe beitrugen.

Sicher ist die Auffassung, die damals im statistischen Apparat vertreten wurde, nicht ganz von der Hand zu weisen, daß eine 50-prozentige Reduzierung des Berichtswesens schon allein dadurch zu erreichen gewesen wäre, wenn es gelungen wäre, die Unzahl der ungenehmigten Berichterstattungen einzustellen, deren Veranstalter sowohl in zentralen Staatsorganen als auch in den Verwaltungen der VVB sowie der Bezirke und Kreise saßen.

Gerade das war aber der SZS bei allen Bemühungen bisher unzureichend gelungen. Seit Bestehen der Genehmigungsstelle der SZS im Oktober 1949 waren bis Anfang 1954 rund 7 000 Anträge auf Registrierung gestellt worden, etwa 70 % wurden genehmigt. Von diesen rund 4 800 genehmigten Erhebungen waren 1 500 einmalige statistische Erhebungen. Von den verbleibenden 3 300 periodischen Erhebungen waren bis Anfang 1954 rund 2 500 bereits wieder eingestellt.

4.2.1. Überprüfung des statistischen Berichtswesens der Ministerien durch die SZS

In Vorbereitung des IV. Parteitages der SED hatte die SZS bereits von sich aus im Herbst 1953 mit einer systematischen Überprüfung des Berichtswesens der Ministerien, Staatssekretariate usw. begonnen. Der Ministerratsbeschluß hat diese Überprüfung dann

schwerpunktmäßig verstärkt und ihre Terminstellung verkürzt. Überprüft wurden alle genehmigten Berichterstattungen beim Veranstalter und stichprobenmäßig auch beim Endbefragten. Ziel war dabei, alle Berichterstattungen, für die vom Veranstalter keine ausreichende Begründung mehr gegeben werden konnte oder deren Auswertung beim Veranstalter nicht gewährleistet war, einzustellen und bei den anderen begründeten Erhebungen durch Verlängerung der Periodizität, Vereinfachung des Frageprogramms oder durch Koordinierung mit anderen Berichterstattungen Einsparungen zu erreichen. Gleichzeitig wurden Kosten und Kosteneinsparungen beim Veranstalter und bei den Befragten untersucht.

Mit dieser Überprüfung der genehmigten Berichterstattungen war der Versuch einer Erfassung der ungenehmigten Erhebungen verbunden. Mitarbeiter der SZS suchten dazu eine Reihe von Betrieben und Gemeinden auf und überprüften alle von ihnen geforderten Berichterstattungen. Um nur ein Beispiel, allerdings ein besonders krasses, zu nennen: Der VEB Kammgarnspinnereien hatte 60 verschiedene Meldungen und Berichte unterschiedlicher Periodizität zu geben, von denen 30 ungenehmigt waren.

4.2.2. Rationalisierung des zentralen staatlichen Berichtswesens der SZS

Die Rationalisierungsmaßnahmen machten selbstverständlich vor den eigenen Berichterstattungen der SZS nicht halt. Dabei ging die Leitung der SZS von folgenden Forderungen aus:

Einstellung und Zusammenlegung von Erhebungen

Erhebungen, die nicht der Plankontrolle dienten, waren entweder einzustellen, oder es mußte von der Fachabteilung der SZS ein exakter Nachweis erbracht werden, wer deren Ergebnisse für welche volkswirtschaftlich wichtige Maßnahmen benötigt. Wurden mehrere Erhebungen mit ähnlichen Kennziffernprogrammen, aber unterschiedlicher Periodizität durchgeführt, die zum größten Teil nur der gegenseitigen Kontrolle dienten, so waren sie auf eine Erhebung zu reduzieren, deren Periodizität sich aus der zeitlichen Untergliederung des Volkswirtschaftsplanes ergab. Planabrechnungen, für die Ergebnisse aus fachlichen Berichterstattungen entnommen werden konnten, sollten eingestellt oder hinsichtlich des Kenn-

ziffernprogramms mit den Fachorganen so koordiniert werden, daß Doppelerhebungen ausgeschlossen waren.

Einschränkung der Kennziffern und des Befragtenkreises,
Verlängerung der Periodizität

Bei der Überprüfung der Kennziffernprogramme sollte davon ausgegangen werden, daß nur solche Kennziffern erfragt werden, die für eine lückenlose Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes und zur Kontrolle der Durchführung von Parteibeschlüssen erforderlich sind. Bei der Überprüfung der Periodizität wurde auf die zeitliche Gliederung des Volkswirtschaftsplanes orientiert. Jede Planberichterstattung war auf den Kreis der Berichtspflichtigen zu reduzieren, für den der Plan aufgestellt wurde. Wo irgend möglich, sollten an Stelle von Totalerhebungen repräsentative Teilerhebungen treten.

Rationalisierung der Aufbereitung

Doppelte Aufbereitungen sollten beseitigt, die Aufbereitungsprogramme gestaffelt werden, sowohl zeitlich, durch kurzfristige Aufbereitung der Hauptkennziffern und längerfristige Aufbereitung des vollen Kennziffernprogramms, als auch regional, wobei die Aufbereitung des vollen Kennziffernprogramms nur für die DDR erfolgen sollte, für die Bezirke und Kreise nur Hauptkennziffern aufzubereiten waren oder auch umgekehrt. Die Aufbereitungsverfahren selber waren auf der Grundlage einer genauen Aufwands- und Kostenkalkulation hinsichtlich der zweckmäßigeren Anwendung von maschineller oder manueller Aufbereitung oder einer Kombination beider zu untersuchen, wobei die bisher erreichten Aufbereitungstermine aber nicht überschritten werden durften.

Es war also ein recht umfangreiches Untersuchungsprogramm, dem alle Berichterstattungen und Erhebungen der SZS unterzogen wurden, dessen Lösung einen großen Einsatz und vor allem auch die Einbeziehung der Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter in den Bezirken und Kreisen erforderte. Deren zunehmende Beteiligung war auch bei der Überprüfung des fachlichen Berichtswesens unerläßlich.

4.2.3. Verordnung über die Regelung und Kontrolle des Berichtswesens in der DDR vom 28. Mai 1954

In der Präambel der Verordnung wurde nochmals betont, daß es Aufgabe der SZS bei der SPK ist, für "eine einheitliche Organisation und Methodik aller von den Betrieben und Verwaltungen ausgeführten statistischen Arbeiten Sorge zu tragen", und daß "das zu schaffende Berichtssystem einen Überblick über die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft" zu geben hat und den Staatsorganen helfen muß, besser ihren Aufgaben gerecht zu werden. Zugleich forderte die Verordnung, das Berichtswesen "auf das notwendige Maß" zu beschränken, und bekräftigte, daß nichtgenehmigte Berichterstattungen mit der Durchsetzung des "Regimes der strengsten Sparsamkeit" unvereinbar sind sowie zugleich gegen das Gebot der Wachsamkeit verstoßen.

Was ist nun das Neue der Verordnung vom 28. Mai 1954 (Anlage I/5) gegenüber der bis dahin geltenden - der "Anordnung über die Neuordnung und Bestätigung der statistischen Berichterstattung vom 21. September 1949"?

Neben der Aktualisierung der Definition des Gegenstandes der Verordnung entsprechend den sich seit 1949 auf dem Gebiet des Berichtswesens vollzogenen Veränderungen und einer klareren Abgrenzung des Geltungsbereiches und der Zuständigkeit war es vor allem die erstmalige rechtliche Betonung der Verantwortung der Betriebe und Gemeinden für die Einhaltung der Gesetzlichkeit, d. h., daß sie gesetzlich verpflichtet wurden, genehmigungspflichtige Berichterstattungen, die keinen Genehmigungsvermerk trugen, nicht zu bearbeiten, sowie die Einführung des Ordnungsstrafrechts bei "vorsätzlichen oder fahrlässigen" Verstößen gegen die Anordnung verbunden mit der Festlegung, daß für den Erlass von Ordnungsstrafen der Leiter der SZS verantwortlich ist. Die Strafbestimmungen der Regelung von 1949 - die Anwendung des Wirtschaftsstrafrechts - waren zu unelastisch, um praktisch handhabbar zu sein und damit wirksam zu werden.

Wesentlich war überhaupt, daß der Ministerrat mit der Verordnung die Notwendigkeit der Reduzierung des Berichtswesens erneut betonte. Unter dem Eindruck der vollzogenen wirtschaftlichen Entwicklung,

der Fülle der neuen Aufgaben war man vielerorts geneigt, eine Verordnung, die im Jahre 1949 erlassen wurde, nicht mehr ganz ernst zu nehmen. Wie wäre es sonst zu erklären, daß bei der erwähnten Überprüfung des Berichtswesens bei 933 genehmigten Erhebungen ganze 450 ungenehmigte Erhebungen festgestellt wurden.

Die Resonanz auf die neue Verordnung blieb nicht aus. Zahlreiche Verstoßmeldungen gingen der Genehmigungsstelle der SZS zu. Die Zahl der Anträge auf Genehmigung stieg schlagartig an, vor allem auch begründet durch den in der 1. Durchführungsbestimmung (Anlage I/6) enthaltenen Passus, nach dem alle mit einem früheren Genehmigungsvermerk versehenen Berichterstattungen Ende 1954 ihre Gültigkeit verloren. Von Juni 1954 bis Ende 1954 wurden mit 1 366 Anträgen fast doppelt soviel Genehmigungsanträge gestellt wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Rund 30 Prozent der Anträge mußten abgelehnt werden.

4.3. Ergebnisse der Rationalisierungsmaßnahmen der Jahre 1954 und 1955

Wurde der Auftrag des Ministerrates nach radikaler Reduzierung des Berichtswesens zunächst recht administrativ zu erfüllen versucht, so mußte die Leitung der SZS bald erkennen, daß eine befriedigende Lösung nur unter breitem Einsatz der Bezirks- und Kreisstellen und in enger Zusammenarbeit mit den Betrieben zu erreichen war. Allein von der Bezirksstelle Potsdam und ihren Kreisstellen wurden im IV. Quartal 1954 insgesamt 159 ungenehmigte Berichterstattungen ermittelt, von denen 27 durch zentrale Dienststellen, 75 durch Dienststellen des Bezirks und 57 der Kreise veranlaßt wurden. Vom Recht, Ordnungsstrafen zu verhängen, hatte der Leiter der SZS im ersten Jahr des Bestehens der Verordnung vom 28. Mai 1954 insgesamt 108 mal Gebrauch gemacht und Ordnungsstrafen bis zu 300 Mark ausgesprochen.

Ein Jahr nach dem Beschluß des Ministerrates über eine 50prozentige Reduzierung des Berichtswesens war eine Einschränkung um 40 Prozent erreicht worden. (Gegenüberstellung des Produkts aus Zahl der Kennziffern, Zahl der Berichtspflichtigen und Periodizität aller am 28. Januar 1954 bzw. 10. Februar 1955 durchgeführten Berichterstattungen.) Dabei waren zwar die Einschränkungen in den Betrieben

nicht in voller Höhe spürbar, da zum Beispiel bei Verlängerung der Periodizität von Berichterstattungen die innerbetrieblichen Aufzeichnungen unabhängig davon weitergeführt werden mußten. Jedoch waren die Einschränkungen in den Verwaltungen spürbar, da deren Mitarbeiter jetzt mehr Zeit hatten, die verbliebenen Berichterstattungen gründlicher auszuwerten und die operative, die Betriebe unmittelbar anleitende Tätigkeit in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen.

Eingeschätzt wurde, daß damit zweifellos beachtliche Erfolge bei der Verbesserung und Vereinfachung des Berichtswesens erzielt wurden, der Kampf gegen das nichtgenehmigte Berichtswesen jedoch noch lange nicht gewonnen war, daß die gesamte Aufgabenstellung nicht mittels einer Kampagne, sondern nur durch ständiges und beharrliches Arbeiten zu erfüllen war.

Dazu wurde auch in der Zentralstelle eine wichtige arbeitsorganisatorische Veränderung geschaffen. Während bisher die Genehmigungsanträge ausschließlich von der Genehmigungsstelle bearbeitet und die Fachabteilungen nur zu Stellungnahmen herangezogen wurden, hatte die Leitung der SZS im Laufe des Jahres 1955 ihre Fachabteilungen voll verantwortlich für das Berichtswesen der ihrem Aufgabengebiet entsprechenden Ministerien und sonstigen Organe gemacht. Sie mußten einen ständigen Überblick über das Berichtswesen ihres Aufgabengebietes besitzen und selbst über gestellte Genehmigungsanträge entscheiden. Der Genehmigungsstelle verblieben anleitende und kontrollierende Aufgaben. Entscheidend war dabei für beide eine enge Zusammenarbeit mit Betrieben.

In seiner Beratung am 12. Juni 1954 hatte das Parteiaktiv der SED der Leitung der SZS empfohlen, Einsätze in den Kreisen durchzuführen, um in Versammlungen mit Betriebsstatistikern die bisherigen Ergebnisse der Rationalisierung des Berichtswesens zu übermitteln und die Betriebsstatistiker zur Mithilfe bei der weiteren Durchführung dieser Aufgabe aufzurufen. Schon vier Wochen später hatten 44 leitende Mitarbeiter der Zentralstelle der SZS in 38 Kreisen vor 988 Betriebsstatistikern gesprochen. Ähnliche Einsätze führten die Bezirksstellen durch.

5. Erreichter Stand und Vorbereitung auf die kommenden Aufgaben

In den Jahren nach der "Verwaltungsreform" konnte die SZS ihre Arbeit wesentlich verbessern und anerkannte Erfolge erzielen: Die Qualität der statistischen Informationen und Analysen wurde erhöht, die organisatorisch-technischen Arbeiten entscheidend vereinfacht, beträchtliche Einsparungen an Arbeitskräften und Haushaltsmitteln erreicht (Vergl. Struktur- und Stellenpläne der SZS in Anlage I/7 und I/8) und das politisch-wissenschaftliche Niveau der Mitarbeiter gefestigt. Die Kreisstellen waren nun nicht mehr zu einseitig Einzugs- und Aufbereitungsstellen. Sie hatten, wie die Bezirksstellen für ihre Bezirke, begonnen, das statistische Material für ihren Kreis aufzubereiten und damit an Bedeutung und Ansehen bei den örtlichen Räten gewonnen.

Dennoch konnte der erreichte Leistungsstand den gestiegenen Anforderungen nicht genügen. Auf der Konferenz der Mitarbeiter der Planungsorgane Ende Januar 1955 betonte der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, daß die Aufgabe, das Niveau der gesamten Planungsarbeit zu heben, untrennbar mit einer weiteren Verbesserung der Arbeit der Statistik verbunden ist. "Ohne Zweifel hat sich die staatliche Statistik bei uns entwickelt, aber der gegenwärtige Stand wird nicht mehr den Anforderungen gerecht... Die SZS muß jetzt die gesamte Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes vereinfachen und verbessern. Sie hat gleichzeitig die Aufgabe, aus den Statistiken die entsprechenden Analysen zu geben. Die SZS muß die Regierung auf die Fehlerquellen der Wirtschaftsführung aufmerksam machen, Vorschläge für die Beseitigung bestehender Mängel vorbereiten und gemeinsam mit der Staatlichen Plankommission Schlußfolgerungen ausarbeiten... Wesentliche Mängel zeigen sich noch auf dem Gebiet der Arbeitskräfte- und der Kommunalstatistik. Die Methoden der Berechnung des Volkseinkommens und der Grundfonds müssen verbessert werden. Die Landwirtschaftsstatistik ist aussagekräftiger zu gestalten. Es gibt auch noch keine Statistik über die Ausnutzung natürlicher Ressourcen und der neuen Technik. Weiterhin muß mit Hilfe der Statistik über die Materialbewegung und den Materialverbrauch festgestellt werden, in welchem Umfang die maximale Einsparung von Materialien in den verschiedenen Bereichen der Produktion erfolgt. Es ist notwendig, die Berichte der Betriebe über

die Entwicklung ihrer Materialumlaufmittel besser auszuwerten, um auf diese Weise alle vorhandenen Ressourcen der Materialwirtschaft aufzudecken. Besonders im Hinblick auf die Beurteilung der Rentabilität unserer Betriebe ist von der Statistik eine genaue Überprüfung der zur Zeit durchgeführten Erhebungen und des bereits vorliegenden statistischen Materials vorzunehmen." ("Statistische Praxis" 1955/3, Seite 35)

Bruno Leuschner kritisierte aber auch zugleich, daß die Unterlagen der Statistik von den Leitungs- und Planungsorganen noch unzureichend genutzt wurden, besonders von den Planungsorganen der Bezirke und Kreise. Die Rolle der Statistik würde unterschätzt, auch von einer Reihe von Mitarbeitern der Staatlichen Plankommission.

Als ein entscheidendes Kettenglied der Verbesserung der Planung hatte sich zunehmend das Erreichen einer Übereinstimmung zwischen der Produktionsplanung und den synthetischen Planteilen - Arbeitskräfte, Material, Investitionen, Finanzen - einerseits ergeben und andererseits die Herstellung richtiger Wechselbeziehungen zwischen Planung, Statistik und Rechnungswesen.

Mit der Lösung dieser Frage beschäftigte sich 1955 eine Kommission unter Leitung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, der Vertreter der Staatlichen Plankommission, des Ministeriums der Finanzen, des Instituts für Rechnungswesen der VEW und der Hochschule für Ökonomie angehörten. Die Aufgabe der Kommission bestand darin, zu untersuchen, wieweit durch die wechselseitige Abhängigkeit zwischen Planung, Statistik und Rechnungswesen die mit der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes zusammenhängenden Prozesse in vereinfachter Form erfaßt und für die zentrale Auswertung unter Einbeziehung der Belange der zentralen Dienststellen berücksichtigt werden können. Die Kommission war bei der Lösung dieser Aufgaben von folgenden Überlegungen ausgegangen:

1. Die Planung hat die Aufgabe, den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß entsprechend den Erfordernissen der ökonomischen Gesetze zu lenken. Demzufolge müssen sich in der Gliederung des Planes alle Seiten und Sphären des Reproduktionsprozesses umfassend widerspiegeln. Das setzt in der Planmethodik nicht nur eine Einheitlichkeit zwischen den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft,

sondern auch die Anwendung des Prinzips der Einheitlichkeit zwischen den Planteilen Produktion, Material, Arbeitskräfte, Investitionen und Finanzen in den einzelnen Produktionszweigen voraus. Die Einheit des Produktionsprozesses mit seinen einzelnen Elementen und seiner wertmäßigen Widerspiegelung muß sowohl von seiten der Planmethodik als auch von seiten der Plankontrolle berücksichtigt werden, muß sowohl im Plan eines Betriebes als auch im Plan eines Wirtschaftszweiges vorhanden sein, d. h., Produktionsplan, Materialplan, Arbeitskräfteplan, Investitions- und Finanzplan eines Industrie- bzw. Wirtschaftszweiges müssen einen Plan- und Abrechnungskomplex darstellen.

2. Dieses Prinzip der Einheitlichkeit der Planung verlangt nicht nur eine Koordinierung aller Planteile, sondern auch eine ständige Kontrolle über die Erfüllung dieser Pläne. Dabei muß das System der statistischen Kennziffern so aufgebaut sein, daß mit seiner Hilfe die objektiven Bedingungen, unter denen sich unsere sozialistische Wirtschaft weiterentwickelt, und die wichtigsten Erscheinungen und Prozesse des gesellschaftlichen Lebens untersucht werden können.

3. Da die Kennziffern der Statistik und der Planung dieselben gesellschaftlichen Erscheinungen widerspiegeln, müssen sie auch einheitlich angewendet werden. Das setzt aber voraus, daß den Kennziffern des Planes die gleichen Nomenklaturen, Maßeinheiten usw. zugrunde liegen wie den Kennziffern der Planerfüllung. (Das bedeutet jedoch nicht, daß das System der statistischen Kennziffern den gleichen Umfang besitzen muß wie das der Planung. Drückt sich im Volkswirtschaftsplan in einer Kennziffer eine Vielzahl von gesellschaftlichen Erscheinungen aus, so muß die Statistik die Struktur dieser Kennziffern bei der Analyse der Planerfüllung, d. h. die Ursachen für die Übererfüllung oder Nichterfüllung der Pläne, die Reserven usw., aufdecken.)

4. Die Form der Berichterstattung muß so gewählt werden, daß sich das Kennziffernsystem der Statistik weitestgehend auf das Kennziffernsystem des Rechnungswesens stützen kann, so daß letztlich die richtige Erfassung des Prozesses der erweiterten Reproduktion in allgemeinen volkswirtschaftlichen Kennziffern möglich ist. Dabei ist der Unterschied zu berücksichtigen, der sich aus der operativ-

technischen Rechnung der Betriebe und aus der statistischen Erfassung für die Kontrolltätigkeit des Staatsapparates ergibt. Die operativ-technische Rechnung der Betriebe muß abgestimmt sein auf die rasche Ermittlung einzelner Kennziffern, die über den jeweiligen Stand der Erfüllung der einen oder anderen laufenden Planaufgabe Aufschluß geben kann.

5. Die statistische Beobachtung muß sich auf eine Vielzahl ökonomischer Vorgänge stützen und die konkreten Bedingungen des Ortes und der Zeit berücksichtigen. Sie muß gleichartige Tatsachen zusammenfassen und auf einen gemeinsamen Nenner bringen sowie ihre Gesamtheit untersuchen.¹⁾

Im Ergebnis der Arbeit dieser Kommission wurde für die Periode des zweiten Fünfjahrplanes ein höherer Grad der Übereinstimmung zwischen den Kennziffern der Planung und denen der statistischen Plankontrolle und -abrechnung erreicht und wurden erste Grundlagen erarbeitet für das in den folgenden Jahren geschaffene "Einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik".

1) Siehe "Planung - Statistik - Rechnungswesen" in "Statistische Praxis" 1955/8, Seite 117.

II. Die Weiterentwicklung der Produktionsstatistik und der
Industriieberichterstattung im Zeitraum des ersten Fünf-
jahrplanes 1951 - 1955

	<u>Seite</u>
Einleitung	
Die Struktur der Industrie am Ende des Zweijahrplanes 1950, die Ziele und Schwerpunktaufgaben im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes 1951 - 1955	54
1. Die Festlegung einer eindeutigen Definition der Kennziffer "Bruttoproduktion"	56
2. Die Weiterentwicklung des Allgemeinen Warenverzeich- nisses entsprechend den Anforderungen der Planung und Planabrechnung	59
3. Die Schaffung einer einheitlichen, unveränderlichen Preisbasis in Form von Meßwerten und Planpreisen zur Sicherung der Vergleichbarkeit des Umfangs und der Entwicklung der Bruttoproduktion zwischen den Planungszeiträumen	62
4. Die Produktionskartei als einheitliches Arbeitsmittel zur Verbesserung und Vereinfachung der statistischen Arbeit im Betrieb	68
5. Die Schaffung einer eindeutigen Begriffsbestimmung der in die Planung und Planabrechnung einzubeziehen- den Industriebetriebe durch Übergang von der "örtlichen Einheit" zur "Beauftragungseinheit"	73
6. Der Inhalt und die Gestaltung der Formblätter sowie die Erhöhung der Aktualität der Produktionsbericht- erstattung im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes	76
6.1. Die Gestaltung der Formblätter	77
6.2. Die Formblattbezeichnungen	78
6.3. Der Inhalt der monatlichen Produktionsbericht- erstattung	80

Autor: Siegfried Meyrich

Quellen:

- Diplomarbeit Dr. Wolfgang Haacke: "Die Entwick-
lung und die Organisation der Produktionsstati-
stik der Industrie der DDR" (Hochschule für Öko-
nomie, Institut für Statistik, 1956)
- "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 7,
Seiten 388-390 und 402-405
- "Statistische Praxis" 1947, 1950, 1951, 1954
- 1.u.3. Lehrbrief "Industriestatistik", heraus-
gegeben von der Techn. Hochschule Dresden 1955

Einleitung:

Die Struktur der Industrie am Ende des Zweijahrplanes 1950, die Ziele und Schwerpunktaufgaben im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes 1951 - 1955

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7.10.1949 und die erfolgreiche Durchführung des Zweijahrplanes 1949/1950 hatten die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen geschaffen, für die Entwicklung der Volkswirtschaft neue und höhere Aufgaben mit perspektivischem Inhalt festzulegen. Der industriellen Entwicklung mußte dabei besondere Bedeutung beigemessen werden, weil es darum ging, mit dem Wiederaufbau, der Rekonstruktion und dem weiteren Ausbau der Produktionskapazitäten die durch die Kriegsauswirkungen und die Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen schnell zu beseitigen und die Voraussetzungen für die Ausstattung und Entwicklung auch der anderen Bereiche der Volkswirtschaft sowie die Versorgung der Bevölkerung und die Entfaltung des Exports zu schaffen. Die sozialökonomische Struktur der Industrie beinhaltete Ende des Zweijahrplanes, wie nachstehende Darstellung zeigt, bereits einen bedeutenden Anteil der sozialistischen Betriebe (volkseigene Betriebe, sowjetische Aktiengesellschaften, Genossenschaftsbetriebe) an der industriellen Bruttoproduktion und bot damit die Grundlage für einen planmäßigen, auf die Schwerpunkte der Volkswirtschaft gerichteten Auf- und Ausbau der Industrie.

Betriebe, Arbeiter und Angestellte und
industrielle Bruttoproduktion Ende 1950
- Anteil in Prozent -

Eigentumsform	Betriebe	Arbeiter und Angestellte	Industrielle Bruttoproduktion zu unveränderl. Planpreisen
sozialistische Betriebe	25,6	75,7	76,5
private Betriebe	74,4	24,3	23,5

Wie im "Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951-1955)" vom 1. November 1951 festgelegt, bestand die Hauptaufgabe darin, die Industrieproduktion bis zum Ende des Fünfjahrplanes auf

192,3 Prozent, davon in den volkseigenen Betrieben auf 224,8 Prozent und in den privaten Betrieben auf 166,7 Prozent gegenüber dem Plan 1950 zu steigern. Um die in der Industrie vorhandenen Disproportionen zu beseitigen, wurde das Schwergewicht vor allem auf den Neu- und Ausbau der Betriebe der Metallurgie, des Schwermaschinenbaues, der chemischen Industrie sowie des Bergbaues und der Energiewirtschaft gelegt. Diese hohen Aufgaben erforderten gleichzeitig eine rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität, die in der Industrie bis zum Ende des Fünfjahrplanes auf 160 Prozent gegenüber 1950 zu erhöhen war.

Zur Lösung der Aufgaben des ersten Fünfjahrplanes gab die 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (9.-12. Juli 1952) mächtige Impulse. Ausgehend davon, daß die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen rasch vorangeschritten waren, wurde der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe.

Die Verkündung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR war ein Ereignis von überragender historischer und nationaler Bedeutung und löste bei den Delegierten der 2. Parteikonferenz sowie bei den bewußten Arbeitern und fortschrittlichen Werktätigen eine große Begeisterung aus. Der planmäßige Aufbau des Sozialismus in der DDR entsprach den Bedürfnissen der ökonomischen Entwicklung und den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Um die Kriegsfolgen möglichst endgültig zu beseitigen u.d.mat.u.kult.Lebensbedingungen des Volkes ständig zu verbessern, mußten die Produktivkräfte rasch entwickelt und die Arbeitsproduktivität bedeutend gesteigert werden. Voraussetzung dafür war, den volkseigenen Sektor der Wirtschaft weiter zu stärken, die Grundsätze der sozialist. Planung völlig durchzusetzen und die ökonomischen Gesetze des Sozialismus systematisch auszunutzen.

Der bis zum Ende des Zweijahrplanes erreichte Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und die Vorbereitung, Ausarbeitung und zum Gesetz erhobene neue und höhere Aufgabenstellung des ersten Fünfjahrplanes 1951 - 1955, die in den einzelnen Jahresvolkswirtschaftsplänen ihren Niederschlag fand, hatte wesentlichen Einfluß auf die Weiterentwicklung der Statistik. Von ihr wurde die Bereitstellung zuverlässigen Zahlenmaterials

für die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes und der Jahresvolkswirtschaftspläne und die exakte Kontrolle und Abrechnung der Planerfüllung gefordert. Das bedeutete, daß sich die Statistik auf die daraus entspringenden Hauptaufgaben konzentrieren mußte, die darin bestanden, den gesamten Volkswirtschaftsplan in wachsender Qualität und für die operative Leitung der Volkswirtschaft in hoher Aktualität abzurechnen. Sie wurde damit auch in der Industrie zu einem entscheidenden Instrument für die Planung, sowohl bei der Aufstellung als auch bei der Durchführung des Planes. Die schnelle und zuverlässige Information über den Stand der Planerfüllung und die wirtschaftliche Entwicklung an die Planungs- und wirtschaftsleitenden Organe wurde zum Hauptkriterium für die Wertung der Arbeit der Statistik. Wesentliche Voraussetzung dazu war, die methodischen und systematischen Grundlagen sowie den Aussagegehalt des Berichtswesens weiter zu verbessern und zu vervollkommen.

Diesen Erfordernissen Rechnung tragend erfuhr in der Periode des ersten Fünfjahrplanes die Produktionsstatistik einige grundlegende Neuerungen. Zu nennen sind insbesondere:

1. Die Festlegung einer eindeutigen Definition der Kennziffer "Bruttoproduktion"

Die in den vorangegangenen Jahren noch bestehenden Unklarheiten über den Inhalt der Kennziffer "Bruttoproduktion" (siehe Folge 1 der "Beiträge zur Geschichte der Statistik der DDR") wurden durch eine ökonomisch richtige, weitestgehend wissenschaftlich begründete marxistische Definition, die keine unterschiedlichen Auslegungen mehr zuließ, überwunden. Sie wurde in den planmethodischen Bestimmungen festgelegt und über die Planungsorgane und die Organe der Statistik allen Betrieben zur Kenntnis gegeben und ihre strikte Einhaltung zur Pflicht gemacht.

Entsprechend der Planmethodik wurde mit der Kennziffer Bruttoproduktion erfaßt:

1. Der Wert der hergestellten und zum Absatz bestimmten Erzeugnisse einschl. der P_2 -Produktion, die grundsätzlich der Auftragnehmer zu melden hat.

Bei der P_2 -Produktion handelt es sich um die Produk-

tion für fremde Rechnung aus zur Verfügung gestelltem, nicht käuflich erworbenem Material. Die aus solchem Material hergestellten Erzeugnisse gehören zur industriellen Produktion des Auftragnehmers und dürfen nur von diesem in die Bruttoproduktion einbezogen werden. Sie werden den aus eigenem Material hergestellten und zum Absatz bestimmten Erzeugnissen (P_1 -Produktion) gleichgestellt. Bedingung ist, daß mit der P_2 -Produktion ein Enderzeugnis mit einem neuen Gebrauchswert entstanden ist, das zum Absatz bestimmt ist.

2. Der Wert der materiellen Leistungen industrieller Art für fremde Auftraggeber (ohne den Wert des verwendeten Materials)

Zu den materiellen Leistungen industrieller Art für fremde Auftraggeber zählen Reparaturen, Lohnarbeiten einschl. Veredelungsleistungen und Montagen. Aus solchen Leistungen entsteht kein neues Erzeugnis (kein neuer Gebrauchswert), sondern es handelt sich neben Reparaturen oder Montagen bereits vorhandener Erzeugn. z.B. um zusätzliche Leistungen industrieller Art an Material oder Werkstücken, die der Auftraggeber für seine Produktion benötigt, aber selbst aus Gründen mangelnder Kapazität oder nicht vorhandener Spezialmaschinen bzw. -anlagen nicht durchführen kann.

3. Der Wert der Erzeugnisse und materiellen Leistungen, die für eigene Investitionen und Generalreparaturen bestimmt sind.
4. Der Wert der Produkte, die unter den Planpositionen der Bruttoliste erfaßt wurden.

In der Bruttoliste sind solche Planpositionen festgelegt, für welche die Gesamterzeugung (einschl. dem Verbrauch zur Weiterverarbeitung im eigenen Betrieb) in die Bruttoproduktion einzubeziehen war. Es handelte sich dabei um solche Erzeugnisse, deren Gesamtproduktion für die Materialbilanzierung bzw. Materialverteilung besondere Bedeutung hatten, wie z.B. die Menge der geförderten Rohbraunkohle, die sowohl als solche in den Zirkulationsprozeß eingehen konnte, zum Teil aber auch in Brikettierungsanlagen des gleichen Betriebes zu Braunkohlenbriketts weiterverarbeitet oder für andere Veredelungsprozesse verwendet werden konnte.

Diese 4 Bestandteile der Kennziffer "Bruttoproduktion" wurden im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes nicht verändert.

Dazu kamen zur Bruttoproduktion noch folgende Bestandteile:

5. der Wert der Bestandsveränderung an unvollendeter Produktion (einschl. Halbfabrikaten). Er wurde ab 1952 in volkseigenen Betrieben solcher ausgewählter Industriezweige erfaßt, in denen Bestandteile der Produktion sowohl als Warenproduktion abgesetzt als auch für die Weiterverarbeitung im eigenen Betrieb eingesetzt wurden. Während die für den Absatz bestimmte Produktion Bruttoproduktion gemäß Pkt. 1 darstellt, wurde von der im eigenen Betrieb weiter zu verarbeitenden Produktion nur der Zugang (plus) bzw. der Abgang (minus) am Bestand bei der Ermittlung der Bruttoproduktion angerechnet;

6. der Wert der Teilfertigung bei Erzeugnissen mit langfristiger Fertigung, und zwar

1951 und 1952 in den Betrieben des Schiffbaues, des Großmaschinenbaues und des Holzhausbaues,

1953 bis 1955 für alle Planpositionen des Schiffbaues und ausgewählter Erzeugnisse des Großmaschinenbaues.

Die Festlegung von Erzeugnissen mit langfristiger Fertigung war damit nicht mehr auf die Betriebe des Schiffbaues bzw. Großmaschinenbaues begrenzt, sondern nach den Planpositionen bestimmt, innerhalb derer auch Betriebe anderer Zweige als den vorgenannten Erzeugnisse mit langfristiger Fertigung produzierten und diese nunmehr als Bruttoproduktion abrechnen konnten.

Der Holzhausbau wurde nicht mehr zu den Erzeugnissen mit langfristiger Fertigung gerechnet.

1954/1955 wurden als Erzeugnisse mit langfristiger Fertigung noch zusätzlich anerkannt, wenn sie geplant waren und von der Zentralverwaltung für Statistik abgerechnet wurden.

Aus den Veränderungen der unter Pkt. 5. und 6. genannten Bestandteile der Bruttoproduktion wird deutlich, daß im Verlauf des ersten Fünfjahrplanes in Auswertung gewonnener Erkenntnisse, nicht

zuletzt auch auf Grund von Hinweisen und Anträgen aus Betrieben, der Inhalt der Kennziffer "Bruttoproduktion" immer präziser und eindeutiger definiert und abgegrenzt wurde.

2. Die Weiterentwicklung des Allgemeinen Warenverzeichnisses entsprechend den Anforderungen der Planung und Planabrechnung

Die während des Zweijahrplanes gesammelten Erfahrungen machten deutlich, daß das Allgemeine Warenverzeichnis mit seinen sechsstelligen Warennummern den gewachsenen Anforderungen der Planung und Planabrechnung nicht mehr entsprach. Als wesentlicher Mangel trat die zu grobe Zusammenfassung von Erzeugnissen in den Warennummern in Erscheinung, und es machte sich eine Verfeinerung in der Differenzierung der Warenarten erforderlich. Um jedoch die Vergleichbarkeit der Ergebnisse des Zweijahrplanes mit denen der folgenden Volkswirtschaftspläne zu gewährleisten, wurde der Inhalt der bisher sechsstelligen Warennummern beibehalten und die weitere Differenzierung der Erzeugnisse durch Hinzufügen einer siebenten und achten Stelle vorgenommen. Dadurch wuchs der Umfang des Allgemeinen Warenverzeichnisses von bisher rund 25000 auf nunmehr 40000 Warennummern. Diese Form der Erweiterung des Allgemeinen Warenverzeichnisses drückt zugleich aus, daß auch die neue, achtsellige Auflage auf der Volkswirtschaftlichen Grundsystematik basierte.

Nachfolgend wird die Erweiterung und Verfeinerung des Allgemeinen Warenverzeichnisses anhand eines Beispiels aus der Gruppe "Maschinenbau" dargestellt.

Die sechsstellige Ausgabe des Allgemeinen Warenverzeichnisses
(Gültig vom 1.1.1949 bis 31.12.1950)

Bereich	30 00 00	Eisen- und Metallbearbeitung
Gruppe	32 00 00	Maschinenbau
Zweig	32 60 00	Spezialarbeitsmaschinen
Art	32 63 00	Sonstige Spezialmaschinen bie die Baumaterialindustrie und die Bauwirtschaft
Unterart	32 63 10	Baustoffmaschinen
Position	32 63 14	Baustoffmaschinen für die keramische Industrie

Die achtstellige Ausgabe des Allgemeinen Warenverzeichnisses
(Gültig ab 1.1.1951)

Bereich	30 00 00 00	Eisen- und Metallbearbeitung
Gruppe	32 00 00 00	Maschinenbau
Zweig	32 60 00 00	Spezialarbeitsmaschinen
Gattung	32 63 00 00	Sonstige Spezialmaschinen für die Baumaterialienindustrie, Bauwirt- schaft, Gummi-, Kunststoff, Glas- und sonstige Industrie
Klasse	32 63 10 00	Baustoffmaschinen
Sorte	32 63 14 00	Maschinen für die keramische Industrie
Art	32 63 14 30	Pressen
Unterart	32 63 14 31	Strangpressen

Erstmalig wurden in diesem achtstelligen Warenverzeichnis auch die Meßwerte für die einzelnen Erzeugnisse aufgenommen (siehe hierzu Abschnitt 3 "Meßwerte und Planpreise").

Die Hauptgesichtspunkte bei der Ausarbeitung des achtstelligen Allgemeinen Warenverzeichnisses waren somit

- a) eine bessere Differenzierung der Warenarten bis hin zur Berücksichtigung bestimmter Sortimente entsprechend den Erfordernissen der Planung und Planabrechnung,
- b) die Gewährleistung des Anschlusses an die Systematik des Zweijahrplanes und seine Abrechnungsmethodik zur Sicherung der exakten Darstellung der Produktionsentwicklung,
- c) die Festlegung einheitlicher, unveränderlicher Preise in Form von Meßwerten für alle Warennummern des Allgemeinen Warenverzeichnisses, die für alle Betriebe bei der Bewertung der Bruttoproduktion verbindlich waren.

Nachstehend wird zur Veranschaulichung der Verbindung des Allgemeinen Warenverzeichnisses mit der Volkswirtschaftlichen Grundsystematik letztere in ihrem systematischen Aufbau nochmals dargestellt.

Volkswirtschaftliche Grundsystematik
in der Fassung von 1947

Bereich/Gruppe

- 10 Land- und Forstwirtschaft
 - 11 Landwirtschaft
 - 15 Forst-u. Jagdwirtschaft
 - 18 Fischerei
- 20 Bergbau, Energie, Metallurgie
 - 21 Bergbau
 - 22 Mineralölwirtschaft
einschl. Erdölgewinnung
 - 23 Energiewirtschaft
 - 25 Steine und Erden
 - 27 Eisen-u. Stahlgewinnung
 - 28 NE-Metallgewinnung
 - 29 Gießerei
- 30 Eisen- und Metallverarbeitung
 - 31 Stahl- und Metallbau
 - 32 Maschinenbau
 - 33 Fahrzeugbau
 - 34 Schiffbau
 - 35 Luftfahrzeugbau
 - 36 Elektrotechnik
 - 37 Optik und Feinmechanik
 - 38 Eisen-u. Metallwarenfertigung
- 40 Chemie
 - 41 Anorganische Chemikalien
 - 42 Organische Chemikalien
 - 43 Pharmazeutika und Drogen
 - 46 Chemische Spezialerzeugnisse
 - 48 Chem.-techn. Fertigung
 - 49 Gummi-u. Asbestverarbeitung
- 50 Holz-u. Kunststoffmassenverarbeitung
 - 51 Feinkeramik
 - 52 Glas
 - 53 Sägerei u. Holzbearbeitung
 - 54 Holzverarbeitung
 - 55 Papiererzeugung
 - 56 Papierverarbeitung
 - 57 Druck u. Vervielfältigung
 - 58 Kunststoffverarbeitung
 - 59 Kulturbedarfs-gut

Bereich/Gruppe

- 60 Verbrauchsgüter
 - 61 Ledererzeugung
 - 62 Lederverarbeitung
 - 63 Textilien
 - 64 Bekleidung
 - 67 Lebensmittel - ohne land-
wirtschaftl. Urproduktion
 - 68 Genußmittel
- 70 Bauwirtschaft
 - 71 Hoch-, Tief-u. Straßenbau
 - 72 Wasser- und Kanalbau
 - 73 Schornstein-u. Feuerungsbau
 - 74 Abbruch und Enttrümmerung
 - 78 Bauinstallation
 - 79 Baunebengewerbe
- 80 Verkehrswesen
 - 81 Nachrichtenwesen
 - 82 Post
 - 83 Schienenbahnen
 - 84 Straßenverkehr
 - 85 Schifffahrt
 - 86 Luftverkehr
 - 87 Verkehrsnebengewerbe
 - 89 Gaststättenwesen
- 90 Handel und Geldwesen
 - 91 Einzelhandel
 - 92 Großhandel
 - 93 Verlagswesen - ohne Presse-
 - 94 Vermittlung und Werbung
 - 95 Verleih
 - 98 Geld-, Bank-u. Börsenwesen
 - 99 Versicherungswesen
- 00 Dienstleistung und Verwaltung
 - 01 Öffentliche Verwaltung
 - 02 Rechtsberatung und
Sicherheitswesen
 - 03 Politische, soziale und
wirtschaftl. Organisationen
 - 04 Schule, Bildung, Forschung,
Religion
 - 05 Kunst, Film, Schaus-tellung
 - 06 Gesundheitswesen, Hygiene,
Sport
 - 07 Häusliche Dienste
 - 09 Berufslose

Bei der Gruppierung der 10 volkswirtschaftlichen Bereiche wurden nicht alle verfügbaren Dezimalstellen ausgenutzt. Die nicht aufgeführten Gruppen-Nummern konnten im Bedarfsfalle für spätere Gruppen-Neubildungen belegt werden.

3. Die Schaffung einer einheitlichen, unveränderlichen Preisbasis in Form von Meßwerten und Planpreisen zur Sicherung der Vergleichbarkeit der Kennziffer "Bruttoproduktion" zwischen den Planungszeiträumen

Mit der Vervollkommnung der Planung wuchs die Forderung nach besserer Vergleichbarkeit der Bruttoproduktion über längere Zeiträume und Ausschaltung der durch Veränderungen der Absatzpreise hervorgerufenen Schwankungen des Produktionsvolumens. Die Ausarbeitung des Planes in Anlehnung an den vorangegangenen Zeitraum und seine Abrechnung sowie die Ermittlung der Produktionsentwicklung gegenüber dem Vorjahr erforderten die Bewertung der Bruttoproduktion nach einer festen, unveränderlichen Preisbasis. Es wurden deshalb auf der Grundlage des neuen Allgemeinen Warenverzeichnisses für die einzelnen Erzeugnisse (Warennummern) die sogenannten Meßwerte gebildet, die gemäß der tieferen Gliederung des Warenverzeichnisses eine weitestgehende Berücksichtigung der Sortimente und auch von Sortimentsverschiebungen ermöglichten. Die Bewertung der einzelnen Erzeugnisse nach Meßwerten gestatteten deren wertmäßige Zusammenfassung zu Planpositionen und Plangruppen (Industriezweigen), die Summierung der einzelnen Produktionsmeldungen der Betriebe zu Industriezweigen bis hin zum Gesamtergebnis für die Republik und jeweils deren Vergleich mit dem Produktionsvolumen des vorangegangenen Planungszeitraumes.

Die Festlegung dieser unveränderlichen Preise der Erzeugnisse für jede Warennummer des Allgemeinen Warenverzeichnisses erfolgte in Anlehnung an die effektiven Preise. Sie wurden als "Meßwert" bezeichnet. Mit diesen Meßwerten hatten die Betriebe ihren bisher mengenmäßig unterbreiteten Planvorschlag zu bewerten und den Produktionsplan in der Hochrechnung nach Planpositionen der Schlüsselliste abzurechnen.

Aus der Summe der Meldungen aller Betriebe einer Plangruppe zu einer Planposition nach Menge und Wert (Meßwert), aus der

sich auch die Gewichtung der einzelnen Planpositionen zeigt, wurde durch einfache Division der Planpreis je Planposition errechnet, wie er für die Planungsorgane benötigt wurde.

Zum besseren Verständnis soll folgendes konstruierten Beispiel dienen:

Es wird davon ausgegangen, daß drei Betriebe die Gesamtproduktion der Planposition 82 44 100 (Teppiche und Läufer) - siehe Schlüsselliste 1951 - herstellen, und zwar in folgender Weise:

Betrieb	Menge	Sorte	Waren-Nr.	Meßwert in DM je qm
A	10 000 qm	Handgeknüpfte Teppiche aus Wollkammgarn	66 51 11 00	55,50
	5 000 qm	Handgeknüpfte Teppiche aus Wollstreichgarn	66 51 12 00	47,50
B	28 000 qm	Maschinengeknüpf- te Teppiche aus Wollkammgarn	66 51 21 00	35,50
C	30 000 qm	Tournay-Teppiche aus Wollkammgarn	66 51 31 00	22,--
	22 000 qm	Tournay-Teppiche aus Wollstreich- garn	66 51 32 00	20,50
	18 000 qm	Tournay-Teppiche aus Zellwoll- kammgarn	66 51 33 00	22,--
	40 000 qm	Tournay-Teppiche aus Zellwoll- streichgarn	66 51 34 00	20,50

Aus der Multiplikation der Meßwerte mit der Menge ergibt sich der Produktionswert auf der Basis der Meßwerte:

Betrieb	Waren-Nr.	Menge	Produktionswert nach Meßwerten in DM
A	66 51 11 00	10 000 qm	555 000,--
	66 51 12 00	5 000 qm	237 500,--
B	66 51 21 00	28 000 qm	994 000,--
C	66 51 31 00	30 000 qm	660 000,--
	66 51 32 00	22 000 qm	451 000,--
	66 51 33 00	18 000 qm	396 000,--
	66 51 34 00	40 000 qm	820 000,--

Danach betragen:

für den Betrieb	die Produktionsmenge	der Gesamtproduktions- wert nach Meßwerten in DM
A	15 000 qm	792 500,--
B	28 000 qm	994 000,--
C	110 000 qm	2 327 000,--
zusamm.	153 000 qm	4 113 500,--

Der Planpreis für die Planposition 82 44 100 beträgt also
 $4\,113\,500 : 153\,000 = 26,89 \text{ DM.}$

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß es sich um ein konstruiertes, vereinfachtes Beispiel handelt,

Gegen diese Methode der Ermittlung der Planpreise je Planposition könnte man einwenden, daß die Gewichtung zum Zeitpunkt der Feststellung des Planpreises zwar bekannt ist, zu den einzelnen Zeitpunkten der Plankontrolle jedoch von der Ausgangsgewichtung erheblich abweichen kann. Über einen Planungszeitraum - z.B. ein Jahr - hinweg wirkt sich diese Abweichung jedoch nicht so stark aus, weil die Betriebe auf Grund der ihnen erteilten Auflagen bemüht sind, ihr Produktionsprogramm für den Planungszeitraum genau einzuhalten.

Ausgangspunkt für die Ermittlung der Planpreise je Planposition waren, wie vorstehendes Beispiel zeigt, die Meßwerte.

Die Fortschritte, die durch die Meßwerte für rund 40 000 Warennummern gegenüber den bisher verwendeten Planpreisen erzielt wurden, waren somit insbesondere:

- Die einheitliche Bewertung der Erzeugnisse aller Betriebe, welche gleiche Erzeugnisse produzierten, unter Ausschaltung von Preisschwankungen.
- Die wertmäßige Ermittlung der Bruttoproduktion und ihre Vergleichbarkeit mit dem vorangegangenen Planungszeitraum, und zwar vom Betrieb bis zur zentralen Ebene.
- Die weitgehendst annähernde Übereinstimmung zwischen Planung und Planabrechnung in der Bewertung der Bruttoproduktion, die Erhöhung der Qualität der Planabrechnung und Erleichterung der Kontrolle des Planablaufes.

- Die durch das neue Warenverzeichnis ermöglichte Bewertung der Erzeugnisse und Sortimente in der tiefen Gliederung der ca. 40 000 Warennummern.

Neben den genannten Fortschritten und damit erzielten Verbesserungen und Erleichterungen für die Planung und Planabrechnung hafteten den Meßwerten und Planpreisen jedoch auch noch einige Mängel an, die im wesentlichen aus ihrer damals überhasteten Ermittlung und Einführung resultierten. Es wurden dadurch nicht alle Anforderungen, die an ein Festpreissystem gestellt werden müssen, eingehalten. Diese Anforderungen verlangen z.B., daß

- die Festpreise zum Zeitpunkt ihrer Aufstellung in einem möglichst genauen Verhältnis zur tatsächlich aufgewendeten gesellschaftlich notwendigen Arbeit stehen müssen;
- die Festpreise einheitlich sein müssen, d.h. für dasselbe Erzeugnis muß auch der gleiche Festpreis gelten, unabhängig davon, in welchem Betrieb es hergestellt wird;
- die Festpreise weitestgehend differenziert sein müssen und die Festlegung eines Festpreises für eine Zusammenfassung unterschiedlicher Gebrauchswerte möglichst zu vermeiden ist.
- das Festpreissystem nur für einen bestimmten Zeitraum Gültigkeit haben darf, weil sich entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Industriezweigen die Arbeitsproduktivität unterschiedlich entwickelt und so zwischen Festpreis und tatsächlicher Wertgröße zunehmend Abweichungen entstehen.

Demgegenüber wurden

- für die Ermittlung der Planpreise je Planposition und für die Meßwerte je Warennummer voneinander abweichende Preisbasen verwendet, wodurch bestimmte Differenzen zwischen den Kontrollziffern des Volkswirtschaftsplanes und den den Betrieben übergebenen Planaufträgen je Planposition auftraten. Das trat besonders im Jahre 1951 in Erscheinung, weil die Ausarbeitung der Meßwerte für die ca. 40000 Warennummern durch die ZV für Statistik und die Ausarbeitung der Kontrollziffern für den Volkswirtschaftsplan 1951 und deren Übergabe an die Betriebe nebeneinander ablief. Dabei wurden

wie bereits angeführt, für die Ausarbeitung der Meßwerte weitestgehend die effektiven Abgabepreise zu Grunde gelegt, während die Kontrollziffern des Planes noch auf der Grundlage der alten, bis Ende 1950 gültigen Planpreise je Planposition ausgearbeitet wurden. Die Betriebe sollten aber ihren Betriebsplan mit Meßwerten aufstellen, und es zeigte sich bei der Konzentration der Betriebspläne, daß höhere Kennziffern erreicht wurden, als die ursprünglichen Kontrollziffern auswiesen. Diese Diskrepanz verlor sich in den nachfolgenden Jahren und mit der Ermittlung der Planpreise je Planposition nach dem auf den vorangegangenen Seiten dargestellten Beispiel.

- Meßwerte wurden in zu grober Zusammenfassung unterschiedlicher Sortimente zugelassen, wodurch Erzeugnisse in verfeinerter Be- und Verarbeitung, in denen mehr Arbeit steckt, unterbewertet wurden, was wiederum die Betriebe veranlaßte, von solcher Produktion z.T. Abstand zu nehmen. Die Betriebe reagierten teilweise mit Beschwerden, von denen eine, mit recht aufschlußreichem allerdings kaum zu verallgemeinernden Inhalt, nachstehend zur Kenntnis gegeben wird.

"In den Meßwerten für unsere Halbzeugfertigung kann man eine sehr merkwürdige und verblüffende Tendenz feststellen, nämlich die Unterbewertung der Verfeinerung innerhalb der Produktion. Das heißt, das Vorprodukt ist verhältnismäßig hoch bewertet. Je mehr Arbeit nun in dieses Vorprodukt hineingesteckt wird, umso mehr sinkt der Meßwert. Wenn es sich nur um die eine oder andere Planposition handeln würde, dann könnte man das als Zufälligkeit bezeichnen, die Tendenz zieht sich aber durch sämtliche Planwerte wie ein roter Faden, und es ergibt sich ...

das Resultat, daß die Planwerte uns nicht etwa im Geiste der rationellen Betriebsführung erziehen und uns zur Disziplin anhalten, uns helfen, die in der Produktion verborgenen Reserven zu suchen, sondern daß die Produktion mit Füßen getreten wird."

Dieser Betrieb führte dann weiter aus:

"Der Betrieb wird also für seine Bemühungen, im Interesse der allgemeinen Wirtschaft eine feinere Produktion zu bringen, nicht etwa belohnt, sondern im Gegenteil bestraft. Die wertmäßige Erfüllung wird nicht erreicht, die Fonds werden überschritten, die Selbstkostensenkung kann planmäßig nicht nachgewiesen werden

Wenn wir das vermeiden wollen, dann bleibt uns nur eines übrig; in die groben und nicht verfeinerten Dimensionen und Qualitäten auszuweichen, jede Verfeinerung abzulehnen und damit unsere gesamte Wirtschaft zu schädigen. Wir erfüllen dann aber unsere Produktion, werden geehrt,

erhalten dicke Prämien und reichliche Zuführung zu unserem Direktorenfonds

Gewöhnliche Grobbleche werden mit DM 295.-- bewertet. Wenn wir diese Grobbleche in Streifen schneiden, glühen, richten und mit kostspieligen Spezialwerkzeugen auf schweren Pressen zu Unterlegplatten stanzen, dann ergibt sich ein Produkt, das einen Meßwert von DM 135.-- hat. Sie werden verstehen, daß wir an der Produktion von Unterlegplatten für Grubenbahnen, nicht das geringste Interesse haben. Wir haben diese Produktion aufgenommen, um den benachbarten Kombinat zu helfen, die einfach nicht mehr weiterkonnten. Wenn wir jetzt aber diese Produktion einstellen, da eine Planaufgabe nicht existiert, dann verbessern wir unsere wertmäßige Erfüllung jährlich um DM 148800,--".

- Meßwerte und Planpreise vielfach aus vorangegangenen Zeiträumen übernommen, obwohl sich die Produktionsbedingungen und die Abgabepreise inzwischen wesentlich verändert hatten, wodurch zwischen Festpreis und tatsächlichem Wert erhebliche Abweichungen auftraten und die Produktionsentwicklung nicht exakt nachgewiesen wurde.

Trotz dieser noch vorhandenen Mängel brachte die Einführung der Meßwerte insgesamt auch für die Betriebe eine wesentliche Qualifizierung und zugleich Erleichterung ihrer Planungsarbeit, sowohl bei der Ausarbeitung ihrer Planvorschläge als auch des Betriebsplanes sowie für die statistische Abrechnung der Bruttoproduktion.

Die Kennziffer Bruttoproduktion, ermittelt auf der Grundlage der Meßwerte, diente nicht nur der Abrechnung des Produktionsplanes sondern fand noch vielfältige Verwendung z.B. bei der Aufstellung des Arbeitskräfteplanes, des Planes zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, für die Materialplanung und -bilanzierung, zur Beurteilung der Höhe des Lohnfonds in Verbindung mit der Erfüllung des Bruttoproduktionsplanes oder bei den Zuführungen zum Direktorenfonds und bei der Beurteilung der Pläne der Umlaufmittel.

Zur Verbesserung und Erleichterung der Produktionsberichterstattung wurde den Betrieben in Form der "Produktionskartei" ein Arbeitsmittel übergeben, das vom Prinzip her noch heute verwendet wird.

4. Die Produktionskartei als einheitliches Arbeitsmittel zur Verbesserung und Vereinfachung der statistischen Arbeit im Betrieb

Die ständige Erhöhung der Produktion als eine der entscheidenden Aufgaben im Rahmen der Volkswirtschaftspläne verlangte immer stärker danach, jederzeit ein genaues Bild über den Ablauf der Produktion im Einzelnen zur Verfügung zu haben und dieses Bild auch allen Stellen zu vermitteln, die verantwortliche Aufgaben auf der Seite der Planung, der Planbeobachtung und Kontrolle der Planerfüllung zu lösen hatten. Die Erkenntnisse über den Ablauf der Produktion müssen wahrheitsgetreu, schnell und unmißverständlich im Betrieb gewonnen werden können und die Produktion in ihrer Zusammensetzung widerspiegeln. Gewährleistet sein muß ferner, daß die an den Betrieb gerichteten Fragen zu gleichen Vorgängen innerhalb gleicher Zeiträume auch mit gleichen Angaben beantwortet werden. Diesbezüglich gab es noch erhebliche Mängel, weil ein Arbeitsmittel, das betriebsnah ist und allen Anforderungen genügt, die von staatlichen und wirtschaftsleitenden Dienststellen an den Betrieb gestellt wurden, noch fehlte.

Ein solches Arbeitsmittel, das von allen Betrieben in gleicher Weise angewandt werden konnte, stellte die Produktionskartei dar, die vom statistischen Dienst entwickelt wurde und ^{die im wesentlichen} alle Angaben enthält, die zur Kontrolle und Berichterstattung über den Ablauf und die Ergebnisse der Produktion notwendig sind. Mit der Produktionskartei wurde einer großen Zahl von Betrieben ein Instrument gegeben, das ihnen half, eine geordnete Betriebsstatistik über die Produktion aufzubauen.

Bei der Gestaltung der Produktionskartei mußte davon ausgegangen werden, daß die Planung nur Zusammenfassungen der Erzeugnisse nach Planpositionen benötigte, die Pläne nach Planpositionen aufgestellt und die Planaufgaben an die Betriebe nach Planpositionen erteilt wurden, während die Betriebe die Produktion der einzelnen Erzeugnisse, d.h. nach Warennummern erfassen mußten. Die Produktionskartei stellte deshalb die Verbindung zwischen Warennummern und Planpositionen her und baute somit auf den bekannten Begriffen der Warennummer, der Planposition und der Plangruppe auf. Sie umfaßt daher auch die drei im Folgenden dargestellten verschiedenen Kartenarten A, B und C.

Die Karte A legt für die Einheit je Warennummer des Allgemeinen Warenverzeichnisses die Angaben fest, während die Karte B die Angaben für die Planpositionen als Meldeeinheit der Industrieberichterstattung enthält. Die Karte C bildet, jedoch nur für die Werte, die Summenkarte für alle zu einer Plangruppe gehörenden Planpositionen. Daraus wird ersichtlich, daß von der Karte A aus zu den Ergebnissen der Karte B und C immer weitere Konzentrationen stattfinden. Das bietet den Vorteil, daß für die abzugebenden statistischen Meldungen lediglich die Summen von den Karten B und C verwendet werden und dadurch eine Vereinfachung in der Handhabung der Kartei von vornherein gegeben war.

Die Karte A enthält im Kopf:

- den Namen des Erzeugnisses,
- die Warennummer für das Erzeugnis nach dem Allgemeinen Warenverzeichnis,
- die Nummer der Planposition, zu welcher die Warennummer lt. Schlüsselliste gehört,
- die Angabe der Mengeneinheit,
- den Meßwert je Mengeneinheit nach dem Allgemeinen Warenverzeichnis,
- den Abgabepreis je Mengeneinheit.

Außerdem sind Felder für die laufende Kartenummer und für die innerbetriebliche Nummer des Erzeugnisses vorgesehen. Die innerbetriebliche Nummer auf der Karte A stellt die Verbindung zwischen der Produktionskartei und gegebenenfalls bisher bestehenden anderen Karteien, wie Lagerkartei, Rohstoffkartei usw. her.

Es konnte auftreten, daß die Warennummer als kleinste Einheit für manche Betriebe noch zu grob war, nämlich dann, wenn innerhalb einer Warennummer Erzeugnisse mehrerer Typen hergestellt wurden. In solchen Fällen kann der Betrieb für jeden Typ eine Karte A führen, wobei der Meßwert, der an die Warennummer gebunden ist, für alle Typen gleich ist, während der Abgabepreis verschieden sein kann. Diese zur gleichen Warennummer gehörigen A-Karten sind dann aber in einer Summenkarte A zusammenzufassen. Für die Konzentration der zu einer Planposition gehörenden Warennummern zur Kartenart B braucht dann nur diese Summenkarte A herangezogen werden.

Der Kopf der Karte B enthält:

- die laufende Kartennummer,
- die Bezeichnung der Plangruppe nach der Schlüsselliste, die den Industriezweig ausdrückt, zu dem die unter 3. und 4. bezeichnete Planposition gehört,
- die Bezeichnung der Planposition nach der Schlüsselliste,
- die Nummer der Planposition nach der Schlüsselliste,
- die Angabe der Mengeneinheit nach der Schlüsselliste.

Die Karte B faßt die Angaben aller zur gleichen Planposition gehörenden Warennummern zusammen, für die im Betrieb eine Karte A geführt wurde. Auf der Rückseite der Karte B sind die in ihr enthaltenen Warennummern (A-Karten) aufzuführen. Die so entstandenen Angaben in der Karte B bilden die Meldepositionen der Industrieberichterstattung.

Im Kopf der Karte C sind nur Name und Nummer der Plangruppe laut Schlüsselliste enthalten, zu der die im Betrieb auftretenden Planpositionen (B-Karten) gehören. Für jede Plangruppe, aus der im Betrieb Erzeugnisse hergestellt werden, ist eine Karte C zu führen. Sofern mehrere Karten C im Betrieb, d.h. verschiedene Plangruppen auftreten, müssen die Gesamtwerte des Betriebes in einer Summen-C-Karte zusammengefaßt werden. Auf der Rückseite der C-Karte sind die Nummern der Planpositionen aufzuführen, die in den Angaben der betreffenden C-Karte enthalten sind. Das gleiche gilt für die Summen-C-Karte, auf deren Rückseite die in ihr enthaltenen Plangruppen (C-Karten) zu nennen sind.

Die Spaltenköpfe sind für A- und B-Karte gleich und enthalten die Gesamt-(Brutto-)Produktion, den Eigenverbrauch und die Warenproduktion. Für die Gesamt-(Brutto-)Produktion ist die Mengenangabe und der Wert in Meßwerten des Allgemeinen Warenverzeichnisses und in Abgabepreisen vorgesehen. Der Eigenverbrauch wird nur nach der Menge festgehalten. Bei der Warenproduktion sind wieder Mengenangaben und der Wert in Abgabepreisen vorgesehen.

Die durch die Spaltenköpfe festgelegten Angaben entsprechen den in VEB-Plan 1951 geforderten Aufteilungen. Die Definitionen der Begriffe - Bruttoproduktion, Eigenverbrauch und Warenproduktion - stimmen ebenfalls mit denen des VEB-Planes überein und sind zugleich die Begriffe für die Industrieberichterstattung des Jahres 1951.

Für die Spaltenköpfe der Karte C gilt in bezug auf die Definition von Brutto- und Warenproduktion das gleiche wie für die Karten A und B. Lediglich der Arbeitswert der Lohnarbeiten (nicht P_2 -Produktion) und der Reparaturen je Plangruppe kommen hinzu und bilden mit den anderen Wertangaben zusammen die Gesamtwerte der Brutto- bzw. Warenproduktion als wichtigste Meldepositionen der neuen Industriebereichterstattung und Bestandteile des VEB-Planes.

1	Januar
2	Februar
	1 + 2
3	März
	1 bis 3
4	April
	1 bis 4
5	Mai
	4 + 5
	1 bis 5
6	Juni
	4 + 5 + 6
	1 bis 6
7	Juli
	1 bis 7
8	August
	7 + 8
	1 bis 8
9	September
	7 + 8 + 9
	1 bis 9
10	Oktober
	1 bis 10
11	November
	10 + 11
	1 bis 11
12	Dezember
	10 + 11 + 12
	1 bis 12

Für die Eintragung der Ergebnisse der einzelnen Monate und die Ermittlung der immer wieder geforderten Summen "seit Quartalsbeginn" und "seit Jahresbeginn" ist die nebenstehende Form der Fortschreibung gewählt worden. Sie enthält bereits die Zeilen für diese Zwischensummen nach jedem Monat. Außerdem gibt sie durch die einfache Anweisung, welche von den in der ersten Spalte numerierten Zeilen zu einer Summe zu addieren sind, die Gewähr dafür, daß jede Hilfskraft, auch ohne genaue Kenntnis der Kartei und ihrer Systematik, diese Rechenarbeiten vornehmen kann.

Diese Art der Fortschreibung bietet eine gute Grundlage für alle abzugebenden Berichte und eine bessere Kontrolle dieser Berichte, da die Summen ohne weitere Rechnung sofort aus den Karten zu entnehmen sind.

Die Karten der Produktionskartei wurden zunächst für die Jahre 1950 und 1951 vorgesehen, weil es notwendig war, das Jahr 1950 als Basisjahr für den Fünfjahrplan noch einmal in der Systematik des Fünfjahrplanes festzulegen. Zur Führung der Produktionskartei waren alle Industriebetriebe verpflichtet, sofern sie nicht bereits eigene Unterlagen führten, die den Belangen der Produktionskartei entsprachen. Für die folgenden Jahre wurde die Produktionskartei vervollkommen. Anstelle der Vorjahresangaben, die sich durch das Vorhandensein der Produktionskartei 1951 erübrigten, sind für die volkseigenen Betriebe

Spalten für den Betriebsplan und in der zusammenfassenden Karte C eine Spalte für die Werte der Bestände an halbfertigen Erzeugnissen (Halbfabrikaten) der eigenen Produktion vorgesehen worden. Für die privaten und sonstigen Betriebe wurde eine Ergänzungskarte gedruckt, die der allgemeinen Produktionskartei 1951 entsprach.

Die Produktionskartei ist seit ihrer Einführung zugleich ein Instrument, mit dessen Hilfe und auf dessen Grundlage die Organe der Statistik sowie andere Kontrollorgane Überprüfungen über die Ordnungsmäßigkeit der Industrieberichterstattung in den Betrieben vornehmen. Bei Betriebsüberprüfungen oder der Klärung von Unwahrscheinlichkeiten innerhalb der Produktionsberichterstattung lassen sich die Mitarbeiter der Kreis- bzw. Bezirksstelle der Statistik als erstes im Betrieb die Produktionskartei vorlegen und kontrollieren die Übereinstimmung der in der Produktionskartei festgehaltenen Angaben mit denen der Produktionsberichterstattung. Weitere Prüfungsmöglichkeiten beziehen sich auf die richtige Führung der Produktionskartei anhand des innerbetrieblichen Belegmaterials, wie Fertigungsmeldungen, Absatzmeldungen, Bestandsmeldungen an Fertigerzeugnissen oder Halbfabrikaten usw. Mit der Überprüfung verbindet sich auch immer ein Erfahrungsaustausch bzw. eine Schulung über Fragen der Verbesserung der innerbetrieblichen Statistik.

5. Die Schaffung einer eindeutigen Begriffsbestimmung der in die Planung und Planabrechnung einzubeziehenden Industriebetriebe durch Übergang von der "örtlichen Einheit" zur "Beauftragungseinheit".

Die Entwicklung der Industriebetriebe, die wachsende Kombination und Konzentration der Industrieproduktion sowie die Erfordernisse der Planung und Planabrechnung verlangten eine eindeutige Klärung darüber, wer einen Plan zu erhalten hat und darüber abrechnungspflichtig ist. Die bisherige Definition des Betriebes als "örtliche Einheit" erwies sich insofern als ungeeignet, als darunter auch Betriebsteile oder Nebenbetriebe ohne eigene Verwaltung zu verstehen waren, die lediglich vom Hauptbetrieb räumlich getrennte Arbeits-

stätten darstellten. Diesem Erfordernis Rechnung tragend wurde im ersten Fünfjahrplan dazu übergegangen, die Betriebe als wirtschaftliche Einheit, als Einheit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, zu betrachten. Meldepflichtig war danach nicht mehr die "örtliche Einheit" in ihrer bisherigen, in der 1. Folge beschriebenen Definition, sondern diejenige Einheit, welche den Plan erhalten hat. In den Erläuterungen zur Industrieberichterstattung wurde dazu ausgedrückt, daß alle Einheiten, die einen Plan der industriellen Produktion erhalten haben, nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten und zum Bereich der Industrieproduktion gehören und alle selbständig bilanzierenden Produktionsbetriebe meldepflichtig sind. Diese, als Beauftragungseinheit bezeichneten Betriebe, hatten 1951 erstmalig den Produktions- und Bauwirtschaftsplan, den Arbeitskräfte-, den Investitions-¹⁾ und den Selbstkostenplan abzurechnen. Da nur die volkseigenen Industriebetriebe Planauflagen erhielten, konnte sich das neue Abrechnungsverfahren zunächst nur auf diese beziehen. Für sie bedeutete diese Neuerung zugleich eine erhebliche Vereinfachung aller Berichterstattungen, weil für Teil- bzw. Nebenbetriebe eine gesonderte Berichterstattung nicht mehr gefordert war. Mit dieser Neuerung erhöhte sich außerdem die Eindeutigkeit und Qualität der an die Organe der Statistik zu meldenden Daten über die Planerfüllung, sie waren überschaubarer und leichter kontrollierbar.

Die privaten Industriebetriebe, für die diese Fragen infolge der geringeren Kombination und Konzentration der Produktion nicht so bedeutsam waren und keinen Plan erhielten, rechneten vorerst noch nach der bisherigen "örtlichen Einheit" ab.

Zur Gewährleistung einer vollständigen Erfassung aller Betriebe gemäß dieser Neuordnung war es erforderlich, von vornherein klar abzugrenzen und festzulegen, wer was zu melden hat, und zwar einmal nach dem Gesichtspunkt der Eigentumsform und zum anderen bei den volkseigenen Betrieben nach dem Gesichtspunkt "Hauptbetrieb" (Beauftragungseinheit) und den Nebenbetrieben.

Dem Vorteil des Übergangs der volkseigenen Betriebe von der örtlichen Einheit zur Beauftragungseinheit für die Planung, Planabrechnung und die Wirtschaftsleitung stand jedoch gegen-

1) siehe Abschnitte zur "Investitionsstatistik" in den Folgen 1 und 2 der "Beiträge..."

über, daß die Aussage regionaler Ergebnisgliederungen für die politischen Leitungsaufgaben auf territorialer Ebene etwas gemindert war, weil zwischen dem meldepflichtigen Hauptbetrieb und den ihm angeschlossenen Nebenbetrieben oder Betriebsteilen territoriale Grenzen liegen konnten. Insofern mußte in Kauf genommen werden, daß die Produktion und die Arbeitskräfte in Nebenbetrieben von in einem anderen Kreis liegenden Hauptbetrieben nicht mehr im Kreisergebnis des Nebenbetriebes, sondern in dem des Hauptbetriebes erschienen, das eine Kreisergebnis zu niedrige und das andere Kreisergebnis überhöhte Werte auswies. Es traten auch solche Kreise in Erscheinung, in denen sehr viele Nebenbetriebe mit zum Teil erheblicher Produktion und vielen Arbeitskräften lagen, während Hauptbetriebe nur in geringer Zahl und relativ geringem Produktionsvolumen vorhanden waren. Für die politische Führungsarbeit machte sich das Fehlen der exakt vergleichbaren Prod.-u.Arbeitskr.-zahlen sehr nachteilig bemerkbar, weil damit die genaue Kenntnis über den Stand der Produktion und die Entwicklung der Arbeitsproduktivität der Industrie des Kreises unvollständig war. Um diesen Nachteil zu begegnen, wurde später f.d. Information der örtl. Partei- und Staatsorgane eine zusätzliche Berichterstattung ausgewählter großer bzw. wichtiger Nebenbetriebe eingeführt, mit der diese über den Stand der Erfüllung des Betriebsplanes der Produktion sowie der Arbeitskräfte und Arbeitsproduktivität und gegebenenfalls anderer wichtiger Kennziffern zu berichten hatten. Diese Berichterstattung von Nebenbetrieben wurde erst in den Jahren nach 1960 durchgeführt u.in Bezug auf die Auswahl der Nebenbetriebe und der Kennziffern, über die zu berichten war, variabel gehalten. Von den Kreis- und Bezirksstellen der Statistik mußte streng darauf geachtet werden, daß die Berichterstattungen der Nebenbetriebe nicht mit in die Gesamtaufbereitung der Industrieberichterstattung einfließen, weil sonst Doppelzählungen entstanden wären.

Die mit dem ersten Fünfjahrplan getroffene Entscheidung, den sozialistischen Betrieb als wirtschaftliche Einheit (= Beauftragungseinheit) zu betrachten, ihm die Planaufgaben zu übergeben und daran die Berichtspflicht zu binden wurde zum Grundprinzip aller weiteren Arbeit auf dem Gebiet der Planung und der statistischen Berichterstattung.

6. Der Inhalt und die Gestaltung der Formblätter sowie die Erhöhung der Aktualität der Produktionsberichterstattung im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes

Die Fortschritte und die qualitative Verbesserung der Produktionsberichterstattung im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes drücken sich auch in den Meldevordrucken zur Produktionsberichterstattung der Betriebe (Formblätter) aus. Mit der Herausbildung der sozialistischen Betriebe der Industrie und ihrer ständigen Weiterentwicklung, mit der Vervollkommen der Planung und der Notwendigkeit des operativen Einwirkens der wirtschaftsleitenden Organe auf die Plandurchführung der Betriebe stieg rasch das Bedürfnis nach aktuelleren Informationen über den Stand der Planerfüllung sowohl der einzelnen Betriebe als auch in deren Zusammenfassung zum Ergebnis des übergeordneten Planungs- und Leitungsorgans bis hin zum Ergebnis über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes. Diesem Erfordernis Rechnung tragend erfolgten grundlegende Veränderungen in der Gestaltung und dem Inhalt der Formblätter sowie in der Regelung Abgabetermine von den Betrieben an die Dienststellen der Statistik, die vor allem nachstehende Neuerungen beinhalteten.

- a) Während in den dem ersten Fünfjahrplan vorangegangenen Zeiträumen die Betriebe aller Eigentumsformen noch auf einem einheitlichen Formblatt zu berichten hatten, wurde mit Beginn des ersten Fünfjahrplanes eine Trennung der Formblätter nach

- volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben,
- Privatbetrieben

vorgenommen. Zu den den volkseigenen gleichgestellten Betrieben gehörten auch d.SAG-Betriebe (sowjetische Aktiengesellschaften), die Produktionsbetriebe der Konsumgenossenschaften sowie Zentrale Organisationsbetriebe (ZOB).

- b) Die verbesserte Organisation der innerbetrieblichen statistischen Arbeit sowie der Einsatz neuer qualifizierter Kader und die damit gewachsene höhere Qualität und Zuverlässigkeit der statistischen Meldungen der Betriebe ermög-

lichten eine Vorverlegung der Abgabetermine der monatlichen Produktionsberichterstattung der Betriebe an die Organe der Statistik vom 4. auf den 2. Werktag des dem Berichtsmonat folgenden Monats.

- c) Durch die Terminvorverlegung gegenüber den Betrieben einerseits und die verbesserte materiell-technische Basis bei den statistischen Ämtern (Zentralamt, Landesämter bzw. ab 1952 Bezirksstellen) andererseits wurde eine wesentlich schnellere Ergebnisbereitstellung für die Leitungs- und Planungsorgane auf allen territorialen Ebenen und zentral erreicht.

6.1. Die Gestaltung der Formblätter

Die Formblätter der Industrieberichterstattung waren entsprechend den Erfordernissen der maschinellen Aufbereitung weitestgehend einheitlich gestaltet. Alle Merkmale des Betriebes, wie Land bzw. Bezirk, Kreis, Betriebsnummer, Schlüsselnummer der Eigentumsform, Hauptindustrie- und Hauptplangruppe sowie übergeordnetes Verwaltungsorgan bzw. Ministerium waren einheitlich systematisiert und erschienen auf fast allen von den Betrieben verwendeten Formblattarten in gleicher Weise und Reihenfolge. Auch die ökonomischen Kennziffern in den verschiedenen Abschnitten der Formblätter waren der lochkartentechnischen Aufbereitung angepaßt. Diese Formblattgestaltung gewährleistete die maschinelle Aufbereitung nach den erforderlichen Gliederungsgesichtspunkten sowohl für die territorialen als auch für die den Betrieben übergeordneten Leitungs- und Planungsorgane und ermöglichten eine schnelle Ergebnisbereitstellung.

Im Verlauf des ersten Fünfjahrplanes wurde außerdem von monatlich abzuliefernden Formblättern der Produktionsberichterstattung zu Pendellisten übergegangen, die jeweils ein Quartal umfaßten, die Angaben der einzelnen Quartalsmonate enthielten und monatlich zwischen den Betrieben und den Empfängern pendelten. Damit war neben der Einsparung von Papier und Druckkapazität zugleich gewährleistet, daß Fehler in der Übertragung der Vormonatsangaben nicht mehr auftreten konnten. Auch erfolgte Korrekturen und deren Ursache erhielten die Betriebe mit der Rücksendung des Pendelbogens zur Kenntnis, und sie dienten ihnen als Hinweis für die weitere fehlerfreie Berichterstattung.

6.2. Die Formblattbezeichnungen

Die Formblattbezeichnungen deuteten bei den meisten Formblättern der Industrierichterstattung bereits auf deren Inhalt und Periodizität und trennten sie größtenteils von vornherein in die für die volkseigenen und ihnen gleichgestellten und für die privaten Betriebe. Die in der 1. Folge (S.132) erwähnte Dreiteilung der Industrierichterstattung in monatliche Berichte, in vierteljährliche Berichte und in Jahresberichte, wurde beibehalten.

Die Formblätter der monatlichen Produktionsberichterstattung trugen die Bezeichnungen

IM
VEB = Industrierichterstattung, monatlich, für volkseigene und ihnen gleichgestellte Betriebe
IM = Industrierichterstattung, monatlich, für private Betriebe.

Andere Formblattarten mit anderem Inhalt und anderer Periodizität, wie z.B. die der Arbeitskräfteberichterstattung, trugen solche Bezeichnungen, wie

AQI
VEB = Arbeitskräfteplanabrechnung, quartalsweise, für volkseigene und ihnen gleichgestellte Industriebetriebe

AQI = Arbeitskräftemeldung, quartalsweise, für private Industriebetriebe

AHI
VEB = Arbeitskräfteplanabrechnung, halbjährlich, der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Industriebetriebe

AHI = Arbeitskräftemeldung, halbjährlich, der privaten Industriebetriebe.

Weitere Formblattarten, wie Jahresherhebungen oder Sondererhebungen trugen spezifische Bezeichnungen, mit denen im wesentlichen der Zweck der Berichterstattung ausgedrückt wurde. Als solche Erhebungen sind zu nennen:

. JR = Jahresherhebung 1953

Mit ihr wurden die Entwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, die Auszeichnungen des Betriebes seit Beginn des Fünfjahrplanes, die Bruttoproduktion und die nichtindustriellen Leistungen, die Organisationsform des Betriebes und die Anschrift der angeschlossenen Neben- oder Pachtbetriebe, Angaben für

Betriebe, welche nach 1945 neu aufgebaut bzw. wieder-
aufgebaut wurden, Aufstellung der Arbeitsstunden in
Hand- und Maschinenarbeit, der Bestand an Lastkraft-
wagen und Anhängern, der Verbrauch wichtiger Roh-
und Hilfsstoffe, eine Elektroenergiebilanz, die
Bruttoproduktion nach Warennummern und Brennstoff-
verbrauch für die Erzeugung von Elektroenergie sowie
Stromerzeugungs- und stromverbrauchenden Anlagen und
Geräte.erfragt. Die volkseigenen Betriebe mußten
auf einem Einlageblatt zusätzlich die Kostenstruktur
und die Grundmittel für das Jahr 1953 in Gegenüber-
stellung zum Jahr 1952 melden.

. IM = Jahresbericht 1955

Mit diesem Bericht war in Vorbereitung auf den zwei-
ten Fünfjahrplan (1956-1960) eine Bewertung der
Bruttoproduktion (ohne Bestandsveränderung) des
Jahres 1955

- a) nach den im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes
verwendeten Meßwerten und
- b) nach den im Zeitraum des zweiten Fünfjahrplanes
geltenden neuen "unveränderlichen Planpreisen"

vorzunehmen und diese beiden Werte einander gegenüber
zu stellen.

Diese Berichterstattung war notwendig, um Umrechnun-
gen und Vergleiche der Produktionszahlen mit früheren
Zeiträumen vornehmen zu können. Die Angaben der Pro-
duktion des Jahres 1955 mußten nach den Richtlinien
für die Produktionsberichterstattung für das Jahr 1956
und nach den Planpositionen der Schlüsselliste zum
Volkswirtschaftsplan 1956 erfolgen. Zu melden war
nur der Wert der zum Absatz bestimmten Erzeugnisse
einschließlich der Positionen für Lohnarbeiten und
Reparaturen.

- . Bericht über die zusätzliche Produktion von 1 Milliarde DM
Verbrauchsgüter über den Volkswirtschaftsplan,
mit dem ab 1.1.1954 monatlich die Produktion nach Meßwert

und Abgabepreisen auf Grund von Verpflichtungen, Vereinbarungen und zusätzlicher Planaufgaben des Betriebes innerhalb des Milliardenprogramms der Regierung zur zusätzlichen Produktion von Verbrauchsgütern über den Volkswirtschaftsplan zu melden war.

Die hier mit aufgeführten Jahresberichte 1953 und 1955 waren reine Sondererhebungen zu spezifischen Fragen. Die Jahresberichte späterer Jahre beinhalteten demgegenüber die Produktionsleistungen der Betriebe in einer weit tieferen Detaillierung als in den Monatsberichten, insbesondere bezogen auf die mengen- und wertmäßige Produktion in der Untergliederung aller im Betrieb auftretenden Planpositionen, wogegen in den monatlichen Meldungen nur die in einer Abrechnungsnomenklatur aufgeführten Plan- bzw. Oberpositionen zu melden waren.

6.3. Der Inhalt der monatlichen Produktionsberichterstattung

Der Inhalt der Formblätter zur monatlichen Produktionsberichterstattung ($\frac{IM}{VEB}$ und IM) wurde in den Hauptkennziffern der Produktion und der Beschäftigtenangaben über den gesamten Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes unverändert beibehalten: Dadurch konnten für diese Kennziffern die monatlichen Veränderungen genau beobachtet und miteinander verglichen werden. Ebenso wurde diesen Kennziffern jeweils das Ergebnis des gleichen Zeitraumes des Vorjahres gegenüber gestellt, um die Entwicklung sichtbar zu machen. Veränderungen im Kennziffernprogramm erfolgten nur in Form von Untergliederungen der Hauptkennziffern, wie z.B. bei den Beschäftigten, die in den Jahren 1951 und 1952 in einer sehr tiefen Gliederung dargestellt wurden. Sie enthielt

die Beschäftigten am Ende des Berichtsmonats insgesamt, unterteilt in männliche und weibliche Beschäftigte.

Neben diesen Gesamtzahlen wurden in einer weiteren Untergliederung nach männlich und weiblich erfragt

- in der Produktion Beschäftigte (ohne Heimarbeiter)
 - . darunter Produktionsarbeiter
- außerdem: Lehrlinge.

1953 enthielt das Formblatt nur die Hauptkennziffer "Beschäftigte insgesamt (ohne Heimarbeiter)" ohne jede weitere Unter-

gliederung. 1954 und 1955 war neben den Beschäftigten insgesamt als Darunterposition die Zahl der Produktionsarbeiter anzugeben.

Ähnliche Veränderungen erfolgten auch bei den Kennziffern über die Produktion.

1951 enthielt der Abschnitt "Produktionswerte in 1000 DM" insgesamt und aufgeschlüsselt nach Plangruppen den

- | | |
|--|---|
| - Bruttoproduktionswert in Meßwerten | } jeweils einschließlich P_2 , Lohnarbeiten und Reparaturen |
| - Bruttoproduktionswert in Abgabepreisen | |
| - Warenproduktionswert in Abgabepreisen | |

Danach war der in der Warenproduktion enthaltene Wert der Leistungsarten

- . Produktion für fremde Rechnung (P_2)
- . Lohnarbeiten (ohne P_2) einschl. Montagen und Veredelung
- . Reparaturen

als Darunterposition gesondert ausgewiesen.

Auf diese Aufgliederung der Warenproduktion nach Leistungsarten wurde ab 1955 verzichtet.

In einem weiteren Hauptabschnitt des Formblattes wurden die "Betriebsleistungen nach Planpositionen" mengenmäßig in der vorgeschriebenen Mengeneinheit lt. Schlüsselliste und nach dem Wert der Bruttoproduktion in Meßwerten und der Warenproduktion in Abgabepreisen erfragt.

Auch hier gab es Veränderungen insofern, als von 1951 bis 1954 die Betriebsleistungen je Planposition nach Leistungsarten unterteilt zu melden waren, während ab 1955 keine Unterscheidungen mehr vorgenommen wurden, ob die Produktion aus eigenem oder aus zur Verfügung gestelltem Material erfolgte. Daraus geht hervor, daß generell ab 1955 von einem gesonderten Ausweis der Leistungsart P_2 , Lohnarbeiten und Reparaturen Abstand genommen worden war. Außerdem war 1955 für die Meldung der Erzeugnisse mit der Richtlinie zur Industrieberichterstattung 1955 eine "Abrechnungsnomenklatur" herausgegeben und gefordert worden, daß nur die Erzeugnisse zu melden sind, die in der Abrechnungsnomenklatur enthalten sind, während zusätzliche Planpositionen für eine Information der übergeordneten fachlichen Dienststellen nur mit Zustimmung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in das

Formblatt aufgenommen werden durften.

Die Produktionswerte waren jeweils für folgende Zeiträume zu melden:

- Im Berichtsmonat
- Seit Quartalsbeginn
- Seit Jahresbeginn
- Im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Es zeigt sich hieraus, daß es sich um die gleichen Zeiträume handelt, nach denen auch die Produktionskartei aufgebaut ist.

In die Formblätter wurden entsprechend auftretender wirtschaftlicher oder leitungsseitiger Erfordernisse zeitweilig zusätzliche Kennziffern aufgenommen. So enthielten sie von 1952 bis 1954 einen Abschnitt "Verbrauch von Elektroenergie", unterteilt in

- . Verbrauch von Elektroenergie insgesamt
- . davon aus: a) Eigenerzeugung
 - b) Bezug aus dem öffentlichen Netz
 - c) Bezug von anderen Energieerzeugungsanlagen,

zu melden in 1000 kWh, und zwar für den Berichtsmonat und seit Jahresbeginn. Parallel dazu war im Abschnitt "Betriebsleistungen nach Planpositionen" die Produktion von Elektroenergie aus Eigenerzeugungsanlagen insgesamt und unterteilt nach Brutto- und Warenproduktion sowie für die Warenproduktion die Abgabe an das öffentliche Netz und an andere Verbraucher zu melden.

Während dieser Inhalt der monatlichen Produktionsberichterstattung für alle Eigentumsformen der gleiche war, waren bei den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben noch die Angaben über die Höhe des Planes der Brutto- und Warenproduktion wertmäßig sowie für Erzeugnisse nach Planpositionen mengenmäßig zu melden, so daß bei diesen Betrieben jeweils der Stand der Erfüllung des Planes sichtbar wurde. Außerdem waren die Betriebe verpflichtet, in einem dafür vorgesehenen freien Raum des Formblattes in Textform eine Kurzanalyse über die Planerfüllung abzugeben, in der vor allem auf die Ursachen bei Nichterfüllung des Planes insgesamt oder einzelner Planpositionen eingegangen werden mußte. Das war neben der

Darstellung der Entwicklung gegenüber dem Vorjahre eine äußerst wichtige Aussage über den Leistungsstand des Betriebes für die übergeordneten Leitungsorgane sowie für die statistische Analyse über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes.

Zur Gewährleistung der Übereinstimmung der Wertangaben zwischen dem Abschnitt "Produktionswerte" und den Angaben über die wertmäßigen Betriebsleistungen nach Planpositionen waren in den Formblättern Hinweise für durchzuführende Kontrollrechnungen enthalten und zum Teil auch Räume vorgesehen, in denen Begründungen zu Abweichungen in den Kontrollrechnungen und bei den Angaben für den gleichen Zeitraum des Vorjahres gegenüber der Vorjahresmeldung gegeben werden mußten. Teilweise waren durch bestimmte Schraffuren solche Felder der Formblätter gekennzeichnet, in denen gleiche Zahlengrößen erscheinen mußten. Das wies den Ausfüller des Formblattes von vornherein darauf hin, daß die gleiche Zahl noch in einem anderen Abschnitt des Formblattes wiederkehrt, und half ihm, fehlerhafte Angaben zu vermeiden. Mit solchen Hinweisen und Hilfsmitteln wurde die Sicherheit in der Bearbeitung der Produktionsberichterstattung wesentlich erhöht und die Fehlerquote herabgesetzt.

Die vorstehend beschriebenen Formblätter der Produktionsberichterstattung im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes sowie 3 Formblätter aus dem Zeitraum des Zweijahrplanes 1949-1950 sind als Anlagen Nr. II/1 - 18 (siehe Anlagenband) beigefügt.

Aus den Darlegungen wird deutlich, daß im Verlauf des ersten Fünfjahrplanes entsprechend der sich immer weiterentwickelnden Planung der Inhalt und die Qualität der Produktionsberichterstattung schrittweise vervollkommen wurde. Die Gestaltung der Formblätter wurde übersichtlicher und der maschinellen Aufbereitung immer besser angepaßt, die Kennziffern und Begriffe wurden klarer definiert, den Betrieben wurden Hilfsmittel zur Verfügung gestellt und Hinweise für die richtige Ausfüllung der Formblätter gegeben, und es wurden erkannte Mängel, Erschwernisse und Fehlerursachen schrittweise abgebaut. Hinzu kam, daß neben den Schulungen und Qualifizierungen

der Mitarbeiter der Kreisstellen in verstärktem Maße Schulungen der Betriebsstatistiker sowie persönliche Anleitungen an deren Arbeitsplatz und Betriebskontrollen durchgeführt wurden. Ein weiteres Mittel zur Sicherung fehlerfreier Berichterstattungen war der Übergang zur Methode des konsultativen Einzuges der Formblätter von den Betrieben, die am Einzugstag nach Uhrzeit gestaffelt ihre Berichterstattungen in der Kreisstelle der Statistik vorlegen mußten, wo diese sofort einer Überprüfung unterzogen wurden, eventuelle Fehler korrigiert oder Unwahrscheinlichkeiten bereinigt wurden und damit zugleich eine Unterweisung für die künftige Arbeit erfolgte. Wichtig dabei war, daß der verantwortliche Betriebsstatistiker die Berichte persönlich vorlegte.

Mit all diesen Veränderungen in Form und Inhalt der Meldevordrucke, den Schulungen und Anleitungen, Kontrollen und Hilfeleistungen sind gleichzeitig die Voraussetzungen geschaffen worden, den zweiten Fünfjahrplan 1956 - 1960 auf der Grundlage einer zuverlässigen Zahlenbasis auszuarbeiten und die statistische Berichterstattung mit immer höherem Niveau durchzuführen.

	Seite
III. <u>Entwicklung und Organisation der Agrarstatistik 1949 bis 1960</u>	87
1. <u>Schwerpunkte der Agrarpolitik und Agrarstatistik</u>	87
1.1. Schwerpunkte der Agrarpolitik	87
1.2. Schwerpunkte der Agrarstatistik	92
2. <u>Verfahren zur exakteren Ermittlung der Bodennutzung</u>	93
2.1. Repräsentative Nachkontrolle der Bodenbenutzungs- erhebung in den Jahren 1950 und 1951	93
2.2. Gartenbauerhebung und Anbauflächenermittlung von Gemüse und Erdbeeren	96
3. <u>Verfahren zur Qualifizierung der Ernteermittlung ab 1950</u>	97
3.1. Allgemeine Ernteermittlung	97
3.2. Repräsentative Ernteermittlung durch Quadratmeter- proben in den Jahren 1950 und 1951	102
4. <u>Viehzählungen</u>	105
4.1. Organisatorische Verbesserungen bei den Vieh- zählungen ab 1950	105
4.2. Repräsentative monatliche Schweinezählungen	105
4.3. Berichterstattung über die Zahl der Eber und der ge- deckten bzw. abgeferkelten Sauen	107
5. <u>Zählung der Landmaschinen und Gärfutterbehälter</u>	108
6. <u>Statistik der MAS / MTS und ihrer Leistungen</u>	110
7. <u>Landwirtschaftliche Betriebszählung 1952</u>	111
7.1. Aufgabenstellung	111
7.2. Kennziffernprogramm	112
7.3. Organisation und Aufbereitung	113

	Seite
8. <u>Repräsentative Betriebsuntersuchungen bäuerlicher Privatbetriebe</u>	115
8.1. Agrarberichterstattung ausgewählter Betriebe über verschiedene ökonomische Probleme ihrer Tätigkeit	115
8.2. Repräsentative Betriebsuntersuchungen bäuerlicher Privatbetriebe (RBU) 1952 bis 1957	117
8.2.1. Aufgabenstellung	117
8.2.2. Auswahlverfahren der untersuchten Betriebe	119
8.2.3. Organisation der Zahlengewinnung	123
8.2.4. Kennziffern- und Auswertungsprogramm	126
9. <u>Berichterstattung über Bildung und Entwicklung der LPG sowie Zu- und Abgänge an freien Flächen</u>	127
9.1. Berichterstattung über die Entwicklung der LPG	127
9.2. Berichterstattung über freie Flächen und deren Bewirtschaftung	130
10. <u>Kontrollberichte und Jahresabschlußberichte über finanzielle Ergebnisse der VEG und LPG</u>	131
11. <u>Komplexe Untersuchungen der wirtschaftlichen Tätigkeit und finanziellen Ergebnisse der LPG Typ III und VEG</u>	134
11.1. Aufgabenstellung, Organisation der Zahlengewinnung und Kennziffernprogramm	134
11.2. Auswertung der Ergebnisse	135
11.3. Repräsentative Untersuchungen der Arbeitsproduktivität	139

Autoren: Dr. Hans Raehse
Gerd Füge

Quellen: Monatszeitschrift "Statistische Praxis"; Archiv der SZS; Formularunterlagen der Kreisstelle für Statistik Auerbach; Dissertation, Unterlagen und Erfahrungen von Dr. Raehse

III. Entwicklung und Organisation der Agrarstatistik 1949 bis 1960

1. Schwerpunkte der Agrarpolitik und Agrarstatistik

1.1. Schwerpunkte der Agrarpolitik

Bis zum Herbst 1949 hatten in der sowjetischen Besatzungszone die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter Führung der SED die antifaschistisch-demokratische Umwälzung durchgeführt und damit die Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus zu lösen begonnen. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der werktätigen Bauern erhielt durch den Aufbau der Maschinenausleihstationen (MAS) und die Volkseigenen Güter (VEG) wirksame Unterstützung.

Nicht zuletzt um die Schwierigkeiten bei der landwirtschaftlichen Produktion meistern zu können, entwickelte sich eine neue, demokratische Bewegung auf dem Lande: die gegenseitige Hilfe. Ihre Träger waren die Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe in den Dörfern, die sich zur demokratischen Massenorganisation der werktätigen Bauern, der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), formierten. Gegen Bestrebungen reaktionärer Kräfte, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, Kredit-, Ein- und Verkaufs-, Molkereigenossenschaften usw., zu ihren Gunsten auszunutzen, bildeten die werktätigen Bauern Dorfgemeinschaften, die bald darauf mit der VdgB vereinigt wurden. Ende 1950 konstituierte sich die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe/Bäuerliche Handelsgenossenschaft (VdgB/BHG) als bäuerliche Massenorganisation.

Eine der Hauptaufgaben der VdgB/BHG war es, die landwirtschaftlichen Maschinen aus den durch die Bodenreform enteigneten landwirtschaftlichen Betrieben zu übernehmen und ihre leihweise Nutzung vor allem durch die Neubauernbetriebe zu organisieren. Der den Maschinenhöfen der VdgB zur Verfügung stehende Maschinenbestand war nur gering und ein großer Teil veraltet, reparaturbedürftig und nicht einsatzfähig. Die Kraft der Maschinenhöfe der VdgB reichte bei weitem nicht aus, und viele Neubauern und werktätige Altbauern waren immer noch gezwungen, sich von Großbauern und wirtschaftsstarken Mittelbauern Maschinen und

Geräte zu leihen. Erst die von der Arbeiterklasse gelieferte und in den Händen des Staates konzentrierte Landtechnik ermöglichte ihnen, von den kapitalistischen Kräften unabhängig zu werden. Im November 1948 errichtete die VdgB aufgrund einer Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission eine zentrale Verwaltung der Maschinenausleihstationen (MAS), die im März 1949 eine Anstalt des öffentlichen Rechts wurde. Den eigentlichen Grundstock an Maschinen und Traktoren erhielten die MAS durch Lieferungen aus der Sowjetunion (u. a. 1000 Traktoren und 540 Lastkraftwagen). Mit der Zeit verlor die MAS den Charakter einer bloßen Einrichtung der gegenseitigen Hilfe und wurde vor allem zu einem Instrument der Produktionshilfe und darauf aufbauend ein Organ der Arbeiterklasse zur direkten Unterstützung und Hilfe für die werktätigen Bauern, welches darüber hinaus politische, kulturelle und ideologische Funktionen im Sinne des neugebildeten Staates erfüllte. Der Bedeutung der MAS wurde dadurch Rechnung getragen, daß sie im November 1950 in Volkseigentum übernommen wurden. Ihre Anleitung und Kontrolle übernahm das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft des 1949 gebildeten Arbeiter- und-Bauern-Staates, der DDR. Die MAS entwickelten sich sehr rasch in den Jahren bis 1952; ihr Charakter von reinen Maschinenausleihstationen wurde überwunden, und sie wurden zu Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) weiterentwickelt, damit sie als Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande der umfassenden Förderung des Aufbaus von LPG gerecht werden konnten.

Weitere Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande waren die Volkseigenen Güter (VEG). Unter der Existenz Hunderttausender bäuerlicher Wirtschaften entwickelten die VEG Formen und Methoden der sozialistischen Großproduktion und demonstrierten immer eindeutiger ihre Überlegenheit über die einzelbäuerliche Wirtschaftsweise. Ihre Bedeutung ging über ihren zahlenmäßigen Anteil (1950: 559 Betriebe mit 2,7 % der gesamten LN) weit hinaus. Sie entstanden mit den Produktionsmitteln und auf einem Teil des Bodens, die bzw. der im Zuge der demokratischen Bodenreform den Gutsbesitzern entschädigungslos enteignet wurde; außerdem wurde ihnen Land aus dem staatlichen Bodenfonds zugeteilt. Ihre Aufgabe bestand und besteht auch heute noch insbesondere in der Bereitstellung von Saatgut hoher Anbaustufen und von Zuchtvieh für alle anderen Landwirtschaftsbetriebe.

Die Wirksamkeit der MAS/MTS und VEG als Zentren der Arbeiterklasse auf dem Lande darf selbst bei Berücksichtigung ihrer Bedeutung als erste Elemente des Sozialismus auf dem Lande in der Zeit bis 1952 und in abgeschwächter Weise auch danach nicht überschätzt werden. Die landwirtschaftliche Produktion erfolgte im wesentlichen noch immer durch rund 850 000 (1951) private Bauernwirtschaften. Diese Betriebe mußten in die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft einbezogen werden. Unter den damaligen gesellschaftlichen Bedingungen war es den privaten bäuerlichen Betrieben bei einer ordnungsgemäßen Wirtschaftsführung möglich, ihre Wirtschaften weiter zu festigen. Voraussetzungen dafür waren die Einhaltung des Anbauplanes, die Erfüllung des Viehhalteplanes und die Einhaltung der Termine der Pflichtablieferung mit der Möglichkeit, darüber hinaus im freien Aufkauf zu verkaufen.

Diese durch die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR sich ergebenden Möglichkeiten sind durch die einzelnen privaten bäuerlichen Wirtschaften sehr unterschiedlich genutzt worden. Dabei muß die große Differenziertheit der privaten bäuerlichen Betriebe beachtet werden, die sich sowohl hinsichtlich ihrer Größe, Produktionsvoraussetzungen und damit Klassenlage als auch innerhalb sozialökonomisch vergleichbarer Betriebe hinsichtlich unterschiedlicher objektiver Möglichkeiten und subjektiver Einstellungen der Einzelbauern ergab. In jedem Falle stand der Arbeiter-und-Bauern-Staat vor der Aufgabe, die gesellschaftlichen Interessen und Belange durchzusetzen. Diese bestanden vor allem in der Sicherung der Volksernährung und der Gewährleistung der Interessen der werktätigen Bauern als natürliche Verbündete der Arbeiterklasse. Auf der Grundlage des privaten Eigentums wirkten zu dieser Zeit noch die ökonomischen Gesetze der Warenproduktion in verhältnismäßig starkem Maße; deshalb war es unbedingte Voraussetzung, die Wirkungsweise des Wertgesetzes bei der Festlegung des Ablieferungssolls und der Erfassungs- und Aufkaufpreise einerseits und der Bezugsmöglichkeiten von Produktionsmitteln in Verbindung mit den dadurch entstehenden Kosten andererseits zu berücksichtigen. Produktionsergebnisse und Einkommensverhältnisse waren bei den privaten bäuerlichen Betrieben aufs engste verbunden und bedingten sich gegenseitig.

Trotz aller Fortschritte in der Landwirtschaft zeigten sich Anzeichen für eine beginnende Stagnation in der landwirtschaftlichen Produktion, was sich wiederum hemmend auf das Entwicklungstempo der ganzen Volkswirtschaft auswirken mußte. Das lag weder im Interesse der Arbeiter noch der Bauern. Die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft setzten der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte Schranken. Im Kleinbetrieb konnte die Technik nicht rationell genutzt werden. Die II. Parteikonferenz der SED (Mitte 1952) zeigte klar auf, daß der Ausweg nur darin bestehen konnte, den sozialistischen Weg zur landwirtschaftlichen Großproduktion zu gehen und sozialistische landwirtschaftliche Großbetriebe zu bilden. Den werktätigen Bauern, die sich zu Produktionsgenossenschaften zusammenschlossen, wurde die notwendige Hilfe gewährt und dadurch zugleich das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern gefestigt. Ende 1952 gab es in der DDR 1906 LPG mit 190 T ha genossenschaftlich genutzter LN, 1955 6047 LPG mit 1 216 T ha genossenschaftlich genutzter LN = 18,8 % der gesamten LN der DDR. Die Bildung von Produktionsgenossenschaften durch Bauern und Landarbeiter war der Beginn einer neuen Etappe der revolutionären Entwicklung auf dem Lande.

Mit dem Wachsen der Genossenschaftsbewegung wurden die LPG mehr und mehr zum Zentrum des Dorfes. Allerdings vollzog sich diese Entwicklung außerordentlich differenziert. Am 30.11.1959 bestanden 10 132 LPG mit 2 625 T ha genossenschaftlich genutzter LN = 40,9 % der gesamten LN der DDR. Neben vollgenossenschaftlichen Dörfern - mitunter bei Vorhandensein mehrerer LPG in einer Gemeinde - gab es sowohl Gemeinden, in denen noch relativ wenig Bauern Mitglieder der LPG waren, als auch Gemeinden ohne LPG. Aber auch bei der Bildung der LPG selber waren Unterschiede hinsichtlich des Umfangs der Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorhanden. Laut Musterstatuten gab es drei Typen von LPG. Bei den LPG Typ I wurde nur das eingebrachte Ackerland und teilweise auch das Grünland genossenschaftlich bewirtschaftet; das Vieh blieb jedoch individuell genutzt, und Maschinen und Geräte blieben in persönlichem Eigentum. Bei den LPG Typ II, die niemals eine große Bedeutung erlangten, gingen auch Zugtiere, Maschinen und Geräte in genossenschaftliches Eigentum über, bei den LPG Typ III auch das Zucht- und Nutzvieh, außer einigen Tieren, die zur individuellen Hauswirtschaft gehörten. 1952 und 1953 bildeten

sich überwiegend LPG Typ I. Ende 1953 gab es 2 765 LPG Typ I/II und 1 926 LPG Typ III. Bis 1956 schlossen sich die meisten LPG Typ I/II den LPG Typ III an; danach wurden wieder zunehmend LPG Typ I/II gegründet. Ab 1953 überwog aber die genossenschaftlich genutzte LN der LPG Typ III bei weitem die der LPG Typ I/II.

In den fortgeschrittenen Genossenschaften begannen die Mitglieder bereits mit dem planmäßigen Aufbau genossenschaftlich-sozialistischer Großbetriebe. In den ersten Monaten des Jahres 1960 gingen die Bauern ganzer Kreise zur genossenschaftlichen Produktion und gemeinsamen Arbeit über. Innerhalb weniger Monate fanden mit großer ideologischer und wirtschaftlicher Unterstützung der Arbeiterklasse Hunderttausende Einzelbauern den Weg zur LPG. Am 31.5.1960 bestanden 19 345 LPG mit 4 715 Tha genossenschaftlich genutzter LN = 73,3 % der gesamten LN der DDR. Zusammen mit den Volkseigenen Gütern, den sonstigen volkseigenen Betrieben, den Gärtnerischen Produktionsgenossenschaften und den persönlich genutzten Flächen der LPG-Mitglieder betrug der Anteil der sozialistisch bewirtschafteten LN 92,4 % der gesamten LN der DDR. Die restlichen Flächen, einschließlich Haus- und Kleingärten und einiger privater Erwerbsgärtnereien, wurden überwiegend als kleine Nebengewirtschaften von Arbeitern, Angestellten und sonstigen Berufstätigen bewirtschaftet. Nunmehr nahm die Zahl der LPG Typ I/II wieder stark zu, da die Masse der Bauern zunächst nur die Flächen genossenschaftlich bearbeitete, wie aus folgender Übersicht hervorgeht:

Zahl der LPG und genossenschaftlich genutzte LN

	30.11.1959	31.5.1960	Zunahme
<u>Zahl der LPG</u>			
insgesamt	10 132	19 345	+ 9 213
davon Typ I/II	3 597	13 022	+ 9 425
Typ III	6 535	6 323	- 212
<u>1000 ha LN</u>			
insgesamt	2 625	4 715	+ 2 090
davon Typ I/II	293	1 507	+ 1 214
Typ III	2 332	3 208	+ 876

Von 1959 bis 1960 stieg die durchschnittlich genossenschaftlich genutzte LN der LPG Typ III von 356 auf 507 ha, während die LPG Typ I/II 1960 nur durchschnittlich 116 ha genossenschaftlich nutzten.

Diese stürmische Entwicklung war ein historisches Ereignis im gesellschaftlichen Leben der DDR. Damit wurde die Basis für die planmäßige sozialistische Entwicklung unserer Landwirtschaft, für eine schnelle Erhöhung der Marktproduktion bei steigender Arbeitsproduktivität, für die ökonomische und politische Festigung unserer Republik geschaffen.

1.2. Schwerpunkte der Agrarstatistik

Die Erkenntnis, daß die Statistik in ihrer Arbeitsweise und in ihren Aufgaben wesentlich von der jeweiligen politischen Zielstellung abhängig ist und diese auch mit durchsetzen helfen soll, gilt auch für die Landwirtschaftsstatistik der DDR im Zeitraum 1949 bis 1960. In der Agrarstatistik vollzog sich in dieser Zeit in vielfacher Hinsicht eine Umstellung von der individuellen Berichterstattung auf eine solche durch Sachverständigenkommissionen, eine verstärkte Anwendung repräsentativer Untersuchungen und die Herausbildung statistischer Berichterstattungen der sozialistischen Betriebe in der Landwirtschaft.

Schwerpunkte der Agrarstatistik waren

- die Verbesserung der Exaktheit der Flächenangaben
- die Erhöhung der Sicherheit der Statistik der ermittelten Ernteergebnisse
- die zeitweilige Verkürzung der Periodizität der Schweine-zählungen
- die Gewinnung von statistischen Unterlagen über die Ausstattung mit Technik in der Landwirtschaft
- der Aufbau der Statistik der MAS/MTS
- eine Landwirtschaftliche Betriebszählung (LBZ) 1952 als Inventur vor Bildung der LPG
- die Ergänzung der Stichtagsangaben der LBZ durch eine statistische Untersuchung der wirtschaftlichen Vorgänge und Ergebnisse der einzelbäuerlichen Betriebe
- der Aufbau einer Berichterstattung über die Bildung von LPG
- die Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der LPG.

Bei der nachfolgenden Darstellung der genannten Schwerpunkte der Agrarstatistik werden Erhebungen und Berichterstattungen, die bereits im Entwicklungsabschnitt 1945 bis 1949 behandelt worden sind, nicht nochmals ausführlich beschrieben, sondern es wird hier nur auf Neuerungen und Ergänzungen bei deren Weiterentwicklung im Zeitraum 1949 bis 1960 eingegangen.

2. Verfahren zur exakteren Ermittlung der Bodennutzung

2.1. Repräsentative Nachkontrolle der Bodenbenutzungserhebung in den Jahren 1950 und 1951

Für die Ernteermittlung ist - außer der möglichst exakten Ermittlung der Hektarerträge - auch die genaue Feststellung der Anbauflächen der Fruchtarten eine unbedingte Voraussetzung. Verheimlichung von Flächen bei den ablieferungspflichtigen Erzeugnissen und Unterschätzungen der Ernte in den ersten Nachkriegsjahren drängten zu Überlegungen, die die Anwendung einer zuverlässigeren Schätzungs- und Ernteermittlungsmethode zum Ziel hatten.

Die Bodenbenutzungserhebung wurde ihrer Aufgabe als Kontrolle des Anbauplanes nur bedingt gerecht, da ein Teil der Betriebsinhaber, um Plandisziplin vorzutäuschen, entgegen den Anweisungen die Zahlen des Anbauplanes und nicht den tatsächlichen Anbau angaben. Deshalb erfolgte im Zusammenhang mit einer repräsentativen Ermittlung der Ernteerträge von landwirtschaftlichen Hauptkulturen (siehe Abschnitt 3.2.) auch eine repräsentative Überprüfung der Angaben der Bodenbenutzungserhebung.

Als gesetzliche Grundlage zur Durchführung einer objektiven Ernteermittlung diente die 2. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Neuorganisation des Statistischen Dienstes vom 7.6.1950. In § 4 dieser vom damaligen Ministerium für Planung und vom Ministerium für Inneres erlassenen Durchführungsbestimmung wurde angeordnet:

"- Im Gebiet der DDR ist in den Erntemonaten eine repräsentative Ermittlung der Ernteerträge von landwirtschaftlichen Hauptkulturen vorzunehmen (siehe Ausführungen im Abschnitt 3.2.).

- Damit ist eine repräsentative Überprüfung der Angaben der Bodenbenutzungserhebung zu verbinden."

Einzelheiten über die Durchführung der repräsentativen Nachkontrolle der Bodenbenutzungserhebung werden im Anlagenband mitgeteilt.

Es konnte festgestellt werden, daß beim Anbau auf dem Ackerland z. T. wesentliche Abweichungen zwischen den in der Bodenbenutzungserhebung gemachten Angaben und dem tatsächlichen Anbau bestanden. Um festzustellen, zu Lasten welcher anderen Fruchtarten die Abweichungen gingen, war es erforderlich, eine weitere Unterteilung des Ackerlandes vorzunehmen, zumal bei der Feldkontrolle eingehendere Aufzeichnungen vorgenommen wurden. Bei der Nachkontrolle im Jahre 1951 wurde von vornherein eine vollständige Unterteilung der LN in Kulturarten und des Ackerlandes in Fruchtarten vorgenommen. Es ergab sich die Tendenz, daß entgegen den in der Bodenbenutzungserhebung gemachten Angaben mehr Getreide und Ölfrüchte angebaut wurden auf Kosten der Futterhackfrüchte und Futterpflanzen. Die für die Betriebsinhaber wertvolleren Produkte wurden von ihnen in der Bodenbenutzungserhebung zu gering angegeben. Als Begründung wurde festgestellt:

- Abschreiben des Anbauplans in der Bodenbenutzungserhebung,
- Unkenntnis über die Größe der angebauten Fläche bei einer Reihe von Betriebsinhabern,
- Bildung von Rücklagen für das Ablieferungssoll,
- Futtergetreide wurde nicht grün verfüttert, sondern als Getreide stehengelassen, ohne entsprechende Angaben in der Bodenbenutzungserhebung,
- Unstimmigkeiten bei der Wirtschaftsflächenerhebung in einigen Betrieben.

Für die einzelnen Länder ergab sich, daß die Zahl der ausgewählten Betriebe in den meisten Fruchtarten nicht ausreichte, um eine genügende Repräsentation darzustellen. Basierend auf mathematisch-statistischen Berechnungen der Sicherheit der Ergebnisse des Jahres 1950 im Lande Sachsen und den im Anschluß daran er-

folgten Untersuchungen für die übrigen vier Länder der DDR im Statistischen Zentralamt, wurde die Zahl der Kontrollbetriebe von 750 im Jahre 1950 auf 5000 im Jahre 1951 erhöht. Sie verteilten sich repräsentativ auf folgende Größengruppen der LN:

über 1 bis 5 ha	1 577 Betriebe
" 5 " 10 "	2 057 "
" 10 " 15 "	582 "
" 15 " 20 "	380 "
" 20 " 35 "	257 "
" 35 " 50 "	101 "
" 50 " 100 "	38 "
" 100 "	3 "
Volkseigene Güter	5 "
Betriebe insgesamt	5 000 "

Nunmehr gelangten 5 Betriebe aus einer Gemeinde in die Auswahl, so daß in 1000 Gemeinden, d.h. etwa 10 % aller Gemeinden, Nachkontrollen der Bodenbenutzungserhebung erfolgten. Damit umfaßte diese Repräsentativkontrolle etwa 1 % aller Betriebe über 1 ha LN. Die mathematische Sicherheit der Aussage der Ergebnisse erhöhte sich wesentlich, und es ergaben sich auswertbare Ergebnisse. So betrug z. B. für das Land Sachsen der Sicherheitsbereich (95 %) bei der prozentualen Abweichung der tatsächlichen Anbauflächen von den in der Bodenbenutzungserhebung nachgewiesenen Anbauflächen (+ bzw. -)

	<u>1950</u>	<u>1951</u>
Ackerland	0,65 %	0,29 %
Winterweizen	10,2 %	3,8 %
Winterölrüben	17,8 %	4,3 %
Kartoffeln	3,5 %	1,5 %
Zuckerrüben	10,3 %	4,1 %

Bsp.: 1950 betrug die Abweichung der Feldkontrolle von der Bodenbenutzungserhebung beim Ackerland + 0,76 %. Mit einer Sicherheit von 95,45 % entfiel die tatsächliche Abweichung (wenn alle Betriebe untersucht worden wären) in einen Bereich von $\pm 0,65$ %, d.h. $0,76 - 0,65 = \underline{0,11 \%}$ bzw. $0,76 + 0,65 = \underline{1,41 \%}$.

Die wesentlich aussagekräftigeren Ergebnisse des Jahres 1951 waren mit einem relativ hohen Zeitaufwand vor allem der Mitarbeiter des Vermessungsdienstes erreicht worden; die Untersuchungen wurden in den folgenden Jahren deshalb nicht fortgesetzt.

2.2. Gartenbauerhebung und Anbauflächenermittlung von Gemüse und Erdbeeren

Durch die Bodenbenutzungserhebungen waren zwar die Flächen des Erwerbsgartenbaus ermittelt worden, aber diese Angaben brachten keine Kenntnis über die Struktur des Gartenbaus. Deshalb wurde in der Zeit vom 1. bis 8. November 1950 eine Gartenbauerhebung durchgeführt.

Entsprechend der Instruktion zur Berichterstattung über den Volkswirtschaftsplan 1951 - Landwirtschaft - vom 26. Mai 1951 (Gesetzblatt der DDR Nr. 70/51, S. 557) wurde in der Zeit vom 20. bis 23. Juli 1951 eine Erhebung über den Anbau von Gemüse und Erdbeeren durchgeführt. Über die Gesamtanbaufläche von Gemüse und Erdbeeren gab zwar die Bodenbenutzungserhebung Aufschluß, jedoch war die Kenntnis des Anbaus der einzelnen Arten notwendig, wenn die Versorgung der Bevölkerung sowie der schnelle Transport leicht verderblicher Gemüsearten gewährleistet sein sollten. Die Erhebung sollte zeigen, wo die einzelnen Gemüsearten angebaut wurden und wie der Austausch in den Ländern und zwischen ihnen vorgenommen werden mußte. Sie war gleichzeitig eine Plankontrolle und stellte fest, wie oft die Anbauflächen gemüsebaulich (Vor-, Nach- und Zwischenanbau) genutzt worden waren.

Über den Befragtenkreis, das Kennziffernprogramm und die Durchführung der Gartenbauerhebung 1950 und der Erhebung über den Anbau von Gemüse und Erdbeeren orientieren die Ausführungen im Anlagenband.

3. Verfahren zur Qualifizierung der Ernteermittlung ab 1950

3.1. Allgemeine Ernteermittlung

Bis zum Jahre 1949 wurde der Saatenstand und im späteren Verlauf der Vegetationsperiode der voraussichtliche und endgültige Erntehektarertrag von freiwilligen ehrenamtlichen Berichterstattern aus bäuerlichen Betrieben eingeschätzt. Die Ergebnisse der Berichterstattung zeigten, daß diese einer starken subjektiven Beeinflussung unterworfen waren. Dadurch wurden sie für eine volkswirtschaftliche Auswertung zweifelhaft. Der Anlaß zu falschen Angaben war vielfach die Furcht vor Erhöhung der Ablieferungsverpflichtungen. Daneben hatte das System der ehrenamtlichen Berichterstattung noch den weiteren Mangel, daß mit Herannahen der Ernte zahlreiche Berichterstatter keine Berichte mehr einsandten, da zu diesem Zeitpunkt für die Angaben greifbare Kontroll- und Verwendungsmöglichkeiten bestanden. Die im Rahmen einer geplanten Wirtschaft wichtige Ermittlung der Ernteerträge mußte daher derartigen Beeinflussungen entzogen werden.

Auf Grund der Regierungsverordnung über die Neuorganisation des Statistischen Dienstes vom 16. Februar 1950, die in § 7 festlegte, daß das damalige Ministerium für Planung, Statistisches Zentralamt, die Ermittlung der Ernteerträge durchführt, und die den Minister verpflichtete, die Bestimmungen über die Regelung zur Ermittlung der Ernteerträge in der Landwirtschaft auszuarbeiten, wurde in der bereits erwähnten 2. Durchführungsbestimmung zu dieser Verordnung vom 7. Juni 1950 (veröffentlicht im GBl. der DDR Nr. 66 vom 22. Juni 1950) bestimmt, daß der bisherige ehrenamtliche Berichterstatterstab abzulösen und die Berichterstattung mehr oder weniger amtlichen Fachleuten zu übertragen sei. Man erwartete, daß diese vorurteilsloser die Ernteerwartungen angeben würden und setzte überdies Kommissionen in jeder Verwaltungsebene zur Überprüfung der Ergebnisse ein. Die Kreisgebiete wurden in Ernteberichtsbezirke aufgeteilt (ähnlich den bisherigen Berichterstatterbezirken). In diesen Berichtsbezirken wurden Berichterstatterkommissionen gebildet, denen Mitarbeiter der MAS, der VdgB, der volkseigenen Güter und der Erfassungsorgane angehörten. Den Vorsitz in den Berichterstatterkommissionen führten die Ver-

treter der MAS. Der Vorsitzende sollte in jedem Monatsmonat eine Versammlung aller Kommissionsmitglieder des Bezirksbezirks einberufen. Jedes Mitglied gab sein Gutachten über die einzuschätzenden Kulturen ab und hatte hierbei Gelegenheit, die von ihm gemachten Angaben zu begründen. Nach dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch sollte der Vorsitzende entscheiden, welche Hektarerträge und sonstigen Angaben für die einzelnen Kulturen als Ergebnis für den Bezirksbezirk zu melden waren. Er übergab jeweils 3 Vordrucke (für Hauptfrüchte, Obst und Gemüse) an den für den Bezirksbezirk zuständigen Agronomen der MAS, der die Angaben auf Vollständigkeit und Wahrscheinlichkeit vorprüfte. Den Agronomen der MAS wurden diese Aufgaben deshalb übertragen, da sie auf Grund ihrer Arbeit ständig mit den Wachstums- und Entwicklungsbedingungen der Kulturen in den Gemeinden ihres Arbeitsbereiches vertraut waren.

Im Statistischen Kreisamt überprüfte ein Prüfungsausschuß Vollständigkeit und Brauchbarkeit der von den Agronomen vorgelegten Berichte. Der Prüfungsausschuß setzte sich aus dem Kreisstatistiker bzw. dem landwirtschaftlichen Sachbearbeiter, den für die Bezirksbezirke verantwortlichen MAS-Agronomen und je einem Fachberater der VdGB für Ackerbau, Obst und Gemüse zusammen. Alle auf Grund der Überprüfung der Berichte gewonnenen Erkenntnisse wurden protokolliert. Das Protokoll des Prüfungsausschusses wurde gleichzeitig mit dem Kreisergebnis für Saatenstand und Ernte, Gemüse und Obst an das Statistische Landesamt eingereicht. Hier wurden die Protokolle zu einem Erfahrungsbericht für das Land zusammengefaßt und mit dem Landesergebnis an das Statistische Zentralamt weitergegeben. Im August, Oktober und November traten in den Kreisen, den Ländern und in Berlin für die DDR Sachverständigenkommissionen zusammen, die alle bis dahin vorgelegten Ergebnisse beurteilten und das endgültige Ernteergebnis für die Länder festlegten. Diesen sog. Expertenkommissionen gehörten Vertreter des Statistischen Dienstes, der Wirtschaftsplanung, der Landwirtschaft, von Handel und Versorgung (Erfassung und Aufkauf), der VdGB, der MAS, der volkseigenen Güter, des FDGB (IG Industriegewerkschaft Land und Forst) sowie weitere Fachleute, z. B. vom Meteorologischen Dienst, an.

Die Neuorganisation der statistischen Ernteermittlung ab 1950 bedeutete eine Umwälzung der bisherigen Organisation. Man wollte bei den Schätzungen die Tendenz "nach unten" unterdrücken, um zu einer den Tatsachen entsprechenden Beurteilung des Ernteertrages zu gelangen. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß derartige Hoffnungen vielfach nicht erfüllt wurden. Im Gegensatz zu den teilweise bewußten Beeinflussungen in der Berichterstattung durch die ehrenamtlichen Berichterstatter traten jetzt Mängel auf, die in der Hauptsache auf Arbeitsüberlastung während der Erntezeit, mangelhafte Zusammenarbeit und unzureichende Fachkenntnisse von Kommissionsmitgliedern zurückzuführen waren. Es wurde offensichtlich, daß die Kommissionen in den Berichtsbezirken sehr oft nicht in der Lage waren, zuverlässige Ergebnisse zu liefern. In der Regel waren die Zahlen nicht das Ergebnis gemeinsamer Beratungen, sondern wurden nach wie vor stark subjektiv beeinflusst. Der Vorteil des neuen Verfahrens lag darin, daß die Schätzungsberichte im Kreis- und Landesmaßstab nicht mehr wie bisher nur rein zahlenmäßig von den Statistischen Ämtern zusammengestellt und weitergeleitet wurden, sondern in Kommissionen eingehend geprüft und, wenn nötig, berichtigt wurden. Zum ersten Mal wurden neben den zahlenmäßigen Ergebnissen verbale Erfahrungsberichte und analytische Darstellungen erarbeitet.

Auf Grund der Erfahrungen 1950 wurde im Jahre 1951 eine vereinfachte Ernteschätzung durchgeführt. Auf die unteren Organe - die Berichterstatterkommissionen in den Berichtsbezirken - wurde verzichtet. Die Schätzungen wurden lt. Anordnung zur Ermittlung der Ernteerträge in der DDR vom 30. Juni 1951 (GBl. der DDR Nr. 80/51) in jedem Landkreis von einer Kreisschätzungskommission vorgenommen, der Mitarbeiter folgender Dienststellen und Organisationen angehörten: Statistisches Kreisamt, Abteilung Landwirtschaft des Rates des Kreises, MAS, VdgB (BHG), VEG, landwirtschaftliche Versuchsstationen oder Landwirtschaftsschulen, VEAB und FDGB (IG Land und Forst). Diese Kommissionen schätzten Kreisergebnisse. Die Kommissionsmitglieder fuhren in den Berichtsmonaten einige Tage durch die einzelnen Wachstumsgebiete, um sich vom Stand der Fruchtarten zu überzeugen. Für jedes einzelne Wachstumsgebiet wurde eine Schätzung vorgenommen, wobei man sich innerhalb der Wachstums-

gebiete auf Schwerpunktgemeinden konzentrierte. Die Kommissionsmitglieder sollten wirkliche Fachleute sein, die bereits durch ihre ständige Arbeit Kenntnis über den Stand der Saaten haben sollten. In einer gemeinsamen Schlußbesprechung im Statistischen Kreisamt wurden die Schätzungen für die einzelnen Wachstumsgebiete unter Teilnahme weiterer Sachverständiger zu einem Kreisergebnis zusammengestellt. Die Landesexpertenkommissionen und die entsprechende Sachverständigenkommission der DDR behielten ihre Aufgabenstellung.

Um stichhaltige Kreisergebnisse zu erhalten, wurde jeder Landkreis in mehrere Wachstumsgebiete eingeteilt. Bei der Bestimmung der Wachstumsgebiete wurden sowohl Bodenbonität, Bodengestaltung und klimatische Verhältnisse berücksichtigt. Alle drei Faktoren waren in Bodenklimazahlen ausgedrückt, die für jede Gemeinde vorlagen. Die höchste Bodenklimazahl in der DDR war mit 100 gekennzeichnet, worauf diejenigen aller übrigen Gemeinden bezogen waren. Im Jahre 1951 wurden folgende Wachstumsgebiete nach Bodenklimazahlen unterschieden:

1. über 70 beste Weizen- und Zuckerrübenböden
2. 50 bis 70 gute Weizenböden
3. 36 bis 49 sehr gute Roggen- und Kartoffelböden
4. 26 bis 35 gute Roggen- und Kartoffelböden
5. 18 bis 25 mittlere Roggen- und Kartoffelböden
6. 13 bis 17 geringe Roggen- und Kartoffelböden
7. unter 13 Roggen- und Lupinenböden

Im Jahre 1952 erfolgte die Einteilung der Wachstumsgebiete im gesamten Gebiet der Republik auf Grund der vom Institut für Bodenkartierung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft herausgegebenen Bodenkarte der DDR.

Ab 1953 lagen der Ernteermittlung 7 Ertragsgebiete zugrunde, die vom Institut für Agrarökonomik der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften ermittelt worden waren. Bei ihnen war in erster Linie die Wertigkeit des Ackerlandes ausschlaggebend, während die Grünlandverhältnisse vernachlässigt wurden. Nachteilig war außerdem, daß bei den Ertragsgebieten keine örtlich zusammenhängenden Gebiete entstanden.

Die Einteilung nach natürlichen Wachstumsgebieten war vor allem für die zentrale und örtliche Anbauplanung relevant. Auch für die Agrarstatistik war und ist eine derartige Einteilung des Bodens von Bedeutung, nicht nur als Grundlage für die Ernteermittlung auf unterster Ebene, sondern auch als Gruppierungsmerkmal agrarökonomischer Untersuchungen. Nach verschiedenen weiteren methodischen Ausarbeitungen - Bildung von 25 Haupt- und Untertypen des Ackerlandes durch das Institut für Agrarökonomik der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften bzw. Bildung von 19 Produktionsgebieten des Ackerlandes durch das Institut für Acker- und Pflanzenbau Müncheberg der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften - wurde etwa ab Mitte der 60er Jahre in einer Gemeinschaftsarbeit beider Institute das Gebiet der DDR in 24 natürliche Standorteinheiten (NStE) eingeteilt, wobei jede Gemeinde einer NStE zugeteilt wurde. Bei ihnen sind sowohl Bodenqualität als auch Klimaverhältnisse berücksichtigt, und sie haben den Vorteil räumlich zusammenhängender Gebiete. Als Hauptgruppierung dient die Entstehungsart der Böden, und zwar

- diluviale Böden (6 NStE)
- alluviale Böden (3 NStE)
- Lössböden (6 NStE)
- Gesteins- und Verwitterungsböden (9 NStE)

In den hier dargestellten Jahren wurden die Ernteerträge kurz vor der Ernte (auf dem Halm) als Natural-Roherträge geschätzt. Diese Schätzung der auf dem Feld gewachsenen Erträge erfolgte ohne Abzug der Ernteeinbringungsverluste. Sie diente in erster Linie der Orientierung für die Planung des nächsten Jahres sowie der Transportplanung. Für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, der Viehhaltungen mit Futtermitteln und der Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen ist die Ermittlung der Reinerträge unter Berücksichtigung der Ernteverluste notwendig. Zusätzlich zu der Ermittlung der Roherträge für alle Besitzformen durch die Kreisschätzungskommissionen wurden ab 1954 durchschnittlich pro Kreis alle VEG, 12 LPG und etwa 12 bis 15 Einzelbauernbetriebe sowie die MTS berichtspflichtig zur Ermittlung der Reinerträge. Dazu wurden auch in verstärktem Maße die Ergebnisse der Ernte durch Vollerntemaschinen unter Berücksichtigung des Feuchtigkeitsgehalts bei Getreide herangezogen.

Ab 1950 wurden in jedem Statistischen Landesamt (ab 1953 in jeder Bezirksstelle) und in jeder Kreisstelle für Statistik für die Zeit der Erntemonate Erntebeauftragte eingestellt, die die Aufgabe hatten, mit den Kreisschätzungskommissionen die Schätzungen durchzuführen und die Arbeiten zur repräsentativen Ernteermittlung (siehe Abschnitte 2.1. und 3.2.) zu organisieren und zu überwachen. Es hatte sich jedoch erwiesen, daß die zeitlich begrenzte Einstellung von Erntebeauftragten kurz vor der Ernte nicht zweckmäßig war. Geeignete Fachkräfte waren für diese Arbeit kurzfristig nicht zu bekommen. Es wurden daher 1954 für durchschnittlich etwa 4 bis 5 Landkreise - eine, wie sich herausstellte, noch zu große Zahl von Kreisen - von Beginn der Vegetation an Erntebeauftragte eingestellt, die später voll in den statistischen Dienst übernommen wurden und, vor allem im I. Quartal des Kalenderjahres, schwerpunktmäßig für andere agrarstatistische Aufgaben, hauptsächlich bei den Jahresabschlußarbeiten, eingesetzt wurden.

3.2. Repräsentative Ernteermittlung durch Quadratmeterproben in den Jahren 1950 und 1951

Während die bisher geschilderte Art der Ernteertragsermittlung ihre Erkenntnisse aus Schätzungen und Gutachten gewann, wurde im Jahre 1950 für das Gebiet der DDR erstmalig für Winterweizen, Winterroggen und Spätkartoffeln noch eine besondere Ernteertragsermittlung vorgenommen. Die Erhebung basierte auf der Repräsentativmethode, wobei die Grundlage keine Schätzungen, sondern eine gewichtsmäßige Feststellung der Erntemenge einer Auswahl von Probefeldern war. Aufgabe war es, von den genannten drei wichtigen Fruchtarten auf eine völlig objektive Weise die Gesamtertragsmenge festzustellen, wobei nur der in einer Repräsentativerhebung von vornherein enthaltene mehr oder weniger große Sicherheitsgrad der Ergebnisse für die Aussage begrenzend wirkte.

Angeordnet wurde die repräsentative Ernteermittlung ebenfalls durch die schon genannte 2. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Neuorganisation des Statistischen Dienstes vom 7. Juni 1950 (GBl. Nr. 66 vom 22. Juni 1950).

Hinsichtlich der technischen Durchführung der repräsentativen Ernteermittlung wird auf Ausführungen im Anlagenband verwiesen.

Die statistische Sicherheit der Ergebnisse war etwas günstiger als bei der Nachkontrolle der Bodenbenutzungserhebung. Sie war bei den Volldrüschchen bzw. -rodungen geringer als bei den Probeentnahmen infolge der kleineren Zahl der untersuchten Felder. Für das Land Sachsen ergab sich folgendes:

Der Schwankungsbereich, in dem mit 95,45 %iger Sicherheit der tatsächliche Hektarertrag aller Felder lag, betrug

bei den Quadratmeter- bzw. Fünfmeterproben:

bei Winterroggen	$\pm 0,83$ dt/ha	= 4,4 %
bei Winterweizen	$\pm 1,28$ dt/ha	= 4,6 %
bei Spätkartoffeln	$\pm 8,5$ dt/ha	= 5,3 %;

bei den Volldrüschchen bzw. -rodungen:

bei Winterroggen	$\pm 1,70$ dt/ha	= 9,0 %
bei Winterweizen	$\pm 3,40$ dt/ha	= 12,2 %
bei Spätkartoffeln	$\pm 19,2$ dt/ha	= 12,0 %

Ausgehend von den für 1950 gewonnenen Erkenntnissen, wurde die Zahl der Volldrüschchen bzw. -rodungen im Jahre 1951 so erhöht, daß bei 95,45 %iger Sicherheit die Abweichungen der Hektarerträge der untersuchten Felder vom wirklichen Durchschnitt aller Felder in einem Bereich von ± 1 dt bei Getreide und von ± 6 dt bei Kartoffeln liegen sollten. Dadurch erhöhte sich die Zahl der Kontrollbetriebe wesentlich.

In den volkseigenen Gütern wurde im Jahre 1951 ein Verfahren zur Ernteermittlung angewandt, das auf den in den landwirtschaftlichen Großbetrieben der Sowjetunion gesammelten Erfahrungen aufbaute. Durch dieses Verfahren wurden nicht nur Quadratmeterproben auf einer Diagonale entnommen, sondern wesentlich mehr Proben, die gleichmäßig über das gesamte Feld verteilt waren. Diese repräsentative Ernteermittlung erstreckte sich auf Winterroggen, Winterweizen, Sommergerste, Hafer und Spätkartoffeln.

Obwohl die Ergebnisse der repräsentativen Nachkontrolle der Bodenbenutzungserhebung und der Ernteermittlung wertvolle Ergebnisse brachten und die traditionell erlangten Zahlen objektivierten, wurden diese Untersuchungen ab 1952 nicht mehr veranstaltet. Der Aufwand zur Erlangung aussagekräftiger Ergebnisse war zu hoch.

Die Weiterführung der repräsentativen Ernteermittlung wäre gerechtfertigt gewesen, wenn auf die allgemeine Ermittlung der

Ernteergebnisse (Abschn. 3.1.) weitgehend hätte verzichtet werden können. Das war aber nicht möglich, da sowohl bei den Flächenangaben als auch bei der Ernteermittlung möglichst exakte Ergebnisse für die nachgeordneten Verwaltungsebenen benötigt wurden. Außerdem fielen durch die Erweiterung und Konsolidierung der MAS verstärkt Druschergebnisse im Rahmen der Druschpläne der MAS an, was die Ergebnisse der allgemeinen Ernteermittlung durch die Kreisschätzungskommissionen exakter gestaltete. Mit der Bildung der LPG und ihrer zunehmenden Zahl wurden die Schläge wesentlich größer als bei den Einzelbauern; diese Großfelderwirtschaft hätte sowohl die Entnahme repräsentativer Quadratmeterproben als auch kontrollierte Volldrüsche erschwert.

Auch in den folgenden Jahren wurden die Ergebnisse der Ernteermittlung hinsichtlich der Sicherheit ihrer Ergebnisse mehr oder weniger stark angezweifelt, und es wurde nach objektiveren Kontrollmethoden gesucht. So vereinbarten für die Jahre 1965 und 1966 die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik und das Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft die Durchführung einer repräsentativen Ernteermittlung auf zufällig ausgewählten Kontrollschlägen zur Absicherung des DDR-Ergebnisses. Im Jahre 1966 wurde folgende Zahl an Betrieben, von denen jeweils zwei Schläge untersucht wurden, in die Erhebung einbezogen:

Winterweizen	73	mittelfrühe und späte	
Winterroggen	122	Kartoffeln	225
Wintergerste	41	Rotklee	175
Sommerweizen	14	Wiesen	225
Sommergerste	56	Zuckerrüben	200
Hafer	50	Sommermenggetreide	46

Die Auswahl der Betriebe erfolgte ebenfalls entsprechend dem Umfang der jeweiligen Anbauflächen streng nach einem Stichprobenverfahren, wobei mit einer Tabelle zufällig angeordneter Zahlen gearbeitet wurde.

Die Ergebnisse zeigten zwar Abweichungen von den Betriebsergebnissen der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe; sie waren aber nicht so gravierend, daß sie die Fortsetzung repräsentativer Kontrolluntersuchungen gerechtfertigt hätten.

4. Viehzählungen

4.1. Organisatorische Verbesserungen bei den Viehzählungen ab 1950

Die vierteljährlich durchgeführten Viehzählungen bedeuteten sowohl für die statistischen Dienststellen als auch für die Gemeinden stets einen großen Kosten- und Zeitaufwand, und die Ergebnisse hatten noch nicht eine genügende Exaktheit erreicht; außerdem wurde immer stärker die Forderung erhoben, die Ergebnisse der Zählungen für die Planung und operative Maßnahmen auszuwerten. Deshalb stellte man Überlegungen an, den Aufwand zu verringern und Voraussetzungen für eine leichtere Auswertung der Ergebnisse zu schaffen.

Bis zum Jahre 1951 wurden alle Tiere eines Betriebes auf einem für jede Zählung neu ausgegebenen Zählformular gezählt. Ab der Viehzählung vom 2. Dezember 1951 wurden für jede Viehhaltung, die Großvieh besaß, zwei Zählkarten eingeführt, die für die Dauer eines Fünfjahrplanes Gültigkeit hatten. Diese Veränderung bedeutete eine erhebliche Material- und Kostenersparnis und bot vor allem bessere Vergleichsmöglichkeiten hinsichtlich der einzelnen Betriebe. Auch waren die Bürgermeister und Mitarbeiter der Verwaltungsorgane in der Lage, an Hand dieser Unterlagen z. Bsp. in Bauernversammlungen die Entwicklung der Viehbestände der einzelnen Betriebe zu erläutern. Der Bestand von Viehhaltungen mit nur Kleintieren wurde auf besonderen Zähllisten angegeben.

Im Jahre 1951 ging man dazu über, die Viehzählungen durch Kommissionen und nicht nur durch einen oder zwei Zähler vornehmen zu lassen. Hierbei wurden im Vergleich zu früheren Erhebungen nicht nur hinsichtlich der Altersangaben, sondern auch in bezug auf die Gesamtzahlen der Tiere weitaus bessere Resultate erzielt. Durch die Einsetzung von Kommissionen, die sich im Stall des Viehhalters von der Richtigkeit der Angaben überzeugen mußten, war eine bessere Gewähr für objektive Zählergebnisse gegeben.

4.2. Repräsentative monatliche Schweinezählungen

Bei der großen Bedeutung der Fleisch- und Fettversorgung im Rahmen der allgemeinen Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung war die Aufgabe einer raschen Erhöhung der Schweinebestände von besonderer Wichtigkeit. Die Schweineproduktion ermöglicht eine schnelle An-

passung an wirtschaftliche Erfordernisse. Da eine Zuchtsau bei einer Trächtigkeitsdauer von knapp 4 Monaten in einem Wurf bis zu zehn und mehr Ferkel hervorbringt, die in zehn Monaten schon schlachtreif sein können, ist ohne weiteres betrieblich die Möglichkeit zu kurzfristigen und umfangreichen Bestandsveränderungen gegeben.

Um die kurzfristige Steigerung der Schweinebestände kontrollieren zu können, wurde ab Mai 1951 von vorher vierteljährlichen auf monatliche Schweinezahlungen übergegangen. In einer Zeit, da es allgemeines Bestreben war, zu einer umfassenden Vereinfachung der Verwaltungsarbeit, auch im Statistischen Dienst und hier wieder besonders bei den Viehzählungen, zu gelangen, stieß die Durchführung von monatlichen Schweinezahlungen vielfach auf Unverständnis. Besonders in Kreisen der Landwirtschaft wurde die monatliche Schweinezählung als unnötige Belastung betrachtet. Deshalb wurden Überlegungen angestellt, wie man die Aufgabe einer kurzfristigen Information über die Entwicklung der Schweinebestände mit weniger aufwendigen Mitteln erreichen könne.

Man ging deshalb im Herbst desselben Jahres dazu über, nur vierteljährlich in sämtlichen Betrieben die Schweinebestände aufzunehmen, während in den jeweils dazwischenliegenden beiden Monaten nur bei etwa 25 % der Schweinehalter Befragungen durchgeführt wurden. Die Kreise faßten deshalb die Gemeinden in vier Gruppen zusammen, wobei jede Gruppe nur jährlich in zwei Monaten bei den Zwischenzählungen in die Erhebung einbezogen wurde. Einschließlich der quartalsmäßigen Vollzählungen in allen Gemeinden war also jede Gemeinde im Jahr sechsmal in die Befragung über die Schweinebestände einbezogen.

Da die Ergebnisse hinsichtlich ihrer statistischen Zuverlässigkeit nicht befriedigend waren, wurden Überlegungen angestellt, repräsentativere Ergebnisse zu erzielen. Näheres hierüber im Anlagenband.

Ab Herbst 1952 war die Forderung nach der Durchführung monatlicher Schweinezahlungen abgeebbt, da inzwischen der Schweinebestand wesentlich erhöht worden war.

Zahl der Schweine in der DDR (1000)
am 3. Dezember

1950	5705
1951	7088
1952	9100

Man stellte deshalb die monatlichen Schweinezählungen ein und führte ausschließlich Quartalszählungen als Vollerhebungen durch. Kurzfristige Vorausberechnungen der Entwicklung der Schweinebestände und der voraussichtlichen Zeitpunkte ihrer Schlachtreife wurden an Hand anderer statistisch erfaßter Merkmale der Schweinehaltung, z. Bsp. der Zahl der Sauenbedeckungen, gewonnen.

4.3. Berichterstattung über die Zahl der Eber und der gedeckten bzw. abgeferkelten Sauen

In den Jahren 1953 bis 1955 wurde die Zahl der Eber und der Sauenbedeckungen durch eine monatliche Berichterstattung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik erfaßt. Die Eberhalter meldeten auf einer Berichtskarte auf Grund der Eintragungen im Deckblock die Zahl der Eber und gedeckten Sauen; sie stellten aber vielfach für ihre betriebseigenen Sauen keinen Deckschein aus, den die fremden Sauenhalter als Quittung für die Zahlung der Deckgebühren und als Nachweis der Bedeckung erhielten. Auch waren die Eintragungen der Herkunftsgemeinden ortsfremder Sauen nicht immer vollständig. Die Meldungen der Eberhalter wurden von den Gemeindeverwaltungen gesammelt und an die jeweilige Kreisstelle der SZS weitergeleitet. Die Kreisstellen stellten die Meldungen für die Bezirksstellen zum Kreisergebnis zusammen und bearbeiteten die Rückmeldung, in der die "ortsfremden Sauen" in die Heimatgemeinde eingegliedert wurden, um den Gemeindeverwaltungen die Abrechnung des Sauenbedeckungsplanes zu ermöglichen.

Bei der Berichterstattung war vor allem nachteilig, daß die Feststellung der Sauenbedeckungen noch keine endgültigen Schlüsse über das Befruchtungsergebnis zuließ. Zur Vereinfachung wurde daher die monatliche Berichterstattung über gekörte Eber und Sauenbedeckungen mit Ende des Jahres 1955 eingestellt. Ab 1956 wurde die Zahl der gekörten Eber durch die vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft veranstaltete Berichterstattung über Körung nach Besitzformen und Rassen nachgewiesen und die Zahl der abgeferkelten Sauen im Rahmen der Viehzählungen vierteljährlich nach Monaten statistisch erfaßt, z. B. in der Viehzählung am 3. September die Zahl der abgeferkelten Sauen in den Monaten Juni, Juli und August. Diese Angaben konnten von jedem Sauenhalter gegeben werden und waren real kontrollierbar.

5. Zählung der Landmaschinen und Gärfutterbehälter

Bis zum Jahre 1949 hatte es drei statistische Erhebungen über die technische Ausrüstung der Landwirtschaft gegeben. Eine erste Bestandsaufnahme war innerhalb der "einmaligen Erfassung der Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland" erfolgt, die auf Befehl der damaligen SMAD Nr. 144 vom 19.11.1945 am 1. Januar 1946 durchgeführt worden war, d. h. unmittelbar nach den ersten Maßnahmen im Gefolge der Bodenreform. Laut Befehl der SMAD Nr. 330 vom 25.11.1946 wurden neben der Viehzählung und der Winteraussaatflächenerhebung Anfang Dezember 1946 auch landwirtschaftliche Maschinen und Geräte gezählt. Einen dritten Nachweis von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen erbrachte die Landwirtschaftliche Betriebszählung im Jahre 1949, wobei hier keine Bestandsaufnahme im eigentlichen Sinne erfolgte, sondern der Nachweis über die Verwendung von Maschinen und Geräten im vorausgegangenen Jahr.

Inzwischen hatten sich die Neubauernbetriebe mit ihrer neuen Betriebsstruktur weitgehend konsolidiert, und im Jahre 1949 waren die Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) gebildet worden. Eine neue Übersicht über das Vorhandensein von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten sowie sonstigen technischen Ausrüstungen war dringend erforderlich geworden.

Auf Grund der Verordnung vom 27. Juli 1950 (Gesetzblatt Nr. 84/1950) wurde in der DDR vom 4. bis 9. Dezember 1950 die erste Landmaschinen- und Schlepperzählung durchgeführt. Diese Zählung lieferte wichtige Unterlagen für die Planung und wurde künftig in Jahresabständen veranstaltet, um ständig die technische Ausrüstung der landwirtschaftlichen Betriebe erkennen zu können.

Die Landmaschinen- und Schlepperzählung erstreckte sich auf alle landwirtschaftlichen Betriebe einschließlich Erwerbsgartenbaubetriebe mit einer Gesamtbetriebsfläche von 0,5 ha und mehr sowie auf die Bestände in den MAS und anderen Unternehmungen, die landwirtschaftliche Maschinen und Geräte verliehen, vermieteten oder damit Lohnarbeit durchführten. Im Sinne der Bestandsaufnahme sollten alle zu den Betrieben gehörenden einsatzfähigen und reparaturwürdigen Maschinen und Geräte angegeben werden, bei Verleihbetrieben nur Maschinen und Geräte, die im jeweiligen Kalenderjahr in der Landwirtschaft

zum Einsatz gekommen waren. Nicht gezählt wurden unbrauchbare landwirtschaftliche Maschinen, Geräte und Schlepper, bei denen sich eine Reparatur nicht mehr lohnte. Nach den Schrottmengen, die in vielen landwirtschaftlichen Betrieben noch in beachtlichen Mengen lagerten, wurde gesondert gefragt. Hierzu gehörte die gewichtsmäßige Angabe der alten nicht reparaturwürdigen Maschinen und Geräte.

Die Maschinen und Geräte wurden grundsätzlich beim Eigentümer gezählt und nicht bei dem Betrieb, bei dem sie sich im Einsatz befanden. Dadurch wurde ein lückenloser Nachweis gewährleistet.

Es erfolgte eine Gruppierung nach 4 Eigentumsformen der Betriebe:

- Landwirtschaftliche und gärtnerische Privatbetriebe
- Volkseigene landwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe, die der Vereinigung Volkseigener Güter angehörten
- Übrige landwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe der öffentlichen Hand
- Unternehmen, die Maschinen und Geräte gewerbsmäßig verliehen oder vermieteten.

Die Privatbetriebe wurden nach 13 Gruppen der LN unterteilt.

Die Zählung umfaßte alle Arten von Kraftmaschinen, Ackergeräten, Saat- und Pflegemaschinen, Maschinen zur Ent- und Bewässerung, Erntemaschinen und -geräten, Dresch- und Fördermaschinen sowie Hofmaschinen und -geräte. Eine vollständige Übersicht wird im Anlagenband gegeben.

Für die MAS und die VEG erfolgte außerdem eine Sonderbefragung für Schlepper und Lastkraftwagen auf einem Zusatzfragebogen, um die Leistungsmöglichkeiten zu ermitteln und Unterlagen für die Produktionsplanung zu gewinnen. Die Angaben für die Schlepper bezogen sich in den Hauptpunkten auf Herstellerfirma, Type, Baujahr, Gesamtgewicht, Leistung in PS, Höchstgeschwindigkeit, Spurweite, Bereifung und Zusatzeinrichtungen. Außerdem waren für jeden aufgeführten Schlepper die in der Zeit vom 1. Januar bis 30. November 1950 geleisteten Arbeitsstunden und die in dieser Zeit entstandenen Reparaturkosten anzugeben. Die Angaben über die Lastkraftwagen erstreckten sich auf Fabrikat, Art des Kraftstoffantriebs und Tragfähigkeit. Bei den Anhängern wurde neben der Tragfähigkeit vor allem nach der Art der Anhänger und der Bereifung gefragt.

Der Zählung der Landmaschinen und Schlepper ging eine Ermittlung der Gärfutterbehälter, -vorräte usw. voraus, die erstmalig am 16. Januar 1950 stattfand. Näheres siehe Anlagenband.

6. Statistik der MAS/MTS und ihrer Leistungen

Über die Entwicklung und die Aufgaben der MAS/MTS (nachfolgend MTS genannt) ist schon im einleitenden Abschnitt 1.1. dieser Folge berichtet worden. Sie entwickelten sich nach 1949 sehr rasch. Wenn in diesem Abschnitt die ökonomische Aufgabe der MTS - die Bereitstellung der Technik für die landwirtschaftlichen Betriebe - im Vordergrund steht, darf nicht verkannt werden, daß es zu ihren gleichrangigen Aufgaben gehörte, die werktätigen Bauern von der ökonomischen Bindung an privatkapitalistische Kräfte auf dem Lande unabhängig zu machen und nach Gründung der ersten LPG vor allem ihnen allseitige Hilfe und Unterstützung zu geben. Nachfolgend einige Zahlen, aus denen die zunehmende Bedeutung der MTS in den Jahren seit ihrer Bildung bis zum vollständigen Übergang zur genossenschaftlichen Produktionsweise hervorgeht:

Entwicklung der MTS von 1950 bis 1960

Jahr	Anzahl der MTS	Trak- toren	LKW 1000 Stck.	Mäh- drescher	Leistun- gen Mio hm 1)	Arbeiter und Ang. 1000
1950	514	10,8	0,7	2) 0,1	2,2	20,1
1955	600	31,5	2,9	2,1	13,8	79,0
1960	599	45,9	3,8	5,5	31,0	73,4

1) Hektar mittleren Pflügens 2) 1951

Der Hauptanteil der geleisteten Feldarbeiten lag vor Bildung der ersten LPG mit 65 % bei den werktätigen Einzelbauern bis zu 10 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche; im Jahre 1956 wurden bereits 63 % der gesamten Feldarbeiten der MTS in den Genossenschaften durchgeführt.

Die MTS als volkseigene Betriebe wurden in die statistische Berichterstattung hinsichtlich ihrer Leistungen, wirtschaftlichen Ergebnisse, Arbeitskräfte usw. einbezogen. Ihre Bestände an Maschinen und Geräten wurden auch in den jährlichen Maschinenbestandserhebungen für die gesamte Landwirtschaft nachgewiesen. Bei der Durchführung der Berichterstattungen wirkten die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik und die Hauptverwaltung der MTS des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft eng zusammen. Ein Teil der Formblätter wurde vom Ministerium ausgearbeitet und an die MTS geleitet, der Rücklauf zwecks statistischer Konzentration der Ergebnisse erfolgte über die statistischen Dienststellen. In der Regel wurden die statistischen Berichterstattungen der MTS quartalsweise durchgeführt. Im Anlagenband wird über die wichtigsten Kennziffern informiert.

7. Landwirtschaftliche Betriebszählung 1952

7.1. Aufgabenstellung

Die erste Landwirtschaftliche Betriebszählung (LBZ) seit 1945 wurde im Jahre 1949 durchgeführt (siehe Abschnitt 4 des Teiles Agrarstatistik in Folge 1). Obwohl derartig umfangreiche Zählungen nur in langfristigen Abständen erfolgen können, beschloß der Ministerrat der DDR am 30.5.1952 (Ges.Bl. 73/52), bereits 1952 wiederum eine LBZ durchzuführen. Diese Zählung hatte den Zweck, die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe kurz vor Bildung der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu vermitteln, deren Förderung die II. Parteikonferenz der SED im Rahmen der Zielstellung des planmäßigen Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus in der DDR beschloß. Die LBZ wurde kurz vorher mit Stichtag 1. Juli 1952 veranstaltet. Sie sollte eine wesentliche Grundlage aller Maßnahmen sein, die sich in der Zukunft aus den Beschlüssen der II. Parteikonferenz ergaben.

Bei der Aufbereitung und Auswertung der LBZ 1952 war ein weiterer Schwerpunkt die eingehende und umfassende sozialökonomische Untersuchung der Landwirtschaftsbetriebe. War bereits bei der LBZ 1949 diese Aufgabenstellung ein wesentlicher Inhalt gewesen, so wurde sie doch damals noch weitgehend formal durchgeführt, indem innerhalb der Gruppierung der Privatbetriebe nach Alt- und Neubauern lediglich eine Gruppierung nach der Gesamtfläche bzw. der landwirtschaftlichen Nutzfläche und nach der Zahl der gehaltenen Tiere bzw. des Umfangs bestimmter Anbauarten erfolgte. Nunmehr sollte die Differenziertheit in sozialer und ökonomischer Hinsicht wesentlich tiefgründiger erforscht werden durch Anwendung zahlreicher kombinierter Gruppierungen.

Schließlich wurden in das Kennziffernprogramm viele Fragenkomplexe aufgenommen, die durch andere Erhebungen nicht beantwortet werden konnten. Das hatte eine wesentliche Erweiterung der Zahl der Kennziffern gegenüber der LBZ 1949 zur Folge. Sie stieg von 300 auf ca. 1370 Kennziffern. Während 1949 4 Seiten DIN A 4 für den Betriebsbogen ausreichten, wurden nunmehr 8 Seiten DIN A 3 benötigt. Diese ungeheure Ausweitung des Frageprogramms läßt erkennen, daß der statistische Grundsatz ungenügend beachtet worden war, nur wirklich notwendige Angaben zu verlangen.

7.2. Kennziffernprogramm

Aus nachfolgendem Vergleich der Zahl der Kennziffern, geordnet nach einzelnen Fragenkomplexen, geht bereits hervor, welche Gebiete 1952 gegenüber 1949 als besondere Schwerpunkte angesehen wurden:

Zahl der im Betriebsbogen der LBZ 1949 und 1952
erfragten Kennziffern

	<u>1949</u>	<u>1952</u>
Anschrift des Betriebsinhabers und Besitzverhältnisse	34	113
Arbeitskräfte	41	135
Ausbildung der Arbeitskräfte	16	24
Zugehörigkeit zu Genossenschaften	30	30
Gebäude	2	320
Wasser- und Stromversorgung	3	14
Nebenbetriebe	2	143
Maschinen, Geräte, technische Einrichtungen	116	197
Von anderen Betrieben durchgeführte Arbeiten	-	260
Bodenbenutzung	37	53
Viehhaltung	15	70
Eingezäuntes Dauerweideland	-	6
Flächenzu- und -abgänge durch Bodenreform	4	6
insgesamt	<u>300</u>	<u>1371</u>
	=====	

Diese Übersicht kennzeichnet den Inhalt der LBZ 1952 und ihre wesentlichen Veränderungen gegenüber der LBZ 1949.

Weitere Ausführungen hinsichtlich des Kennziffernprogramms sind dem Anlagenband zu entnehmen.

Die Erweiterung des Kennziffernprogramms zeigt deutlich, daß einerseits auf private Abhängigkeitsverhältnisse, andererseits auf staatliche und genossenschaftliche Unterstützung der werktätigen Bauern besonderer Wert gelegt wurde. Dabei wurden auch finanzielle Kennziffern in das Programm aufgenommen. Überhaupt versuchte man, den Nachteil der LBZ als Stichtagserhebung etwas zu überwinden, indem eine Reihe von Kennziffern aufgenommen wurden, die sich auf Zeiträume bezogen, wobei das abgelaufene Kalenderjahr 1951 als Grundlage diente. Die zusätzliche Aufnahme des Zeitraumes vom 1.1. bis 30.6.1952 hatte eine starke Ausweitung des Betriebsbogens zur Folge, die nicht erforderlich gewesen wäre, da sich in der Landwirtschaft ohnehin ein Kalenderjahr und ein erstes Halbjahr bei vielen Angaben nicht vergleichen lassen.

Für Betriebe der öffentlichen Hand, z. B. Volkseigene Landwirtschaftliche Betriebe, Landes-, Kreis-, Stadtgüter, Staatsforsten, Betriebe der Lehr-, Versuchs- und Forschungsanstalten, der MAS, der volkseigenen Industrie, Betriebe der VdgB (BHG), Parteien, Massenorganisationen, Kirchen und kirchliche Anstalten, Versicherungsanstalten, Stiftungen usw., wurde im Jahre 1952 ein gesonderter Betriebsbogen der LBZ verwandt. Vor allem der Abschnitt über die Arbeitskräfte und ihre Struktur unterschied sich für VEG und ähnliche Betriebe der öffentlichen Hand von den Angaben, die die Privatbetriebe zu geben hatten. Bedingt durch die besseren betriebswirtschaftlichen Unterlagen mußten die Betriebe der öffentlichen Hand zusätzliche Fragen beantworten, z. Bsp. Kennziffern über die Tieraufzucht im Jahr 1951, so Abkalbungen, Abfohlungen, Ablammungen, Tierverkäufe an die Handelskontore für Zucht- und Nutzvieh und von Betrieb zu Betrieb.

Auch über die finanzielle Situation der o.g. Betriebe im Jahre 1951 mußte Auskunft erteilt werden. Für den gesamten Betrieb waren die Gesamtbruttoeinnahmen (Außen- und Innenumsätze zuzüglich bzw. abzüglich der Bestandsveränderungen), der Produktionsaufwand und daraus resultierend die Gesamtnettoeinnahmen (= Nettoprodukt) nachzuweisen. Darüber hinaus waren für die einzelnen Produktionszweige - pflanzliche und tierische Produktion sowie Produktion der Nebenbetriebe - die Gesamtbruttoeinnahmen (= Gesamterträge), die Produktionskosten (Produktionsaufwand und Arbeitslöhne) und sich daraus ergebend der Nettoertrag (= Reineinkommen) aufzuführen.

7.3. Organisation und Aufbereitung

Für die Vorbereitung der LBZ 1952 stand nur wenig Zeit zur Verfügung. Deshalb konnten nicht so umfangreiche Maßnahmen wie für die LBZ 1949, z. B. Probeerhebungen, Beratungen usw. durchgeführt werden; andererseits standen die Erfahrungen aus der LBZ 1949 zur Verfügung. In rund 900 000 Betrieben wurden die Betriebsinhaber bzw. -leiter in der Zeit vom 23.6. bis 3.7.1952 befragt; etwa 80 000 Zähler führten die Zählung in den Betrieben durch. Verantwortlich für die Organisation der Zählung und die Bereitstellung der Zähler waren die Gemeinden. Oberzähler, Kreisbeauftragte und Landesbeauftragte wurden nicht eingesetzt. Die Zähler erhielten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine - wenn auch gegenüber der LBZ 1949 wesentlich geringere - Vergütung je ausgefüllten Betriebsbogen.

Die weniger eingehende Vorbereitung und Durchführung der Zählung und der gegenüber 1949 wesentlich erweiterte Umfang an Kennziffern, wobei sich mehrere auf abgelaufene Zeiträume bezogen, hatten zur Folge, daß die Qualität der Ausfüllung der Betriebsbogen sehr zu wünschen übrig ließ. Hinzu kam, daß in den Landesämtern, die kurz nach dem Stichtag jeweils zu mehreren Bezirksstellen umorganisiert worden waren, kaum Kontrollen und Rückfragen durchgeführt wurden. Das gesamte Erhebungsmaterial ging an die Zentralstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Berlin. Hier war - ebenfalls für eine LBZ als Novum - ein maschinelles Aufbereitungsverfahren mittels Lochkarten vorgesehen. Wenn auch, durch den Umfang des Erhebungsprogramms und die geringere Zahl von Arbeitskräften aus der nichtberufstätigen Bevölkerung bedingt, an keine manuelle Aufbereitung wie 1949 gedacht werden konnte, fehlten jedoch jegliche Erfahrungen hinsichtlich einer maschinellen Aufbereitung einer so umfangreichen landwirtschaftlichen Zählung. Hinzu kam, daß der Betriebsbogen hinsichtlich des Ablochverfahrens nicht entsprechend gestaltet worden war und - was sich am nachteiligsten auswirkte - vorher kein Aufbereitungs- und Gruppierungsprogramm ausgearbeitet worden war. Es sollten nicht die alten Gruppierungen des Jahres 1949 angewandt werden, da diese nur ungenügend die unterschiedliche Klassenlage der Bauern sichtbar gemacht hätte. Deshalb wurden Versuche angestellt, andere Gruppierungen, meist kombinierter Art, anzuwenden. Dazu waren aber eine Reihe von Probeaufbereitungen erforderlich, die nur über das maschinelle Verfahren möglich waren. Hierbei ergaben sich viele Schwierigkeiten:

- es machten sich die Unzulänglichkeiten der Ausfüllung der Betriebsbogen bemerkbar;
- es stellten sich Probleme der maschinellen Aufbereitung selbst heraus;
- die vorgesehenen Gruppierungen zeigten oft nicht die erwarteten Effekte und waren teilweise zu weit getrieben;
- trotz des umfangreichen Kennziffernprogramms war es zur Darstellung der sozial-ökonomischen Lage der Bauern immer noch ungenügend, da diese durch Stichtagsangaben, ergänzt durch einige Zeitraumangaben, nicht umfassend nachgewiesen werden konnte; es fehlten vor allem Kennziffern über die Ergebnisse des Betriebsgeschehens.

Es wurde etwa 3 Jahre mit dem Material experimentiert, ohne daß vorliegende Aufbereitungsteilergebnisse auch nur annähernd zur Lösung der geforderten Aufgabenstellung führten. Inzwischen waren mit den ersten Ergebnissen der repräsentativen Untersuchungen einzelbäuerlicher Betriebe (siehe Abschnitt 8) wesentlich aussagekräftigere Ergebnisse hinsichtlich sozial-ökonomischer Merkmale der landwirtschaftlichen Privatbetriebe gewonnen worden; außerdem nahm das Interesse an bäuerlichen Privatbetrieben mit der zunehmenden Zahl an LPG ab, so daß im Jahre 1955 die Arbeiten an der Aufbereitung der LBZ 1952 eingestellt wurden, nachdem einige Grundtabellen mit wichtigen Kennziffern aufgestellt worden waren. Die Ergebnisse wurden jedoch an keinen Verteiler weitergegeben und auch in keinem Tabellenband (analog der LBZ 1949) zusammengefaßt.

8. Repräsentative Betriebsuntersuchungen bäuerlicher Privatbetriebe

8.1. Agrarberichterstattung ausgewählter Betriebe über verschiedene ökonomische Probleme ihrer Tätigkeit

Um die Entwicklung der in den Volkswirtschaftsplänen festgelegten Ziele laufend verfolgen und den Planungsorganen die zahlenmäßigen Unterlagen für eine operative Plankontrolle liefern zu können, mußte es Aufgabe auch der Agrarstatistik sein, zu einem möglichst lückenlosen Gesamtüberblick zu kommen. In der landwirtschaftlichen Produktion mit ihrer jahreszeitlichen Bindung beim Ackerbau und ihrer Abhängigkeit von biologischen Vorgängen in der Viehwirtschaft konnte zwar die Produktionsentwicklung durch die jährlichen Bodenbenutzungserhebungen, Ernteertragsermittlungen und Viehzählungen in einem für die Planungsorgane ausreichenden Maße aufgezeigt werden; es fehlten jedoch kurzfristige Angaben über verschiedene aktuelle Probleme der Landwirtschaft, z. B. über die Verwendung von mineralischem und organischem Dünger, über die Bereitstellung von Saat- und Pflanzgut, über verbrauchte und bereitstehende Futtermittel u. dgl. bzw. wurden Daten über verschiedene betriebswirtschaftliche Vorgänge benötigt, um Einblicke in sonst statistisch nicht erfaßte Gebiete zu erhalten, z.B. über Produktionskosten, finanzielle Verpflichtungen usw., d. h. Kennziffern, die auch über eine LBZ mit dem Charakter einer Stichtagserhebung nicht bereitgestellt werden konnten.

Deshalb wurde im Anschluß an die LBZ 1949 im September desselben Jahres die sog. "Agrarberichterstattung" eingeführt. Um möglichst kurzfristig Einblicke in die verlangten Fragenkomplexe zu erhalten, wäre eine Totalerhebung bei etwa einer halben Million bäuerlicher Privatbetriebe wegen ihres langen Aufbereitungszeitraumes nicht möglich gewesen, sie war auch vom Inhalt der Fragestellungen her nicht unbedingt notwendig. Deshalb basierte die "Agrarberichterstattung" auf Angaben repräsentativ ausgewählter bäuerlicher Privatbetriebe. Um eine zweckmäßige Repräsentation zu erreichen, wurden zunächst ca. 4 000 Berichterstatter mit einer LN von über 2 bis 100 ha für das Gebiet der Republik entsprechend den prozentualen Anteilen der Größengruppen der LN nach der LBZ 1949 ausgewählt. Die Auswahl geschah bewußt nach gesellschaftlicher, bodenkundlicher, klimatischer, verkehrstechnischer und betriebsmäßiger Hinsicht. Sie erfolgte zunächst in allen Landkreisen der DDR. Später wurde eine Auslese der Betriebe vorgenommen, um auf die für notwendig erachtete Zahl von etwa 2 000 zu gelangen (= 0,4 v.H. aller landwirtschaftlichen Betriebe von über 2 bis 100 ha LN). Für jeden Monat wurde von der Zentralstelle der SZS eine Betriebskarte (DIN A 5) an die Agrarberichterstatter geschickt, von ihnen umgehend ausgefüllt und ohne Einschaltung sonstiger Behörden direkt an die Zentralstelle unter einer Kennziffer (zur Ausschaltung des Namens des Berichterstatters) zurückgeschickt. Jeder Berichterstatter berichtete nur über seinen eigenen Betrieb. Seit September 1950 wurde regelmäßig jeder Berichtskarte eine Erläuterung beigelegt.

Das jeweilige monatliche Kennziffernprogramm der "Agrarberichterstattung" wurde in einer vierteljährlich stattfindenden Sitzung einer Arbeitsgemeinschaft festgelegt, die sich aus Vertretern der SZS, des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und später auch der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zusammensetzte. Die Fragen an die Agrarberichterstatter bezogen sich

- auf den Stand und die Entwicklung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft;
- auf die Feststellung von Schwierigkeiten, Unzulänglichkeiten und Mängeln, die der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion entgegenstanden;

- auf die Feststellung praktischer Erkenntnisse und Erfahrungen der Bauern bei der Pflanzen- und Tierproduktion.

Die Ergebnisse wurden insgesamt für die DDR, unterteilt nach Ländern, und sämtliche Ergebnisse nach Betriebsgrößenklassen unterteilt, aufbereitet.

Später erwog man auch eine Gruppierung nach Wachstumsgebieten, um die Abhängigkeit der Ausnutzung und des Einsatzes landwirtschaftlicher Produktionsmittel von den Klima- und Bodenverhältnissen sichtbar zu machen.

8.2. Repräsentative Betriebsuntersuchungen bäuerlicher Privatbetriebe (RBU) 1952 bis 1957

8.2.1. Aufgabenstellung

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß hinsichtlich der statistischen Untersuchung landwirtschaftlicher Betriebe eine Landwirtschaftliche Betriebszählung mit ihren im wesentlichen für einen bestimmten Stichtag vorliegenden zahlenmäßigen Angaben nicht ausreicht, da die während eines Jahres stattfindenden Vorgänge auf der Aufwands- und Ertragsseite bei ihr nicht erfaßt werden können. Deshalb beschloß der Ministerrat am 30.5.1952 (Ges.Bl. 73/52), neben der LBZ am 1.7.1952 die wirtschaftliche Struktur von 24 000 Betrieben als Repräsentation eingehend zu untersuchen. Hierbei sollte auf die bei den Kreis- und Gemeindeverwaltungen sowie den sonstigen Dienststellen vorliegenden Unterlagen weitgehend zurückgegriffen werden. Mit der Durchführung der erforderlichen Arbeiten wurde die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik beauftragt. Die erste Untersuchung bezog sich auf das Jahr 1951. Diese Arbeiten wurden bis zum Jahre 1957 fortgesetzt. Obwohl seit 1952 mit der Bildung der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die Zahl und die Bedeutung der landwirtschaftlichen Privatbetriebe zurückging, wurde in diesem Zeitraum der Übergangsperiode von der einzelbäuerlichen privaten zur gemeinsamen sozialistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft der Hauptteil der landwirtschaftlichen Produktion in einzel-

bäuerlichen Betrieben erzeugt. Noch 1957 bewirtschafteten die privaten Betriebe 67 % der LN.

Die repräsentativen Untersuchungen einzelbäuerlicher Betriebe (RBU) haben dazu beigetragen, Partei- und Regierungsorganen sowie wissenschaftlichen Institutionen umfangreiches Zahlenmaterial und analytische Auswertungen über die Lage der einzelbäuerlichen Betriebe in der ersten Phase der Übergangsperiode zur Verfügung zu stellen. Die Durchführung der RBU zeigt umfassend die Art und Weise der Organisation einer Repräsentativerhebung auf dem Gebiet der Agrarstatistik und wird nicht zuletzt aus diesem Grunde hier etwas ausführlicher dargestellt.

Die Ergebnisse der RBU waren eine Grundlage für agrarpolitische Maßnahmen und für diffizilere sozialökonomische sowie betriebswirtschaftliche Untersuchungen. Dabei kam der statistischen Gruppenbildung eine entscheidende Bedeutung zu.

In erster Linie spiegelten die Ergebnisse der RBU die Auswirkungen der Agrarpolitik der DDR auf die ökonomische und finanzielle Lage der einzelbäuerlichen Betriebe wider. Das durch sie gewonnene Zahlenmaterial war ein gutes Hilfsmittel für die Klärung so wichtiger Fragen, wie die Produktionssteigerung in den landwirtschaftlichen Betrieben und die Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Dorf, für die Gestaltung der Erfassungs- und Aufkaufpreise und der Preise einiger Industriewaren des landwirtschaftlichen Bedarfs, die zweckmäßige Standortverteilung der Produktivkräfte der Landwirtschaft und die genaue Berechnung des Warenanteils der landwirtschaftlichen Produktion, die Kenntnis der Einnahmen und Ausgaben sowie der unterschiedlichen Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe und der Einkünfte der Einzelbauern, der Produktionskosten und der Arbeitsproduktivität.

Das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft hat die Ergebnisse der RBU vor allem für preispolitische Maßnahmen ausgewertet, das Ministerium der Finanzen zur Einschätzung der Einkommenslage der privaten Landwirtschaft. Vor allem brachten die Zahlen der RBU Hinweise über die Betriebsausgaben und den Haushaltsverbrauch

selbsterzeugter Produkte. Die Ergebnisse der RBU dienten auch zur Erarbeitung von Bilanzen, insbesondere der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung, die im System der volkswirtschaftlichen Bilanzen zur Festlegung richtiger Proportionen zwischen Kaufkraft und Warenfonds eine hervorragende Stellung einnimmt.

Neben diesen für agrarpolitische Maßnahmen wichtigen Ergebnissen war die RBU für sozialökonomische Untersuchungen geeignet. Sie ermöglichte die Differenzierung der Einzelbauern in Klein-, Mittel- und Großbauern nicht nur an Hand des Umfangs der landwirtschaftlichen Nutzfläche, sondern auch durch die Beschäftigung von Lohnarbeitern und dem Nachweis der Höhe des Bruttoprodukts. Schließlich boten die Ergebnisse der RBU vielfältige Möglichkeiten, betriebswirtschaftliche Untersuchungen anzustellen durch die Anwendung solcher Gruppierungsmerkmale, wie der Bodengüte, der Intensität der Produktion und der daraus resultierenden Einkünfte je Hektar, der Produktionsrichtung usw. Diese Gruppierungen zeigten die große Differenziertheit bei von den Produktionsbedingungen vergleichbaren Betrieben hinsichtlich ihrer ökonomischen und finanziellen Lage.

8.2.2. Auswahlverfahren der untersuchten Betriebe

Zu Beginn der Untersuchungen mußten erst Erfahrungen gesammelt werden, und es gab dabei eine Reihe von Schwierigkeiten. Die im Ministerratsbeschluß festgelegte sekundärstatistische Auswertung des bei verschiedenen Dienststellen vorliegenden Zahlenmaterials über die landwirtschaftlichen Betriebe hatte zur Folge, daß die zahlenmäßigen Angaben unabhängig von eventuell subjektiv beeinflussten Einkünften der Betriebsinhaber gewonnen werden konnten. Die Durchführung wurde in organisatorischer Hinsicht erleichtert, daß sämtliche Privatbetriebe der für die RBU ausgewählten Gemeinden in die spezielle Auswahl für die Untersuchungen einbezogen wurden. Dadurch gelangten wirtschaftlich starke und schwache Betriebe im realen Verhältnis in die Auswahl, was zur Repräsentation der Ergebnisse wesentlich beitrug.

Zunächst aber stand die Aufgabe, die Gemeinden auszuwählen, deren Betriebe untersucht werden sollten. Für das Jahr 1951 wurden dazu aus jedem Landkreis zwei Gemeinden ausgewählt, für die die Unterlagen sämtlicher ablieferungsspflichtigen landwirtschaftlichen Privatbetriebe über 1 ha LN ausgewertet wurden. Als bewußtes Auswahlmerkmal diente das Nutzflächen- und das Ackerflächenverhältnis, wobei für jeden Landkreis der Grünlandanteil an der LN und der Anteil des Anbaus von Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Feldgemüse und Feldfutter am Ackerland ermittelt wurden. In den Landkreisen mit den jeweils höchsten Flächenanteilen einer bestimmten Kultur wurden zwei Gemeinden ermittelt, die wiederum dort den stärksten Anteil derselben Kultur aufwiesen, so daß zwar typische Gemeinden hinsichtlich der Anbauverhältnisse, aber ausgesprochen extreme Gemeinden innerhalb der Landkreise in die Auswahl gelangten. Da unabhängig von der Zahl der Gemeinden je Landkreis jeweils zwei Gemeinden je Landkreis auszuwählen waren, führte dieses Auswahlverfahren außerdem dazu, daß die ausgewählten Gemeinden ungleichmäßig über das Gebiet der DDR verteilt waren. Sie häuften sich im Süden der DDR, da dort etwa zwei Drittel aller Gemeinden liegen.

Im weiteren Verlauf der Untersuchungen für die darauf folgenden Jahre wurden nach und nach Gemeinden ausgetauscht, um die Repräsentation zu verbessern bzw. überhaupt erst herzustellen. Die ausgewählten Gemeinden mußten sowohl für die DDR als auch für die Bezirke repräsentativ sein. Erst für 1955 war eine wirklich repräsentative Auswahl an Gemeinden erreicht worden. Es wurden nicht mehr schematisch zwei Gemeinden pro Landkreis ausgewählt, und das Flächenverhältnis wurde als Auswahlkriterium nicht mehr angewandt. Die Auswahl umfaßte 20 000 Betriebe, d.h. 4 % der Einzelbauern über 1 ha LN. Diese Zahl war für eine hinreichende Repräsentation der Bezirksergebnisse erforderlich. Die Auswahlmethode berücksichtigte bewußt mehrere Merkmale, die einen wesentlichen Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe ausübten. Die Zahl der in den ausgewählten Gemeinden vorhandenen Betriebe wurde proportional über die Bezirke auf die Landkreise aufgeschlüsselt, so daß in jedem Landkreis annähernd 4 % der Einzelbauern in die Auswahl gelangten. Die Zahl der in jedem Landkreis auszuwählenden Gemeinden wurde an Hand der natürlichen

Wachstumsbedingungen (für die Erntetermineitlung waren die Kreise in Ertragsgebiete eingeteilt worden) und der Größengruppenstruktur (lt. Bodenbenutzungserhebung) bewußt bestimmt, wobei auch zu berücksichtigen war, daß sie möglichst räumlich voneinander getrennt liegen sollten, um eine repräsentative Flächenstreuung zu erreichen. Übersichten beweisen, daß bei dieser Neuauswahl der Gemeinden die Ertragsgebiete, die Größengruppen und die durchschnittlichen Betriebsgrößen gut repräsentiert waren und damit die Gewähr für aussagekräftige Ergebnisse auch für die Gesamtheit der einzelbäuerlichen Betriebe gegeben war. Insgesamt gelangten 365 Gemeinden in die Auswahl.

Der Repräsentationsgrad der Auswahl der Gemeinden für die DDR für die RBU im Jahre 1955 wird im Anlagenband mitgeteilt.

Als im Jahr 1957 in der RBU die Zahl der untersuchten einzelbäuerlichen Betriebe auf 7 500 reduziert wurde, weil auf die Aufbereitung von Bezirksergebnissen verzichtet wurde, gelangten nur noch 180 Gemeinden in die Auswahl. Diese engere Auswahl wurde auch wieder so getroffen, daß die Ergebnisse weit möglichst repräsentativ blieben.

Wie später noch abgehandelt wird, wurde ab 1955 außer der Auswertung der Unterlagen in verschiedenen Verwaltungsstellen (Kurzbezeichnung: RBU/V) noch eine unmittelbare Befragung von Betriebsinhabern (Kurzbezeichnung: RBU/B) über Kennziffern vorgenommen, die zur Abrundung des Betriebsgeschehens benötigt wurden, die aber aus anderen Unterlagen nicht zu entnehmen waren.

Diese Betriebe lagen auch in den Auswahlgemeinden; ihre Zahl war aus organisatorischen Gründen jedoch wesentlich geringer, d.h. es wurden nur einige der in den Auswahlgemeinden gelegenen Betriebe in die Befragung einbezogen. Um auch hier möglichst repräsentative Ergebnisse zu erlangen, wurde für die 4 Hauptgruppen der LN (über 1 bis 5, über 5 bis 10, über 10 bis 20 und über 20 ha LN) die Methode der Gruppenauswahl angewandt, d.h. es wurde für jede Größen- gruppe eine bestimmte Anzahl von Betrieben festgelegt, die so groß war, daß die bei der Gesamtheit der Betriebe schwach besetzten Größengruppen (insbesondere die Gruppe der Betriebe über 20 ha LN) noch mit einer relativ großen Zahl von Auswahlbetrieben versehen waren. Um auch innerhalb der 4 Hauptgrößengruppen eine möglichst

repräsentative Verteilung nach der Betriebsgröße zu erreichen, wurden sie nochmals unterteilt, so daß die Auswahl praktisch nach 8 Größengruppen vorgenommen wurde. Dieses Verfahren hatte allerdings den Nachteil, daß ein zusammengefaßtes Ergebnis aller Größengruppen nicht durch einfache Addition der Ergebnisse der einzelnen Größengruppen gewonnen werden konnte, sondern daß es dazu des gewogenen Durchschnitts aufgrund der Hektar-Bezugszahlen der jeweiligen Größengruppe mit der Gesamthektarzah der entsprechenden Größengruppe lt. Bodenbenutzungserhebung bedurfte. Insgesamt gelangten 2 000 Betriebe in diese Auswahl.

Weit schwieriger war es, auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage der Betriebe repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Bei der RBU/V war es ohne weiteres möglich durch die sekundärstatistische Untersuchung sämtlicher Betriebe der Auswahlgemeinden. Bei der RBU/B hing es jedoch von der Freiwilligkeit des Bauern ab, ob die Befragung bei ihm stattfinden konnte oder nicht. In der Regel erklärten sich überdurchschnittliche Betriebe für solche Untersuchungen bereit. Um zu starke Abweichungen vom Durchschnitt zu vermeiden, wurde die Auswahl der Betriebe nach dem Viehbesatz je 100 ha LN gesteuert, dem einzigen Merkmal, das Hinweise auf die wirtschaftliche Lage der Betriebe gab und das für jeden Betrieb aus der Viehzählung bekannt war. Nachdem etwa die Hälfte der Betriebe erstmalig für 1955 geworben worden war, kontrollierte die SZS die Struktur der ausgewählten Betriebe und gab daraufhin jedem Bezirk gezielte Hinweise für die weitere Auswahl der Betriebe. Trotzdem ergab sich, daß zumeist viehstarke, d.h. bessergestellte Betriebe, in die Auswahl gelangt waren. Das zeigte sich auch an der höheren Marktproduktion zu konstanten Preisen je ha LN und an den Verkaufserlösen je ha LN gegenüber den Durchschnittsergebnissen der Auswahlgemeinden der RBU/V (siehe auch Anlagenband).

Die Ergebnisse der RBU/B waren also nicht ohne weiteres als repräsentativ zu bezeichnen und bedurften bei der Auswertung einer Korrektur an Hand der Ergebnisse der RBU/V.

8.2.3. Organisation der Zahlengewinnung

Die Durchführung der ersten Erhebung der RBU/V erfolgte für das Jahr 1951 im Jahr 1952 im Anschluß an die letzte Landwirtschaftliche Betriebszählung. Infolge stark lückenhaften Materials standen aber nicht - wie verlangt - für 24.000 Betriebe, sondern nur für ca. 6 500 Betriebe vollständige Unterlagen zur Verfügung. Außerdem war die Ermittlung der mengenmäßigen Marktproduktion bzw. der Verkaufserlöse der Betriebe methodisch falsch vorgenommen worden, da aus den Erzeugerkarteien der Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VEAB) zwar die für den einzelnen Betrieb auf das Ablieferungssoll angerechnete Menge der einzelnen Produkte hervorging, nachgewiesen waren aber nicht die tatsächlichen Leistungen der Betriebe. Nachbarschaftshilfen und Äquivalentlieferungen, Vorauslieferungen auf das nächste Jahr bzw. Nachlieferungen für das vergangene Jahr waren nachgewiesen, wie sie angerechnet, aber nicht, wie und wann sie tatsächlich geliefert worden waren. Außerdem waren in den Unterlagen der VEAB nicht die gezahlten Beträge angegeben, so daß fast immer in der RBU/V einheitliche Durchschnittspreise verwandt worden waren. Da auch die Angaben über die Anbaustruktur, die Viehbestände und Arbeitskräfte aus der LBZ wohl für das Jahr 1952, nicht jedoch für das Jahr 1951 bekannt waren, wurde aus den genannten Gründen von einer Aufbereitung des Materials für 1951 abgesehen.

Für das Jahr 1952 wurden im Herbst 1953 die repräsentativen Betriebsuntersuchungen wiederholt. Allerdings umfaßte die Untersuchung diesmal nur etwa 13 500 Betriebe. Es wurden nicht die Ablieferungskarteien der VEAB, sondern die Erfassungs- und Aufkaufbescheinigungen der VEAB in den Gemeinden ausgewertet, aus denen die effektiv gelieferten Mengen der Betriebe sowie die dafür erhaltenen Erlöse hervorgingen.

Die wichtigen Erkenntnisse, die aus der RBU/V 1952 gezogen werden konnten, veranlaßten die SZS zur Fortsetzung der Arbeiten auf breiterer Basis. Um aktuellere Ergebnisse zu erhalten, wurde die RBU für 1953 nicht durchgeführt, sondern sofort nach Abschluß des Jahres 1954 die RBU/V für das abgelaufene Jahr für ca. 20.000 Betriebe.

Eine feste gesetzliche Grundlage erhielten die Untersuchungen durch einen speziellen Beschluß des Präsidiums des Ministerrats der DDR über die Durchführung einer Statistik über die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung sowie betriebswirtschaftliche Un-

tersuchungen in der Landwirtschaft vom 23.6.1955 sowie eine diesbezügliche Anordnung der Staatlichen Plankommission vom 20.12.1955 (Ges.Bl. II.64/55).

Für die Jahre 1955 bis 1957 wurde die sekundärstatistische Auswertung der Unterlagen verschiedener Verwaltungen, Dienststellen und gewerblichen Betriebe in der gleichen Art und Weise fortgesetzt wie für die Jahre 1952 und 1954. Ab 1956 wurden sog. Mischbetriebe ausgeschaltet, d.h. Betriebe, deren Betriebsinhaber neben der Landwirtschaft noch einen anderen Betrieb, z.B. Handwerksbetrieb, betrieben, da deren finanzielle Verhältnisse nicht typisch für die Landwirtschaft waren.

In der RBU/V wurden die Unterlagen zahlreicher Verwaltungen, Dienststellen und gewerblicher Betriebe für die Auswahlgemeinden sekundärstatistisch ausgewertet. Sie werden im einzelnen im Anlagenband genannt.

Der Nachteil des Verfahrens der RBU/V lag darin, daß zwar wichtige Kennziffern über die Marktproduktion, die Verkaufserlöse und verschiedene Betriebsausgaben und finanzielle Verpflichtungen gewonnen werden konnten, aber kein vollständiger Nachweis der Bruttoproduktion und der Betriebsausgaben sowie des Arbeitszeitaufwandes möglich war. Dadurch war es nicht möglich, Jahresabschlüsse für die Betriebe vorzunehmen und so wichtige Kennziffern, wie die Betriebseinkünfte und die Rentabilität darzustellen. Um diese Lücke zu schließen, konnten unmittelbare Befragungen von Betriebsinhabern nicht umgangen werden.

Um auf diesem Gebiet Erfahrungen zu sammeln, wurden für das Jahr 1952 rückwirkend im Herbst 1953 in 28 Gemeinden der DDR (in jedem Bezirk 2) insgesamt 164 Betriebsinhaber aller Größengruppen über die von den Dienststellen nicht zu erlangenden Angaben, hauptsächlich über die Produktion, den Wirtschafts- und Haushaltsverbrauch und über die restlichen Ausgaben, von Mitarbeitern der SZS und deren Bezirksstellen befragt. Voraussetzung war, daß über diese Betriebe auch Unterlagen über die RBU/V vorliegen mußten. 164 Betriebe waren selbstverständlich nicht ausreichend repräsentativ für die DDR. Ihre Ergebnisse gaben aber als Probeerhebung eine Vorstellung über die Größe derjenigen Kennziffern, die sonst nicht ermittelt werden konnten.

Nachdem der Ministerratsbeschluß über die betriebswirtschaftlichen Untersuchungen in der Landwirtschaft verabschiedet worden war, wurde die Befragung von ca. 2 000 Bauern innerhalb des Kreises der

RBU/V-Betriebe aufgenommen, erstmalig für 1955. Dabei wurden nur die nicht durch die RBU/V bekannten Daten erfaßt, z.Bsp. Wirtschafts- und Haushaltsverbrauch selbsterzeugter Produkte, maschinelle und technische Ausrüstung, Arbeitszeitaufwand, nicht in der RBU/V nachweisbare Betriebsausgaben.

Die Befragung wurde von Mitarbeitern der Kreisstellen der SZS vorgenommen, die jedes Jahr von Mitarbeitern der Zentralstelle eingehend geschult worden waren. Die Erhebungen verliefen erfolgreich, weil die meisten Angaben über die Betriebe durch die RBU/V bekannt waren und dadurch die ergänzenden Angaben der Bauern gut auf ihre sachliche Richtigkeit und Wahrscheinlichkeit überprüft werden konnten. So konnten ca. 15 Kennziffern über Hektarerträge, tierische Produktionsleistungen und den Haushaltsverbrauch an Hand vorgegebener Wahrscheinlichkeitsspannen weitgehend kontrolliert werden.

Durch rückwirkende Befragung bei Betrieben ohne Buchführung mußte natürlich weitgehend auf Schätzungen zurückgegriffen werden. Um die Realität der Angaben der Bauern zu verbessern, führte die SZS für das Jahr 1957 eine "Kleine bäuerliche Buchführung" ein, in die schon während des Berichtsjahres laufend Aufzeichnungen vorgenommen werden sollten. Die Betriebe sollten von Mitarbeitern der Kreisstellen der SZS laufend betreut werden. Hierfür verfügte jedoch der statistische Apparat über nicht genügend fachlich qualifizierte Mitarbeiter; außerdem stellte diese Aufgabe eine nicht zu unterschätzende Arbeitsbelastung für die Kreisstellen dar. Andererseits sollten dadurch die Mitarbeiter der Statistik mit den praktischen Problemen der landwirtschaftlichen Betriebsökonomik vertraut werden. Nur etwa 300 bis 400 Betriebe nahmen die Eintragungen laufend vor.

Die repräsentativen Betriebsuntersuchungen betrafen immer das Kalenderjahr. Das brachte für landwirtschaftliche Untersuchungen bestimmte Schwierigkeiten mit sich, da bereits vor Beginn des Kalenderjahres der Produktionsprozeß mit der Herbstsaat beginnt und auf der anderen Seite die in einem Kalenderjahr erzeugten Produkte nur zum Teil in demselben Jahr verbraucht werden, während ein anderer Teil erst im nächsten Kalenderjahr verkauft oder im eigenen Betrieb verbraucht wird. Dem landwirtschaftlichen Produktionsrhythmus entspricht mehr das Wirtschaftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni. Da aber in der DDR das Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt und sowohl die Planung als auch die Veranlagung, die

Steuerberechnung usw. sich dem Kalenderjahr anpaßten, mußten Betriebsuntersuchungen in der DDR ebenfalls für Kalenderjahre durchgeführt werden.

Ab 1958 hatte der Umfang der LPG sprunghaft zugenommen, so daß die Bedeutung des privaten Sektors in der Landwirtschaft stark zurückgegangen war. Die Zahl der Privatbetriebe über 1 ha LN ging im Zeitraum von Mitte 1957 bis Mitte 1958 um rund 35 000 und die LN um rund 340 000 ha zurück. Der prozentuale Anteil der LN der Privatbetriebe an der gesamten LN der DDR betrug Mitte 1958 nur noch 62 %. Aus diesem Grunde ordnete die Leitung der SZS die Einstellung der repräsentativen Untersuchungen der Einzelbauern ab 1958 an. Ähnliche betriebswirtschaftliche Untersuchungen wurden nunmehr vor allem für die LPG immer aktueller (siehe Abschnitt 11).

8.2.4. Kennziffern- und Auswertungsprogramm

Sämtliche durch die RBU/V und RBU/B erfaßten Angaben wurden in einem Betriebsbogen zusammengefaßt. Die darin enthaltenen Abschnitte und Kennzifferngruppen wurden in den Anlagenband aufgenommen.

Für die Auswertung wurden die für die Jahre 1955 bis 1957 vorliegenden Betriebsergebnisse wie folgt weiterverarbeitet:

- Umwandlung der absoluten Zahlen in Beziehungszahlen, z.B.
je ha LN oder prozentuale Aufgliederung von Gesamtmassen in Teilmassen usw.
- Entwicklungszahlen, berechnet aus den Beziehungszahlen,
z. B. in % zum Vorjahr
- Gruppierung der Betriebe, z.B. nach folgenden 4 zusammengefaßten Größengruppen der LN; über 1 bis 5 ha, über 5 bis 10 ha, über 10 bis 20 ha, über 20 ha.

Beim Ausweis für die Gesamtzahl der einzelbäuerlichen Betriebe von über 1 ha LN durften die aus der Repräsentativerhebung gewonnenen Zahlen nicht ohne weiteres addiert werden, sondern es mußte eine an die Gesamtsumme der LN jeder Größengruppe gebundene Hochrechnung vorgenommen werden. Aus den so gewonnenen absoluten Zahlen für die Gesamtheit der einzelbäuerlichen Betriebe konnten wiederum die jeweiligen Beziehungszahlen berechnet werden.

Der Hauptinhalt der wichtigsten Auswertungstabellen ist ebenfalls im Anlagenband enthalten. Daraus gehen auch die vielseitig angewandten Gruppierungen hervor.

Bei der Auswertung und Analysierung der Ergebnisse der repräsentativen Betriebsuntersuchungen wurden nicht nur die erfragten Daten tabelliert, sondern es wurden ergänzende Berechnungen vorgenommen, um zu einer umfassenden Darstellung der wirtschaftlichen Lage der unterschiedlichen Kategorien der einzelbäuerlichen Betriebe in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR zu gelangen. Dabei stand die Ermittlung des Produktionsniveaus, der Rentabilität der Betriebe und des Einkommens der Arbeitskräfte im Mittelpunkt der Betrachtung.

Wenn auch manche betrieblichen Einzelangaben mehr oder weniger von den tatsächlichen Werten abwichen und auch mit Unterstellungen gearbeitet werden mußte, kann doch gesagt werden, daß diese eingehenden Untersuchungen einen großen Erkenntniswert über die damalige Hauptigentumsform in der Landwirtschaft erbrachten.

9. Berichterstattung über Bildung und Entwicklung der LPG sowie Zu- und Abgänge an freien Flächen

Mit dem historischen Beschluß der 2. Parteikonferenz, landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zu bilden, begann im Sommer 1952 auch für die statistischen Organe die Aufgabe, diesen Prozeß zahlenmäßig zu verfolgen und darüber laufend kurzfristig zu informieren. Da mit dem Entstehen sozialistischer Genossenschaften in der Landwirtschaft eine historische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande eingeleitet wurde, die politisch von größter Bedeutung war und von heftigen klassenkampfmäßigen Auseinandersetzungen begleitet wurde, waren die Organe des Staates und der Arbeiterpartei an statistischen Ergebnissen über diesen Entwicklungsprozeß stark interessiert; die statistischen Ergebnisse wurden daher so schnell und ausführlich wie möglich den örtlichen und zentralen Organen vorgelegt.

9.1. Berichterstattung über die Entwicklung der LPG

Von Beginn der Bildung der ersten LPG im Jahre 1952 bis zum Übergang nahezu aller Einzelbauern zur genossenschaftlichen Produktionsweise im Jahre 1960 wurde von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik eine monatliche Berichterstattung über Stand und Entwicklung der LPG durchgeführt. Meldepflichtig waren die LPG; ihre

Angaben gingen über die Räte der Gemeinden an die Statistische Kreisstelle. Zur Gewährleistung der vollständigen Einbeziehung aller bestehenden LPG, insbesondere bei Neugründungen oder Umwandlung in einen anderen Typ der LPG (insgesamt gab es 3 Typen), dienten die Unterlagen bei den Abteilungen Landwirtschaft der Räte der Kreise. Hier mußten alle LPG, später auch die anderen Arten der Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft, registriert werden. In den Kreisstellen wurden die Angaben der einzelnen LPG zu einem Kreisergebnis konzentriert; weitere Zusammenfassungen erfolgten in den Bezirksstellen und der Zentralstelle der SZS.

Die zusammengefaßten Ergebnisse der monatlichen Meldung über die Entwicklung der LPG wurden nach den 3 obengenannten Typen unterteilt. Das Kennziffernprogramm war in den einzelnen Jahren etwas variiert, es umfaßte im wesentlichen folgende Angaben (1957):

Anzahl der LPG, davon Typ I, II und III

Landwirtschaftliche Nutzfläche

insgesamt

davon genossenschaftlich genutzt

insgesamt

darunter Ackerland

Wiesen und Weiden

individuell genutzt

insgesamt

darunter Gartenland ohne Ackerland

Wiesen und Weiden

Von der LN insgesamt:

vom Staat an die LPG zur Nutzung übergeben

Mitglieder

insgesamt

davon männlich

weiblich

davon nach ihrer Tätigkeit vor Eintritt in die LPG

Landarbeiter

Familienangehörige der Landarbeiter

Neubauern

Familienangehörige der Neubauern

Altbauern bis 20 ha eingebrachter LN

deren Familienangehörige

Altbauern über 20 ha eingebrachter LN

deren Familienangehörige

Industriearbeiter +)

Familienangehörige der Industriearbeiter

sonstige Berufe +)

+) diese wurden überwiegend zur ideologischen,
leitungsmäßigen und organisatorischen Unter-
stützung in die LPG delegiert

davon nach ihrem gegenwärtigen Arbeitsgebiet

Feldwirtschaft

Viehwirtschaft

Baubrigade

sonstige Arbeitsgebiete

nicht mehr mitarbeitend

darunter Jugendliche bis zu 18 Jahren

Anzahl der mitarbeitenden Nichtmitglieder

Zahl der in LPG zusammengeschlossenen Betriebe über 0,5 ha LN

insgesamt

davon über 0,5 bis 5 ha LN

" 5 " 20 " "

" 20 " LN

von den Betrieben insgesamt vom Staat an die LPG zur Nutzung
übergeben; es handelte sich dabei vorwiegend um von ihren Be-
sitzern verlassene Betriebe bzw. um Betriebe, die infolge Al-
ters der Eigentümer von diesen nicht mehr bewirtschaftet wurden.

Anzahl der Haushalte von LPG-Mitgliedern

insgesamt
darunter mit persönlicher Hauswirtschaft
darunter Haushaltungen solcher Mitglieder, die ohne Land
in die LPG eingetreten waren
darunter haben Bodenanteile lt. Statut übernommen
darunter haben eine Hauswirtschaft

Von den genannten Kennziffern wurde in der Vorspalte der Ergebnistabellen die Entwicklung wie folgt dargestellt, wobei diese Angaben vierteljährlich erfolgten:

Bestand am Ende des vorausgegangenen Quartals
Zugänge durch Neugründung bzw. Umwandlung in einen anderen
Typ der LPG
Zugänge in bestehende LPG
Abgänge durch Auflösungen bzw. Umwandlung in einen anderen
Typ der LPG
Abgänge aus bestehenden LPG
Bestand am Ende des Berichtsquartals

9.2. Berichterstattung über freie Flächen und deren Bewirtschaftung

Während 1952/1953 die LPG Typ I auch der Fläche nach vorherrschten, nahmen in den Jahren 1953/1954 - vor allem durch den Eintritt von Landarbeitern und Neubauern - die LPG Typ III rasch zu. Vor allem eine Reihe reaktionärer Großbauern verließen unter den Bedingungen der offenen Grenze die DDR. Die meisten dieser Betriebe waren heruntergewirtschaftet. Es gab auch Betriebe, die von ihren Besitzern aus Altersgründen nicht mehr bewirtschaftet werden konnten und aufgegeben wurden. Im Interesse der Volkswirtschaft und der gesamten Bevölkerung mußte die Produktion in diesen Betrieben unbedingt weitergeführt werden. Wenn im Ort eine LPG bestand, erklärten sich deren Mitglieder in der Regel bereit, diese Betriebe zu übernehmen. War das nicht der Fall, wurden aus ihnen örtliche Landwirtschaftsbetriebe (ÖLB) gebildet, die überwiegend durch die Räte der Gemeinden oder durch MTS geleitet und bewirtschaftet wurden. Die Übernahme dieser ÖLB in die LPG war der zweckmäßigste Weg, um die Flächen ordnungsgemäß zu bewirtschaften. Daraus ergaben sich schwierige Probleme; die LPG erhielten umfangreiche Unterstützung durch

die Arbeiter- und Bauern-Macht. So wurden z. B. in den ersten Jahren nach der Übernahme von ÖLB oder devastierten Betrieben diese Flächen nicht zur Pflichtablieferung herangezogen.

Über die Entwicklung freier Flächen sowie über die Betriebe der örtlichen Landwirtschaft und Flächen, die von den Gemeinden sowie MTS bewirtschaftet wurden, erfolgte eine Fachberichterstattung durch die Räte der Kreise - Abteilung Landwirtschaft - in Form monatlicher Kurzberichte und vierteljährlicher ausführlicherer Angaben. Die entsprechenden Meldungen der Räte der Gemeinden wurden von den Räten der Kreise zum Kreisergebnis zusammengefaßt und den Räten der Bezirke - Abteilung Landwirtschaft - übergeben. Das Bezirksergebnis war dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft - Hauptabteilung LPG - zu übergeben. Diese informierte über die Zahl und den Grund für abgegebene Betriebe und die Übernahme dieser Betriebe durch andere Betriebe oder Institutionen.

10. Kontrollberichte und Jahresabschlußberichte über finanzielle Ergebnisse der VEG und LPG

Während die Abrechnung der materiellen Produktionsleistungen der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe über die bisher dargestellten statistischen Erhebungen und Berichterstattungen erfolgte, mußten die zusammengefaßten Leistungen, die vor allem in den finanziellen Ergebnissen der VEG und LPG zum Ausdruck kommen, in einer gesonderten Betriebsabrechnung sichtbar gemacht werden. Dazu dienten die finanziellen Kontrollberichte. Sie gaben in erster Linie den Betrieben selbst einen Überblick über ihre ökonomische Situation und dienten damit sowohl der Rechenschaftslegung gegenüber den Betriebsangehörigen als auch zum Nachweis gegenüber den staatlichen Finanzorganen hinsichtlich der Planerfüllung sowie der Verwendung der zur Verfügung gestellten staatlichen Mittel und Kredite. Die VEG als staatliche Betriebe mußten eine umfangreiche Übersicht erarbeiten, was ihr einheitliches Rechnungswesen auch ermöglichte. Sie waren auch in der Buchhaltung mit mehr und wesentlich qualifizierteren Kadern besetzt als die neugebildeten LPG. Von den LPG wurde deshalb lediglich eine in ihrer Aussagekraft etwas eingeschränkte Rechenschaftslegung verlangt. Das war im wesentlichen eine Einnahmen - Ausgabenrechnung mit dem Ausweis

eines finanziellen Saldos zwischen Einnahmen und Ausgaben. Auf die Abrechnung des Innenumsatzes, der Berechnung von Abschreibungen für die Grundmittel, Bewertungsprobleme u.ä. wurde weitgehend verzichtet. Daraus resultiert, daß kein vollständiger Nachweis über den wertmäßigen Reproduktionsprozeß möglich war und daß auch die Ergebnisse der LPG mit denen der VEG bei wesentlichen Kennziffern nicht vergleichbar waren. Die Abrechnung beinhaltete vornehmlich einen Plan - Ist-Vergleich. Immerhin ermöglichten die Kontrollberichte einen Einblick in das finanzielle Geschehen der VEG und auch der LPG und gaben damit Hinweise für die unterschiedliche Lage der Betriebe. Das war in der Landwirtschaftsstatistik ein wesentlicher Fortschritt gegenüber den statistischen Möglichkeiten bei den Einzelbauernbetrieben, wo mit Hilfe der repräsentativen Betriebsuntersuchungen der RBU (Abschn. 8.2.) versucht worden war, einen Gesamtüberblick über die ökonomische und finanzielle Situation der privaten Landwirtschaft und ihrer Differenziertheit zu erhalten.

Am bedeutungsvollsten waren die Jahresendberichte; bei den LPG wurden die Kontrollberichte später auch als Jahresabschlußberichte bezeichnet. Während des Jahres erfolgten Abrechnungen in Form von Monats- bzw. Quartalsberichten. Sie dienten ausschließlich der Plankontrolle. Durch den während des Jahres ungleichmäßigen Ablauf des Reproduktionsprozesses, insbesondere der Pflanzenproduktion mit nur einer Ernte im Sommer und Herbst, während die Ausgaben hierfür zu wesentlichen Teilen im ersten Halbjahr, teilweise sogar schon im Herbst des Vorjahres, notwendig sind, ist eine Ergebnisrechnung während des Jahres in der Landwirtschaft ökonomisch nicht sinnvoll. Deshalb wurde der größte Wert auf eine exakte Jahresendabrechnung gelegt. Wegen ihrer Bedeutung und um Ursachen zu erforschen sowie bessere Auswertungsmöglichkeiten zu schaffen, wurden - ergänzend zu den finanziellen Kennziffern - zunehmend auch materielle Kennziffern in die Kontroll- bzw. Jahresabschlußberichte aufgenommen, so daß sie sich zu Komplexberichten entwickelten. Die Aufstellung der Kontroll- und Jahresabschlußberichte wurde nach Abschluß des Kalenderjahres im Januar des darauffolgenden Jahres vorgenommen. Im hier abgehandelten Zeitabschnitt oblag die Aufstellung der Kontroll- und Jahresabschlußberich-

te der Verantwortlichkeit des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, ging aber ab 1964 auf die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik über. Diese wurde für die Organisation sowie die entsprechenden rechnerischen Zusammenstellungen bis zum DDR-Ergebnis verantwortlich. Infolge der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Berichte führte die SZS jedoch nicht allein diese Arbeit durch. Schon bei der inhaltlichen Gestaltung wirkten die zuständigen Fachorgane, wie Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Staatliche Plankommission, Ministerium der Finanzen, landwirtschaftliche Institute, mit. Insbesondere die Kreisorgane der Landwirtschaft und Bankorgane beteiligten sich auch an der Anleitung der LPG und VEG sowie bei der Prüfung der Ergebnisse im Kreis. Etwa Ende des I. Quartals lag das zusammengefaßte DDR-Ergebnis vor, später bei Anwendung der modernen Rechentechnik bereits Anfang März (ein Schnellbericht bereits Ende Januar). Das DDR-Ergebnis der jährlichen Kontroll- und Jahresabschlußberichte diente vielfachen volkswirtschaftlichen Belangen. Es war eine wichtige Grundlage für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der SZS, es zeigte die finanziellen Verflechtungen der Landwirtschaft mit dem Staatshaushalt und lieferte wichtige Zahlen für die Finanzbilanz sowie für die Geldbilanz der Bevölkerung; ihre Ergebnisse waren und sind die Grundlage für die Dispositionen für den Volkswirtschaftsplan, für die Ausarbeitung neuer ökonomischer Maßnahmen, z. B. die Preisgestaltung für die Landwirtschaft. Schließlich sind ihre Ergebnisse die Quelle für sozial-ökonomische Auswertungen, für das Aufzeigen der Differenziertheit der ökonomischen Lage der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe und für Hinweise zur Erschließung von Produktions- und Effektivitätsreserven in der Landwirtschaft. Näheres wird hierzu im Abschnitt 11 dargelegt.

Abschließend sei bemerkt, daß auch die MTS Kontrollberichte erarbeitet haben, ebenso die Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe.

Hinsichtlich der Kennziffern der Jahreskontroll- und -abschlußberichte wird auf den Anlagenband verwiesen.

11. Komplexe Untersuchung der wirtschaftlichen Tätigkeit und finanziellen Ergebnisse der LPG Typ III und VEG

11.1. Aufgabenstellung, Organisation der Zahlengewinnung und Kennziffernprogramm

Die im Abschnitt 10 behandelten Kontroll- und Jahresabschlußberichte der VEG und LPG lieferten umfangreiches Material vor allem über die finanzielle Lage und Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe. Ihre Ergebnisse wurden sofort nach ihrem Vorliegen einer kurzen Auswertung unterzogen, wobei nicht nur die Entwicklung zum Vorjahr ausgewertet wurde, sondern auch an Hand einiger Beziehungszahlen (je ha, je AK usw.) Vergleiche zwischen den Bezirken und innerhalb der Bezirke zwischen den Kreisen angestellt wurden. Bei einer Reihe von analytischen Kennziffern erfolgte auch eine betriebsweise Auszählung als Voraussetzung für die Aufstellung von Verteilungstafeln.

Es zeigte sich jedoch, daß damit eine komplexe Auswertung und Analyse der Lage der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe nicht möglich war, sondern lediglich erste Informationsbedürfnisse befriedigt werden konnten. Immer stärker wurde die berechtigte Forderung erhoben, für die LPG komplexe Untersuchungen ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer Differenziertheit vorzunehmen und damit Produktions- und Effektivitätsreserven aufzuzeigen. Begonnen wurde damit für das Jahr 1955. Entsprechend ihrer Bedeutung und berücksichtigend, daß nur bei Einbeziehung auch der Tierproduktion in die genossenschaftliche Produktionsweise ein vollständiges Betriebsergebnis gewonnen werden konnte, wurden in die mit "Sonderauswertungen" bezeichneten Untersuchungen nur LPG Typ III einbezogen. Bei dem Vorhandensein von etwa 5000 bis 6000 LPG Typ III erübrigte sich auch die Frage nach einer repräsentativen Untersuchung. Bei den vorzunehmenden detaillierten Gruppierungen wären bei Nichteinbeziehung aller LPG Typ III zu wenig Betriebe für die einzelnen Gruppen übrig geblieben. Die Sonderauswertung umfaßte also sämtliche LPG Typ III.

Das Kennziffernprogramm beinhaltete nicht nur finanzielle Positionen, sondern ermöglichte auch Aussagen über die Produktion und Produktionsvoraussetzungen und wie bei den repräsentativen Betriebsuntersuchungen für einzelbäuerliche Betriebe auch die Ermittlung preisbereinigter zusammenfassender Kennziffern sowie des Betriebsergebnisses. Die in die Untersuchungen einzubeziehenden Kennziffern wurden in den Statistischen Kreisstellen für jede LPG Typ III auf einem Betriebs-Sammelbogen eingetragen. Die meisten Kennziffern wurden den JAB

(Jahresabschlußbericht) entnommen; ergänzt wurden sie durch verschiedene Kennziffern aus anderen statistischen Erhebungen und Berichterstattungen, sofern diese nicht im JAB enthalten waren. Die so zusammengetragenen Kennziffern wurden in den Statistischen Kreisstellen einer intensiven Prüfung auf rechnerische Richtigkeit und Wahrscheinlichkeit unterzogen, soweit das bei der Fülle der Kennziffern des JAB der LPG aller Typen in relativ kurzer Zeit möglich war. Auf dem Betriebs-Sammelbogen wurden auch die für die späteren Gruppierungen notwendigen Signaturen als Voraussetzung für die maschinelle Aufbereitung vorgenommen. Auf die Gruppierungen wird im Abschnitt 11.2. näher eingegangen.

Das Kennziffernprogramm bei der ersten Sonderauswertung der JAB der LPG Typ III für das Jahr 1955 umfaßte die im Anlagenband aufgeführten Abschnitte; sie wurden in den Folgejahren im wesentlichen beibehalten, wenn auch stets etwas variiert.

Ab 1959 wurden auch Sonderauswertungen für VEG vorgenommen.

Entsprechend der für sie im Vergleich zu den LPG erweitert vorliegenden Unterlagen, handelte es sich bei den finanziellen Kennziffern nicht nur um eine Geldrechnung nach Einnahmen und Ausgaben, sondern um eine Kostenrechnung mit der Ermittlung eines Produktionsergebnisses. Die Selbstkosten wurden nach pflanzlichem und tierischem Bereich unterteilt, so daß es möglich war, auch die Produktionsergebnisse nach Produktionsbereichen zu untergliedern. Für die Arbeitskräfte der VEG, die im Arbeiter- und Angestelltenverhältnis stehen, konnten ferner die Bruttolöhne nachgewiesen werden, für die Produktionsarbeiter die bezahlten Arbeitsstunden. Außerdem war es für die VEG möglich, die Grundmittel wertmäßig und die wichtigsten Maschinen nach Stück und deren Leistung anzugeben. Bei der Bodennutzung spielte der Vermehrungsanbau eine wichtige Rolle.

11.2. Auswertung der Ergebnisse

Wie schon gesagt, kam es bei der Auswertung und Analyse darauf an, die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe in ihrem Zusammenhang nach Mengen-, Wert- und Zeitkennziffern darzustellen sowie ihre Differenziertheit aufzuzeigen, wozu vor allem eine weitgehende Gruppenbildung diene. Es wurden einerseits Gruppierungsmerkmale gewählt, die von Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der LPG sind, andererseits wurden der Gruppierung Kennziffern zugrunde gelegt, die die Betriebsergebnisse

charakterisieren, wobei auch mehrere Merkmale in den Gruppierungen selbst kombiniert wurden.

Von großer Bedeutung für die Betriebsorganisation und die ökonomischen Ergebnisse der LPG waren und sind die natürlichen Produktionsbedingungen. Bis zum Jahre 1958 wurde die durchschnittliche Ackerzahl der LPG der Gruppierung nach den natürlichen Produktionsbedingungen zugrunde gelegt. Da in dieser Zahl die Grünlandverhältnisse nicht zum Ausdruck kommen, wäre die Bodenklimazahl als Gruppierung günstiger gewesen, denn sie ist der gewogene Durchschnitt aus Acker- und Grünlandzahl. Leider waren die Grünlandzahlen den wenigsten LPG bekannt, und auch die Ackerzahlen waren oft ungenau, da eine Reihe von LPG diese Werte trotz Flächenveränderungen nicht fortgeschrieben hatte. So wurde ab 1959 als beste Möglichkeit die Gruppierung nach der vom Institut für Agrarökonomik der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften entwickelten Naturtypen vorgenommen. Bei ihnen wurden alle bodenmäßigen und klimatischen Einflüsse am besten widergespiegelt, wenngleich sie nicht in allen Fällen die tatsächlichen Anbauverhältnisse sondern die geeignetsten Anbaumöglichkeiten charakterisierten.

Folgende 4 Gruppen von Naturtypen wurden bei den Sonderauswertungen unterschieden:

- I = gute Böden, vorwiegend im Intensivanbaugebiet in der geographisch mittleren Lage der DDR
- II = vorwiegend Vorgebirgs- und Gebirgsböden
- III = mittlere Böden, vorwiegend im Norden der DDR
- IV = geringe Böden des Flachlandes

Als eine Hauptvoraussetzung für gute wirtschaftliche Ergebnisse kann die Höhe des Viehbesatzes bezeichnet werden. Deshalb diente das Merkmal "Zahl der Großvieheinheiten je 100 ha LN" ebenfalls als Grundlage für eine Gruppierung. Andere Gruppierungsmerkmale waren zum Beispiel die Zahl der Arbeitskräfte je 100 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, die Höhe der Geldeinkünfte je ha LN und die erarbeiteten Geldeinkünfte je Arbeitseinheit. Die Abrechnung der geleisteten Arbeit erfolgte bei den LPG nicht nach Arbeitsstunden, sondern nach Arbeitseinheiten (AE), die wiederum nicht nur von der geleisteten Arbeitszeit, sondern auch von der Art der Arbeitsleistung und der dabei erzielten Qualität bestimmt wurden. In den LPG wurden dabei z.T. unterschiedliche Normen angewandt. Deshalb hatten alle Kennziffern, die mit der AE in Beziehung standen, nur eine begrenzte Aussagekraft.

Wichtig war in diesen Jahren für die LPG ferner, die Auswirkungen der Organisationsform der angewandten Technik festzustellen. Ende der 50er Jahre wurden in einer Reihe von LPG die Traktorenbrigaden der MTS der Einsatzleitung der LPG-Vorsitzenden unmittelbar unterstellt, um zu gewährleisten, daß die maschinell durchzuführenden Feldarbeiten besser organisiert und den agrotechnischen Terminen am besten angepaßt werden konnten. Außerdem stärkte sich durch diese Unterstellung das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den MTS-Traktoristen und den Mitgliedern der Feldbaubrigaden der LPG, um wichtige Voraussetzungen zur späteren leihweisen Übernahme der Technik der MTS durch die LPG zu schaffen. Etwa ab 1964 hatten fast alle LPG die Technik von den MTS übernommen. Die Ergebnisse einer Gruppierung der LPG in solche mit und ohne unterstellte Traktorenbrigade bewiesen die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges in bezug auf die Übergabe der modernen Technik an die LPG.

Schließlich spielte auch die Betriebsgröße eine wichtige Rolle bei der Einschätzung der Lage der LPG. Damals gab es noch eine Reihe flächenmäßig relativ kleiner LPG. Mit dem Übergang ganzer Dörfer zur sozialistischen Produktionsweise nahm jedoch die Zahl flächenmäßig größerer LPG ständig zu. In den ersten Jahren der Bildung von LPG wurden die Ergebnisse vieler flächenmäßig großer LPG noch stark beeinflusst von der notwendigen Mitbewirtschaftung vom Staat übernommener, von ihren ehemaligen Inhabern aufgegebenen Betriebe, die zu meist keine günstigen wirtschaftlichen Ergebnisse aufwiesen, während die kleineren LPG stärker aus direkten Zusammenschlüssen ehemaliger Einzelbauern entstanden waren, die von vornherein bessere Voraussetzungen zur schnelleren wirtschaftlichen Festigung hatten.

Bei den VEG spielten weitere Gruppierungen eine Rolle, so z. B. nach der Pro-Kopf-Leistung (Bruttoprodukt je Produktionsarbeiter) oder nach der Produktionsrichtung (Saatzucht, Tierzucht, allgemeine Produktion).

Bei allen Gruppierungen war es wichtig, eine Vorgruppierung nach den natürlichen Produktionsbedingungen vorzunehmen, um vor allem die bestehenden Unterschiede herauszuarbeiten, die sehr wesentlich auf subjektive Gründe, wie unterschiedliche Leitungstätigkeit usw., zurückzuführen waren. Auch kombinierte Gruppierungen nach der Intensität der Bewirtschaftung (z.B. Bruttoprodukt je ha LN und dem Produktionsergebnis je ha LN) gaben bei Betrachtung der einzelnen Kennziffern in den verschiedenen Gruppen wertvolle Hinweise auf die Ursachen der vorhandenen Unterschiede.

Aber nicht nur für volkswirtschaftliche Untersuchungen und Aufgaben waren die Ergebnisse der Sonderauswertungen der LPG und VEG ein wertvolles Ausgangsmaterial; durch die dafür anfallenden Betriebsergebnisse war ein reichhaltiges Material vorhanden, um Vergleiche zwischen den Betrieben anstellen zu können und so nachzuweisen, welche Reserven noch erschlossen werden konnten. Wie schon angedeutet, waren nicht nur die verschiedenen natürlichen Produktionsbedingungen Gründe für die unterschiedliche wirtschaftliche Lage der LPG. Bei den Ergebnissen des Jahres 1959 wurden von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik besonders die Ergebnisse weit fortgeschrittener LPG untersucht. In dieser Untersuchung wurden innerhalb der oben bezeichneten vier Gruppen unterschiedlicher natürlicher Produktionsbedingungen die Ergebnisse von jeweils 30 bis 50 fortgeschrittener LPG denen der Gesamtzahl der LPG dieser Gruppe gegenübergestellt.

Die Zahl dieser kurz mit "Spitzen-LPG" bezeichneten Betriebe wurde so bestimmt, daß es sich um eine relativ kleine Anzahl wirtschaftlich stark gefestigter LPG handelte, andererseits aber auch die Zahl so hinreichend groß war, daß völlig extreme Betriebe oder zufällige Ergebnisse nicht ausschlaggebend sein konnten. Vielmehr wurde dadurch der Beweis erbracht, daß es bereits einer ganzen Reihe von LPG möglich war, Spitzenleistungen zu erzielen, deren Art und Weise der Produktion den übrigen LPG zum Maßstab und in Form von Erfahrungsaustauschen zum "Lernen" sein konnte.

Als Merkmale für die auszuwählenden Spitzen-LPG galten eine bestimmte Mindestbetriebsgröße, eine möglichst fortgeschrittene Organisationsform der Technik, hohe Geldeinkünfte je ha LN und erarbeitete Geldeinkünfte je Arbeitseinheit. Die Abgrenzung dieser Merkmale wurde den entsprechenden natürlichen Produktionsbedingungen innerhalb der vier Gruppen angepaßt, d. h. je günstiger die natürlichen Produktionsbedingungen und die ökonomische Lage der Masse der LPG innerhalb der jeweiligen Gruppe waren, umso höhere Anforderungen wurden auch an die auszusuchenden LPG gestellt.

Die Sonderauswertungen der LPG Typ III und der VEG wurden nach dem vollständigen Übergang aller Einzelbauern in die LPG stark intensiviert, wobei sie durch Kostenträgerrechnungen ergänzt und auch durch die Anwendung statistisch-mathematischer Methoden bereichert wurden. Darüber wird in der nächsten Folge der "Beiträge..." berichtet.

11.3. Repräsentative Untersuchungen der Arbeitsproduktivität

Eine der wichtigsten Kennziffern zur Beurteilung der ökonomischen Leistungen der Betriebe ist die Arbeitsproduktivität. Durch die Inbeziehungsetzung der beiden Größen "Produktion" des Betriebes bzw. der gesamten Landwirtschaft und "Zahl der Arbeitskräfte" des jeweiligen Bereiches konnte zwar eine Kennziffer berechnet werden, die über Stand und Entwicklung der Arbeitsproduktivität, genauer: der Pro-Kopf-Leistung, Auskunft gab, doch waren und sind diese Kennziffern speziell in der Landwirtschaft mit mehreren Nachteilen behaftet. Sie zeigen nur Stand und Entwicklung der Arbeitsproduktivität des Betriebes, der Betriebsgruppe, des Territoriums oder der Landwirtschaft insgesamt, nicht jedoch ihre Ursachen, da - bedingt durch das vorhandene statistische Material - wohl die Produktion (soweit es sich um die Summe erzeugter Gebrauchsgüter handelt), aber nicht die Zahl der Arbeitskräfte auf die einzelnen Produkte aufgeteilt werden konnte. Außerdem gewinnt man unterschiedliche Ergebnisse, je nachdem, welcher zusammenfassende Maßstab, z. B. Wertgrößen, Preise oder Getreideeinheiten, zur Aggregation der einzelnen in Mengenangaben vorliegenden Einzelerzeugnisse verwandt wird bzw. welchen inhaltlichen Umfang man für die Produktion verwendet, z. B. Bruttoumsatz, Bruttoprodukt, Finalprodukt, Nettoprodukt usw., und nach welchen methodischen Grundsätzen die Zahl der Arbeitskräfte ermittelt wird. Ende der 50er Jahre bestand ein Mangel der Agrarstatistik darin, daß das Rechnungswesen der VEG und der LPG keine Angaben über das wichtigste Element im Produktionsprozeß, die verausgabte lebendige Arbeit (gemessen in Zeiteinheiten), enthielt. So fehlten die Ansätze dafür, das Niveau und die Entwicklung der Arbeitsproduktivität für eine Reihe wichtiger Produkte in Naturalkennziffern zu messen. Ermittlungen auf dieser Grundlage hätten sich aber unter Verwendung auch damaliger betriebsstatistischer Unterlagen durchführen lassen, wie Untersuchungen wissenschaftlicher Institute bei einigen VEG und LPG bewiesen.

Um die Arbeitsproduktivität möglichst exakt zu ermitteln, durfte man sich nicht auf die in den LPG angewandte Arbeitseinheit stützen. In jeder LPG lagen der Arbeitseinheit andere Normen zugrunde. Es konnten also mit Hilfe der Arbeitseinheit keine Vergleiche zwischen verschiedenen unter gleichen Bedingungen arbeitenden LPG durchgeführt werden. Ohne aber den Arbeitsaufwand pro Produkteneinheit zu ken-

nen, war es wiederum unmöglich, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um die lebendige Arbeit ökonomisch besser nutzbar machen zu können und Reserven zur Produktionssteigerung aufzudecken.

Um bei der Erlangung entsprechender Kenntnisse nicht nur auf wenige wissenschaftliche Untersuchungen - so exakt sie sicher auch durchgeführt waren - angewiesen zu sein, führte die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik in den Jahren 1959 und 1960 eine Arbeitsproduktivitätserhebung in etwa 180 LPG und 100 VEG durch, bei denen der Arbeitsaufwand in Stunden bei wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen ermittelt wurde.

Die ausgewählten und sich für die notwendigen Arbeiten bereiterklärenden Betriebe wurden von eigens für diesen Zweck eingestellten, in den Bezirksstellen stationierten Instruktoren während des ganzen Jahres betreut, so daß mittels zentral entworfener einheitlicher Formulare und Erfassungsmethoden die Gewähr für vollständige und zwischen den Betrieben vergleichbare Zahlenangaben gegeben war.

Eine Übersicht über die in die Aufbereitung einbezogenen pflanzlichen und tierischen Produkte sowie über Kennziffern und Gruppierungen wurde in den Anlagenband aufgenommen.

Im wesentlichen wurde nur der direkt nachweisbare unmittelbare Arbeitszeitaufwand nachgewiesen, wobei auch für die pflanzlichen Erzeugnisse derjenige für die Bodenvorbereitung und die Humuswirtschaft entsprechend den anteiligen Arbeiten auf den einzelnen Flächen einzubeziehen war. Alle anderen indirekten Arbeitszeitaufwände, die nicht unmittelbar nach einzelnen Fruchtarten nachgewiesen werden konnten, blieben unberücksichtigt. Bei den pflanzlichen Erzeugnissen wurde der nachgewiesene gesamte Arbeitszeitaufwand in Stunden dem Hauptprodukt zugeordnet, auch wenn Koppelprodukte (Stroh, Blätter) anfielen. Bei den tierischen Produkten wurde eine Trennung der geleisteten Arbeitsstunden für die einzelnen Tierarten auf Haupt- und Nebenprodukte nach einer Prozentmethode vorgenommen, bei der auf vorliegenden Erfahrungswerten (aus wissenschaftlichen Untersuchungen) basierende Arbeitsstunden zugrunde gelegt wurden. Dabei wurden vorgegebene Arbeitsstunden je Dezitonne Haupt- bzw. Koppelprodukt als Multiplikationsfaktoren verwandt. Die geleisteten Mengen wurden mit den Multiplikationsfaktoren multipliziert, die Produktsummen addiert, die Prozentanteile für Haupt- und Koppelprodukt berechnet und mit ihnen die Gesamtarbeitszeit für die betreffende Tierart auf Haupt-

und Koppelprodukte aufgeschlüsselt. Zur Vereinfachung des Rechenganges wurden später nicht vorgesehene Arbeitsstunden je Dezi-tonne, sondern Stundenrelationen als Multiplikationsfaktoren verwandt, z. B.

Rinder:	Milch	je dt	1
	Fleisch (Lebendmasse)	je dt	5
Geflügel:	Eier	je 100 Stück	1
	Fleisch (Lebendmasse)	je dt	17

Zur Analysierung des Arbeitszeitaufwandes ist die Kenntnis einiger ergänzender Kennziffern erforderlich, vor allem über den Einsatz der Technik sowie über die Struktur des Zeitaufwandes nach Arbeitsarten. Deshalb erfolgte für die einzelnen pflanzlichen Produkte auch der Nachweis von geleisteten Pferde- und Traktorenstunden sowie für diese und die Arbeitszeitstunden lebendiger Arbeit eine Aufteilung nach Bestellungs-, Pflege- und Erntearbeiten. Es wurde der prozentuale Anteil der einzelnen Arbeitsarten an dem Gesamtaufwand für die betreffende Fruchtart berechnet. Um das Ausmaß der Pferde- und Traktorenstunden im Vergleich zum Aufwand an lebendiger Arbeit darzustellen, wurden außerdem die Pferde- und Traktorenstunden auf die Arbeitsstunden bezogen. Derartige Aufschlüsselungen ließen sich jedoch nur für etwa 75 % der in die Untersuchungen einbezogenen VEG und LPG durchführen.

Während die Ergebnisse der ausgewählten VEG als repräsentativ für alle VEG bezeichnet werden konnten, lagen sie bei den LPG Typ III deutlich über dem Durchschnitt, was an allgemeinen Kennziffern eingeschätzt werden konnte, die von sämtlichen LPG Typ III vorlagen.

Die Ergebnisse des Jahres 1959 hatten gezeigt, daß Produktivitätskennziffern allein nicht mehr den Anforderungen an die exakte Analyse der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe genügten. Die Entwicklung des genossenschaftlichen Sektors in der Landwirtschaft war bereits so weit fortgeschritten, daß einige LPG von sich aus mit der Kostenträgerrechnung begannen, die schon 1956 verbindlich für alle VEG eingeführt worden war. Für die repräsentative Produktivitätserhebung ergab sich die Aufgabe, neben den Produktivitätskennziffern auch die Selbstkosten je Produkteneinheit zu ermitteln. Allerdings

traten bei der Ermittlung der Kosten in den LPG erhebliche Schwierigkeiten auf. Es fehlte eine einheitliche, verbindliche Richtlinie für die Durchführung der Kostenträgerrechnung in den LPG; die LPG waren wesentlich schlechter mit qualifizierten Buchhaltungskräften besetzt als die VEG, und durch die sozialistische Umgestaltung wurden von fast allen LPG Flächen übernommen, für die keine Angaben über Kosten vorlagen. Diese Schwierigkeiten führten dazu, daß zunächst nur etwa 20 % der erfaßten LPG neben den Produktivitätskennziffern auch Selbstkosten für die einzelnen Produkte ausweisen konnten. Deshalb wurden für die LPG auch für 1960 nur die Produktivitätskennziffern ausgewertet. Ab 1961 erfolgte die Ermittlung der Arbeitsproduktivität nach der Naturalmethode im Rahmen der statistischen Aufbereitung und Auswertung der Kostenträgerrechnung der VEG und LPG Typ III. Darüber wird in der nächsten Folge der "Beiträge..." berichtet.

IV. <u>Schwerpunkte der Investitionsstatistik 1961 - 1970</u>	143
1. <u>Aufgaben der Investitionsstatistik in der Phase des umfassenden Aufbaues des Sozialismus in der DDR 1961 - 1965</u>	144
1.1. Grundsätze der Investitionspolitik, -planung und -abrechnung	144
1.2. Schwerpunkte der methodischen und organisatorischen Weiterentwicklung der Investitionsberichterstattung	152
1.2.1. Die statistische Kontrolle wichtiger Einzelvorhaben	152
1.2.2. Die Investitions-Jahresendabrechnung	156
1.2.3. Die Gruppierung der Investitionen nach Verwendungszwecken	160
1.2.4. Die Erfassung des ökonomischen Nutzens der Investitionen	161
2. <u>Die Konzentration der Investitionen auf die komplexe sozialistische Rationalisierung stellt neue Anforderungen an die Investitionsstatistik 1966 - 1970</u>	164
2.1. Zu einigen Aspekten der Investitionspolitik im Zeitraum 1966 - 1970	164
2.2. Die weitere Qualifizierung der Investitionsstatistik	166
2.3. Die preislich vergleichbare Darstellung der Investitionen nach der 3. Etappe der Industriepreisreform im Jahre 1967	173
2.4. Der Aufbau einer einheitlichen betrieblichen Investitionsrechnung	176

Autor: Siegfried Hocke

Quellen: Anlagen zur Folge 2, Publikationen der Zeitschrift "Statistische Praxis", Notizen und Erinnerungen des Autors

1. Aufgaben der Investitionsstatistik in der Phase des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR 1961 - 1965

1.1. Grundsätze der Investitionspolitik, -planung und -abrechnung

In den vorangehenden Jahren wurden auf dem Gebiet der Investitionen große Aufgaben beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus gelöst. Damit wurde u. a. erreicht, daß die Volkswirtschaft der DDR zu Beginn der sechziger Jahre über eine eigene metallurgische Basis verfügte; wichtige Produktionszweige, die für das Entwicklungstempo der gesamten Volkswirtschaft und für die Stärkung der ökonomischen Basis der DDR von ausschlaggebender Bedeutung sind, waren ausgebaut und der Aufbau neuer Zweige (elektronische Industrie, Petrolchemie, Plast- und Elastverarbeitungsmaschinenbau) begonnen worden. Der ständig wachsende Umfang des Wohnungsbaues und des Baus von Kultur- und Sozialeinrichtungen trug wesentlich zur Erhöhung des Lebensstandards bei. Die primäre Aufgabe der 60er Jahre war zunächst die Stabilisierung des gesamten Investitionsprozesses. Dies war umso dringender, weil die bevorstehenden Investitionsaufgaben nicht nur hinsichtlich ihres Volumens sondern auch in ihrer Kompliziertheit ständig wuchsen. Um diese Aufgaben lösen zu können, war u. a. eine neue Qualität in der Leitung und Planung der Investitionen erforderlich. Wichtige Schritte dazu bildeten neue Rechtsvorschriften zur einheitlichen Regelung der gesamten Investitionstätigkeit und zur Gewährleistung einer straffen Ordnung und Disziplin auf diesem Gebiet.

Mit der "Verordnung über die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investitionen" vom 26. Juli 1962¹⁾ wurden die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller am Investitionsprozeß Beteiligten klar abgegrenzt. Der SZS wurde in dieser Verordnung die Aufgabe gestellt, alle Mengen-, Wert- und Zeitkennziffern des Investitionsplanes abzurechnen und mit der Berichterstattung den Nachweis der materiellen Erfüllung des Investitionsplanes zu gewährleisten. Bisher wurden gesonderte Pläne aufgestellt für die "Erhaltung der Grundmittel"

1) Auszug siehe Anlage IV/1

sowie für die "Erweiterung der Grundmittel". Maßgeblich für die Zuordnung der einzelnen Investitionen zu diesen Plänen war die Finanzierungs- und nicht die Verwendungsart. Die Gesamtinvestitionen eines Betriebes, Verantwortungsbereiches usw. ergaben sich aus der Summe der Investitionen dieser beiden Pläne zuzüglich der "Investitionen aus Eigenmitteln und Krediten". Entsprechend der neuen Rechtsvorschrift war künftig ein einheitlicher Investitionsplan aufzustellen, der inhaltlich nach den Verwendungskategorien Rekonstruktion, Erweiterung, Neubau zu untergliedern war¹⁾.

Von besonderer Bedeutung für die statistische Arbeit war die erste Durchführungsbestimmung vom 13. September 1962 zur vorgenannten Investitionsverordnung. Sie enthielt im Teil V "Die Statistik der Investitionen" spezifische Regelungen für die Investitionsberichterstattung²⁾. Diese legten fest, daß die statistische Kontrolle auf folgende Beobachtungskomplexe zu richten ist:

- Vorbereitung der Investitionen,
- Durchführung der Investitionen,
- Darstellung des Zusammenhanges zwischen den Investitionen und der Gesamtentwicklung der Grundmittel,
- Nachweis des ökonomischen Nutzens der Investitionen.

Die Investitionsstatistik wurde verpflichtet, hierüber in Übereinstimmung mit den bestätigten Plänen sowohl betriebliche zusammengefaßte Nachweise als auch Nachweise für einzelne ausgewählte Vorhaben zu geben. Weitere Festlegungen betrafen die Zuständigkeit für die Berichterstattung, die Berichtspflicht sowie die Periodizität der Berichterstattung zu den einzelnen Komplexen.

Über diese organisatorischen Festlegungen hinaus wurden in der Rechtsvorschrift auch inhaltliche und methodische Fragen der Berichterstattung geregelt und damit die ständigen Bemühungen um die Qualifizierung der Berichtsdaten der IAG (Investitionsauftraggeber) unterstützt. Dies galt insbesondere für die Kennziffer "Materielle Erfüllung", die lt. § 57 der genannten ersten

1) Siehe hierzu auch Ziffer 1.2.3.

2) Siehe Anlage IV/2

Durchführungsbestimmung auch den Wertumfang der zwar durchgeführten aber noch nicht finanziell abrechnungsfähigen Lieferungen und Leistungen (d. h. die unvollendete Produktion der Auftragnehmer auf der Baustelle) einschließt. Der IAG muß demzufolge in seine Investitionsberichterstattung auch Leistungen einbeziehen, die von seinen Auftragnehmern zwar ausgeführt aber noch nicht in Rechnung gestellt worden sind; er ist somit auf Nachweise der Auftragnehmer über die Höhe dieser Leistungen angewiesen. Die konsequente Durchsetzung dieser Nachweispflicht erforderte besonders in der Anfangszeit erhebliche Anstrengungen der Mitarbeiter der SZS auf allen Ebenen. Da diese Nachweise auch gegenwärtig noch erforderlich sind und immer wieder Versäumnisse seitens der Auftragnehmer auftreten, bildet die Sicherung der Berichtsdisziplin auf diesem Gebiet ein ständiges Anliegen der Investitionsstatistik.

Aus den Beschlüssen des VI. Parteitages der SED vom Januar 1963 zum umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR ergab sich u. a. die Forderung, anstelle der z. T. überwiegend administrativen Regelungen eine ökonomische Leitung in der gesamten Investitionstätigkeit durchzusetzen und damit stärker auf deren wissenschaftlich-technischen Höchststand und auf die Erreichung des höchsten Nutzeffektes einzuwirken. Voraussetzung dafür waren neue gesetzliche Regelungen, die sich auch auf den Inhalt und die Organisation der Investitionsberichterstattung auswirkten.

In der neuen "Investitionsverordnung" vom 25.9.1964 wurde festgelegt, die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investitionen nach der unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Funktion und Bedeutung der einzelnen Investitionen zu differenzieren und dabei die Ware-Geld-Beziehungen durch den Verkauf abgeschlossener Leistungen der Projektierung und der Durchführung der Investitionen voll auszunutzen. Auch in dieser Verordnung wurden "Grundsätze der Rechnungsführung und Statistik der Investitionen" aufgeführt und Regelungen zur Berichterstattung über die Durchführung der Investitionen, über Grundmittelveränderungen sowie über die Rechnungsführung und den statistischen Nachweis des ökonomischen Nutzens der Investitionen getroffen¹⁾. Ferner wurde in

1) Siehe Anlage IV/3

Auswertung der bei der Durchsetzung der Investitionsverordnung 1962 gewonnenen Erfahrungen in der Verordnung von 1964 die Nachweispflicht der Auftragnehmer von Investitionsleistungen über den materiellen Fertigungsstand ihrer Leistungen an den Investitionsauftraggeber entsprechend der für die Investitionsberichterstattung geltenden Methodik und Periodizität noch klarer und präziser festgelegt als in der bisher geltenden Rechtsvorschrift. Dies war notwendig geworden, weil trotz bestehender Grundsatzregelungen zahlreiche Auftragnehmer ihre Informationen über das Wertvolumen der von ihnen ausgeführten, aber noch nicht abgeschlossenen Leistungen nicht oder nicht termingerecht an die IAG übergaben und diese somit nicht in der Lage waren, in der Investitionsberichterstattung exakt über die materielle Erfüllung ihres Investitionsplanes zu berichten. Um eine bessere Berichtsdisziplin auch für diese zwischenbetrieblichen Nachweise zu erreichen, wurde von der SZS ein einheitlicher Vordruck (471-40) mit entsprechenden Richtlinien herausgegeben, dessen Anwendung für die volkswirtschaftlich wichtigen Einzelvorhaben verbindlich war und für weitere größere Vorhaben empfohlen wurde. Für alle übrigen Investitionen sollte zwischen den Partnern die einfachste und zweckmäßigste Form des Nachweises vereinbart werden. Diese Richtlinien sowie das Formblatt 471-40 gelten auch gegenwärtig noch für die Nachweise der Auftragnehmer an den IAG.

Wie bereits zum Ausdruck gebracht, ergibt sich der Informationsbedarf über die Investitionstätigkeit aus der Investitionspolitik und den staatlichen Planaufgaben des Volkswirtschaftsplanes für den jeweiligen Zeitraum. Diese bestimmen in Verbindung mit den planmethodischen Regelungen für die Ausarbeitung des Investitionsplanes sowie anderen Rechtsvorschriften den Inhalt und die Organisation der Berichterstattung, die wiederum die Grundlage für textliche Auswertungen und tabellarische Ergebnisberichte der SZS bilden. So wurde im Verlauf der Jahre in ständiger Zusammenarbeit mit den Informationsempfängern ein System periodischer Ergebnisberichte der SZS entwickelt, welches von Jahr zu Jahr lediglich modifiziert wurde. Wie komplex die SZS bereits Mitte der sechziger Jahre die Partei und Regierung über das Investitionsgeschehen informierte, soll die folgende Übersicht zeigen. Als Beispiel

dafür werden die Ergebnisberichte 1964 aufgeführt, weil ab 1965 damit begonnen wurde, die sich aus der neuen Investitionsverordnung ergebenden Veränderungen schrittweise zu realisieren.

Die wichtigsten Ergebnisse bei der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen wurden in dem "Monatsbericht der Projektierung und der Investitionen" zusammengefaßt. Dieser enthielt textliche Kurzberichte sowie Tabellen und Grafiken und informierte die Empfänger konzentriert über den Stand der Planerfüllung mit entsprechender Wertung und Angabe besonders positiver oder negativer Einflußfaktoren.

Über den Stand der Vorbereitung volkswirtschaftlich wichtiger Investitionsvorhaben wurde monatlich informiert. Dieser Bericht zeigte den Anarbeitungsstand sowie die Plan- und Isttermine für die Fertigstellung und für die Bestätigung der Aufgabenstellungen und Projekte. Vierteljährlich informierte die SZS über den Stand der Vorbereitung der weiteren im Projektierungsplan einzeln ausgewiesenen Investitionsvorhaben. Diese Vorhaben wurden in den Ergebnisberichten nach dem Jahr des geplanten Beginns der Investitionsdurchführung gruppiert und dazu der Stand der im Berichtsjahr entsprechend dem Plan zu bearbeitenden, fertigzustellenden oder zu bestätigenden Aufgabenstellungen und Projekte aufgezeigt.

In Übereinstimmung mit der Investitionsplanung wurde auch in der statistischen Abrechnung die Phase der Investitionsdurchführung besonders straff und umfassend kontrolliert. Mit dem sogenannten "INV-Kurzbericht" wurde monatlich über den materiellen Realisierungsstand sowie per 31.1., 29.2. und 30.5. zusätzlich über den Stand der vertraglichen Bindung des Jahresplanes informiert. Der Bericht bezog sich auf die staatlichen Investitionen (Plan der Erhaltung und Plan der Erweiterung insgesamt) folgender Verantwortungsbereiche:

- Volkswirtschaftsrat (Z-Industrie)
 - Ministerium für Bauwesen
 - " " Verkehrswesen
 - " " Post- und Fernmeldewesen
 - " " Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft
 - Amt für Wasserwirtschaft
- einschl. der entsprechenden örtlichen Bereiche.

Die Ergebnisse waren nach Staats- und Wirtschaftsorganen sowie nach Bezirken gegliedert.

Vierteljährlich wurden die Gesamtinvestitionen abgerechnet.

Dieser umfassende und tiefgegliederte Bericht erforderte eine längere Prüf- und Aufbereitungszeit. Seine Ergebnisse wurden durch die SZS in zwei Teilen den verantwortlichen Organen übergeben. Der erste Teil wurde bis zum 10., der zweite Teil bis zum 20. Werktag des 2. Monats nach Quartalsende erarbeitet.

Im Teil I dieses Quartalsberichtes wurde über den materiellen Erfüllungsstand des Jahresplanes, über dessen vertragliche Sicherung nach der Kostenstruktur (Insgesamt, darunter Bau, Ausrüstungen) und über die Verwendungszwecke der Investitionen nach Staats- und wirtschaftsleitenden Organen sowie für örtlichgeleitete Investitionen je Bezirk - untergliedert nach Zweigen - berichtet. Die in der Planung und Abrechnung 1963 erstmalig vorgenommene und in den folgenden Jahren weitergeführte Gruppierung nach Verwendungszwecken stützte sich auf das für die Planung, Vorbereitung und Durchführung jedes Investitionsvorhabens geltende, einheitliche Schlüsselsystem der Staatlichen Plankommission. Dieses ermöglichte Gruppierungen

- nach der Bedeutung der Investitionen wie
 - . volkswirtschaftlich wichtige Vorhaben
 - . weitere Vorhaben über 1 Mio M Gesamtwertumfang
 - . übrige Vorhaben
 - . Generalreparaturen,
- nach der Art der Investitionen wie
 - . Neubau von Betrieben und Einrichtungen
 - . Erweiterungsmaßnahmen in bestehenden Betrieben und Einrichtungen
 - . Rekonstruktions-, Rationalisierungs- und Mechanisierungsmaßnahmen sowie übrige Ersatzinvestitionen
 - . Neubau als Ersatz für stillzulegende Betriebe, Betriebsteile und Einrichtungen.
- nach Fortführungen aus dem Vorjahr und Neubeginn im Planjahr,
- nach Fertigstellungen im Planjahr und Fortführungen im folgenden Planjahr.

Im Teil II des Quartalsberichtes wurde informiert über die erfolgten Aktivierungen fertiggestellter Investitionen in den Grundmittelbereich, den Stand und die Entwicklung der unvollendeten Investitionen, über entstandene Mehrkosten¹⁾, über die Zuführung von Finanzierungsmitteln zu den Sonderbankkonten und über die Inanspruchnahme dieser Mittel zur Bezahlung abrechnungsfähig fertiggestellter Lieferungen und Leistungen für die Investitionen.

Der endgültige Nachweis der Jahresplanerfüllung erfolgte im Rahmen der Investitions-Jahresendabrechnung, die darüber hinaus weitere Informationen über das Investitionsgeschehen enthielt (siehe hierzu auch Abschnitt 1.2.2.).

Über den Realisierungsstand der volkswirtschaftlich wichtigen Investitionsvorhaben wurde monatlich berichtet. Dabei wurde der Stand der Planerfüllung nach Strukturposition (Insgesamt, Bau, Ausrüstungen) nachgewiesen. Der Bericht zeigte ferner, wie die General- und Hauptauftragnehmerbetriebe ihre Aufgaben bei den einzelnen Vorhaben erfüllt haben. Über diese Abrechnung der Grundinvestitionen der volkswirtschaftlich wichtigen Vorhaben hinaus erfolgte ebenfalls monatlich eine komplexe Abrechnung dieser Grundinvestitionen einschließlich ihrer Folgeinvestitionen. Das Hauptanliegen dieses Berichtes war es, in der Durchführungsphase eines volkswirtschaftlich wichtigen Investitionsvorhabens die Realisierung der von ihm ausgelösten Folgeinvestitionen²⁾ ständig zu kontrollieren, da diese wesentliche Voraussetzungen für die

-
- 1) Mehrkosten sind im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von Investitionen entstandene, vom IAG aber nicht aus Mitteln des Investitionsfinanzierungsplanes zu bezahlende Kosten wie u. a. Annullierungskosten, Vertragsstrafen, Verspätungszinsen.
 - 2) Durch eine Investition bei anderen Plan- und Investitionsträgern ausgelöste Investitionen. Dabei wird unterschieden nach unmittelbaren und nach mittelbaren Folgeinvestitionen. Zu den unmittelbaren Folgeinvestitionen zählen insbesondere Erschließungs- und Versorgungsmaßnahmen, zu den mittelbaren Folgeinvestitionen zählen Investitionen in vor- und nachgelagerten Produktionsstufen sowie standortbedingte Investitionen (infrastrukturelle Einrichtungen).

Inbetriebnahme und wirtschaftliche Kapazitätsauslastung der Grundinvestitionen bilden. Die alleinige Kontrolle der Grundinvestitionen hatte in der Vergangenheit vielfach dazu geführt, daß diese trotz plan- und termingerechter Fertigstellung noch nicht genutzt werden konnten, da wichtige Folgeinvestitionen wie z. B. Energieanschlüsse oder solche in Zuliefer- oder Abnehmerbetrieben in Verzug waren. Im Rahmen dieses Berichtes erfolgte eine komplexe Abrechnung nach Verantwortungsbereichen und Einzelvorhaben, eine Untergliederung der Grundinvestitionen nach Teilvorhaben sowie die Abrechnung des Aufbaus der 11 Stadtzentren¹⁾ nach Einzelvorhaben.

Über die vorstehend genannten volkswirtschaftlich wichtigen Investitionsvorhaben hinaus wurden alle weiteren Einzelvorhaben ab 5 Mio M. Gesamtwertumfang vierteljährlich abgerechnet. In diesem Bericht wurde die materielle Erfüllung, der Rückstand zum Soll lt. Ablaufplan, der Stand der vertraglichen Bindung, die Abnahme fertiggestellter Bauabschnitte sowie der Umfang der fertiggestellten und in den Grundmittelbereich übernommenen (aktivierten) Investitionen bei diesen Vorhaben ausgewiesen.

Neben der wertmäßigen Erfassung und Darstellung des Investitionsgeschehens erfaßte die Investitionsstatistik von Beginn an den Zugang an wichtigen Kapazitäten (insbesondere Produktionskapazitäten) in Naturaleinheiten. Zur gebrauchswertmäßigen Darstellung der Ergebnisse der Investitionstätigkeit ist diese Erfassung bis zum heutigen Tage von unveränderter Bedeutung. Im Jahre 1964 berichtete die SZS auf der Grundlage der von den IAG gemeldeten Daten monatlich über den Zugang an besonders wichtigen Kapazitäten, die in einer Nomenklatur festgelegt waren. Vierteljährlich faßten die Planträger (den IAG übergeordnete Organe wie z. B. VVB) aus den Berichten ihrer IAG die im "Plan des Kapazitätszuwachses" festgelegten Kapazitäten gleicher Art (z. B. Elektroenergie, Stahl, Zement, Wohnungen, Betten in Krankenhäusern) zusammen und berich-

1) Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom Mai 1961 über "Grundsätze zur Planung und Durchführung des Aufbaus der Stadtzentren". Dieser betraf die Zentren der Städte Berlin, Leipzig, Dresden, Rostock, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Potsdam, Frankfurt, Neubrandenburg, Gera und Dessau.

teten darüber an die SZS, die auf der Grundlage dieser Meldungen einen nach Staats- und Wirtschaftsorganen sowie für die örtlich geleitete Wirtschaft nach Bezirken gegliederten Gesamtbericht aufstellte.

Über das Projektierungswesen¹⁾ informierte die SZS vierteljährlich. Der Bericht zeigte den Umfang der durchgeführten Leistungen, den ggfls. verlorenen Projektierungsaufwand²⁾ sowie das Volumen von Modellprojektierungen. Die Ergebnisse der technologischen Projektierungseinrichtungen wurden nach Staats- und Wirtschaftsorganen, die der bautechnischen Projektierungseinrichtungen nach Betrieben, Abteilungen und Entwurfsgruppen gegliedert.

Jährlich wurde ferner über die Kadersituation und die Leistungen der Projektierungseinrichtungen informiert und eine Arbeitszeitbilanz dargestellt.

1.2. Schwerpunkte der methodischen und organisatorischen Weiterentwicklung der Investitionsberichterstattung

1.2.1. Die statistische Kontrolle wichtiger Einzelvorhaben

Für die volkswirtschaftliche Investitionsplanung und für die zentralisierte Investitionsberichterstattung bilden Investitionsvorhaben bzw. -maßnahmen die kleinste Planungs- bzw. Abrechnungseinheit³⁾. Investitionsvorhaben sind nutzungsfähige, funktionell zusammengehörende und eine wirtschaftlich-technische Einheit bildende Investitionen, die in Verantwortung eines Investitionsauftraggebers (Betrieb, Haushaltsorganisation, Einrichtung) durchgeführt werden; Investitionsmaßnahmen sind solche in Form des Kaufes einzelner oder mehrerer Grundmittel, sofern diese nicht mit Investitionsvorhaben funktionell oder wirtschaftlich verbunden sind. Sie haben in der

1) Siehe hierzu auch Folge 1, Abschnitt V, Ziffer 3.6.

2) Als "verlorener Projektierungsaufwand" gelten ursprünglich geplante und von den Projektierungseinrichtungen tatsächlich realisierte, vom IAG jedoch infolge von Änderungen bei den Investitionsvorhaben oder deren Stornierung nicht mehr benötigte Projektierungsleistungen.

3) In der betrieblichen Investitionsrechnung des IAG sind die Vorhaben jedoch weiter zu untergliedern in Objekte, Bauabschnitte usw. bis zur kleinsten Liefer- bzw. Leistungseinheit eines beteiligten Auftragnehmers.

Regel keinen Bauanteil und keine Folgeinvestitionen.

Aus Gründen einer rationellen Erfassung und schnellen Ergebnisaufbereitung werden in der zentralisierten Investitionsberichterstattung die Investitionen eines Berichtspflichtigen (IAG) zusammengefaßt abgerechnet. Diese Berichterstattung bildet die Grundlage für die Abrechnung des nach Verantwortungsbereichen (Ministerien, zentrale Staatsorgane sowie die entsprechenden Bereiche der bezirks- und kreisgeleiteten Wirtschaft) gegliederten Investitionsplanes der Volkswirtschaft bzw. der Investitionspläne der Bezirke und Kreise. Die den IAG übergeordneten Staats- bzw. Wirtschaftsorgane sind in den Verteiler der Meldungen der IAG einbezogen und somit über den Realisierungsstand der Investitionen in den ihnen unterstellten Betrieben und Einrichtungen informiert. Verantwortlich für die Kontrolle der plan- und termingerechten Realisierung der einzelnen Vorhaben bzw. Maßnahmen sind entsprechend den Rechtsvorschriften die IAG selbst.

Als sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Akkumulationskraft der Volkswirtschaft der DDR ständig verstärkte und größere Betriebe gleichzeitig oft mehrere, unterschiedliche Investitionsvorhaben und -maßnahmen durchführten, wurden vorhabenbezogene Informationen über Schwerpunktvorhaben der Volkswirtschaft erforderlich. Dieser Informationsbedarf wuchs, nachdem Partei und Regierung damit begannen, langfristige Programme zur vorrangigen, komplexen Entwicklung bestimmter Zweige der Volkswirtschaft zu erarbeiten. So beschloß der Ministerrat im März 1957 ein Gesetz, welches als "Kohle- und Energieprogramm" bezeichnet wurde. Es sah vor, auf der Basis der einheimischen Braunkohle die Erzeugung von Elektroenergie bis 1960 auf 133 Prozent zu steigern. Voraussetzungen dafür waren u. a. der Neuaufschluß von Tagebauen, die Erweiterung der Kraftwerke Hirschfelde, Trattendorf und Vockerode, der Neubau von Kraftwerken in Hagenwerder-Berzdorf, Schwarze Pumpe und Lübbenau. Die Größe und volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Investitionsvorhaben erforderten eine besonders straffe Kontrolle ihrer planmäßigen Realisierung u. a. durch eine vorhabenbezogene Investitionsberichterstattung. In dem im Jahre 1958 beschlossenen "Chemieprogramm der DDR" wurde die Entwicklung dieses Zweiges bis zum Jahre 1965 festgelegt. Das Programm sah u. a. die Errichtung

des EVW-Schwedt, des Leuna-Werkes II und des Chemiefaserwerkes Guben vor. Weitere komplexe Programme wie u.a. das über den Aufbau von 11 ausgewählten Stadtzentren, die Festlegung volkswirtschaftlich wichtiger Investitionsvorhaben, von Mechanisierungs- und Automatisierungsvorhaben usw. schlossen sich an. Dementsprechend wurde die Erarbeitung und die ständige Weiterentwicklung einer aussagekräftigen Berichterstattung über wichtige Einzelvorhaben neben der für die Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes erforderlichen Gesamt- abrechnung zu einem Schwerpunkt der Investitionsstatistik. Dies gilt sowohl für die Methodik als auch für die Organisation und die praktische Durchführung dieser von Jahr zu Jahr an Bedeutung wie auch an Umfang wachsenden Berichterstattung.

Aber nicht nur auf der obersten zentralen staatlichen Ebene (Ministerrat) bestand ein Informationsbedarf über wichtige Einzelvorhaben. Auch die für die Leitung des Investitionsprozesses in ihrem Bereich verantwortlichen Planträger (Ministerien, zentrale Staatsorgane, VVB, Räte der Bezirke und der Kreise) waren an vorhabenbezogenen Informationen für Schwerpunktvorhaben ihres jeweiligen Verantwortungsbereiches interessiert. Dieser Bedarf nahm schnell einen Umfang an, der neben der betrieblich zusammengefaßten Abrechnung zu einer Einzelabrechnung nahezu sämtlicher Investitionen geführt hätte, wenn die SZS nicht auf Grund ihrer Verantwortlichkeit für das Berichtswesen Einschränkungen vorgenommen hätte. Dies war auch insofern notwendig, als das Kennziffernprogramm der Berichterstattung für Einzelvorhaben erheblich umfangreicher war als das der betriebsbezogenen Gesamtabrechnung und somit einen höheren Berichtsaufwand der Betriebe erforderte.

Während bei der Gesamtabrechnung aller Investitionen eines Betriebes der Schwerpunkt in der Abrechnung des jeweiligen Jahresplanes lag, was bei der in der Regel über mehrere Planjahre laufenden Durchführung der einzelnen Vorhaben die Kontrolle der jeweiligen "Jahresscheibe" bedeutete, wurde bei der vorhabenbezogenen Berichterstattung auch der Realisierungsstand des Vorhabens seit seinem Durchführungsbeginn dargestellt. Dies ist von besonderer Bedeutung, da ein positiver oder negativer Ablauf der jeweiligen Jahresplanaufgaben noch keine Rückschlüsse auf den Realisierungsstand des Gesamtvorhabens ermöglicht. Beispielsweise kann bei einem Vorhaben

in den Vorjahren bereits ein erheblicher Rückstand gegenüber dem Gesamtablaufplan eingetreten sein, während die für das Berichtsjahr geplanten Aufgaben erfüllt wurden.

Bei den der Einzelabrechnung unterliegenden wichtigen Investitionsvorhaben ist es ferner möglich, den monatlich erreichten Realisierungsstand innerhalb eines Planjahres mit dem Soll für den jeweiligen Berichtszeitraum laut Ablaufplan zu vergleichen. Die Bedeutung dieser Aussage wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß der wertmäßig dargestellte Realisierungsablauf eines Investitionsvorhabens bereits vom Ablaufplan her nicht kontinuierlich in etwa gleichen Monatsanteilen verläuft. Beispielsweise kann die Lieferung einer Maschine planmäßig erst im Dezember vorgesehen sein; das Fehlen von Istdaten in der Strukturposition Ausrüstungen der monatlichen Berichterstattungen darf demzufolge in diesem Falle nicht negativ bewertet werden.

Einzelvorhaben wurden in der Investitionsberichterstattung bereits in den fünfziger Jahren nachgewiesen. Ein Ausdruck der Einheit zwischen Planung und Abrechnung ist, daß eine straff organisierte Abrechnung dieser Vorhaben jedoch erst im Zusammenhang mit dem Ausweis volkswirtschaftlich wichtiger Vorhaben im Staatsplandokument ab 1960 erfolgte. So wird z. B. 1961 bei diesen Vorhaben in der Berichterstattung das vorstehend erläuterte "Soll lt. Bauablaufplan" ausgewiesen. Hauptkennziffernkomplexe waren in dieser Abrechnung der Stand der

- Durchführung seit Beginn des Vorhabens
sowie im jeweiligen Planjahr,
- Fertigstellung von Ausführungsunterlagen,
- unvollendeten Investitionen.

Ab 1962 wurden die monatlichen Abrechnungen der volkswirtschaftlichen Schwerpunktvorhaben maschinell nach Verantwortungsbereichen aufbereitet und damit Grundlagen für eine schnelle Zusammenfassung und analytische Auswertung auf diesem Gebiet geschaffen.

Im Laufe der Jahre wurden Inhalt und Aussage dieser Berichterstattung wie auch deren Aufbereitungstechnologie ständig qualifiziert. Damit wurde der auch jetzt noch unverminderten Notwendigkeit und Bedeutung der Beobachtung und Kontrolle wichtiger Einzelvorhaben entsprochen.

1.2.2. Die Investitions-Jahresendabrechnung

Bereits in den fünfziger Jahren erfolgte zusätzlich zur kurzfristigen operativen Abrechnung per 31.12. des jeweiligen Planjahres eine nochmalige Jahresendabrechnung unter Berücksichtigung der sich im Laufe des Monats Januar des Folgejahres noch ergebenden Präzisierungen von Istdaten des abgelaufenen Planjahres. Ab Berichtsjahr 1961 wurde für diese Jahresendabrechnung ein gesonder-tes Formblatt mit zusätzlichen Kennziffern eingeführt. Wiederholt wurde die Frage nach den Gründen für diese scheinbar doppelte Plan-abrechnung gestellt.

Hauptursache ist die in den Rechtsvorschriften gegebene Möglich-keit, daß die Auftragnehmer Lieferungen und Leistungen, die sie bis zum 31. Dezember des Planjahres materiell realisiert haben, noch im Januar des dem Planjahr folgenden Jahres in Rechnung stel-len und daß die IAG diese Rechnungen zu Lasten des Investitions-finanzierungsplanes des Vorjahres bezahlen können. Bei der für diese Rechnungslegung erforderlichen exakten Berechnung dieser im Vorjahr ausgeführten Leistungen durch die Auftragnehmerbetriebe ergaben sich vielfach z. T. erhebliche Abweichungen gegenüber den von ihren Objektbeauftragten am Standort der Investition per 31.12. kurzfristig eingeschätzten Istleistungen. Somit ist den Investi-tionsauftraggebern eine präzise Meldung der Jahresplanerfüllung vielfach erst Ende Januar des Folgejahres möglich. Unter den sei-nerzeitigen Bedingungen für den Datenfluß und die Aufbereitung einer so umfangreichen Berichterstattung lagen die zentralen Er-gebnisse jedoch erst Anfang des zweiten Quartals des dem Planjahr folgenden Jahres vor. Dies war für die Ausarbeitung von Analysen über die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft, für die Auf-stellung von Verflechtungsbilanzen oder die Darstellung der Dyna-mik und des Niveaus der Investitionen in langfristigen Reihen (z. B. in den Statistischen Jahrbüchern der DDR) vertretbar. Ande-rerseits war es aber auch notwendig, kurzfristig nach dem Jahres-ende ggfls. vorfristig realisierte Lieferungen und Leistungen oder Rückstände in der Planerfüllung zumindest näherungsweise zu erken-nen, um diese bei der Präzisierung des neuen Jahresplanes noch zu berücksichtigen. Kurzfristige Ergebnisse wurden ferner für eine erste, komplexe Übersicht über den Stand der Planerfüllung der

wichtigsten Planteile des Volkswirtschaftsplanes benötigt. Die Zweckmäßigkeit einer gesonderten Jahresendabrechnung ergab sich ferner auch aus folgenden Gründen: Für die operative Leitung der Investitionstätigkeit wurden monatlich bzw. vierteljährlich insbesondere solche Kennziffern benötigt, die das Realisierungstempo und den Stand der Planerfüllung widerspiegeln. Bei einer Reihe weiterer vorwiegend der analytischen Bewertung des Investitionsprozesses dienenden Kennziffern war jedoch eine jährliche Erfassung ausreichend. Für diese Kennziffern wurden z. T. Angaben aus dem betrieblichen Rechnungswesen benötigt, die den Berichtspflichtigen zum Zeitpunkt der Abgabe des Kurzberichtes per 31.12. noch nicht zur Verfügung standen oder deren Ermittlung bzw. Aufbereitung einen erheblichen Zeitaufwand sowohl beim Berichtspflichtigen als auch bei den Organen der Statistik erforderte.

Aus den dargelegten Gründen erfolgte bisher wie auch heute noch auf dem Gebiet der Investitionen eine

- a) kurzfristige, auf die wichtigsten Kennziffern begrenzte Abrechnung der Jahresplanerfüllung per 31.12. des jeweiligen Planjahres,
- b) umfassende, endgültige Jahresendabrechnung mit einem detaillierten Kennziffernprogramm, die Anfang Februar des Folgejahres von den IAG abzugeben ist. Diese enthält die noch im Januar geleisteten Zahlungen für im Vorjahr realisierte materielle Leistungen sowie notwendige Präzisierungen gegenüber den im Kurzbericht gemeldeten Daten.

Inhalt und Aussage der Jahresendabrechnung 1961¹⁾

Diese erstmalig auf einem gesonderten Formblatt (472 - 11) vorgenommene Abrechnung informierte über folgende Kennziffernkomplexe der Investitionsdurchführung:

a) Stand der Durchführung der Investitionen

Dieser zur endgültigen Abrechnung des Jahresplanes dienende Abschnitt war nach den im Jahre 1961 geltenden Plänen (Plan der Erhaltung der Grundmittel, Plan der Erweiterung der Grundmittel, Investitionen der volkseigenen Wirtschaft aus eigenen Mitteln und Krediten einschl. Sonderfonds) geglie-

1) Siehe Anlage IV/4

dert. Für jeden Teilplan wurde die Jahresplansumme, das Istvolumen sowie der materielle Überhang insgesamt und nach den Strukturpositionen Bau, Ausrüstungen, Sonstiges ausgewiesen. Dabei wurde der Bauanteil weiter nach Leistungen der Bauwirtschaft und nach Eigenleistungen des IAG untergliedert, um die Verantwortlichkeit für eventuelle Rückstände sichtbar zu machen.

b) Unvollendete Investitionen, Aktivierung

Ausgehend vom Jahresanfangsbestand (ggfls. unter Berücksichtigung von Korrekturbuchungen) wurde der Jahresendbestand an unvollendeten Investitionen ermittelt indem die im Berichtsjahr geleisteten Zahlungen für realisierte Lieferungen und Leistungen hinzugerechnet und das Wertvolumen der im Berichtszeitraum fertiggestellten und im Grundmittelbereich aktivierten Investitionen abgezogen wurde. Diese Berechnungsmethodik und Darstellungsform unterscheidet sich von der heute noch geltenden Methodik lediglich darin, daß 1961 die zwar durchgeführten aber noch nicht bezahlten Leistungen nicht in die unvollendeten Investitionen einbezogen wurden, während sie heute einzu beziehen sind. Die Differenz zwischen den materiell ausgeführten und den finanziell abgerechneten Lieferungen und Leistungen war im Jahre 1961 jedoch noch relativ gering, sodaß Vergleiche über die unvollendeten Investitionen in Jahresreihen durch diese methodischen Abweichungen nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

c) Investitionen nach Durchführungsbezirken

Die Investitionsberichterstattung der Betriebe und Einrichtungen (IAG) erfolgt zusammengefaßt für sämtliche Investitionsvorhaben eines IAG am Sitz dieses Betriebes oder dieser Einrichtung. In der Regel werden Investitionen auch am Sitz des jeweiligen IAG durchgeführt. Es gibt aber auch Abweichungen in solchen Größenordnungen, daß die nach Abrechnungsbezirken (Sitz der Betriebe) aufbereiteten Angaben für Investitionen für territoriale Auswertungen nicht verwendbar sind. Solche Abweichungen entstehen insbesondere durch Betriebe mit juristisch unselbständigen

Struktureinheiten in anderen Bezirken. Beispielsweise berichtet die "Deutsche Reichsbahn" als juristischer Betrieb mit Sitz in Berlin über die gesamte Investitionstätigkeit dieses Betriebes in ihrer betrieblich zusammengefaßten Investitionsberichterstattung in Berlin. Das territoriale Investitionsgeschehen in der Hauptstadt der DDR würde jedoch völlig entstellt werden, wenn die in allen Bezirken durchgeführten Vorhaben der Deutschen Reichsbahn dem Berliner Ergebnis zugeordnet würden. Um dem örtlichen Informationsbedarf zu entsprechen, wird daher ab Jahresendabrechnung 1961 das Investitionsvolumen (Ist) eines IAG nach Durchführungsbezirken aufgegliedert. Dabei ist es jedoch erforderlich, in einer gesonderten Position solche Investitionen auszuweisen, die nicht bzw. nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand territorial aufteilbar sind, wie z. B. Fernleitungen des Energieverbundsystems, Eisenbahnstrecken oder Globalbeschaffungen eines wirtschaftsleitenden Organes von Ausrüstungen, die erst später dem jeweiligen Nutzer übergeben werden.

d) Erzeugnisgruppenstruktur der investierten Ausrüstungen

Diese erstmals 1960 vorgenommene Erfassung diente der Darstellung der materiellen Verflechtung zwischen dem Aufkommen und der Verwendung von Investitionsgütern und damit der Verbesserung der Investitionsplanung und der Produktionsplanung des Maschinenbaus. Berichtspflichtig waren die volkseigenen IAG der Industrie, Bauindustrie, des Verkehrs- und des Post- und Fernmeldewesens. In der Berichterstattung war das im Berichtsjahr materiell realisierte Ausrüstungsvolumen den entsprechenden Erzeugnisgruppen bzw. -hauptgruppen zuzuordnen. Dies bezog sich auf 16 Positionen wie "Metallurgische Erzeugnisse", "Chemische Erzeugnisse", "Baumaterialien", "Erzeugnisse des Schwermaschinenbaues" u. a.

Nach achtmaliger Abrechnung (1960 - 1967) der Erzeugnisgruppenstruktur der Ausrüstungen waren ausreichende Grundlagen geschaffen, die es ermöglichten, künftig sekundärstatistische Berechnungen aus vorliegenden Angaben der Grundmittelberichterstattung vorzunehmen, so daß auf diese Abrechnung im Rahmen der Investitionsberichterstattung verzichtet werden konnte.

1.2.3. Die Gruppierung der Investitionen nach Verwendungszwecken

In Partei- und Regierungsbeschlüssen wurde wiederholt darauf orientiert, die Investitionen vorwiegend für die systematische Rekonstruktion der vorhandenen Grundmittel zu verwenden, um damit Voraussetzungen für eine schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität zu schaffen. Die Investitionsstatistik begann in der Jahresendabrechnung 1962 und der Berichterstattung 1963 damit, die Durchsetzung dieser Beschlüsse in der Investitionspraxis der Betriebe zu kontrollieren.

Die Gruppierung der Investitionen nach ihrer Verwendung gewann in der Planung und Abrechnung auch in der Folgezeit ständig an Bedeutung. Hinsichtlich der Methodik und der Bezeichnung der einzelnen Verwendungspositionen wurden später verschiedene Varianten erprobt. Ende der siebziger Jahre wurde jedoch im Prinzip wieder die ursprünglich im Jahre 1962 festgelegte Methodik mit nur geringen Veränderungen angewandt. Damals galten folgende Verwendungskategorien:

1. Rekonstruktion bestehender Betriebe und Einrichtungen.

Hierunter fielen:

- 1.1. Generalreparaturen und Ersatzinvestitionen,
- 1.2. Maßnahmen zur Einführung rationeller technologischer Verfahren unter Ausnutzung und durch Umbau vorhandener Maschinen, Ausrüstungen und Bauwerke,
- 1.3. Neuausrüstungen von Betrieben, Betriebsteilen und Einrichtungen mit modernsten, hochleistungsfähigen Maschinen und sie ergänzenden baulichen Anlagen.

2. Erweiterung bestehender Betriebe und Einrichtungen

Diese umfaßte alle Kapazitätserweiterungen durch Neubau kompletter Produktionsanlagen, von Werkteilen und Teilen von Einrichtungen. Hier handelte es sich um die Schaffung von neuen Grundmitteln, die jedoch ökonomisch und technologisch in bereits bestehende Betriebe eingegliedert wurden. Erreichten dabei einzelne Vorhaben eine solche Bedeutung, daß sie selbständigen Betrieben gleichzusetzen waren, wurden sie der Position "3. Neubau..." zugeordnet.

3. Neubau von Betrieben und Einrichtungen

Diese Position wurde hinsichtlich der Wirksamkeit im Reproduktionsprozeß des jeweiligen Zweiges untergliedert in

3.1. Neubau als Ersatz für stillzulegende Betriebe und Einrichtungen,

3.2. Neubau als echte Erweiterung im Rahmen des Zweiges.

Jedes Investitionsvorhaben mußte bereits in der Vorbereitungsphase in eine der vorgenannten Kategorien eingeordnet werden. Traten beim IAG Zweifel über die richtige Zuordnung auf, z. B. bei komplexen Rekonstruktionsmaßnahmen, bei denen zugleich eine Kapazitätserweiterung eintritt, so hatte der Planträger (übergeordnetes Organ) über die richtige Zuordnung zu entscheiden.

Nach wie vor bilden statistische Darstellungen über das Volumen, den Anteil und die Entwicklung der einzelnen Verwendungsarten wichtige Grundlagen für Entscheidungen über die weitere Investitionspolitik und für die Investitionsplanung. Für die Investitionsstatistik ergibt sich daraus die Verpflichtung zur methodisch richtigen, exakten Erfassung und Darstellung der Investitionen nach diesen Kriterien.

1.2.4. Die Erfassung des ökonomischen Nutzens der Investitionen

Der Wirkungsgrad der Investitionen im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß wird nicht nur vom Volumen der Investitionen sondern vor allem vom zielgerichteten und auf den höchsten Nutzeffekt orientierten Einsatz jeder einzelnen Investition bestimmt. Über diese Problematik wurde seit Beginn der Investitionsplanung in der DDR viel diskutiert. Das Verhältnis zwischen dem erforderlichen Investitionsaufwand und dem damit zu erzielenden Ergebnis ist ein in jeder Phase der Planung, der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen bestehendes Hauptkriterium. Relativ einfach ist es noch, den geplanten ökonomischen Nutzeffekt eines einzelnen Vorhabens zu bestimmen. Die Schwierigkeiten beginnen bei der Festlegung einheitlicher und vergleichbarer sowie aggregierbarer Kennziffern, die es ermöglichen, den Nutzen der Investitionen der einzelnen Zweige und Bereiche oder der Volkswirtschaft insgesamt zu bestimmen. Die Ursache dafür liegt in der Vielfalt der Arten und Zielsetzungen der einzelnen Vorhaben. Ein weiteres Problem ist

die Ermittlung des tatsächlich erzielten Nutzens von fertiggestellten und in Betrieb genommenen Investitionen, da auf die Ökonomie auch andere Faktoren als die Investition selbst einwirken können (z. B. Arbeitskräfte- oder Materiallage, Preis- oder Sortimentsänderungen), die eliminiert werden müssen, um die Effektivität der eigentlichen Investition möglichst exakt auszuweisen.

Nachdem jahrelange Diskussionen zu dieser Problematik in den verschiedensten Gremien keine praktische Lösungen für die statistische Praxis ergeben hatten, die Nutzeffektskontrolle aber immer nachdrücklicher gefordert wurde, begann die SZS trotz zahlreicher noch offener Fragen im Jahre 1960 mit der Erfassung.

Die Berichterstattung "Nachweis der Einhaltung der wichtigsten Kennziffern des ökonomischen Nutzens von Investitionsvorhaben", Formblatt 497¹⁾, beschränkte sich auf die wichtigsten, betrieblich nachweisbaren Aufwands- und Nutzenskennziffern sowie auf die Bauzeiten des Vorhabens. Als wichtige Effektivitätskennziffern, zu denen jeweils der Stand vor der Investition, die in der bestätigten Vorplanung²⁾ bzw. im bestätigten Grundprojekt festgelegten Zielstellungen, die im Jahr der Inbetriebnahme geplante Höhe sowie das erreichte Ist nach zwölfmonatiger Betriebsdauer der fertiggestellten Investition auszuweisen war, waren vorgegeben:

- Produktionskapazität
- Bruttoproduktion
- Beschäftigte insgesamt, darunter Produktionsarbeiter
- Selbstkosten der Warenproduktion
- " pro Erzeugniseinheit
- Ergebnis aus dem Absatz
- Produktionsabgabe
- Leistung je Produktionsarbeiter

Die durchgängige Beobachtung der Entwicklung dieser wichtigen Kennziffern in den verschiedenen Phasen der Vorbereitung und

1) Siehe Anlage IV/5

2) Bei größeren und bedeutenderen Investitionsvorhaben erfolgte die Vorbereitung in den zwei Stufen "Vorplanung" und "Grundprojekt".

Durchführung bis ein Jahr nach Fertigstellung der Investition war jedoch nur möglich, wenn in der Planungs- und Vorbereitungsdokumentation entsprechende Angaben als festgelegte Zielsetzung für das Vorhaben enthalten waren. Die Qualität der betrieblichen Planung war in diesem Zeitraum jedoch noch sehr unterschiedlich, die Vorbereitungsdokumente waren z. T. unvollständig und uneinheitlich aufgestellt. Hierzu kam die Unmöglichkeit in vielen Betrieben die spezifischen Ergebnisse der fertiggestellten und in Betrieb genommenen Investition von den Ergebnissen des Gesamtbetriebes zu trennen. Auf Grund dieser vielfach fehlenden Voraussetzungen konnte auch diese statistische Erfassung nur einen ersten Schritt auf dem Gebiet der Nutzeffektskontrolle darstellen.

Die bereits erwähnte Investitionsverordnung 1964 orientierte auf einen maximalen ökonomischen Nutzen. Sie legte fest, daß die Einhaltung der in der bestätigten "Technisch-ökonomischen Zielstellung" für das jeweilige Investitionsvorhaben fixierten Kennziffern in den weiteren Phasen der Vorbereitung, Durchführung und nach Inbetriebnahme der Investition zu kontrollieren ist. Sie forderte aber auch, Inhalt und Umfang der Vorbereitungsunterlagen in Abhängigkeit von der Größe und Kompliziertheit des jeweiligen Vorhabens zu differenzieren und jeglichen Formalismus zu vermeiden. Für die statistische Kontrolle der Investitionstätigkeit wurde gefordert, den Berichtsaufwand der Betriebe einzuschränken. Die statistische Kontrolle und Abrechnung des ökonomischen Nutzens der Investitionen mußte demzufolge so organisiert werden, daß dem Informationsbedarf bei geringstmöglichem Aufwand entsprochen wird. Als Lösungsweg ergab sich, daß auch die statistische Berichterstattung differenziert wurde entsprechend der volkswirtschaftlichen Bedeutung der jeweiligen Investition. Sie erfolgte als

- vorhabenbezogener Einzelnachweis nur für ausgewählte Vorhaben. Hierunter fielen alle ökonomisch wirksamen Investitionsvorhaben, für deren Begutachtung die Staatliche Plankommission verantwortlich war, sowie weitere Vorhaben, die auf Grund ihres Wertumfanges von den Ministerien, zentralen Staatsorganen bzw. den VVB zu begutachten waren (detaillierte Regelungen darüber enthielten die planmethodischen Bestimmungen),

- betrieblicher Gesamtnachweis der Produktionsbetriebe. Auszuweisen waren die ökonomischen Auswirkungen sämtlicher Investitionen des Betriebes, die im Vorjahr oder im Berichtsjahr produktionswirksam fertiggestellt wurden.

Auch in den folgenden Jahren wurden Inhalt und Organisation der statistischen Kontrolle des ökonomischen Nutzens der Investitionen wiederholt verändert und ständig qualifiziert.

2. Die Konzentration der Investitionen auf die komplexe sozialistische Rationalisierung stellt neue Anforderungen an die Investitionsstatistik 1966 - 1970

2.1. Zu einigen Aspekten der Investitionspolitik im Zeitraum 1966 - 1970

Unter den Bedingungen der technischen Revolution reiften in den sechziger Jahren in raschem Tempo neue wissenschaftliche Erkenntnisse heran und stellten ständig höhere Anforderungen an das technische Niveau der Produktionsinstrumente. Investitionen bedingen jedoch eine relativ lange Vorbereitungs- und Durchführungszeit, in der bereits ein moralischer Verschleiß der zu errichtenden Grundmittel eintritt, bevor diese fertiggestellt und in Nutzung genommen werden. Dem kann nur durch eine optimale Verkürzung des Zeitraumes der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen entgegengewirkt werden. Dazu waren jedoch grundlegend neue und rationellere Methoden der Investitionsrealisierung, die Anwendung wissenschaftlich begründeter, moderner Organisationsformen und die Leitung des Investitionsprozesses mit ökonomischen Mitteln notwendig.

Wesentliche Faktoren für die Erzielung eines hohen Nutzeffektes sind der Zeitfaktor, die Konzentration der Investitionen auf bestimmte Produktionszweige und Vorhaben sowie die territoriale Konzentration der Investitionen. Ausgehend von diesen Grundsätzen und dem erreichten Entwicklungsstand ergeben sich für den jeweiligen Planungszeitraum spezifische Aufgaben und Schwerpunkte.

Im Zusammenhang mit weiteren Maßnahmen zur wirksameren Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus wurde im Jahre 1966 für die VVB und VEB das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel

für die intensiv erweiterte Reproduktion eingeführt. Damit wurde die Eigenverantwortlichkeit der Produktionsbetriebe für ihren betrieblichen Reproduktionsprozeß erhöht und Voraussetzungen für eine effektivere Verwendung der Investitionsmittel geschaffen.

Der bisherige Kurs von Partei und Regierung zur beschleunigten Entwicklung der für die gesamte Volkswirtschaft ausschlaggebenden Industriezweige wurde auch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre fortgesetzt. Zur Deckung des schnell wachsenden Energiebedarfs entstanden in der Grundstoffindustrie neue Großkraftwerke sowie Brikettfabriken auf Braunkohlenbasis. Das erste Atomkraftwerk der DDR begann im Mai 1966 zu arbeiten. Durch den Aufbau des Kaltwalzwerkes Eisenhüttenstadt wurde die zweite metallurgische Verarbeitungsstufe erweitert. In der chemischen Industrie wurde Anfang 1966 der Dauerbetrieb der ersten Ausbaustufe im Leuna-Werk II sowie der Dauerbetrieb der zweiten Anfahrstufe im Erdölverarbeitungswerk Schwedt aufgenommen.

Die Investitionsstatistik widmete der Errichtung solcher bedeutenden Investitionsvorhaben stets besondere Aufmerksamkeit, weil dabei z. T. auch neue Formen der Leitung und Organisation der Investitionsdurchführung erprobt wurden, wie z. B. die General- und Hauptauftragnehmerschaft oder die Taktstraßentechnologie im EVW-Schwedt, die sich auch auf die Organisation der Primärdatenerfassung auswirkten. Der Autor dieses Materials betreute z. B. die Investitionsstatistiker des Aufbaustabes des EVW-Schwedt und unterstützte sie bei der Erarbeitung methodisch einheitlicher Angaben in ihrer Investitionsberichterstattung unter den spezifischen organisatorischen Bedingungen dieses Vorhabens. Die dabei gewonnenen Erfahrungen waren für die Weiterentwicklung der Berichterstattung wichtiger Einzelvorhaben von großem Nutzen.

Mitte der sechziger Jahre hatte die Volkswirtschaft einen Stand erreicht, der es für effektiver erscheinen ließ, die materiell-technische Basis künftig nicht mehr überwiegend quantitativ zu entwickeln sondern die komplexe sozialistische Rationalisierung als Hauptrichtung der weiteren Wirtschaftspolitik zu erklären¹⁾.

1) Ergebnis der gemeinsamen Konferenz des ZK der SED und des Ministerrates über Rationalisierung und Standardisierung im Juni 1966 in Leipzig.

Dieser Aufgabe dienten auch die im Oktober 1967 vom Ministerrat beschlossenen "Grundsätze zur Vorbereitung und Durchführung von Investitionen". Sie forderten, die Investitionen vorwiegend auf die komplexe sozialistische Rationalisierung zu konzentrieren und die Vorhaben so vorzubereiten und durchzuführen, daß durch sie schnell ein maximaler Beitrag zum Nationaleinkommen erreicht wird.

In konsequenter Durchsetzung dieser Investitionspolitik erhöhte sich in den folgenden Jahren die Akkumulationskraft der Volkswirtschaft weiter. Über die Ziele des Fünfjahrplanes hinaus wurden 1969 zu Ehren des 20. Jahrestages der Gründung der DDR zusätzlich 87 bedeutende Automatisierungsobjekte fertiggestellt. Durch weitere Mechanisierungs- und Automatisierungsvorhaben wurden wichtige Kapazitäten, besonders auch auf dem Gebiet der Konsumgüterproduktion, geschaffen. Entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung wurden diese Vorhaben unter die Kontrolle durch den Ministerrat gestellt. Daraus ergab sich auch die Notwendigkeit, den Realisierungsablauf dieser Vorhaben straff mittels einer monatlichen Berichterstattung zu erfassen und darzustellen¹⁾.

2.2. Die weitere Qualifizierung der Investitionsstatistik

Auch unter Berücksichtigung des spezifischen Informationsbedarfes, der sich aus der Orientierung der gesamten Volkswirtschaft auf die komplexe sozialistische Rationalisierung ergab, wurde der Grundbedarf an Informationen, die für die Leitung und Planung der Investitionen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre benötigt wurden, mit dem bestehenden Berichtssystem inhaltlich sowie organisatorisch weitgehend abgedeckt. Dies gilt insbesondere für die Durchführungsphase der Investitionen. Hier sind im Verlauf der Jahre stabile und verlässliche Berichterstattungen zur umfassenden Kontrolle der Gesamtinvestitionen der Betriebe und Einrichtungen sowie wichtiger Einzelvorhaben entwickelt worden, die über eine vollständige Kontrolle der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes hinaus eine Reihe weiterer Daten enthielten, die der komplexen analytischen Bewertung des Investitionsablaufes dienten. Demzufolge ging es bei der Weiterentwicklung der Investitionsstatistik weniger um deren Erweiterung als um ihre Qualifizierung. Hier

1) Siehe hierzu auch Ziffer 2.2.

wurde bei der betrieblichen Investitionsrechnung der IAG begonnen, um eine methodisch einheitliche und zuverlässige Primärdatenbasis für die staatliche Planung und die zentralisierte Berichterstattung zu sichern¹⁾.

Dennoch wurden im Zeitraum 1966 - 1970 auch eine Reihe von Veränderungen in der Berichterstattung vorgenommen bzw. weitere bisher nicht erfaßte Aspekte des Investitionsgeschehens untersucht. Inhalt und Bedeutung solcher Veränderungen sollen an den folgenden Beispielen erläutert werden:

- Das Interesse der leitenden Organe richtete sich u.a. auch auf die Frage nach dem weiteren Ablauf der Investitionsarbeiten. Dies ist umso verständlicher, als die in ihrem Wertvolumen dargestellten Lieferungen und Leistungen für die Investitionen nicht in monatlich annähernd gleicher Höhe sondern vielfach (auch planmäßig) mit erheblichen Schwankungen durchgeführt werden. Beispielsweise wirken sich Auslieferungen von hochwertigen Ausrüstungen an den IAG sprunghaft auf die Höhe des Investitionsvolumens im Liefermonat aus.

Ab 1966 wurde darum in der Investitionsberichterstattung damit begonnen, Vorschauinformationen zu erfassen. Dies erfolgte sowohl bei der Abrechnung der betrieblichen Gesamtinvestitionen als auch bei der Abrechnung von wichtigen Einzelvorhaben. In Abstimmung mit den Auftragnehmern hatten die IAG den voraussichtlichen materiellen Fertigungsstand am Ende des Folgemonats (später zusätzlich auch am Ende des dritten Folgemonats) einzuschätzen und in ihrer Berichterstattung zu melden. Vorschauinformationen wurden ferner über den voraussichtlichen Inbetriebnahmetermin der im Berichtsjahr geplanten Kapazitätszugänge eingeführt. Diese Vorschau hat insofern große Bedeutung, weil vom Plantermin der Inbetriebnahme ab im Produktionsplan mit dem Produktionsausstoß der neuen Anlage gerechnet wird.

- Die Darstellung der Investitionen nach ihrer Verwendung war besonders unter dem Gesichtspunkt der komplexen sozialistischen Rationalisierung von Bedeutung. Die in der Planung und Abrechnung seit 1962 geltende Gliederung nach sieben Verwendungsarten

1) Siehe hierzu auch Ziffer 2.4.

(siehe hierzu Ziffer 1.2.3.) wurde ab 1968 auf die Kernfragen "Intensivinvestition" oder "Extensivinvestition" reduziert (Nicht darin einbezogen, sondern gesondert dargestellt wurden die Aufwendungen für die Vorbereitung der Investitionen). Damit sollte stärker auf das Wesentliche orientiert werden, ohne durch die auch nicht immer eindeutig zu beantwortenden Fragen nach der spezifischen Verwendung die Problematik zu komplizieren.

- Als wichtigste Plankennziffer auf dem Gebiet der Investitionen gilt seit ihrer Einführung im Jahre 1962 die Kennziffer "Investitionen (materielles Volumen)". Seitdem wird die Planerfüllung an dem Verhältnis zwischen den geplanten und den realisierten materiellen Leistungen bewertet. Dabei wird jedoch vielfach nicht beachtet, daß es keine Universalkennziffer zur exakten Bewertung der Ergebnisse der Investitionstätigkeit geben kann und jede Kennziffer nur die ihr eigene, begrenzte Aussage hat. So ist die Kennziffer "Investitionen (materielles Volumen)" eine Aufwandskennziffer, welche nach Bilanzierung zwischen Bedarf und Aufkommen während der Planvorbereitung nach der Planbestätigung die maximale Höhe der für die einzelnen IAG im jeweiligen Planungszeitraum zur Verfügung stehenden Baukapazitäten oder Ausrüstungen beinhaltet. Überschreitungen dieses "Limits" können die Realisierung anderer Investitionen beeinträchtigen, Unterschreitungen zeigen in der Regel Rückstände in der materiellen Realisierung auf. Im Sinne des Sparsamkeitsregimes bemühen sich aber auch viele IAG, ursprünglich geplante Aufwendungen ohne Beeinträchtigung der Fertigstellungstermine und der festgelegten technisch-ökonomischen Kennziffern des Vorhabens einzusparen. In der statistischen Jahresendabrechnung sind solche Einsparungen nicht von effektiven Rückständen zu unterscheiden. Um Fehleinschätzungen zu vermeiden, wurde darum in der Jahresendabrechnung ab 1966 als Darunterposition des Jahresplanes das Volumen der echt eingesparten materiellen Mittel ausgewiesen. Dazu war jedoch eine präzise Definition des Begriffes "echte Einsparungen" erforderlich, damit Planschulden nicht zu diesen gerechnet und demzufolge positiv gewertet werden.

- Die vorstehend geschilderte Problematik der Überbewertung einer einzelnen Kennziffer wurde auch in Referaten leitender Funktionäre wiederholt kritisch dargelegt. Dabei wurde gefordert, die Leitungstätigkeit auf dem Gebiet der Investitionen nicht einseitig nach der Höhe der dafür in Anspruch genommenen Aufwandsmittel, sondern stärker am Ergebnis der Investitionen zu bewerten. Dieses zeigt sich insbesondere in der plangerechten Fertigstellung und Inbetriebnahme der Investitionen und der Erreichung ihrer projektierten Effektivität. Dementsprechend wurden in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre verstärkt Kennziffern in die Berichterstattung aufgenommen, welche die gebrauchswertmäßige Fertigstellung der Investitionen aufzeigen, wie u. a. die Kennziffer "nutzungsfähig fertiggestellte Investitionen". Diese inhaltliche Qualifizierung der Investitionsstatistik wurde durch eine Reihe von Publikationen von Mitarbeitern der SZS unterstützt¹⁾.
- Seit Beginn der Planung und der statistischen Abrechnung von Investitionen ist die Frage einer richtigen Bewertung des Bestandes und der Entwicklung der unvollendeten Investitionen von besonderer Bedeutung und Gegenstand zahlreicher Untersuchungen. Unberücksichtigt von der noch später vorgesehenen Gesamtdarstellung dieser Problematik soll hier lediglich darauf hingewiesen werden, daß im Jahre 1968 in die Investitionsberichterstattung Kennziffern aufgenommen wurden, welche der besseren Bewertung des Bestandes an unvollendeten Investitionen dienen. Dies betraf den Ausweis des Soll-Bestandes an unvollendeten Investitionen am Ende des Berichtszeitraumes sowie die Aufgliederung des Ist-Bestandes nach folgenden Ursachen:
 - vorübergehend bzw. gänzlich eingestellte Investitionen;
 - von den Auftragnehmern vorfristig durchgeführte aber noch nicht fertiggestellte Leistungen;
 - von den Auftragnehmern durchgeführte aber nicht termingerecht fertiggestellte Leistungen;
 - vom IAG abgenommene, nutzungsfähige aber noch nicht aktivierte Investitionen.

1) Siehe hierzu auch den Artikel "Materieller Fertigungsstand und gebrauchswertmäßige Fertigstellung der Investitionen" in "Statistische Praxis", 1966, Heft 8.

Entsprechend einer Direktive des Vorsitzenden des Ministerrates wurden in einer Reihe von Kombinat und Betrieben zu Ehren des 20. Jahrestages der DDR zusätzliche Automatisierungsvorhaben durchgeführt. Auf Grund ihrer volkswirtschaftlichen wie auch betrieblichen Bedeutung wurde für diese Vorhaben vom Ministerrat eine komplexe monatliche Berichterstattung festgelegt. Dieser wurde die Aufgabe gestellt, die leitenden Funktionäre der Partei, des Staates und der Wirtschaft periodisch über den Ablauf der Vorbereitung, Durchführung und Inbetriebnahme dieser Automatisierungsvorhaben, über die Erfüllung der festgelegten Aufgaben einschließlich der erreichten Effektivität und die Gesamtauswirkungen der Vorhaben auf die ökonomische Entwicklung der Betriebe zu informieren.

Um diese umfangreiche Aufgabenstellung zu lösen, wurde für diese Vorhaben im Jahre 1969 eine spezifische Berichterstattung durchgeführt. Ihr Kennziffernprogramm war entsprechend der Besonderheit der Vorhaben und der geforderten Komplexität der statistischen Kontrolle auch außergewöhnlich umfangreich. Die Berichterstattung (Formblatt 478-1, Blatt 1 - 4) mit dem Titel "Wichtige Kennziffern ausgewählter Automatisierungsvorhaben und ihrer ökonomischen Auswirkungen auf den durchführenden Betrieb" informierte über folgende Teilkomplexe:

- Abweichungen vom planmäßigen Verlauf der Vorbereitung, Durchführung, Inbetriebnahme und Nutzung
- geplanter Gesamtwertumfang und dessen Realisierungsstand
- geplante und tatsächliche Aktivierungen
- Stand der Durchführung der lt. Konzeption des Vorhabens im Monatsmonat zu beginnenden oder abzuschließenden sowie über die in der Terminerfüllung gefährdeten Netzplankapazitäten
- Kapazitätzugänge und deren bisherige leistungsmäßige Ausnutzung
- Auswirkungen des Vorhabens auf die Ökonomik des Betriebes. Hierunter fielen 21 Kennziffern über die Arbeitskräfte-, Grundmittel-, Produktions- und Produktivitätsentwicklung und das Betriebsergebnis.

Unabhängig davon, daß eine so umfangreiche und aufwendige Berichterstattung nur in einem begrenzten Umfang und bei einer relativ geringen Anzahl besonders wichtiger Vorhaben gerechtfertigt war, wurden mit ihr wichtige Erfahrungen gewonnen, die u. a. der Weiterentwicklung der Nutzensabrechnung der Investitionen dienten.

In den Jahresendabrechnungen 1967 und 1968 wurde das materiell realisierte Investitionsvolumen des jeweiligen Jahres u. a. auch nach der Bestimmung der einzelnen Objekte gruppiert. Dieser Nachweis ergänzte die Angaben über die Strukturpositionen, die Verwendungszwecke und die Durchführungsbezirke des materiellen Investitionsvolumens sowie über die Erzeugnisgruppenstruktur der investierten Ausrüstungen. Er diente der analytischen Bewertung der Investitionstätigkeit der Betriebe hinsichtlich des rationellen Einsatzes ihrer Investitionsmittel.

In der Regel sind die Investitionen eines IAG für die charakteristische Tätigkeit (Hauptproduktionstätigkeit) seines Bereiches bestimmt, z. B. Investitionen eines Industriebetriebes für die materielle Produktion, eines Verkehrsbetriebes für Transportleistungen, eines Handelsbetriebes für die Handelstätigkeit usw.

Darüber hinaus werden von den IAG aber auch Investitionen (Vorhaben bzw. einzelne Objekte im Rahmen eines Vorhabens) durchgeführt, die für die Hauptproduktionstätigkeit eines anderen Bereiches der Volkswirtschaft charakteristisch sind, z. B. der Bau einer Gesundheitseinrichtung oder eines Kulturhauses in einem Industriebetrieb. Die bisherige Planung und Abrechnung der Investitionen gab keine Auskunft darüber, ob die Investitionen z.B. der Betriebe der chemischen Industrie überwiegend der intensiven oder extensiven Reproduktion von Anlagen zur Erzeugung von chemischen Produkten dienten oder anderen Bestimmungen.

Für den statistischen Nachweis über die Bestimmung der Investitionen galt als kleinste, der jeweiligen Bestimmungsart zuzuordnende Einheit das Objekt. Waren in einem Objekt Einrichtungen unterschiedlicher Bestimmung enthalten, zum Beispiel Gesundheitseinrichtungen in einem betrieblichen Verwaltungsgebäude, so war das gesamte Objekt der Bestimmungsart zuzuordnen, die wertmäßig den Hauptanteil des Investitionsaufwandes erforderte.

Mit diesem Nachweis sollte auch untersucht werden, ob die im Rahmen des Jahresgrundmittelberichtes bereits erfaßten Daten über den Zugang an neuen Grundmitteln bei entsprechender Gruppierung trotz des Zeitunterschiedes zwischen den materiellen Jahresleistungen und der Aktivierung der abgeschlossenen Investition annähernd reale Aussagen für die Analyse gewährleisteten. Dies bestätigte sich nach zweimaligem Nachweis in der Investitionsberichterstattung. Voraussetzung war, daß die Zuordnung der Objekte in der Investitionsberichterstattung nach der gleichen Nomenklatur erfolgte wie die Darstellung der Grundmittel nach der Hauptproduktionstätigkeit;

d. h.

für industrielle Produktion

- " Bauproduktion
- " land- und forstwirtschaftliche Produktion
- " Transport- und Nachrichtenleistungen
- " Handelstätigkeit
- " sonstige Zweige des materiellen Bereichs
- " Wissenschaft, Volksbildung, Kultur
- " Gesundheits-, Sozialwesen, Körperkultur
- " Wohnungswesen
- " sonstige Zweige des nichtmateriellen Bereichs.

Die o.g. durchgeführte Untersuchung ist ein weiteres Beispiel für die vielfältigen Bemühungen der Investitionsstatistik, den Investitionsprozeß allseitig zu erfassen und zu analysieren.

Ende der sechziger Jahre verfügten bereits zahlreiche Betriebe über EDV-Anlagen und nutzten diese auch für das innerbetriebliche Rechnungswesen. Daraus leitete sich die Notwendigkeit einer noch größeren Konstanz im Berichtswesen sowie einer langfristigen Vorbereitung von notwendigen Veränderungen ab, damit die entsprechenden EDV-Programmänderungen in den Betrieben vorgenommen werden können. Darum wurde auch im Jahre 1968 die Investitionsberichterstattung einheitlich für die Jahre 1969 und 1970 festgelegt und ferner beabsichtigt, für 1970 keine grundlegenden Veränderungen mehr vorzunehmen.

Bei der Konzipierung der Investitionsberichterstattung der folgenden Jahre wurde der quantitativ wachsende Informationsbedarf berücksichtigt, der sich insbesondere aus der Konzentration der zentralen

Leitung und Planung auf die strukturbestimmenden Aufgaben sowie aus der Durchsetzung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel ergab.

2.3. Die preislich vergleichbare Darstellung der Investitionen nach der 3. Etappe der Industriepreisreform im Jahre 1967¹⁾.

Bis zum Jahre 1967 blieben die Preise für Investitionsgüter und für Bauleistungen in der DDR relativ konstant, sodaß die auf der Grundlage der effektiven Preise aufgestellten Entwicklungsreihen wertmäßig vergleichbar waren. Dies änderte sich jedoch grundlegend durch die 1967 wirksam gewordene 3. Etappe der Industriepreisreform, die umfassende Preisänderungen für Investitionsgüter und Bauleistungen beinhaltete. Die Investitionsstatistik stand damit vor der Aufgabe, eine einheitliche, verbindliche Umrechnungsmethodik auszuarbeiten, die übereinstimmende Entwicklungsvergleiche sowohl in den Fortschreibungsreihen und Veröffentlichungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik als auch für die der Ministerien, VVB, Bezirke, Kreise usw. gewährleistet. Dabei mußten folgende Besonderheiten berücksichtigt werden:

1. Als wichtigste Investitionskennziffer deren Vergleichbarkeit zu gewährleisten war, galt das materielle Investitionsvolumen. Dieses ist der Wertausdruck für die im jeweiligen Zeitraum (Planjahr) am Ort der Investition durchgeführten Bau- und Montagearbeiten einschl. dem Wert der hierin einbezogenen Ausrüstungs- und Montageteile, der gelieferten ohne Montage nutzungsfähigen Ausrüstungen sowie der entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften aus Investitionsfonds zu finanzierenden Aufwendungen (vgl. hierzu die Definition "Investitionen, materielles Volumen" in den "Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik", Staatsverlag der DDR).
2. Die am Ort der Investition zu erbringenden Leistungen wurden in den Ablaufplänen nach Objekten und Leistungsarten, z. B. nach den verschiedenen Bauhaupt- und -nebenleistungen, nach Montage der Hauptausrüstungen, Rohrleitungsmontagen, Isolierungsarbeiten usw. gegliedert. Während sich die einzelnen Objekte aus der Art des Vorhabens ergeben, lassen sich die einzelnen Leistungsarten einheitlich für alle Vorhaben nach

¹⁾ Die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre beginnenden planmäßigen Industriepreisänderungen unterschieden sich grundlegend von der Preisreform 1967 und erforderten andere Methoden der Vergleichbarmachung der Investitionen.

dem Produktionsprinzip gliedern. Dabei war jedoch zu berücksichtigen, daß die einzelnen Leistungsarten zwar nach ihrem technologischen Inhalt, jedoch nicht nach Umfang und Preis gleich sind. Ferner war zu beachten, daß das materielle Investitionsvolumen auch die unfertige (noch nicht abrechnungsfähig fertiggestellte) Produktion enthält, für die eine Mengenabrechnung in der Regel nicht möglich war.

3. Die auf der Baustelle durchzuführenden Leistungen werden erst mit ihrer Fertigstellung zu klassifizierbaren Erzeugnissen. Eine Mengenerfassung war erst nach Beendigung des Investitionsprozesses möglich und erfolgte im Rahmen der Grundmittelabrechnung. Da somit keine zeitliche Übereinstimmung zwischen den materiellen Investitionsleistungen eines bestimmten Zeitraumes und der Aktivierung der fertiggestellten Grundmittel besteht, schied die Möglichkeit aus, die auf der Grundlage der Grundmittelrechnung ermittelten Preiskoeffizienten für die Vergleichbarmachung des Jahresinvestitionsvolumens zu verwenden.
4. Eine weitere Möglichkeit, mit einem relativ geringen Aufwand vertretbare Umrechnungskoeffizienten zu ermitteln, bot sich zunächst mit dem Investitionsplan 1967 an, der sowohl in alten Preisen (Preisbasis 1966) als auch in neuen Preisen (Preisbasis 1967) aufgestellt war. Untersuchungen ergaben jedoch, daß die Bildung von Umrechnungskoeffizienten aus den Plandaten ungeeignet war, da zum Zeitpunkt der Planaufstellung die neuen Einzelpreise vielfach noch nicht vorlagen und für die Aufstellung globale Durchschnittskoeffizienten verwendet werden mußten.

Aus den genannten Gründen mußte eine vertretbare Näherungslösung gesucht werden, die dem angestrebten Aggregatindex für die Volumenentwicklung

$$\frac{\sum q_{67} \cdot p_{67}}{\sum q_{66} \cdot p_{67}}$$

entspricht und die unterschiedlichen Sortimente an Lieferungen und Leistungen in den verschiedenen Bereichen berücksichtigte. Es wurde festgelegt, daß die einzelnen Strukturpositionen der

Kennziffer materielles Investitionsvolumen mittels spezifischer Indizes wie folgt umzurechnen sind:

Bauanteil

Die Baustatistik ermittelte folgende Preisindizes für die ab 1967 geltenden Preise nach Erzeugnisgruppen:

- Bauleistungen für Investitionen insgesamt	1,285
davon für Gebäude und bauliche Anlagen für	
- Industrie und Lagerwirtschaft	1,294
- Wasserwirtschaft	1,295
- landwirtschaftliche Zwecke	1,341
- Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	1,309
- Wohnzwecke	1,234
- gesellschaftliche Zwecke	1,291

Da der Bauanteil des Investitionsvolumens in der Investitionsberichterstattung nicht nach Erzeugnisgruppen erfaßt wird, mußte für die Investitionen der einzelnen Bereiche der Index für die jeweils bereichstypische Erzeugnisgruppe angewandt werden.

Ausrüstungsanteil

Die in der Investitions-Jahresendabrechnung der wichtigsten Bereiche vorgenommene Aufgliederung des Volumens der investierten Ausrüstungen auf die einzelnen Erzeugnisgruppen schuf die Voraussetzungen, anstelle eines groben Durchschnittskoeffizienten für den Ausrüstungsanteil insgesamt die Durchschnittsindizes für die einzelnen Erzeugnisgruppen anzuwenden. Dies waren für

- metallurgische Erzeugnisse	1,952
- chemische Erzeugnisse	1,082
- Baumaterialien	1,321
- Metallverarbeitende Industrie insgesamt	1,079
. Schwermaschinenbau	1,209
. Allgemeiner Maschinenbau	1,062
. Fahrzeugbau	0,938
. Schiffsbau	1,305
- Guß- und Schmiedestücke	1,563
- Metallwaren	1,667

- Erzeugnisse der	
. Elektrotechnik	0,993
. Feinmechanik/Optik	0,682
- Erzeugnisse der Holzindustrie	1,215
- Textilien, Konfektions- und Näherzeugnisse	} 1,161
- Lederwaren	
- Glas- und keramische Erzeugnisse	1,137

Der Index 1967/1966 für die Umrechnung des Ausrüstungsvolumens des jeweiligen Bereiches auf neue Preise wurde als gewogenes Mittel¹⁾ errechnet. Mit diesem Durchschnittskoeffizienten wurde das absolute Ausrüstungsvolumen 1966 (in alten Preisen) auf neue Preise umgerechnet.

Sonstiges

Aufgrund des relativ geringen Anteils dieser Position und der darin enthaltenen sehr unterschiedlichen Leistungen, für die auch zu einem erheblichen Teil die bisherigen Preise weiterhin galten, wurden für diese Position die absoluten Werte verwendet.

Die für die einzelnen Strukturpositionen ermittelten Werte wurden zur Gesamtsumme der Investitionen 1966 in neuen Preisen aufgerechnet. Damit konnte die Entwicklung der Investitionen des Jahres 1967 gegenüber denen des Jahres 1966 preisbereinigt ermittelt und die bis 1966 bereits vorliegende Indexreihe mit variabler Basis bis 1967 fortgeführt werden.

2.4. Der Aufbau einer einheitlichen betrieblichen Investitionsrechnung

In Abhängigkeit von der Art, Größe und Kompliziertheit eines Investitionsvorhabens sind an dessen Vorbereitung und Durchführung zahlreiche Auftragnehmer der verschiedensten Zweige der Volkswirtschaft beteiligt. Daraus ergibt sich für den IAG die Notwendigkeit übersichtliche Aufzeichnungen über diese Partner und über die mit ihnen vereinbarten gegenseitigen Verbindlichkeiten (Obligo) zu führen, um jederzeit eine schnelle Kontrolle über die Einhaltung

1) Anteil der einzelnen Erzeugnisgruppen an den 1966 insgesamt investierten Ausrüstungen mal Preisindex für die jeweilige Erzeugnisgruppe sowie Addition der gewonnenen Einzelwerte.

der sich aus den Verträgen ergebenden Aufgaben zu ermöglichen. Auch für die staatliche Planung und die zentralisierte Investitionsberichterstattung ist eine präzise Primärdatenerfassung von grundlegender Bedeutung, weil sich aus deren Aggregation die in der Planung und Abrechnung geforderten vorhaben- bzw. betriebsbezogenen Daten ergeben. Dementsprechend wurden in den volkseigenen Industriebetrieben schon seit Beginn der fünfziger Jahre sogenannte "Obligo-Karten" geführt.¹⁾

In der Verordnung vom 29. September 1955 über die Buchführung und die buchhalterische Berichterstattung der volkseigenen Industriebetriebe wurde für die Investitionsrechnung dieser Betriebe festgelegt, daß

"... die noch nicht fertiggestellten Investitionen so nachzuweisen sind, daß das gesamte Investitionsgeschehen innerhalb des Betriebes sowohl in mengen- als auch in wertmäßiger Hinsicht exakt kontrolliert werden kann. Dieser Nachweis muß sich auf das einzelne Inventarobjekt erstrecken und kann mit Hilfe der Obligo-Kartei oder ... mit einer nach dem Prinzip der Doppik organisierten Investitionsbuchführung erbracht werden."

Ein weiterer Schritt zum Aufbau einer einheitlichen Investitionsrechnung in der Volkswirtschaft war die auf der Grundlage der Investitionsverordnung 1964 im Februar 1965 erlassene Anordnung über die Investitionsrechnung. Sie veranlaßte die SZS, die langjährigen Erfahrungen der Industriebetriebe mit der bewährten Obligo-Kartei auszuwerten und nach Abstimmung mit Betrieben, VVB und Arbeitskreisen Rechnungswesen den neuen Anforderungen entsprechende, einheitliche Obligo-Karten²⁾ zu erarbeiten, die in das Verlagsprogramm des Vordruckleitverlages Freiberg aufgenommen wurden. Die überwiegende Mehrzahl der IAG wendete diese Obligo-Karten seitdem in ihrer Investitionsrechnung an. Die Zweckmäßigkeit dieser Karten beweist auch die Tatsache, daß erst im Jahre 1978 relativ geringfügige, inhaltliche Veränderungen vorgenommen werden mußten, um die volle Übereinstimmung mit neuen gesetzlichen Regelungen und entsprechenden Veränderungen in der zentralisierten Investitionsberichterstattung herzustellen.

1) Siehe hierzu auch Folge 1, Abschnitt V, Ziffer 2.3.

2) Siehe Anlage IV/6

Zur Rationalisierung und Qualifizierung der betrieblichen Investitionsrechnung, insbesondere durch die Vereinheitlichung und Standardisierung weiterer Belege und Nachweise, konstituierte sich im Jahre 1966 unter Leitung der Zentralstelle für Primärdokumentation (ZPD) bei der SZS die sozialistische Arbeitsgemeinschaft "Grundmittel- und Investitionsrechnung". Es gelang der ZPD, für die Mitarbeit erfahrene Praktiker aus Betrieben, VVB und zentralen Organen verschiedener Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft zu gewinnen, die viel Initiative bei der Vereinheitlichung des Belegwesens entwickelten und die auch fähig waren, diese in ihrem eigenen Bereich zu erproben und ihre Anwendung durchzusetzen. Die Mitarbeit von Vertretern der Investitionsstatistik der SZS sicherte die inhaltliche und methodische Übereinstimmung der vereinheitlichten Nachweise und Belege mit den Kennziffern und der Methodik der Investitionsplanung und der statistischen Abrechnung auch unter Berücksichtigung ihrer perspektivischen Weiterentwicklung.

V. Programm und Organisation
der Wohnungszählungen
zwischen 1945 und 1961

	Seite
Einleitung	179
1. <u>Wohnungszählungen vor Gründung der DDR in Sachsen und Berlin</u>	183
1.1. Gesetzliche Grundlagen	183
1.2. Zählpapiere	184
1.3. Organisation	185
1.4. Aufbereitung und Auswertung	185
2. <u>Wohnungszählung am 20. Juni 1950</u>	186
2.1. Gesetzliche Grundlagen	186
2.2. Zählpapiere	187
2.3. Organisation	190
2.4. Öffentlichkeitsarbeit	192
2.5. Aufbereitung	192
2.6. Auswertung	193
3. <u>Wohnungszählung am 15. März 1961</u>	194
3.1. Gesetzliche Grundlagen	194
3.2. Zählpapiere	199
3.3. Organisation	203
3.4. Öffentlichkeitsarbeit	213
3.5. Aufbereitung	214
3.6. Auswertung	216

Autoren: Fritz Hagemann, Erich Krauß

Quellen:

Der Hauptabschnitt V ist eine von der Redaktionskommission gekürzte Fassung einer Ausarbeitung der gleichen Autoren für das Zentrale Zählbüro der SZS.

Die für diese Ausarbeitung benutzten Quellen ergeben sich aus den Fußnoten. Hier sind auch die Standorte des Archivgutes vermerkt. Dabei bedeuten ZZB = Zentrales Zählbüro, SLBD = Sächsische Landesbibliothek Dresden, Kst. Dsdn.-St. = Kreisstelle Dresden-Stadt.

Einleitung

In der DDR haben Partei und Regierung der Wohnungsfrage von Anfang an große Bedeutung beigemessen. Gemäß den Erkenntnissen von Marx und Engels, daß die Werktätigen ihre Wohnbedürfnisse erst dann voll befriedigen können, wenn die Herrschaft des Kapitals gestürzt, die Macht der Arbeiterklasse errichtet und das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln geschaffen ist, hat die SED im Zuge der revolutionären Umwälzungen die Wohnbedingungen der Werktätigen in zunehmendem Maße verbessert.

Galt es zunächst die infolge der Kriegszerstörungen sowie der Vernachlässigung des Wohnungsbaus und des Wohnungsbestandes durch den Kapitalismus, vor allem während der Herrschaft des Faschismus, verheerende Wohnungsnot der ersten Nachkriegsjahre - noch verstärkt durch die hohe Zahl der Umsiedler - einigermaßen zu mindern

- 11 % aller Wohnungen waren zu Kriegsende zerstört, in Dresden und anderen Städten sogar über 30 %
 - 20 % der Wohnungen waren 1950 über 100 Jahre alt, nur 31 Prozent hatten ein Alter von unter 25 Jahre
 - 40 % der Wohnungen waren während der Vorkriegs- und Kriegsjahre nicht ordnungsgemäß erhalten worden.
- Etwa jeder 4. Bürger wohnte 1945 in stark beschädigten Gebäuden

so konnten mit zunehmender Leistungskraft der Volkswirtschaft dem Wohnungsneubau und der Erhaltung und Modernisierung von Wohnungen in steigendem Maße Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Vom VIII., IX. und X. Parteitag der SED wurde die Aufgabe gestellt, die Wohnungsfrage bis zum Jahre 1990 zu lösen. Diese Aufgabe - das Kernstück des sozialpolitischen Programms der SED - bedeutet, die historisch entstandenen sozialen und territorialen Unterschiede in den Wohnbedingungen abzubauen und alle wichtigen Wohnbedürfnisse so zu befriedigen, daß sie den Erfordernissen

der entwickelten sozialistischen Gesellschaft entsprechen und die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise fördern.

Entscheidende statistische Unterlagen für die Wohnungspolitik und die Lösung der Wohnungsfrage liefern die Wohnungszählungen.

Besonders dringlich war es, nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus so schnell wie möglich Unterlagen zu schaffen, die Aufschluß gaben über den Bestand an Gebäuden und Wohnungen. Vor allem wurden für diejenigen Territorien Zahlen benötigt, die durch die Kriegseinwirkungen am meisten in Mitleidenschaft gezogen worden waren. So wurde bereits am 3.11.1945 in Verbindung mit einer Volkszählung in Sachsen die Zahl der Wohnungen und gewerblichen Betriebe ermittelt und erfolgte am 13.4.1946 in Berlin eine Grundstücks- und Wohnungszählung, die durch eine gleichzeitige Erhebung der Wohnflächen und Mietpreise erweitert wurde. Die Ergebnisse sollten dazu dienen, "schnellstens neue Grundlagen für die Beurteilung der Verhältnisse von Bevölkerung und Wirtschaft im Bundesland Sachsen zu gewinnen"¹⁾ bzw. "Grundlagen für die Wiederaufbauplanung" in Berlin zu schaffen.²⁾

Nach der Gründung der DDR im Jahre 1949 betrachteten Partei und Regierung als eine der dringendsten sozialen Aufgaben, die bestehenden schwierigen Wohnverhältnisse mit aller Energie zu verbessern und dazu in erheblichem Umfang neuen Wohnraum zu schaffen sowie unbenutzbare, beschädigte Wohnungen wieder in stand zu setzen. Das setzte das Vorhandensein von detaillierten Unterlagen über den Bestand an Wohnungen sowie ihre Verteilung auf die Bevölkerung in den Städten und Dörfern voraus.

Deshalb fand am 20.6.1950 in der DDR (ohne Hauptstadt Berlin) eine Wohnungszählung statt, bei der alle Gebäude sowie je Wohnung Anzahl und Größe der Wohnräume und die Anzahl der in ihnen lebenden Bewohner ermittelt wurden. Die Zählung löste die nach dem Kontrollratsgesetz vom 8.3.1946 angeordnete vierteljährliche Fortschreibung von Wohnungen, Wohnfläche und Wohnungsbelegung ab, deren Ausgangspunkt eine im Jahre 1946 durch die

1) "Volksstimme" vom 27.10.1945, Nr. 39 (Stadtarchiv Dresden)

2) Dokumentation des Statistischen Amtes der Stadt Berlin vom Mai 1946 (ZZB)

Wohnungsbehörden durchgeführte Bestandsaufnahme war. Diese sich als überaus lückenhaft erwiesene Fortschreibung entsprach keinesfalls mehr den Erfordernissen und Maßstäben der Raumverteilung und Bauplanung des ersten Fünfjahrplanes und der einzelnen Volkswirtschaftspläne.

In Berlin wurde am 31.12.1950 eine Grundstückserhebung durchgeführt, bei der u.a. die Anzahl der Wohnungen erfaßt worden war.³⁾

Fast 11 Jahre später, am 15.3.1961 erfolgte im Gesamtgebiet der DDR eine weitere Wohnungszählung, für deren Durchführung es vielerlei Gründe gab. In vielen Städten und Gemeinden war eine Fortschreibung der wichtigsten Kennziffern der Wohnungszählung 1950 nicht erfolgt, so daß keine bzw. nur unzureichende Unterlagen für Planungszwecke vorhanden waren. Die Kenntnis der Anzahl der Gebäude und Wohnungen sowie der Wohnfläche, der wichtigsten Ausstattungsmerkmale, des baulichen Zustandes der Gebäude sowie deren Altersstruktur war jedoch unabdingbare Grundlage für die Planung des Wohnungsbaues bis 1975/80.

Die Verwaltungsreform im Jahre 1952 brachte tiefgreifende regionale Veränderungen. Die Länder wurden aufgelöst und Bezirke gebildet. Alte Kreise wurden verkleinert, neue Kreise geschaffen, ehemalige Stadtkreise wurden Landkreisen einverleibt. Dadurch waren die Ergebnisse der Wohnungszählung 1950 für die neuen Verwaltungseinheiten nicht mehr verwendbar. So konnte z. B. die Planung des Wohnungsbaues im Siebenjahrplan von 1961 bis 1967 nicht auf Grund des exakten Bedarfs erfolgen, weil die Veränderungen der Wohnverhältnisse bis 1965 nach Bezirken nicht genau eingeschätzt werden konnten.

Ein weiterer Grund für die Durchführung einer neuen Wohnungszählung war, daß seit der letzten Zählung 1950 auf dem Gebiet des Wohnungsbaues große Fortschritte erzielt worden waren. Neue Stadtviertel entstanden, überalterte und durch Kriegseinwirkungen zerstörte Wohngebäude mußten Neubauten Platz machen, und ein großzügiges Instandsetzungsprogramm verschönerte vielerorts die Wohnungen und das Stadtbild.

3) "Zählliste" der Grundstückserhebung am 31.12.1950 des Magistrates von Groß-Berlin (ZZB)

Aber auch für die Planung der sozialistischen Umgestaltung vieler Städte, z.B. Auflockerung des Stadtkerns und Beseitigung dunkler Hinterhöfe, und aufgrund der gestiegenen Ansprüche der Bevölkerung an ein kulturvolles Wohnen, wurden neue Zahlen benötigt. Die Ergebnisse sollten nicht nur Grundlage für die Ermittlung des Neubedarfs, sondern auch in erheblichem Maße für Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten der kommenden Jahre sowie für die Perspektivplanung 1975/80 bilden.⁴⁾

Nicht zuletzt war es erforderlich geworden, einen Überblick über den neuesten Wohnungsbestand zu erhalten, nachdem die für den 15.1.1959 vorgesehene Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung auf Beschluß der Volkskammer vom 8.12.1958 nicht durchgeführt und auf einen späteren Zeitpunkt verlegt worden war.⁵⁾

1. Wohnungszählungen vor Gründung der DDR in Sachsen und Berlin

1.1. Gesetzliche Grundlagen

Für die Zählung am 3.11.1945 in Sachsen liegen gesetzliche Unterlagen der Landesverwaltung oder ähnliches dem Autor nicht mehr vor. Aus den vorhandenen Publikationen in Zeitungen ist lediglich ersichtlich, daß die Zählung "auf Anordnung der Landesverwaltung" durchgeführt worden war.⁶⁾

Fußend auf dem Gesetz Nr. 18 - Wohnungsgesetz - der Alliierten Kontrollbehörde (Kontrollrat), ausgefertigt am 8.3.1946 in Berlin⁷⁾ (siehe Anlage 1), kann angenommen werden, daß die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin in ihrer 32. Sitzung am 2.4.1946 unter anderem den Oberbürgermeister ermächtigte, "eine Zählung von Grundbesitz, Wohnräumen und Vieh in Berlin vorzunehmen".⁸⁾ Das kann aus dem Artikel I, Absatz 4, des genannten Kontrollratsgesetzes abgeleitet werden, in dem es heißt:

4) "Neues Deutschland" Nr. 54 v. 23.2.1961

5) Gesetzblatt I Nr. 73, Seite 873

6) "Volksstimme" vom 27.10.1945, Nr. 39 (Stadtarchiv Dresden)

7) "Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland" vom 31.3.1946, Nr. 5 (SLBD)

8) "Neue Zeit" vom 3.4.1946, Nr. 78 (SLBD)

"Die deutschen Wohnungsbehörden erfüllen die ihnen durch dieses Gesetz auferlegten Obliegenheiten unter der Aufsicht und gemäß den Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung". Außerdem wurde im Artikel III festgelegt, daß die zuständigen deutschen Wohnungsbehörden in ihrem Amtsbereich eine Bestandsaufnahme des vorhandenen Wohnraumes vorzunehmen hatten.

1.2. Zählpapiere

Bekannt ist, daß für die Zählung am 3.11.1945 in Sachsen eine Wohnungsliste benutzt wurde. Über deren Größe, Form und Aussehen sowie über die Fragestellung kann nichts ausgesagt werden, da darüber ebenfalls keine Unterlagen mehr aufgefunden werden konnten.

Auch über die Berliner Zählung der Grundstücke und Wohnungen am 13.4.1946 liegen keine Erhebungspapiere vor. Bekannt ist lediglich, daß sie die Wohnräume nur allgemein nach Benutzbarkeit und Bodenfläche unterschied⁹⁾, und daß zur Feststellung der Belegungsdichte der einzelnen Wohnungen und Wohnräume die Zahl der Bewohner, mit gesondertem Ausweis der unter 1 Jahr alten und 1 bis 14 Jahre alten Kinder, erfaßt werden mußte.¹⁰⁾

Wenn auch das Kontrollratsgesetz Nr. 16 die Grundlage für die Berliner Zählung gewesen sein dürfte, erfüllte sie durch die allgemeine Unterscheidung der Wohnräume nach Benutzbarkeit und Bodenfläche nur zum Teil die in dem genannten Gesetz festgelegten Bedingungen für den Begriff "Wohnraum".

Nach dem Wortlaut des Gesetzes war als Wohnraum jeder Raum zu werten, "der gegen Witterungseinflüsse geschützt, über hinreichende Beleuchtung, Luft und geregelte Wasserzufuhr verfügt und für welchen sanitäre Einrichtungen im notwendigen Ausmaß zugänglich sind. Er umfaßt nicht Badezimmer, Flure und Treppenhäuser, Küchen mit einem Flächenraum unter zehn Quadratmetern und die ersten 10 Quadratmeter größerer Küchen".

Den verbesserten sozialen Bedingungen entsprechend werden heute an den "Wohnraum" wesentlich erhöhte Anforderungen gestellt. Folgende Merkmale müssen vorhanden sein:

9) "Statistische Praxis" 1947, Heft 10

10) Dokumentation des Statistischen Amtes der Stadt Berlin vom Mai 1946 (ZZB)

- Der Wohnraum ist durch feste Wände vom Fußboden bis zur Decke von anderen Räumen abgeschlossen
- das Tageslicht hat durch Fenster unmittelbaren Zugang
- die Mindestfläche beträgt in der Regel 6 m²
- die Höhe beträgt mindestens 2 m.

Die Fläche von Küchen von über 10 m² gelten nicht mehr als Wohnraum. Gleichzeitig wurde der Begriff "Wohnnebenraum", der auch Badezimmer, Flure und Treppenhäuser wie laut Kontrollratsgesetz Nr. 18 einschließt, wesentlich erweitert, z. B. Vorraum, WC, Flur, Diele, Windfang, Abstellraum usw.¹¹⁾

1.3. Organisation

Für keine der beiden Zählungen in Berlin und Sachsen liegen konkrete Unterlagen über die Organisation vor. Aus Presseinformationen ist jedoch für die Zählung am 3.11.1945 im Land Sachsen bekannt, daß sie durch ehrenamtliche Zähler erfolgte; so z. B. in der Stadt Radeberg durch die ehrenamtlich Beauftragten, die für die Verteilung der Lebensmittelkarten verantwortlich waren.¹²⁾

In die für die Volkszählung verwendete Wohnungsliste mußten alle in einer Wohnung am Zähltag - auch wenn nur vorübergehend - anwesenden Personen eingetragen werden. Am 4.11.1945 wurden die ausgefüllten Wohnungslisten wieder vom Zähler eingesammelt. Anzunehmen ist, daß auch die Zählung in Berlin am 13.4.1946 von ehrenamtlichen Helfern unterstützt wurde, Unterlagen darüber, überhaupt über die Organisation, liegen für diese Zählung ebenfalls nicht vor. Das bereits erwähnte Kontrollratsgesetz Nr. 18 dürfte aber auch als Arbeitsrichtlinie für die Organisation geeignet haben.

1.4. Aufbereitung und Auswertung

Für den Aufbereitungsmodus der Zählung vom 3.11.1945 im Land Sachsen wurden keine Unterlagen ermittelt. Es besteht jedoch die Annahme, daß die Aufbereitungsarbeiten im Statistischen Landesamt erfolgten. Ebenso konnten keine Unterlagen über die Aufbereitung der Berliner Zählung am 13.4.1946 aufgefunden werden.

11) Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik, Teil 5, Staatl. Zentralverwaltung für Statistik, 1973 (ZZ3)

12) "Volksstimme" vom 1.11.1945, Nr.43 (Stadtarchiv Dresden)

Aus noch vorhandenen Materialien des Staatsarchivs Dresden ist erkennbar, welche Ergebnisse die Zählung am 3.11.1945 im Land Sachsen brachte. Außer 3 Bevölkerungstabellen und 1 Tabelle der Anzahl der gewerblichen Betriebe wurden weitere Tabellen über Gebäude und Wohnungen mit folgendem Inhalt gewonnen:

- Personen je Wohnung
- Wohnungen je 100 Haushalte
- Wohnungen je 100 Personen
- Gebäude, Wohnungen, Haushaltungen und ortsanwesende Personen
- Zahl der Gebäude
- Zahl der Wohnungen mit 1, 2, 3 und mehr Haushaltungen und der darin anwesenden Personen
- Gesamtzahl der Wohnungen, Haushaltungen.¹³⁾

Ergebnistabellen der Berliner "Zählung von Grundbesitz und Wohnräumen" am 13.4.1946 wurden im 3. Sonderheft, 1. Jahrgang 1947, der "Berliner Statistik" veröffentlicht.

2. Wohnungszählung am 20. Juni 1950

2.1. Gesetzliche Grundlagen

In der Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone vom 3.8.1949 über die Durchführung einer Volkszählung im Jahr 1950 war festgelegt worden, daß neben einer Volks- und Berufszählung sowie einer Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten auch die Wohnungen zu zählen waren.¹⁴⁾

Mit der "Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Volkszählung 1950" vom 9.5.1950¹⁵⁾ (siehe Anlage Nr. 2) wurde von den Ministerien des Innern sowie für Planung angewiesen, daß am 20.6.1950 im Gebiet der DDR eine Wohnungszählung zu erfolgen hatte, wobei alle vorhandenen Wohnungen mit einer "Grundstücks- und Gebäudeliste" nach Zahl, Größe und Bewohnerzahl festzustellen waren (§ 1).

13) Akte 1175, Blatt 31, 32, 33, 35, 46, 47, 55 - Landesregierung Sachsen - Der Ministerpräsident (Staatsarchiv Dresden)

14) Zentralverordnungsblatt Teil I, 1949 Nr. 68 vom 15.8.1949 (SLBD)

15) Gesetzblatt der DDR vom 20.5.1950 Nr. 56 Seite 435

Zur Ausfüllung der Fragebogen waren alle Hauseigentümer, Hausverwalter und deren gesetzliche Vertreter verpflichtet, wobei die Wohnungsinhaber die für die Ausfüllung der Grundstücks- und Gebäudeliste erforderlichen Auskünfte zu erteilen hatten (§ 2).

Für die Durchführung der Erhebung war in Verbindung mit den Statistischen Landes- und Kreisämtern das Statistische Zentralamt verantwortlich gemacht worden (§ 3).

Die unmittelbare Durchführung der Zählung lag in den Händen der Gemeinden, die verpflichtet waren, zur vollständigen Erfassung aller Gebäude und Wohnungen die bei der Personenstandsaufnahme vom 10.10.1949 ausgefüllten Hauslisten heranzuziehen, die notfalls aufgrund der Eintragungen in den Grundsteuerhebebüchern zu ergänzen oder zu berichtigen waren (§ 4).

Die Volks- und Berufszählung erfolgte in Verbindung mit einer Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten sowie der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 ha Gesamtfläche am 31.8.1950.

2.2. Zählpapiere

Für die Durchführung der Wohnungszählung selbst stand die "Grundstücks- und Gebäudeliste" zur Verfügung. (Siehe Anlage Nr. 3)

Weitere Zählpapiere, insbesondere eine Kontrollliste, gab es nicht. Sie mußte von den Gemeinden mit Hilfe der Gebäudelisten der Personenstandsaufnahme vom Oktober 1949 selbst angefertigt werden.¹⁶⁾

Die Grundstücks- und Gebäudeliste besaß das Format A 4.

In 4 Abschnitten war ein umfangreiches Frageprogramm zu beantworten. Vor dem Komplex, der für die Beantwortung der einzelnen Fragen selbst vorgesehen war, befanden sich ausführliche Erläuterungen zu den einzelnen Abschnitten. Im Kopf des Fragebogens waren für Kontrollzwecke und als Grundlage für die Gewinnung von regionalen Ergebnissen Ordnungsangaben einzutragen (Kreis, Gemeinde, Zählbezirks-Nr., Nr. der Grundstücks- und Gebäudeliste).

Der Abschnitt I - Allgemeine Angaben - war vorgesehen für die Beantwortung der Frage nach der Lage des Grundstücks sowie des Namens und der Anschrift des Grundstückseigentümers bzw. -verwalters.

16) "Statistische Praxis" 1950, Heft 4

Im Abschnitt II - Zahl und Beschreibung der einzelnen Gebäude - wurden hinsichtlich der Baulichkeiten folgende Fragen gestellt:

- Straßenlage und Art des Gebäudes, z. B. Vorder-, Hinterhaus, massives Gebäude, Behelfsheim usw.,
- überwiegender Verwendungszweck des Gebäudes, z. B. Wohngebäude, öffentliches bzw. industrielles Gebäude, Geschäftshaus usw.,
- Zahl der Wohnungen
- Zahl der z. Z. bestehenden Hauptmietverhältnisse.

Diese Fragen waren für sämtliche Gebäude auszufüllen, während die weiteren Fragen des Abschnittes II nur Gebäude betrafen, die ausschließlich oder überwiegend Wohnzwecken dienten. Folgende Fragen waren dafür vorgesehen:

- Baujahr des Gebäudes,
- Jahr des Erwerbs des Gebäudes vom gegenwärtigen Eigentümer,
- Baukosten bzw. Preis des Gebäudes beim Erwerb (ohne Grundstückskosten),
- Aufgewandte Reparaturkosten für Instandsetzungen infolge Kriegsschäden seit 1945,
- Noch erforderliche Kosten für die Wiederherstellung unbewohnbarer, beschädigter Wohnräume,
- Noch erforderliche Kosten zur Beseitigung sonstiger Kriegsschäden.

Im Abschnitt III - Beschreibung und Größe der einzelnen Wohnungen und Zahl der Bewohner - mußte für jede Wohnpartei (auch Untermieter) eine Zeile ausgefüllt werden, wobei jede Wohnung als bauliche Einheit eine laufende Nummer erhielt, die zur Unterscheidung der einzelnen Wohnparteien mit a, b, c usw. untergliedert wurde. Der Name des Hauptmieters wurde zuerst eingetragen und unterstrichen. Er erhielt z. B. die lfd. Nr. 1a. Die evtl. folgenden Untermieter bekamen dann die lfd. Nr. 1b bzw. 1c. Zu beachten war hierbei, daß in einer Wohnung als bauliche Einheit mehrere Hauptmieter (die einen Mietvertrag mit dem Hausbesitzer abgeschlossen hatten) vorhanden sein konnten.

Die Definition "Wohnung" als bauliche Einheit wurde erstmalig verwendet, sie weicht von der heutigen Definition nicht erheblich ab. Während bei früheren Zählungen die Wohnung als Zähl-einheit im rechtlichen Sinne verstanden wurde, das heißt die durch den Mietvertrag einem Hauptmieter zur Benutzung überlas-sene Zahl von Räumen, wurde 1950 die Wohnung folgendermaßen de-finiert: "Als bauliche Einheit einer Wohnung ist jede im Bauplan als zusammengehörig gedachte Zahl von Wohnräumen anzusehen, zu der eine eigene, nicht nur behelfsmäßige Küche gehört". In der Definition für das Jahr 1973 wird hervorgehoben, daß zu einer Wohnung auch ein eigener Wohnungseingang gehört, wobei Korridor oder andere Nebenräume nicht vorhanden zu sein brauchen.

Leerstehende und beschädigte Wohnungen mußten ebenfalls nachge-wiesen werden.

Im einzelnen wurden 1950 im Abschnitt III erfragt:

- Vor- und Zuname des Vorstandes der Wohnpartei (Hauptmieter unterstrichen),
- Von der Wohnpartei genutzte Wohnräume und Küchen nach Anzahl und Fläche,
- Mitglieder der Wohnpartei in ihrer Altersgliederung unter und über 14 Jahre,
- Zur Zeit ausschließlich für Nichtwohnzwecke genutzte Wohn-räume nach Anzahl und Fläche (gewerbliche und sonstige Zwecke),
- Zur Zeit unbewohnbare, beschädigte Wohnräume nach Anzahl und Fläche,
- Gewerberäume (Läden u.ä.), die für gewerbliche oder sonstige Nichtwohnzwecke genutzt wurden, nach Anzahl und Fläche,
- Gesamtnutzfläche (also einschließlich Korridor, Bad, Gewerbe-räume, aber ohne Keller- und Bodenräume),
- Letzte Monatsmiete der Wohnung für Hauptmieter,
- Mietkürzung infolge Kriegsschäden.

Der Abschnitt IV enthielt Zusatzfragen für Anstalten, Alters-heime, Krankenhäuser, Hotels und sonstige Massenunterkünfte.

2.3. Organisation

Richtlinien, Arbeitsanweisungen und dergleichen über die Organisation der Wohnungszählung am 20.6.1950 konnten nicht ermittelt werden. Aus einem Artikel der "Statistischen Praxis" des Jahres 1950 und zwei Schreiben des Statistischen Landesamtes Mecklenburg kann jedoch die Organisation des Zählungsablaufs einigermaßen rekonstruiert werden.

Aus dem Artikel in der "Statistischen Praxis" 1950/4 geht hervor, daß der volkswirtschaftliche Aufwand dieser Zählung so gering wie nur möglich gehalten werden sollte. Deshalb wurde auf die Aufstellung eines besonderen Zählapparates verzichtet. Die Zählung führten Haus- und Straßennobeleute sowie andere Vertrauensleute, also ehrenamtliche Helfer durch, die die Verteilung und das Einsammeln der Grundstücks- und Gebäudelisten vorzunehmen hatten. Diese Helfer besaßen von den Kreisen bzw. Gemeinden selbst angefertigte Zählerausweise.

Zur Kontrolle der vollständigen Erfassung aller Grundstücke und Gebäude in den Städten und Gemeinden mußten vorher "Grundstückskontrolllisten" aus den Unterlagen der Personenstandsaufnahme vom Oktober 1949 erarbeitet werden. Diese Kontrolllisten, die Anfang Mai 1950 zur Verfügung standen, bildeten gleichzeitig die Grundlage für die Verteilung und den Einzug der Grundstücks- und Gebäudelisten sowie für die weitere Vollständigkeitskontrolle in den Gemeinden.

Nach dem Einsammeln der Zählpapiere wurde aufgrund der Eintragungen im Abschnitt I - Allgemeine Angaben - ein Vergleich mit den Angaben in den Kontrolllisten angestellt und evtl. fehlende Fragebogen nachgefordert.

Welche Schwierigkeiten hierbei auf örtlicher Ebene auftraten, kann aus einem Schreiben des Statistischen Landesamtes Mecklenburg an das Statistische Kreisamt Demmin vom 13. 6. 1950 abgeleitet werden. (siehe Anlage 4)

In den ländlichen Gebieten, in denen sich enteignete Großbauerngehöfte, Rittergüter usw. befanden, bereitete bereits die Beantwortung der Frage nach dem Grundstückseigentümer im Abschnitt I

- Allgemeine Angaben - Kopfzerbrechen. Da z. B. frühere Gutshäuser vielfach von drei bis vier oder noch mehr Neusiedlern bewohnt wurden, war vom Statistischen Zentralamt entschieden worden, daß zwar das Gutshaus als ein Gebäude gezählt wurde, als Eigentümer jedoch die betreffenden Neusiedler einzusetzen waren.

Auch die Frage 8 nach den Baukosten im Abschnitt II konnte wahrscheinlich nicht in allen Fällen zufriedenstellend beantwortet werden, weil weder die Baukosten noch der Erwerbspreis bekannt waren. In solchen Fällen mußte der sog. Brandkassenwert eingesetzt werden.

Im Abschnitt III traten bei den Wohnräumen in den Spalten 5 und 6 Unklarheiten auf. Um die Einheitlichkeit der Erfassung zu gewährleisten, wurde festgelegt, daß alle laut Erläuterungen zur Grundstücks- und Gebäudeliste zu den Wohnräumen auch Räume zu zählen waren, die durch Fenster oder Lichtschacht mit der Außenwelt in Verbindung standen und die sich für einen dauernden Aufenthalt von Menschen eigneten. Hierzu gehörten nicht Flure, Badestuben usw., wohl aber nichtbeheizbare Räume, die in ländlichen Gegenden häufig als Schlafräume dienten. Dazu zählten selbstverständlich auch zentralbeheizbare Räume, bei denen die Heizanlage zur Zeit nicht in Betrieb war.

Auch der Nachweis der Flächen in den Küchen in den Spalten 7 und 8 des Abschnittes III war mit Schwierigkeiten verbunden. Entsprechend den Regelungen im Kontrollratsgesetz Nr. 18, Artikel XII, mußten alle Küchen ohne Rücksicht auf ihre Größe und ohne Rücksicht darauf, ob sie als Wohnküche dienten oder nicht, in diesen Spalten erfaßt werden. Da entsprechend den Bestimmungen im Kontrollratsgesetz Nr. 18 Küchen bis 10 m² der Wohnfläche nicht zugerechnet wurden, konnten bei der Aufbereitung der Ergebnisse die Küchenflächen über 10 m² durch Differenzbildung eliminiert werden.

Auch bei den zweckentfremdeten Wohnräumen im Abschnitt III, Spalten 11 und 12, gab es Unklarheiten. Zu erfassen waren nur zweckentfremdete Wohnräume innerhalb eines Wohnhauses, nicht aber ganze Wohnhäuser, deren Räume beispielsweise von einer Organisation oder Institution als Diensträume genutzt wurden.

Nach Bearbeitung der ausgefüllten Listen in den Städten und Gemeinden wurden die Zählpapiere an das zuständige Statistische Kreisamt weitergegeben, das wiederum die Vollständigkeit der abliefernden Städte und Gemeinden zu kontrollieren hatte. Erst nach Weiterleitung an das Statistische Landesamt erfolgte dort eine sachliche und rechnerische Prüfung sowie die Signierung der Angaben. Die abschließende Konzentration zu den Ergebnissen erfolgte im Statistischen Zentralamt.

2.4. Öffentlichkeitsarbeit

Aus einem Schreiben des Statistischen Landesamtes Mecklenburg an das Statistische Kreisamt Demmin vom 22. 3. 1950 geht u.a. hervor, daß "die an der Zählung Beteiligten durch Presse, Rundfunk usw. zur Mitarbeit bzw. zur Ausfüllung des Fragebogens aufgefordert" wurden. (siehe Anlage 5)

Einzelne Presseinformationen liegen vor, nicht aber Unterlagen über Sendungen im Rundfunk. Auch ist nicht ermittelt, ob es Bekanntmachungen bzw. Aushänge für Anschlagtafeln, Litfaßsäulen und dergleichen gab. Außer der Wiedergabe einer entsprechenden ADN-Meldung in "Der Morgen" vom 15. 6. 1950 wurden in anderen zentralen Zeitungen keine Veröffentlichungen über die Wohnungszählung am 20. 6. 1950 gefunden. Einige örtlich erscheinende Tageszeitungen beleuchteten die Probleme der Wohnungszählung etwas näher. Der in der Zeitschrift "Statistische Praxis" 1950, Heft 4, erschienene Beitrag "Wohnungszählung 1950" ging auf frühere Wohnungszählungen im Deutschen Reich ein und behandelte ausführlich das gesamte Zählungsvorhaben der Wohnungszählung am 20. 6. 1950, wobei besonders solche Probleme wie die Zählungseinheit (Wohnung, Wohnraum), das Erhebungsverfahren, der Fragebogen, die Aufbereitung und Auswertung näher untersucht wurden.

2.5. Aufbereitung

Obwohl die Aufbereitung maschinell auf Hollerith-Maschinen erfolgte, mußten vorher noch verschiedene Arbeiten an den weit über 2 Millionen Fragebogen und über 5 Millionen Zeilen für die Wohnparteien manuell vorgenommen werden. Eine im Zentralen Zählbüro vorhandene "Arbeitsanweisung für die Prüfung und Signierung der

Grundstücks- und Gebäudelisten zur Wohnungszählung 1950" gibt Auskunft über die durchgeführten manuellen Arbeiten in den Statistischen Landesämtern. Daraus ist erkennbar, daß zwischen dem Zeitpunkt der Zählung am 20. 6. 1950 und dem Eingang der Listen beim Statistischen Landesamt am 12. 7. 1950 nur eine relativ kurze Zeitspanne von 22 Tagen bestand.

Nach der Einzugskontrolle, bei der die Ordnung nach Kreisen und innerhalb der Kreise nach Gemeinden beizubehalten war, erfolgte die Überprüfung in zwei getrennten Arbeitsgängen auf Vollständigkeit und auf die rechnerische und sachliche Richtigkeit.

Im ersten Arbeitsgang wurden die leichteren Kontroll- und Signierarbeiten durchgeführt, wobei alle Bogen, deren Bearbeitung größere Schwierigkeiten verursachten, durch ein rotes Kreuz kenntlich gemacht wurden. Der zweite Arbeitsgang erstreckte sich auf die Bearbeitung der angekreuzten Bogen sowie auf die abschließende Überprüfung und Signierung der weniger leicht zu beurteilenden Merkmale. Alle Berichtigungen und Signierungen waren in Rot durchzuführen, wobei Zahlen nicht radiert werden durften. Damit war die Lesbarkeit der ursprünglichen Zahlen gesichert.

Gesonderte Systematiken für die Signierarbeiten gab es nicht. Sie waren in die o.g. Arbeitsanweisung mit eingearbeitet, z. B. Eigentumsform, Verwendungszweck, Straßenlage und Baujahr des Gebäudes, Mietverhältnis der Wohnung, Anzahl der Räume. Für die Abgrenzung der Gebäude nach dem Verwendungszweck mußte zusätzlich das "Verzeichnis der Betriebsbenennungen für die Betriebsaufnahme vom 10. 10. 1948" genutzt werden.

Die weiteren Aufbereitungsarbeiten, also die maschinelle Aufbereitung übernahm das Statistische Zentralamt. Für die Übertragung sämtlicher Zahlenangaben auf Lochkarten waren nahezu 9 Millionen Lochkarten erforderlich.

2.6. Auswertung

Das Auswertungsprogramm umfaßte mehrere Tabellen, die entsprechend ihrer Wichtigkeit in unterschiedlicher regionaler Aufgliederung erarbeitet wurden. Die Haupttabellen beinhalteten Gemeindeergebnisse, d. h. jede der rund 12 000 Gemeinden der DDR wurde in einer Tabellenzeile ausgewiesen.

Das als "Entwurf" vorliegende Tabellenprogramm der Wohnungszählung 1950, das sich wahrscheinlich von dem endgültigen Tabellenprogramm nur unwesentlich unterschied, sah folgende 3 Tabellen vor:

- Die Gebäude nach Art, Verwendungszweck und Zahl der Wohnungen (bauliche Einheit),
- Die Wohngebäude nach Zahl der Wohnungen (bauliche Einheit) und Baujahresgruppen,
- Die Wohngebäude nach Zahl der Wohnungen (bauliche Einheit), Eigentumsverhältnissen und Mietaufkommen,
- Die Bau- und Erwerbskosten der Wohngebäude nach Baujahresgruppen,
- Die Bau- und Erwerbskosten der Wohngebäude nach Eigentumsformen,
- Die Wohnungen bzw. Wohnungsteile nach Größe der Wohnungen und Belegungsdichte,
- Die Wohnungen in Wohngebäuden (bauliche Einheiten) nach Zahl der Wohnräume,
- Mietwohnungen, mietfreie Wohnungen und Anstaltswohnungen nach Wohnfläche und Bewohnerzahl.¹⁷⁾

3. Wohnungszählung am 15. März 1961

3.1. Gesetzliche Grundlagen

Grundlage für die Durchführung der Wohnungszählung am 15.3.1961 war der als Anlage dem Schreiben des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates an die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise sowie an alle Bürgermeister vom 1.12.1960 beigefügte "Beschluß über die Durchführung einer Wohnungszählung" vom 13.10.1960.¹⁸⁾ (siehe Anlage Nr. 6)

In diesem Beschluß war festgelegt, daß im März 1961 in den Städten und Gemeinden der DDR eine Wohnungszählung in Form einer Bestandsaufnahme aller Gebäude mit den darin befindlichen Wohnungen durchzuführen war, und daß diese Zählung exakte Unterlagen für die Planung des Wohnungsbauprogrammes zu liefern hatte.

17) Tabellenprogramm aus Ordner 583 (ZZB)

18) Schreiben des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates an die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise sowie an alle Bürgermeister vom 1.12.1960 (Krst. Dsdn.-St.)

Das Programm der Zählung war so zu gestalten, daß nur die Eigentümer oder Verwalter der Gebäude befragt wurden. (Punkt 1)

Der Punkt 2 legte fest, daß der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung verantwortlich gemacht wurde und er die erforderlichen Anweisungen zu erlassen hatte. Für die unmittelbare Durchführung der Zählung waren die Räte der Städte und Gemeinden verantwortlich, wobei die Räte der Bezirke und Kreise wirksame Unterstützung zu leisten hatten (Punkt 3).

Der Beschluß vom 13.10.1960 wurde weiter konkretisiert in fünf Punkten des bereits genannten Schreibens des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates.

Im ersten Punkt wurde noch einmal auf die voll verantwortliche und die ordnungsgemäße Durchführung der unmittelbaren Zählung seitens der örtlichen Organe in ihrem Verantwortungsbereich hingewiesen, wobei auf die Beachtung der Bestimmungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik aufmerksam gemacht wurde.

Der zweite Punkt legte fest, daß die Räte der Bezirke und Kreise sowie Städte und Gemeinden entsprechend den Hinweisen der SZS einen kontrollfähigen Beschluß zu fassen hatten.

Die Räte der Bezirke hatten entsprechend Punkt 3 bis zum 8.12.1960 dem Leiter der Bezirksstelle der SZS für den Bezirk und jeden Kreis einen verantwortlichen Mitarbeiter zu benennen. Er war verantwortlich in der Zeit vom 15.12.1960 bis 30.4.1961 für die Vorbereitungen der Schulungen der Bürgermeister sowie die unmittelbare Zählung und die sich daraus ergebenden Aufgaben. Diese Aufgaben waren in enger Verbindung mit den Organen der SZS zu erledigen. Die Schulungen selbst waren durch die Organe der Statistik durchzuführen.

Im Punkt 4 war festgelegt, daß durch die SZS die Einweisung der Beauftragten der Bezirke und Kreise im Monat Dezember 1960 zu erfolgen hatte.

Der Punkt 5 hob die Verantwortung der Bürgermeister für die Schulung aller eingesetzten Helfer zur Durchführung der Zählung hervor.

Während bei der Wohnungszählung am 20.6.1950 in Verbindung mit den Statistischen Landes- und Kreisämtern für die Durchführung

dieser Erhebung nur das Statistische Zentralamt verantwortlich war, wurde bei der Zählung am 15.3.1961 im besonderen Maße die Verantwortlichkeit der Vorsitzenden der Bezirke und Kreise sowie der Bürgermeister herausgehoben.

Entsprechend dem erwähnten Punkt 2 faßten die örtlichen Organe die entsprechenden Beschlüsse. Es liegen vor Beschlüsse vom

- Rat des Bezirkes Dresden Nr. 4-63/61 vom 7.1.1961
- Rat der Stadt Dresden Nr. 1/61
- Rat des Stadtbezirkes Dresden-West¹⁹⁾

Allen drei Beschlüssen war gemeinsam, daß als Beauftragte des jeweiligen Rates Mitarbeiter von Fachressorts eingesetzt waren und zwar beim Rat des Bezirkes der Stellvertreter des Vorsitzenden für Gesundheits- und Sozialwesen, beim Rat der Stadt ein verantwortlicher Mitarbeiter aus dem Referat Wohnraumlenkung, beim Rat des Stadtbezirkes Dresden-West der stellvertretende Vorsitzende eines Stützpunktes der Wohnungsverwaltung, der als ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Zeit vom 7.1.1961 bis 30.4.1961 von seinem Betrieb speziell zur Erfüllung dieser Aufgabe delegiert wurde. Während die Organisation und Leitung im Bezirk Dresden in einer Hand beim Stellvertreter des Vorsitzenden für Gesundheits- und Sozialwesen lagen, wurde die Verantwortlichkeit für die Organisation und Leitung in der Stadt Dresden und im Stadtbezirk West getrennt. Für die Leitung der Wohnungszählung waren die entsprechenden Stadträte verantwortlich gemacht worden, während als Beauftragte die bereits genannten Mitarbeiter eingesetzt waren. Die örtlich gefaßten Beschlüsse waren für das jeweilige Territorium verbindlich.

Auf den Beschluß des Rates des Bezirkes Dresden, von dem sich alle entsprechenden Beschlüsse der nachgeordneten Räte der Kreise sowie Städte und Gemeinden ableiten ließen, soll näher eingegangen werden.

19) Beschluß Nr. 4 - 63/61 über die Durchführung einer Wohnungszählung im Bezirk Dresden, Beschluß Nr. 1/61 der Stadt Dresden, Ratsbeschluß des Rates des Stadtbezirkes Dresden-West (Krst. Dsdn.-St.)

Das als Anlage zu diesem Beschluß beigelegte "Programm des Rates des Bezirkes für die Vorbereitung und Durchführung der Wohnungszählung im Bezirk Dresden im Jahr 1961" enthielt drei Abschnitte:

I. Verantwortlichkeit

II. Aufgaben zur Vorbereitung der Wohnungszählung

III. Durchführung der Wohnungszählung.

Im Abschnitt I wurde entsprechend dem Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 13.10.1960 in drei Punkten die Verantwortlichkeit des Rates des Bezirkes, der Räte der Kreise, Städte und Gemeinden bzw. Stadtbezirke für ihr jeweiliges Territorium sowie die Anleitungs- und Kontrollpflicht des Beauftragten des Rates des Bezirkes festgelegt.

Der Abschnitt II legte die Aufgabenstellung zur Vorbereitung der Wohnungszählung mit konkreter Terminstellung entsprechend den Weisungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik fest. Als sehr wichtiger Punkt war zu werten die vorgesehene Einbeziehung einer großen Zahl von Bürgern als Zähler durch aktive Unterstützung seitens der gewählten örtlichen Volksvertretungen, der Nationalen Front, des DFD sowie anderer staatlicher Institutionen und gesellschaftlicher Organisationen. Aus diesem Grunde sollte der Beauftragte des Rates des Bezirkes mit dem Bezirksausschuß der Nationalen Front und dem Bezirksvorstand des DFD Verbindung aufnehmen und gemeinsam entsprechende Festlegungen treffen. Den Räten der Kreise und Gemeinden wurde eine gleiche Verfahrensweise empfohlen. Aus den Beschlüssen des Rates der Stadt Dresden sowie des Stadtbezirkes Dresden-West ist zu entnehmen, daß entsprechend diesen Empfehlungen verfahren wurde. In weiteren Punkten wurden die Weisungen des Präsidiums des Ministerrates bzw. des Stellvertretenden Ministerpräsidenten konkretisiert, so beispielsweise

- Beschlußfassung der Räte der Kreise und Gemeinden mit kontrollfähigen und abrechenbaren Maßnahmen und konkreter Terminstellung,
- Schulung der Bürgermeister oder deren Beauftragten,
- Einteilung der Gemeinden, Städte und Stadtbezirke in Zählbereiche und Zählabschnitte, Ausfertigung der Kontrollbogen,

- Werbung der Zähler und Oberzähler,
- Durchführung von zwei Zählerschulungen.

Der Abschnitt II des Ratsbeschlusses des Bezirkes Dresden befaßte sich mit der Durchführung der Wohnungszählung.

In diesem Abschnitt wurden folgende Aufgaben festgelegt:

- Einrichtung von Auskunftsstellen bei den Räten der Kreise zur Klärung von Anfragen von Bürgermeistern usw.,
- Kontrolltätigkeit der Beauftragten,
- Überprüfung der Zählunterlagen durch die Städte und Gemeinden,
- termingerechte Abgabe der Zählunterlagen der Kreise durch den Beauftragten des Rates des Kreises an die Kreisstelle für Statistik.

Als abschließender, aber wichtiger Punkt, war zu werten, daß alle Maßnahmen des Kreisbeauftragten auf der Grundlage des Bezirksprogramms und der detaillierten Hinweise der SZS in enger Zusammenarbeit mit den Kreisstellen für Statistik durchzuführen waren.

Damit war der gesetzliche Rahmen für die Durchführung der Wohnungszählung im Bezirk gegeben.

Als Besonderheit im Beschluß des Rates der Stadt Dresden war festzustellen, daß zur Sicherung der Einhaltung der Termine der verantwortliche Stadtrat dem Rat alle 14 Tage über den Stand der Vorbereitungen und Mitte April 1961 über die Durchführung und das Ergebnis der Wohnungszählung zu berichten hatte.

Entsprechende Unterlagen aus anderen Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden liegen nicht vor. Mit großer Sicherheit darf jedoch angenommen werden, daß die dort gefaßten Beschlüsse den hier interpretierten og. Beschlüssen inhaltlich entsprachen. Das geht auch aus der vierten von insgesamt 10 "Informati-onen" hervor, die die Zentralstelle der SZS in der Zeit vom 4.1. 1961 bis 14.3.1961 den Bezirks- und Kreisstellen übergab und die besonders für den organisatorischen Ablauf der Zählung wertvolle Hinweise gaben. Darin wurden nachahmenswerte Beispiele genannt, die über den Rahmen des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 13.10.1960 hinausgingen.

So wurde beispielsweise laut Ratsbeschuß des Bezirkes Rostock ein Arbeitskollektiv gebildet, in dem sich auch Kollegen vom Bauamt, der Kommunalen Wohnungsverwaltung und der Statistik befanden. Dieses Kollektiv trat wöchentlich einmal zusammen. Der Rat des Bezirkes Neubrandenburg legte eine zweite Aussprache mit den Bürgermeistern zur Klärung aller inzwischen aufgetretenen Fragen fest. In den Bezirken Magdeburg und Dresden wurde ein Erfahrungsaustausch mit den Beauftragten der Kreise Ende Januar 1961 vorgesehen. Im Kreis Staßfurt wurden in einem Ratsbeschuß die Mitarbeiter des Kreisbauamtes und des Referates Kataster zur fachlichen Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Zählung verpflichtet. Auch der Magistrat von Berlin und der Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte legten in ihren Beschlüssen konkrete Maßnahmen fest (Bildung eines Arbeitskollektivs, das wöchentlich einmal zusammentrat; Einsatz der Verwalter der KVV als Zähler, der Stadtteilverwalter als Oberzähler).

Aus der "Information" 4 der SZS war aber auch erkennbar, daß die festgelegten Bestimmungen in einigen Bezirken und Kreisen nicht immer eingehalten wurden.

3.2. Zählpapiere

In der Gemeinde oder Stadt bzw. dem Stadtbezirk wurden folgende Zählpapiere benötigt:

Drucksache	041 - 1	Zählliste (siehe Anlage 7)
"	041 - 2	Gemeindebogen (siehe Anlage 8)
"	041 - 3	Konzentrationsblatt (siehe Anlage 9)
"	041 - 4	Kontrollbogen (siehe Anlage 10)

Darüber hinaus gab es weitere Materialien, die für einen reibungslosen Ablauf der Zählung erforderlich waren, z. B.

Drucksache	041 - 5	Leitzettel zum Versand der ausgefüllten Zählpapiere
"	041 - 7	Handbuch für den Zähler
"	041 - 8	Anleitung für den Oberzähler
"	041 - 9	Anleitung für den Bürgermeister bzw. den Beauftragten
"	041 - 11	Hinweise für ein Referat vor den Zählern und Oberzählern

Drucksache 041 - 12 Zählerausweis

" 041 - 13 Ausweis für den Oberzähler

Noch vorhanden sind die Drucksachen 041 - 1, 2, 3, 4, 5, 7 und 9. Weitere Drucksachen, die für die Arbeit der Kreise und Bezirksstellen benötigt wurden, konnten nicht aufgefunden werden²⁰⁾.

Die Zählliste, Drucksache 041 - 1, besaß ein Format A 3, gefalzt auf A 4 im Hochformat. Auf der Vorderseite, rechts oben, waren folgende Ordnungsangaben eingedruckt: Bezirk, Kreis, Gemeinde bzw. Stadtbezirk, Gemeindegrößenklasse, Zählbereich, Zählabschnitt, Blatt-Nr., Anzahl der Blätter für den Zählabschnitt. In einem kurzen Vorwort wurden Hinweise über die Bedeutung und Zielstellung der Zählung sowie darüber gegeben, daß alle mit der Zählung beauftragten Personen gegenüber jedermann zur Verschwiegenheit verpflichtet waren. Auf der Vorder- und Rückseite der Zählliste waren für den Zähler Richtlinien und Erläuterungen zu den einzelnen Spalten eingedruckt. Die Seiten 2 und 3, also die Innenseiten, beinhalteten das eigentliche Frageprogramm. Vier Zeilen mit Beispielen sollten dem Zähler das Ausfüllen der Wohnungsliste erleichtern.

Erfast wurden alle Wohngebäude sowie Nichtwohngebäude mit Wohnungen, die Wohnzwecken dienten. Zweckentfremdete Wohnungen, die sich in Wohngebäuden befanden, wurden somit gezählt, nicht aber zweckentfremdete Wohnungen in Behelfsunterkünften.

Zu beachten war, daß für jedes Wohngebäude mit eigenem Haupteingang von der Straße, vom Hof, vom Garten usw. eine besondere Zeile in der Zählliste zur Eintragung der Angaben zu verwenden war. Dasselbe galt auch für solche Grundstücke, auf denen sich beispielsweise ein Vorder- und ein Hinterhaus mit eigenem Haupteingang befand.

20) Drucksache 1 im ZZB, 2 - 5 in der Kreisstelle
Zittau, 7 und 9 in der Kreisstelle Dresden-Stadt

Auf den Seiten 2 und 3 waren folgende Fragen zu beantworten:

Spalte 0: (Vorspalte): Anschrift des Gebäudes,

- " 1: Lage des Gebäudes (also freistehendes Gebäude, Vorder-, Hinter-, Seitenhaus),
- " 2: Art des Gebäudes (Ein-, Zwei-, Mehrfamilienhaus, Behelfs- und Nichtwohngebäude)
- " 3: Anzahl der Geschosse
- " 4: " " Wohnungen (ohne zweckentfremdete Wohnungen),

Spalten 5 bis 9: Aufgliederung der Spalte 4 nach Wohnungen mit 1, 2, 3, 4, 5 und mehr Wohnräumen,

Spalte 10: Wohnfläche der in Spalte 4 erfaßten Wohnungen in m²,

Spalten 11 bis 16: Anzahl der in Spalte 4 erfaßten Wohnungen nach Ausstattungsmerkmalen (Wasser-, Gasanschluß an das öffentliche Netz, Bad, Innentoilette, Kanalisationsanschluß an das öffentliche Netz, Zentralheizung),

Spalte 17: Eigentumsform des Wohngebäudes einschließlich Behelfsunterkünfte,

" 18: Baujahrsgruppe des Wohngebäudes einschließlich Behelfsunterkünfte,

" 19: Bauzustand des Wohngebäudes einschließlich Behelfsunterkünfte,

Spalten 20 bis 22: Anzahl der zweckentfremdeten Wohngebäude (ohne Behelfsunterkünfte) für Verwaltungen und staatliche Dienststellen, für kulturelle, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, für Handel und Gewerbe.

Nachdem der Zähler die Eintragungen auf Grund der Angaben der Hauseigentümer bzw. Verwalter oder deren Vertreter für jedes einzelne Gebäude in der vorgesehenen Zeile vorgenommen hatte, bestätigte er auf der Rückseite unter Angabe des Datums die Richtigkeit der Angaben. Außerdem mußte vom Oberzähler ein Prüfvermerk angebracht werden.

Gegenüber der Zählung des Jahres 1950 gab es grundsätzliche Unterschiede. Damals hatte jeder Grundstückseigentümer bzw. Verwalter für jedes bebaute Grundstück eine Grundstücks- und Gebäudeliste auszufüllen, unabhängig davon, ob sich Wohnungen darauf befanden oder nicht. Bei der 61er Zählung erfolgte die Eintragung in die Zählliste für jedes Gebäude in einer Zeile durch einen Beauftragten der Gemeinde, also den Zähler.

Auch die Fragestellung war in vielen Fällen anders. Im Jahre 1950 waren folgende Fragen aufgenommen, die nicht im Frageprogramm 1961 vorhanden waren:

- Jahr des Erwerbs des Gebäudes vom gegenwärtigen Eigentümer,
- Bau- bzw. Erwerbskosten des Gebäudes,
- Bisher aufgewendete Kosten der Instandsetzung zur Beseitigung der Kriegsschäden seit 1950,
- Noch erforderliche Kosten für die Wiederherstellung unbewohnbarer, beschädigter Wohnräume sowie zur Beseitigung sonstiger Kriegsschäden,
- Anzahl der Mitglieder der Wohnpartei unter 14 Jahre alt sowie 14 Jahre und älter,
- zur Zeit unbewohnbare, beschädigte Wohnräume (ohne Küche) nach Zahl und m²,
- Anzahl und Fläche der Gewerberäume,
- Höhe der Monatsmiete,
- Mietkürzung infolge Kriegsschäden.

Einige dieser Fragen waren 1950 eindeutig auf die Nachkriegssituation zugeschnitten.

In das Frageprogramm der Zählung am 15.3.1961 wurden folgende Fragen aufgenommen, die 1950 nicht enthalten waren:

- Anzahl der Geschosse,
- Aufgliederung der Wohnungen nach der Anzahl der Wohnräume,
- Ausstattungsmerkmale der Wohnungen,
- Baujahrsgruppe anstatt Baujahr,
- Bauzustand,
- Aufgliederung der zweckentfremdeten Wohnungen.

3.3. Organisation

Die Organisation des Zählungsablaufes in der Gemeinde war aus der Drucksache 041 - 9, Anleitung für den Bürgermeister bzw. für den Beauftragten zur Durchführung der Wohnungszählung in der Gemeinde/Stadt/im Stadtbezirk, ersichtlich.

In den Drucksachen 041 - 7, Handbuch für den Zähler zur Wohnungszählung, sowie 041 - 8, Anleitung für den Oberzähler, wurden die Aufgabenstellungen für diese ehrenamtlichen Helfer konkretisiert.

Der Zählungsablauf soll anhand der Drucksache 041 - 9, Anleitung für den Bürgermeister, näher untersucht werden. Obwohl diese Drucksache, ebenso wie das Handbuch für den Zähler, nur als gedruckter Entwurf vorliegt, darf angenommen werden, daß der Inhalt weitestgehend mit der endgültigen Fassung übereinstimmt. Der Ablauf der Zählung gliedert sich in drei Abschnitte:

- Die Aufgaben vor der Zählung
- Die Aufgaben während der Zählung
- Die Aufgaben nach der Zählung.

Diese drei Abschnitte wurden durch die von der SZS festgelegten Terminstellungen für die Bürgermeister bzw. Beauftragten bestimmt.

Der Terminkalender der Wohnungszählung sah folgende Termine vor (erster Abschnitt):

- bis 30.12.1960: Eingang aller Zählmaterialien beim Rat der Gemeinde
- bis 10. 1.1961: Schulung der Bürgermeister durch die Beauftragten der Räte der Kreise
- bis 16. 1.1961: Studium der Zählmaterialien
- bis 30. 1.1961: Einteilung des örtlichen Territoriums (Gemeinde, Stadt, Stadtbezirk) in Zählbereiche und Zählabschnitte und Aufstellung eines entsprechenden Verzeichnisses
- bis 30. 1.1961: Aufstellung der Kontrollbogen
- bis 13. 2.1961: Durchführung der ersten Zählerversammlung und Verteilung der Zählmaterialien an Zähler

und Oberzähler

bis 6. 3.1961: Durchführung der zweiten Zählerversammlung

Der zweite Abschnitt umfaßte die Zeitspanne

vom 12. 3. 1961 bis 19. 3. 1961 der unmittelbaren Durchführung
der Wohnungszählung mit Stichtag 15.3.1961.

Für den dritten Abschnitt waren folgende Termine festgelegt
worden:

bis 26. 3.1961: Eingang der Zählunterlagen von den Oberzählern
bei den örtlichen Räten

bis 10. 4.1961: Durchführung der Stichprobenkontrollen

bis 15. 4.1961: Prüfung der Zählunterlagen auf Vollzähligkeit
und Vollständigkeit der Eintragungen sowie
Zusammenstellung der Zählbereichsergebnisse
und Abgabe der Zählpapiere.

Ausgehend von der Zielstellung, daß die Wohnungszählung in erster
Linie eine politische Aufgabe war, die nur dann erfolgreich durch-
geführt werden konnte, wenn über ihre Bedeutung für die Lösung der
Aufgaben vor allem im Wohnungsbau völlige Klarheit herrschte und
zu ihrer Durchführung konkrete Festlegungen getroffen und eingehal-
ten werden mußten, ergab sich für alle an der Zählung Beteiligten,
insbesondere für die Zähler, eine große Verantwortung.

Deshalb erhielt die Arbeit der Bürgermeister bzw. der Beauftrag-
ten, besonders im Hinblick auf die Werbung und Schulung der Zäh-
ler, aber auch zur Sicherung des gesamten Ablaufs der Zählung, eine
besondere Bedeutung. Ihre Vorbereitung entschied im wesentlichen
über den Erfolg der Zählung.

Aus diesem Grund war es erforderlich, bis zum 10.1.1961 die Bür-
germeister durch die Beauftragten des Rates des Kreises gründlich
zu schulen. Die Arbeit der Bürgermeister bzw. der Beauftragten
hatte vor der Zählung sowohl im Hinblick auf die Werbung und
Schulung der Zähler als auch auf die Festlegung solcher Maßnahmen,
die den ordnungsgemäßen Ablauf der Zählung sicherten, besondere
Bedeutung.

Trotz aufgestellter Schulungspläne mit konkreten Terminstellungen
wurde verschiedentlich den Bürgermeisterschulungen nicht die er-
forderliche Aufmerksamkeit geschenkt. Einmal lag das daran, daß

die Schulung in einer relativ kurzen Zeit durchgeführt wurde, zum anderen, daß ein großer Teil der Bürgermeister, der an der Schulung teilnahm, die Vorbereitung und Durchführung der Zählung aber einem Mitarbeiter des Rates der Gemeinde übertrugen, der an der Bürgermeisterschulung nicht teilgenommen hatte. Zur Sicherung der Zählung war es deshalb erforderlich, diese beauftragten Mitarbeiter noch einmal zu schulen bzw. zu einem Erfahrungsaustausch oder einer Aussprache zusammenzufassen.

Folgende Aufgaben vor der Zählung waren zu ihrer Sicherung unbedingt erforderlich.

In Verwirklichung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 13.10.1960 hatten die örtlichen Volksvertretungen, einen Beschluß zu fassen.

Folgende Punkte sollten als Mindestforderung enthalten sein:

- In Zusammenarbeit mit den örtlichen Volksvertretungen, den Organen der Nationalen Front usw. sollte beispielsweise die Zählerwerbung, die Festlegung der Zählbereiche und Zählabschnitte auf der Grundlage der Wohngebiete bzw. Wohnbezirke erfolgen.
- Festlegung der Aufgabenstellungen für örtliche Dienststellen, wie Bauämter, Projektierungsbüros, Grundbuchämter, Abt. Wohnungswesen, VEB Kommunale Wohnungsverwaltung.
- Festlegung konkreter Kontrollmaßnahmen zur Einhaltung der Termine und sonstiger Aufgaben vor, während und nach der Zählung.
- Einrichtung von Auskunftsstellen mit Fachkräften aus dem Bauamt usw. während der Zählung zur Klärung von Anfragen von Zählern und Oberzählern, damit fachliche Entscheidungen sofort getroffen werden konnten.
- Festlegung eines Planes, aus dem ersichtlich sein mußte, wo die Oberzähler während der Zählung zu erreichen waren.

Der Beschluß des Rates des Stadtbezirkes Dresden-West war entsprechend diesen Empfehlungen gestaltet. So wurde beispielsweise festgelegt, daß zur Bewältigung der anfallenden Schreibarbeiten aus dem Sachgebiet Wohnraumlenkung für 4 Monate ganztägig eine technische Kraft zur Verfügung stand oder daß die Wohnungszäh-

lung mit Hilfe folgender Kräfte (Zähler und Oberzähler) zu organisieren war:

- ehrenamtliche Mitarbeiter aus den örtlichen Wohnaktiven des Sachgebietes Wohnraumlenkung,
- weitere ehrenamtliche Mitarbeiter aus den Sachgebieten des Stadtbezirkes,
- Mitarbeiter der VEB (K) Wohnungsverwaltung Dresden-West,
- Mitarbeiter der Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften,
- Abgeordnete,
- durch die Ausschüsse der Nationalen Front geworbene Zähler,
- durch die Betriebswohnungskommissionen geworbene Zähler,
- Verwalter von betriebseigenen Wohngrundstücken.

Auch die Abgeordnetenschulung wurde in die Vorbereitungsarbeit der Zählung einbezogen. Sie erfolgte in einer im Themenplan dafür vorgesehenen Stunde in der Zeit vom 17. bis 19.1.1961. Im Zeitraum vom 16.3. bis 15.4.1961 wurden Ratsmitglieder verpflichtet, in 10 % der Häuser eine Stichprobenkontrolle durchzuführen.

Eine wichtige Aufgabe war, die Gemeinde in Zählbereiche und Zählabschnitte einzuteilen. Das war erforderlich, um die ordnungsgemäße Betreuung einer bestimmten Anzahl von Gebäuden während der Zählung durch einen ehrenamtlichen Zähler sowie die lückenlose Erfassung dieser Gebäude zu sichern. Außerdem sollten dadurch Doppelzählungen vermieden werden.

Die Zählbereiche innerhalb einer Gemeinde waren durchlaufend mit einer Ordnungsnummer zu versehen, die Zählabschnitte in jedem Zählbereich in sich, beginnend mit 1, 2, usw. in der Regel bis 5. Ein von einem Zähler zu betreuender Zählabschnitt sollte im Durchschnitt nicht mehr als 20 Gebäude mit Wohnungen umfassen. Zu einem von einem Oberzähler zu betreuenden Zählbereich gehörten 5 Zählabschnitte. Empfohlen wurde, bei der Bildung der Zählabschnitte und Zählbereiche die Unterlagen aus der Vorbereitung der Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung vom 15.1.1959, soweit sie noch vorhanden waren, zu verwenden.

Natürlich mußten räumliche Entfernungen zwischen den Gebäuden eines Zählabschnittes beachtet werden. Sie durften die ordnungs-

gemäße Durchführung der Zählung in der vorgesehenen Zeit nicht gefährden. So konnte in Sonderfällen, wie z. B. bei Forsthäusern, Leuchttürmen, Wetterbeobachtungsstationen, Berggasthäusern usw., festgelegt werden, daß die Anzahl der durch die Zähler zu erfassenden Gebäude geringer gehalten wurde.

Die Einteilung der Gemeinde in Zählbereiche und Zählabschnitte hatte ebenso wie die Ausfüllung der Kontrollbogen bis zum 30.1.1961 zu erfolgen.

Da die Erfassung aller Gebäude bei der Einteilung in Zählbereiche und Zählabschnitte für den Erfolg der Zählung besonders wichtig war, ordnete die SZS an, daß Mitarbeiter der statistischen Dienststellen anhand der ausgefüllten Kontrollbogen in ausgewählten Zählabschnitten Kontrollgänge durchzuführen hatten. Damit sollte die lückenlose Erfassung aller Gebäude sichergestellt bzw. Doppelzählungen vermieden werden.

Der Kontrollbogen, (Formblatt 041 - 4), diente dem Zähler als Hilfsmittel zur Erfassung aller Gebäude in seinem Zählabschnitt und zur Ermittlung der Eigentumsformen. Für die Aufstellung war der Rat der Stadt bzw. Gemeinde verantwortlich. Alle zu erfassenden Gebäude eines Zählabschnittes nach Lage und Eigentumsform waren in diesem Kontrollbogen aufzuführen.

Mancherlei Initiativen und Überlegungen unterstützten das Bemühen der ordnungsgemäßen und richtigen Einteilung des Territoriums in Zählbereiche und Zählabschnitte. So wurde beispielsweise vom Rat der Stadt Quedlinburg im Bezirk Halle festgelegt, daß vom Bauamt das Stadtbild mit Straßen und Gebäuden kartiert wurde und anhand dieser Unterlage die Einteilung in Zählbereiche und Zählabschnitte erfolgte. Zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Ausfüllung der Kontrollbogen wurde im Stadtbezirk Berlin-Mitte eine Begehung der Zählabschnitte durch die Beauftragten des Bürgermeisters vor dem Kontrollgang durch den Zähler durchgeführt.²¹⁾

Solche oder ähnliche Maßnahmen waren vor allem in größeren Städten erforderlich.

21) "Information 4" der Zentralstelle (Krst. Dsdn.-St.)

Die Werbung der Zähler und Oberzähler und ihre Schulung war für den Erfolg der Zählung außerordentlich wichtig. Da die SZS nicht in der Lage war, eine so umfangreiche Zählung mit ihren Mitarbeitern allein durchzuführen, mußte sie sich auf die aktive und verantwortungsbewußte Mitarbeit von ehrenamtlichen Helfern stützen.

Entsprechend den Festlegungen in den Ratsbeschlüssen und den Anweisungen der SZS hatte die Werbung der ehrenamtlichen Helfer in Zusammenarbeit mit den örtlichen Volksvertretungen und den Organen der Nationalen Front zu erfolgen. Auf keinem Fall durfte die Gewinnung dieser Helfer in administrativer Form erfolgen, also nur durch schriftliche Anordnung o.ä.

Um die Zähler und Oberzähler mit ihren Aufgaben vertraut zu machen, waren zwei Schulungen vorgesehen.

In der ersten Schulung bis 13.2.1961 sollten die Helfer mit den allgemeinen politischen und fachlichen Problemen sowie den Fragen der Zählung vertraut gemacht werden. Dabei waren drei wichtige Punkte zu beachten:

- Nur die Hauseigentümer, Verwalter bzw. deren Vertreter durften befragt werden, also keine Mieter von Wohnungen o.ä.
- Außer im Frageprogramm vorgesehenen, durften keine weiteren Fragen gestellt werden.
- Nachmessungen in den Wohnungen waren unzulässig.

Die zweite Zählerschulung bis zum 6.2.1961 diente vor allem der Klärung von Fragen, die beim Studium der Zählmaterialien auftraten, wobei besonders auf die logischen Zusammenhänge zwischen einzelnen Fragen einzugehen war. Fachkräfte aus dem Bauamt, Projektierungsbüro, oder der Abt. Wohnungswesen usw. sollten die zweite Schulung unterstützen. Sofern Fragen nicht geklärt werden konnten, waren sie vom Bürgermeister an die zuständige Kreisstelle für Statistik weiterzuleiten. Die gründliche Schulung aller an der Zählung Beteiligten war eine wichtige Grundlage für den Erfolg der Zählung.

Die Aufgaben während der Zählung, also zwischen dem 12. und 19.3.1961 bestanden darin, daß

- der Zähler die eigentliche Zählungsaufgabe mit Stichtag 15.3.1961 erledigte,
- der Bürgermeister bzw. Beauftragte jederzeit für seine Zähler und Oberzähler in dazu festgelegten Auskunftsstellen erreichbar war,
- die schnelle Belieferung mit zusätzlich benötigten Zählmaterialien gesichert war,
- eine Kontrolle über die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer sichergestellt war,
- die Terminstellung der Zählung eingehalten wurde.

Zur Sicherung der lückenlosen Erfassung aller Gebäude und Wohnungen sowie zur Ausschaltung von Doppelzählungen ordnete die Zentralstelle an, daß die Kreisstellen den Räten der Städte und Gemeinden eine Mitteilung über die in der Wohnungsbauberichterstattung 424 - Abgang von Wohnungen - in der Zeit vom 1.1.1961 bis 11.3.1961 aufgeführten Wohnungsabgänge gaben. Durch Überprüfung mit dem Kontrollbogen sollte vermieden werden, daß diese Wohnungen erfaßt wurden. Ähnliche Probleme bestanden bei der Erfassung von Neubauten.²²⁾ Sofern dafür noch kein Abnahmeprotokoll vorlag, wurden sie nicht in der Wohnungszählung, sondern erst später in der Fortschreibung als Zugang erfaßt. Das traf natürlich auch auf solche Fälle zu, in denen Neubauten bereits bezogen waren, aber infolge von Qualitätsmängeln noch kein Abnahmeprotokoll angefertigt werden konnte.²³⁾

Die Aufgaben nach der Zählung bestanden darin, daß

- der Zähler bis zum 22.3.1961 alle Zählpapiere sowie seinen Zählerausweis seinem Oberzähler abzugeben hatte,
- die Oberzähler die Zählmaterialien auf Vollzähligkeit und Vollständigkeit der Angaben zu überprüfen und Stichproben in den einzelnen Zählabschnitten durchzuführen hatten,
- die Oberzähler alle Unterlagen, geordnet nach Zählabschnitten, einschließlich der Zählerausweise und ihres Ausweises bis zum 26.3.1961 beim Bürgermeister bzw. dem Beauftragten abzugeben hatten,

22) "Information 8" der Zentralstelle (Krst. Dsdn.-St.)

23) Schreiben der Kreisstelle Dresden-Stadt vom 22.2.1961 an die Beauftragten der Stadtbezirke der Stadt Dresden (Krst.Dsdn.-St.)

- vom Bürgermeister zu veranlassen war, die Zählmaterialien auf ihre Vollzähligkeit und Richtigkeit der Angaben überprüfen zu lassen, wobei besonders darauf zu achten war, daß von allen Zählabschnitten die Zähllisten vorzuliegen hatten,
- der Bürgermeister die vorgeschriebene Stichprobenkontrolle von etwa 10 Prozent der erfaßten Gebäude durch die Oberzähler sichern mußte,
- der Bürgermeister selbst Stichproben in den einzelnen Zählabschnitten zu veranlassen hatte,
- nach Abschluß der Stichprobenkontrolle auf dem Gemeindebogen durch Addition der einzelnen Zählbereichsergebnisse das Gemeindeergebnis zu bilden war, das bis zum 15.4.1961 zusammen mit den Zähllisten und Konzentrationsblättern dem Beauftragten des Rates des Kreises zu übergeben war.

Damit waren die Aufgaben bei den Räten der Städte und Gemeinden gelöst.

Zur Sicherung dieser Aufgabenstellung waren außer den bereits genannten vielerlei Maßnahmen und Initiativen zu verzeichnen, besonders hinsichtlich der Stichprobenkontrolle und der Abgabe des Schnellberichtes.

So geht aus einem Schreiben der Kreisstelle Dresden-Stadt vom 9.3.1961 an die Bezirksstelle hervor, daß als Hilfe bei den Stichprobenkontrollen nach der Zählung durch die Beauftragten der Stadtbezirke allen Stadtbezirken für die Zeit vom 27. bis 30.3.1961 Mitarbeiter der Kreisstelle zugeteilt wurden.²⁴⁾

Zur qualitätsgerechten Lösung dieser Aufgabe erhielten diese Mitarbeiter eine von der Kreisstelle Dresden-Stadt ausgearbeitete "Anleitung für die Mitarbeiter der Kreisstelle für Statistik zur Kontrolle der Wohnungszählung 1961". (siehe Anlage 11)

In neun Punkten wurden den Mitarbeitern konkrete Hinweise für die Durchführung der Stichprobenkontrolle, deren Korrektur mit Grünstift zu erfolgen hatte, gegeben, wobei den logischen Kontrollen ein besonders Augenmerk geschenkt werden mußte. In einem "Ergebnis der Stichprobenkontrolle" wurde(n)

24) Schreiben der Kreisstelle Dresden-Stadt vom 9.3.1961 an die Bezirksstelle Dresden (Krst. Dsdn.-St.)

- die Gesamtzahl der erfaßten Gebäude des Stadtbezirkes nachgewiesen,
- die unter die gemäß Anleitung durch die Bürgermeister (Fbl. 041 - 9) kontrollierten Gebäude sowie
- die festgestellten fehlerhaften Eintragungen je Spalte = Kennziffer, in absoluten Zahlen und in Prozent der kontrollierten Gebäude,
- eine Einschätzung der Qualität der gesamten Zählung sowie der Aussage einzelner Kennziffern verlangt.

Dieses Ergebnis mußte vom Beauftragten des Stadtbezirkes, dem zuständigen Stadtrat sowie dem Bezirksbürgermeister unterschrieben werden und bildete eine gute Grundlage für die analytische Betrachtung der Zählung. Das findet z. B. auch in einem "Ergebnis der Stichprobenkontrollen" vom 22.4.1961 der Kreisstelle Dresden-Stadt seinen Niederschlag.²⁵⁾

Nach den Ausführungen in der "Information Nr. 9" der SZS, Punkt 3, war es entsprechend einer Absprache mit dem VEB Maschinelles Rechnen (VEB MR) erforderlich geworden, die Aufbereitung des Schnellberichtes terminlich vorzuverlegen. Das erforderte, daß der Gemeindebogen (Fbl. 041 - 2), auf dem die Zählbereichsergebnisse zum Gemeindeergebnis konzentriert worden waren, nicht, wie in der Anleitung für den Beauftragten (Fbl. 041 - 10) angegeben, bis zum 20.4.1961 an die Kreisstelle, sondern bereits bis zum 29.3.1961 zu übergeben waren. Das erforderte selbstverständlich eine terminliche Straffung der Organisation in den Gemeinden. Vor allem mußte die Übergabe des Konzentrationsblattes (Fbl. 041 - 3) durch den Oberzähler vorverlegt werden.

So teilte der Beauftragte der Stadt Dresden in einem Schreiben vom 10.3.1961 an den zuständigen Stadtrat informatorisch mit, daß neben den terminlichen Veränderungen zur Sicherung des vorverlegten Abgabetermins und der durchzuführenden Stichprobenkontrollen auch Mitarbeiter der Kreisstelle eingesetzt wurden.²⁶⁾

25) Ergebnis der Stichprobenkontrollen vom 22.4.1961
(Krst. Dsdn.-St.)

26) Informationsbericht zur Wohnungszählung vom 10.3.1961
(Krst. Dsdn.-St.)

In einem überarbeiteten "Terminplan" legte die Kreisstelle Dresden-Stadt die neuen Termine unter Berücksichtigung der Ergänzung vom 7.3.1961 zu den Informationen Nr. 9 und 10 der Zentralstelle fest.

In einer abschließenden "Einschätzung über die Qualität der Wohnraumzählung im Stadtkreis Dresden" vom 22.4.1961 wurde auf die Mängel in der Vorbereitung der Zählung hingewiesen, aber auch auf die große Bereitschaft und Unterstützung seitens der Bevölkerung sowie auf eine rechtzeitige und ausreichende Publizierung der Zählung verwiesen.²⁷⁾ In die geforderte Stichprobenkontrolle von etwa 10 % wurden insgesamt 13,6 % der Gebäude einbezogen. Etwa 60 % aller Zähllisten wurden von Mitarbeitern der Kreisstelle auf die Wahrscheinlichkeit der Eintragungen überprüft.

Arbeits- bzw. Organisationsrichtlinien über die weitere Arbeit mit den Zählmaterialien in den Kreis- und Bezirksstellen bzw. in der Zentralstelle liegen nicht vor. Aus der "Information Nr. 10" der Zentralstelle vom 14.3.1961 konnte jedoch der weitere Ablauf rekonstruiert werden.

- Gemeindebogen (Fbl. 041 - 2)

- | | |
|---------------|---|
| bis 29.3.1961 | Übergabe der Gemeindebogen an die Kreisstelle |
| 29.3. | Überprüfung der Gemeindebogen auf Vollzählig- |
| bis 7.4.1961 | keit, richtige und vollständige Ausfüllung |
| bis 8.4.1961 | Übergabe der Gemeindebogen an die Bezirksstelle |
| 8.4. | Überprüfung der Kreismaterialien auf Vollzäh- |
| bis 10.4.1961 | ligkeit, Durchführung von Stichprobenkontrollen |
| 11.4.1961 | Übergabe des Bezirksmaterials |
| | an die Außenstelle des VEB - MR |

- Konzentrationsblatt (Fbl. 041 - 3) und Zählliste (Fbl. 041 -1)

- | | |
|---------------|--|
| bis 20.4.1961 | Übergabe dieser Formblätter durch den Beauftrag- |
| | ten des Rates des Kreises an die Kreisstelle |
| 20.4. | Überprüfung der Zähllisten entsprechend der |
| bis 25.4.1961 | Hinweise im Handbuch für den Zähler (Fbl. 041-7) |
| | Seite 13, der Anleitung für den Oberzähler |
| | (Fbl. 041-3) und in den Informationen der |
| | Zentralstelle |

²⁷⁾ "Einschätzung über die Qualität der Wohnraumzählung im Stadtkreis Dresden" vom 22.4.1961 (Krst. Dsdn.-St.)

bis 26.4.1961 Übergabe der Zähllisten des Kreises, geordnet nach Kreisen an die Bezirksstelle

26.4. Überprüfung der Zähllisten in der Bezirksstelle
bis 30.4.1961

bis 2.5.1961 Übergabe der Zähllisten
an die Außenstelle des VEB - MR

Über die abschließenden Aufbereitungsarbeiten in der Zentralstelle ist nichts bekannt.

Ergänzend hingewiesen soll an dieser Stelle noch darauf werden, daß das "Handbuch für den Zähler" - Fbl. 041 - 7 - sowie die "Anleitung für den Oberzähler - Fbl. 041 - 8 - eine wichtige Grundlage für die Arbeit aller an der Zählung Beteiligten bildeten. Besonders war das "Handbuch für den Zähler" mit den vielen Hinweisen zu den verschiedenen Fragen der Wohnungszählung, mit seinem ausführlichen Stichwortverzeichnis, seinem Merkblatt (Flächenberechnung der Räume, Unterscheidung der Typen von Wohnhäusern, Geschößbezeichnungen u. a.) und das Lehrmaterial für den Zähler (ausgefüllte Zählliste) eine gute Grundlage für den Zähler, aber auch für jeden anderen an der Zählung direkt Beteiligten.

3.4. Öffentlichkeitsarbeit

Unterlagen über die Öffentlichkeitsarbeit zeigen, daß sie in den verschiedenen Tageszeitungen sowohl auf zentraler als auch auf örtlicher Ebene erfolgte. Ob es weitere Bekanntmachungen, Aushänge für Anschlagtafeln, Litfaßsäulen und dergleichen gab, konnte nicht ausfindig gemacht werden. Allen Artikeln war gemeinsam, die Bevölkerung über den Sinn und Zweck der Wohnraumzählung aufzuklären, wobei zum Teil besondere Probleme herausgestellt und untersucht wurden (Bauzustand, zweckentfremdet genutzter Wohnraum, Ausstattung usw.).

In der "Statistischen Praxis" 1960, Heft 11, wurden Antworten auf folgende Fragen gegeben:

"Warum ist es notwendig, den Bestand an Wohnungen durch eine spezielle Zählung zu erfassen?"

"Wie wird die Wohnungszählung durchgeführt?"

"Welche Kennziffern werden erfragt?"

"Wie wird die Wohnungszählung ausgewertet?"

"Ist nach dieser Wohnungszählung auch die Fortschreibung gesichert?"

Inwieweit der Rundfunk in die publizistische Tätigkeit einbezogen wurde, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

3.5. Aufbereitung

Unmittelbar nach der Zählung hatten die Gemeinden eine zehnprozentige Stichprobenkontrolle durchzuführen. Sie sollte sich hauptsächlich auf Mehrfamilienhäuser beziehen und eine Einschätzung der Qualität der Aussage einzelner Kennziffern sowie der gesamten Zählung ermöglichen.

Die Ergebnisse dieser Stichprobenkontrolle wurden zählabschnittsweise zum Gemeindeergebnis zusammengefaßt, das bis zum 15.4.1961 der Kreisstelle zuzustellen war.

Die Einschätzung der Kreisstellen für den Kreis, gestützt auf selbst durchgeführte Stichprobenkontrollen und die Einschätzung der Bürgermeister, mußte schließlich bis zum 22.4.1961 in der Zentralstelle vorliegen.

Im Abschnitt "Organisation" wurde auf die Stichprobenkontrolle bereits hingewiesen.

Zur ordnungsgemäßen Aufbereitung entsprechend der "Information Nr. 10", gehörte es, daß nur ein Gemeindebogen mit einem Gesamt-Gemeindeergebnis abgeliefert wurde. Gemeindebogen mit Teilergebnissen waren demzufolge zu einem Ergebnis zusammenzufassen. Nach der Überprüfung der Gemeindebogen auf Vollzähligkeit, richtige und vollständige Ausfüllung durch die Kreisstelle, waren diese Unterlagen bis zum 3.4.1961 der Bezirksstelle zu übergeben, die schließlich dieses Material nach Überprüfung der Vollzähligkeit und Durchführung von Stichprobenkontrollen bis zum 11.4.1961 der Außenstelle des VEB Maschinelles Rechnen übergab.

Damit waren die Voraussetzungen für den "Schnellbericht" gegeben, in dem die wichtigsten Kennziffern vorab ermittelt wurden. Bereits innerhalb der Zählbereiche wurden gemeinde-, kreis- und bezirksweise solche quantitative Kennziffern wie Anzahl der

Gebäude, Anzahl der Wohnungen insgesamt und nach Größengruppen, Wohnfläche und zweckentfremdete Wohnungen, aufbereitet.

Das war erforderlich, damit wenige Wochen nach dem Stichtag der Zählung erste Schlußfolgerungen für künftige Planungszeiträume gezogen werden konnten.

Die Aufbereitung des gesamten Programms erforderte einige Monate. Daraus ergab sich der weitere Aufbereitungsweg.

Die Konzentrationsblätter und Zähllisten mußten durch den Beauftragten beim Rat des Kreises bis zum 20.4.1961 der Kreisstelle übergeben werden. Während die Konzentrationsblätter für Kontrollzwecke in der Kreisstelle verblieben, wurden die Zähllisten als Urmaterial nach Feststellung der Vollzähligkeit und Überprüfung bis zum 26.4.1961 der Bezirksstelle zur Weiterleitung bis zum 2.5.1961 an die Außenstelle des VEB Maschinelles Rechnen übergeben.

Hingewiesen wurde in der "Information Nr. 10" u.a. auf die enge Zusammenarbeit mit dem VEB Maschinelles Rechnen. Sie war notwendig und hatte große Bedeutung sowohl für die exakte Aufbereitung des Schnellergebnisses als auch des Tabellenprogramms der Auswertung.

Spezielle Vereinbarungen mit dem VEB Maschinelles Rechnen regelten die Aufgabenstellungen dieses Betriebes und der SZS, so z. B.

- rechtzeitige Übergabe des Urmaterials für die Aufbereitung durch die Statistik,
- Klärung der sich aus dem Urmaterial ergebenden Fehler,
- Endtermin des VEB Maschinelles Rechnen für die Übergabe der vervielfältigungsreifen Tabellenformulare des Schnellberichtes am 15.5.1961, Auswertungsprogrammes am 31.8.1961,
- Ausweisung der Wohnfläche ohne Kommastelle, Prozentangaben mit einer Kommastelle,
- Überprüfung und Berichtigung der vom VEB Maschinelles Rechnen gelieferten Null-Kontrollbänder,
- Verantwortlichkeit des VEB Maschinelles Rechnen für die rechnerische Richtigkeit.

Gesonderte Systematiken für die Signierung und Aufbereitung waren nicht erforderlich, da die notwendigen Signaturen bereits in die Zählliste mit eingearbeitet worden waren, so z. B.

- Lage des Gebäudes:

Freistehendes Gebäude	1
Vorderhaus	2
Hinterhaus (auch Quergebäude)	3
Seitenhaus (auch Seitengebäude)	4

oder

- Eigentumsform des Wohngebäudes

Volkseigentum	1
Sozialistische Genossenschaften (AWG, GWG usw.)	2
Privateigentum	3
Privateigentum in Verwaltung staatlicher Organe	4
Sonstiges Eigentum	5

Diese Regelung bedeutete gegenüber der Zählung von 1950 eine Vereinfachung der Arbeit sowie eine rationellere Arbeitsweise und ergab sich daraus, daß 1950 eine "Grundstücks- und Gebäudeliste" für jedes einzelne Grundstück bzw. Gebäude genutzt werden mußte, während 1961 eine "Zählliste" für maximal 20 Gebäude genutzt wurde.

3.6. Auswertung

Das Auswertungsprogramm umfaßte Ergebnistabellen für den Schnellbericht und das endgültige Ergebnis.

Der Schnellbericht wurde aufgestellt für

Kreis nach Gemeinden,
Bezirk nach Kreisen und Gemeinden,
DDR nach Bezirken²⁸⁾

Das Auswertungsprogramm für die endgültigen Ergebnisse liegt nur als Entwurf vor.²⁹⁾ Anzunehmen ist, daß gegenüber dem beständigen Programm kaum Unterschiede bestanden.

28) "Statistische Praxis", 1960, Heft 11, Seite 256, 257

29) Einige Fragen der Wohnungszählung 1961 - Anlage - (ZZB)

Insgesamt umfaßten die endgültigen Ergebnisse 9 Tabellen:

- Die Wohngebäude und die Wohnungen nach Baujahresgruppen, Lage, Art und baulichem Zustand sowie die Wohnungen nach der Anzahl der Gebäude.
- Die Wohngebäude nach Eigentumsform sowie nach Lage und Art.
Die erfaßten Wohnungen in Wohngebäuden (ohne zweckentfremdete Wohnungen) nach Eigentumsform sowie nach der Anzahl der Wohnräume (absolut und in Prozent).
- Die Wohnungen nach der Art, Lage und dem baulichen Zustand der Wohngebäude, der Anzahl der Wohngebäude nach Gemeindegrößenklassen (absolut und in Prozent)
- Die Wohngebäude, die darin befindlichen Wohnungen mit Wohnfläche nach den Ausstattungsmerkmalen, der Lage und Art der Gebäude, den Baujahresgruppen und Bauzustandsgruppen.
- Die Wohngebäude und die darin befindlichen Wohnungen nach Baujahres- und Bauzustandsgruppen sowie Gemeindegrößenklassen und nach Art der Wohngebäude.
- Die erfaßten Gebäude, die darin befindlichen Wohnungen mit Wohnfläche nach der Anzahl der Wohnräume und den Ausstattungsmerkmalen, nach Gemeindegrößenklassen und Art der Gebäude.
- Die Wohngebäude und die darin befindlichen Wohnungen nach Ausstattungsmerkmalen, Gemeindegrößenklassen und Baujahresgruppen (absolut und in Prozent).
- Die Wohngebäude und die darin befindlichen Wohnungen nach Ausstattungsmerkmalen, Gemeindegrößenklassen und Bauzustandsgruppen (absolut und in Prozent).
- Die Anzahl der ganz oder teilweise zweckentfremdet genutzten Wohngebäude (ohne Behelfswohngebäude), die darin befindlichen Wohnungen nach ihrem Nutzungszweck, nach Gemeindegrößenklassen und Art der Wohngebäude.

Diese Gruppierungen gaben sowohl den örtlichen als auch zentralen staatlichen Organen die Möglichkeit, den damaligen Stand im Wohnungswesen allseitig einzuschätzen und erforderliche Maßnahmen einzuleiten.

Im Statistischen Jahrbuch der DDR der Jahre 1962 und 1963 wurden nachstehende Ergebnisse veröffentlicht:

- Gebäude mit Wohnungen, Wohnungen und Wohnfläche 1950 und 1961.
- Wohngebäude und Wohnungen nach Baujahresgruppen 1950 und 1961.
- Wohnungen nach Zahl der Wohnräume 1950 und 1961.
- Wohngebäude, Wohnungen und Wohnfläche nach Gebäudearten und Bezirken 1961.
- Wohnungen nach Gebäudearten, Gemeindegrößengruppen und Bezirken 1961.
- Wohngebäude und Wohnungen nach Baujahresgruppen und Bezirken 1961.
- Wohngebäude und Wohnungen nach Gebäudearten und Baujahresgruppen 1961.
- Wohnungen nach Zahl der Wohnräume und nach Bezirken 1961.
- Wohnungen nach Ausstattungsmerkmalen, Baujahresgruppen, Gebäudearten, Gemeindegrößengruppen und Bezirken 1961.

Mit der Vorbereitung und Durchführung der Wohnungszählung am 15.3.1961 wurde auch die Frage der Fortschreibung ihrer Ergebnisse geregelt. Das war erforderlich, damit Partei und Regierung ständig über den neuesten Stand unterrichtet werden konnten. Es sollte gewährleistet werden, daß sofort nach der Ermittlung des Wohnungsbestandes eine exakte Erfassung des Zu- und Abganges nach den wichtigsten aus der Zählung ermittelten Kennziffern erfolgen konnte. Die Wohnungsbilanz wies als Zugänge den Neu-, Um- und Ausbau sowie die Wiedergewinnung zweckentfremdeter Wohnräume und als Abgang z. B. Abriß, Zerstörung durch Brandschäden u.a. nach.³⁰⁾

30) "Statistische Praxis" 1960, Heft 11.

Die wichtigsten Kennziffern beinhalten:

Endbestand per 31.12. des Vorjahres

+ Eingemeindung im Berichtsjahr

./. Ausgemeindung im Berichtsjahr

Anfangsbestand per 1.1.

+ Zugang im Berichtsjahr

./. Abgang im Berichtsjahr

Endbestand per 31.12. insgesamt.

Die Zu- und Abgänge unterliegen einer weiteren Untergliederung:

Zugänge durch Neubau, Um- und Ausbau, Zusammenlegung von Wohnungen, sonstigen Zugang.

Abgänge durch Abriß, Umfunktionierung, Zusammenlegung von Wohnungen, sonstigen Abgang.

VI. Die Entwicklung der rechen-technischen Basis der
Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik 1945 - 1965

Bei der Deutschen Zentralverwaltung für Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone mit dem Sitz in der Stadt Berlin bildeten 1946 27 zum Teil völlig veraltete Hollerithmaschinensätze und 58 Mitarbeiter den Grundstock der Informationsverarbeitungstechnik.¹⁾

Bei diesen Maschinen handelte es sich um Tabelliermaschinen der Typen BK und D11 der Firma IBM.

Zur Ausstattung der Hollerithgruppe gehörten eine heute nicht mehr feststellbare Zahl von Magnetlochern und Magnetprüfern, Sortiermaschinen, Dopplern und Rechenlochern.

Die Mehrzahl dieser Maschinen stammte aus dem ehemaligen Statistischen Reichsamt. Alle Maschinen waren Eigentum der IBM - Deutschland, der Tochtergesellschaft des amerikanischen IBM - Konzerns (IBM = International Business Machines) und auf Mietbasis beim ehemaligen Statistischen Reichsamt eingesetzt.

Dieser Eigentums- und Einsatzstatus wurde zunächst übernommen.

Damit war verbunden, daß die gesamte Ersatzteilversorgung, Wartung und Reparatur der Maschinen von der IBM - Deutschland vorgenommen wurde, die in Berlin-West, Dresden und Leipzig über entsprechende Einrichtungen verfügte.

Mit Gründung der DDR im Jahre 1949 wurde die Ersatzteilversorgung von der IBM - Deutschland systematisch gedrosselt und 1953 vollständig eingestellt. Mit dieser Maßnahme sollte die Arbeit mit den Maschinen in der DDR innerhalb kurzer Zeit vollständig zum Erliegen gebracht werden.

Als Gegenmaßnahme wurde 1953 das gesamte IBM - Eigentum auf dem Territorium der DDR in Treuhandverwaltung übernommen.

Da in der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik die größte Konzentration eingesetzter IBM - Technik bestand, wurde der Leiter der statistisch-technischen Abteilung der SZS (a. a. O. auch Hollerith-Gruppe genannt) als Leiter der Treuhandverwaltung eingesetzt.

¹⁾ s. "Beiträge zur Statistik der DDR", Folge 1, S. 21

Die Treuhandverwaltungen nahmen alle Eigentümerfunktionen wahr, finanzielle Mittel wurden auf Sperrkonten geführt. Die eingesetzten Treuhänder wurden von einer im Ministerium der Finanzen speziell gebildeten Abteilung zur Verwaltung ausländischen Vermögens angeleitet.

Unter Aufbietung aller Kräfte gelang es, das Vorhaben der IBM, die in der DDR eingesetzte IBM - Lochkartentechnik einsatzunfähig zu machen, zu durchkreuzen. Da es zu der Zeit noch keine in der DDR produzierten Lochkartenmaschinen gab, war das insbesondere für die Informationstätigkeit der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik von prinzipieller Bedeutung.

Anfangs wurde die Funktionstüchtigkeit der Maschinen durch Aufarbeitung von Teilen, vorrangig solcher, die einer starken mechanischen Beanspruchung unterlagen, aufrecht erhalten.

Unter Lösung großer Schwierigkeiten wurde schrittweise eine eigene Ersatzteilproduktion in Gang gebracht. So richtete man z. B. im Stadtbezirk Berlin-Mitte eine ehemalige Schlosserei für die Herstellung von Ersatzteilen ein.

Schon 1954 begann der VEB Rheinmetall Sömmerda mit der Produktion von Ersatzteilen für die damals eingesetzten IBM - Lochkartenmaschinen. Besondere Schwierigkeiten mußten zur damaligen Zeit bei der Materialbereitstellung in der erforderlichen Zusammensetzung und Qualität überwunden werden.

Die o. g. Treuhandverwaltung bestand bis zur Aussonderung und Verschrottung der IBM - Maschinen Anfang der 60er Jahre. Mitte der 50er Jahre wurde in Karl-Marx-Stadt mit der DDR-eigenen Produktion von Magnetlochern, Magnetprüfern und Sortiermaschinen begonnen. Mit diesen Geräten konnten bei den statistisch-technischen Abteilungen der SZS bis 1960 die entsprechenden IBM - Geräte vollständig ersetzt werden.

1957 wurden die ersten in der DDR entwickelten und produzierten Tabelliermaschinen BWS 401 vom VEB Büromaschinenwerk Sömmerda zum Einsatz gebracht.

Die in der DDR produzierten Lochkartenmaschinen stellten bis zum Einsatz der EDVA R 300 Ende der 60er Jahre die tragende Technik

nicht nur für die statistischen Auswertungsarbeiten der SZS sondern für alle Bereiche der Volkswirtschaft dar.

Parallel zu diesen Entwicklungen wurde im Bereich der SZS 1950 begonnen, Lochkartentechnik von der Zentralstelle in Berlin in die Statistischen Landesämter in Dresden, Halle, Weimar und Schwerin einzusetzen und diesen Prozeß 1952 mit der Bildung der Bezirke auf die neugebildeten Bezirksstellen der Statistik auszudehnen.

Im Rahmen dieser Entwicklung konnten bis Ende 1956 mit Lochkartentechnik ausgerüstete statistisch-technische Abteilungen in den Bezirken Schwerin, Potsdam, Magdeburg, Halle, Erfurt, Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Berlin gebildet werden.

Die statistisch-technischen Abteilungen sowohl der Zentralverwaltung für Statistik in Berlin (Zentralstelle) als auch der Bezirksstellen führten neben den Auswertungen der statistischen Berichterstattungen ab Mitte der 50er Jahre auch Arbeiten für andere Einrichtungen durch (speziell für das Ministerium für Außenhandel und den Industriewarengroßhandel der DDR).

Mit Wirkung vom 1.1.1957 wurde aus den statistisch-technischen Abteilungen der VEB Maschinelles Rechnen gebildet.

Aus der statistisch-technischen Abteilung der Zentralstelle gingen die Zentrale Leitung und die Zweigstelle Berlin des VEB Maschinelles Rechnen hervor, die vorhandenen statistisch-technischen Abteilungen der Bezirksstellen wurden Zweigstellen dieses Betriebes.

Der neugebildete VEB Maschinelles Rechnen verfügte über 29 Tabelliermaschinen, darunter in Berlin zehn, und über insgesamt 612 Arbeitskräfte, darunter 90 Arbeitskräfte für Leitung und Verwaltung.

Eine besondere Bedeutung dieser Betriebsgründung lag u. a. darin, daß damit erstmalig in der DDR Datenverarbeitungsleistungen für Dritte gegen Bezahlung erbracht wurden. Bis dahin hatten die statistisch-technischen Abteilungen als haushaltsfinanzierte Einrichtungen entsprechende Leistungen erbracht.

Für die Leitung des Betriebes notwendige Planungs- und Abrechnungsmethoden, die Ermittlung von Preisen für die zu erbringenden Leistungen sind kurz vor und z. T. noch nach der Betriebsbildung von Mitarbeitern des Betriebes entwickelt worden.

Einige Zahlen sollen die Leistungen des VEB Maschinelles Rechnen im Jahre 1957 charakterisieren.

Es wurden 29,3 Mio Lochkarten gelocht, 155,3 Mill. Lochkarten tabelliert, d. h. im Durchschnitt wurde jede Lochkarte 5,2 mal tabelliert. Die durchschnittliche monatliche produktive Laufzeit pro Tabelliermaschine betrug 175 Stunden, den Spitzenwert erreichte die Zweigstelle in Schwerin mit 288 Stunden.

Berücksichtigt man, daß an den Tabelliermaschinen im unterbrochenen Zweischichtsystem gearbeitet wurde, werden die erschließbaren Reserven und die Richtigkeit der Bildung eines selbständigen volkseigenen Rechenbetriebes deutlich.

Wertmäßig umfaßten die Gesamtleistungen des VEB Maschinelles Rechnen im ersten Jahr seines Bestehens rund 3,8 Mio Mark. Das Bruttobetriebsergebnis war zunächst noch negativ und konnte stabil erst ab 1963 positiv gestaltet werden.

Den Ersatz der alten Technik durch Maschinen aus der DDR-Produktion und die notwendige Erweiterung des Maschinenparks gewährleistete man durch die Bereitstellung erheblicher staatlicher Mittel.

So wurden 1958/59 beim VEB Maschinelles Rechnen rund 15 Mio Mark investiert und dadurch u. a. die Zahl der Tabelliermaschinen von 29 auf 62 erhöht.

Damit verdoppelte sich die Zahl der eingesetzten Tabelliermaschinen in den bestehenden Zweigstellen und die 1958/59 neugebildeten Zweigstellen in den Bezirken Rostock, Frankfurt/O, Cottbus und Gera wurden mit jeweils zwei Tabelliermaschinen ausgestattet.

Über einige Probleme der Gründung einer Zweigstelle geben die im Auftrag der Betriebsparteiorganisation des VEB DVZ Gera 1980 herausgegebenen "Beiträge zur Geschichte des VEB Datenverarbeitungszentrum Gera" Auskunft.

Dort heißt es u. a.:

"Im Hinterhaus der Wilhelm-Pieck-Str. 16 entstand am 1.1.1959 die

Zweigstelle Gera des VEB Maschinelles Rechnen Berlin. Sie war die erste und lange Zeit die einzige Lochkartenstation in Gera.

Die gesamte Technik des neugegründeten Betriebes bestand aus 12 Magnetlochern und 6 Magnetprüfern. Zum Tabellieren wurden die Lochkarten von den Mitarbeitern per Bahn nach Leipzig gebracht. Später kamen 3 Sortiermaschinen und 1 Bull - Doppler hinzu. Im Oktober 1959 wurde die erste Tabelliermaschine eingesetzt."

In der Zweigstelle Gera waren 1959 33 Mitarbeiter tätig.

1959 setzte der VEB Maschinelles Rechnen die ersten elektronischen Rechner auf Relais- und Röhrenbasis ein. Vom VEB Elrema Karl-Marx-Stadt waren es die Rechner "8 x 8" und ASM 18, die multiplizierten bzw. addierten, subtrahierten und dividierten und in Verbindung mit einem Kartendoppler Einsatz fanden.

Für die Zweigstelle Berlin wurden von der Firma Bull, Frankreich, 3 Tabelliermaschinen und ein mit ihnen bzw. einem Bull - Doppler koppelbarer Rechner Gamma 3 B importiert. Mit diesem Rechner, dem 1960 ein zweiter folgte, konnte speziell durch den Ausdruck von Prozentangaben auf den Ergebnislisten für die Zentralverwaltung für Statistik eine höhere Qualität, insbesondere eine erhebliche Arbeitszeiteinsparung für die Mitarbeiter der Statistik erreicht und die Auswertungsarbeit erleichtert und qualifiziert werden.

Ergänzend zum Ausbau der Lochkartentechnik und der maschinellen Aufbereitungen für die Zentralverwaltung für Statistik und ihre Bezirksstellen wurden 1958 in allen Zweigstellen sogenannte Rechengruppen gebildet.

Aufgabe dieser Rechengruppen war es, Auswertungs- und Rechenarbeiten, die bis dahin von Mitarbeitern der Fachreferate der Bezirks- und der Zentralstelle der Zentralverwaltung für Statistik selbst durchgeführt wurden, auf mechanischen und elektrischen Tischrechenmaschinen zentralisiert und damit effektiver auszuführen.

Einem Bericht über die Bildung der manuellen Rechengruppe beim VEB Maschinelles Rechnen - Zweigstelle Dresden vom 12.2.1958 ist zu entnehmen:

Die Rechengruppe in der Zweigstelle Dresden wurde per 1.3.1958 mit 4 Mitarbeitern gebildet, von denen 2 von der Bezirksstelle

und 2 von der Zweigstelle gestellt waren. Die Gruppe war mit 1 Buchungsmaschine, 3 Additionsmaschinen und 1 Halbautomaten ausgerüstet. In einer Anlage dieses Berichtes sind 55 statistische Berichterstattungen aufgeführt, die von der Rechengruppe bearbeitet werden sollten.

Die Bildung und der Aufbau der Rechengruppen war damals von großer Bedeutung für die Arbeit der Organe der Statistik. Die begrenzt vorhandenen mechanisierten Rechenmaschinen wurden mit ihrer Hilfe besser ausgenutzt und die Mitarbeiter der Statistik von Routine-rechnungen entlastet.

Ende der 60er Jahre erfolgte schrittweise der Abbau und die spätere Auflösung der Rechengruppen auf Grund von Veränderungen im statistischen Berichtswesen und des Einsatzes von elektronischen Daten-verarbeitungsanlagen.

Speziell in den Jahren 1960/61 wurden eine Reihe grundlegender Arbeiten zur Durchsetzung einer höheren Effektivität der Arbeit geleistet, die sich u. a. in einer Verkürzung der Termine für die Ergebnisbereitstellung gegenüber der Statistik niederschlugen. Vorschriften zur rationellen Gestaltung der Arbeitsabläufe für Auf-bereitungsarbeiten konnten entwickelt und Arbeitsnormen für das Lochen, Prüfen, Sortieren, Doppeln und Tabellieren erarbeitet werden.

Die enorme Bedeutung dieser Arbeiten wird daran erkennbar, daß es bis 1961 in den Zweigstellen des VEB Maschinelles Rechnen nur wenige Technologen (in heutigen Begriffskategorien Organisatoren und Programmierer) gab und die durchzuführenden Arbeiten ohne fest fixierte Regeln entsprechend dem jeweiligen Kenntnisstand vorbereitet wurden. Die insgesamt guten Ergebnisse waren Ausdruck dafür, daß hier mit großer Einsatz- und Leistungsbereitschaft gearbeitet wurde.

Lediglich die zentrale Leitung verfügte 1960 bereits über etwa 10 Technologen, die speziell die in der Zweigstelle Berlin zu realisierenden Arbeiten für die Zentralstelle der Zentralverwaltung für Statistik projektierten und vorbereiteten.

Ab 1961 fanden zielgerichtet Technologen in den Zweigstellen Einsatz, mit deren Hilfe schrittweise einheitliche technologische

Arbeitsunterlagen durchgesetzt wurden.

Die Normungsrichtlinien für das Lochen und Prüfen waren eine wichtige Grundlage für die ab 1962 beginnende Durchsetzung einheitlicher Gestaltungsprinzipien für Formblätter der Statistik, die weitgehend auch heute noch üblich sind.

Neben rein organisatorischen Arbeiten zur Erhöhung der Effektivität verwirklichte der VEB Maschinelles Rechnen mit seinen Zweigstellen auch vorteilhafte technisch-organisatorische Lösungen zur Realisierung der steigenden Anforderungen an die Informationstätigkeit der SZS. Bereits damals wurden von der Zentralverwaltung für Statistik wichtige Kennziffern der Plandurchführung in der Industrie monatlich erfaßt, aggregiert und kontrolliert und die Ergebnisse der Partei- und Staatsführung übergeben.

Zur Beschleunigung der Ergebnisgewinnung erfolgte die Darstellung der Daten nach der Korrektur von Fehlern und einer Verdichtung nach vorgegebenen Merkmalen in den Zweigstellen des VEB Maschinelles Rechnen auf Lochstreifen, die mittels Fernschreiber zur Zweigstelle Berlin gesandt und dort wieder auf einen Lochstreifen ausgestanzt worden sind. Diese Lochstreifen wurden auf Bull - Motorlochern, die mit speziell zu diesem Zweck importierten Lochstreifenlesern ausgerüstet worden waren, in Lochkarten umgesetzt. Mit diesen Lochkarten gewann man entsprechend den vorgegebenen Projekten über Sortier- und Tabelliermaschinen die geforderten Ergebnisse. Diese erhebliche Transportzeiten einsparende Technologie fand etwa 2 Jahre Anwendung. Erst als für zentrale Auswertungen eine höhere Detaillierung der Daten erforderlich wurde, konnte die Übertragung des gewaltig gestiegenen Datenvolumens über das relativ langsam arbeitende Telexnetz nicht mehr effektiv realisiert werden.

Die überaus positiven Ergebnisse der Entwicklung des VEB Maschinelles Rechnen in den ersten Jahren seines Bestehens waren Ausgangspunkt für eine zunehmende Beschleunigung des Entwicklungstempos dieses Betriebes.

Mit der Bereitstellung von Tabelliermaschinen aus der DDR-Produktion vom Typ BWS 401 und ab 1964 vom Typ BWS 402 war es möglich, die Zahl der eingesetzten Tabelliermaschinen im VEB Maschinelles Rechnen bis 1965 auf 102 zu erhöhen. Auch der übrige Maschinenpark wurde komplet-

tiert. 1965 waren 45 Kartendoppler im Einsatz, fast ausschließlich Importe aus Frankreich. (Zu den Dopplern sei vermerkt, daß sie seit Ende der 60er Jahre weltweit nicht mehr produziert jedoch auch heute, 1983, noch benötigt werden. Daher sind noch heute im Kombinat Datenverarbeitung etwa 30 dieser seit damals eingesetzten Doppler in Betrieb).

Die Zahl der bereits erwähnten Rechner ASM 18 stieg von 3 im Jahre 1959 auf 30 im Jahre 1965. Der Einsatz der ASM 18 erfolgte fast ausschließlich gekoppelt mit Dopplern. Die Operanden konnten dabei von den Lochkarten abgelesen und die Resultate wieder in Lochkarten, meist dieselben, gestanzt werden. Die Warenproduktion wurde im Zeitraum von 1957 bis 1965 auf 637 % erhöht. Die Arbeitskräfte entwickelten sich im gleichen Zeitraum von 612 auf 2258, die Arbeitsproduktivität auf 167 %.

Mit dem Wirksamwerden der Zweigstelle Neustrelitz, Bezirk Neubrandenburg, im Jahre 1962 gab es in allen Bezirken Zweigstellen des VEB Maschinelles Rechnen.

Im Jahre 1963 begann in Berlin der Aufbau einer zweiten Zweigstelle des VEB Maschinelles Rechnen, Berlin II. Sie wurde speziell für die Auswertung der Daten der Volks- und Berufszählung 1964 geschaffen. Ihre erste Bewährungsprobe bestand die Zweigstelle Berlin II bei der Auswertung der damals durchgeführten Umbewertung der Grundmittel in der DDR.

Um eine schnelle und effektive Auswertung der Zählungsdaten zu gewährleisten, wurden elektronische Kleinrechenanlagen Gamma 10 aus Frankreich importiert.

Die Ablochung der Zählunterlagen der Volks- und Berufszählung 1964 erfolgte 1965 in den Zweigstellen des VEB Maschinelles Rechnen in den jeweiligen Bezirken, deren maschinelle Auswertung bis Ende 1967 in der Zweigstelle Berlin II.

1963 wurde im Bezirk Suhl mit dem ersten Neubau einer Zweigstelle des VEB Maschinelles Rechnen begonnen. Im Beisein der Direktoren der Zentralen Leitung und aller Zweigstellenleiter konnte dieser erste Neubau 1965 feierlich eingeweiht werden.

Zur Vorbereitung der Anwendung der EDVA bildete die Zentrale

Leitung des VEB Maschinelles Rechnen im Jahre 1964 eine Abteilung Elektronische Datenverarbeitung, der zunächst 15 Mitarbeiter angehörten.

Diese Abteilung hatte einen wesentlichen Anteil am schnellen und effektiven Einsatz der Klein-EDVA Bull - Gamma 10 und an der Vorbereitung des Einsatzes der EDVA R 300.

Mit der schnellen Entwicklung des Betriebes wurde eine zielgerichtete Aus- und Weiterbildung immer dringender.

So wurde im Schulungsheim der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik 1963 mit der Ausbildung von Technologen begonnen. Um den steigenden Bedarf an qualifizierten Mitarbeitern decken zu können, erfolgte 1965 der Beginn einer systematischen Ausbildung von Facharbeitern für Datenverarbeitung. Das Berufsbild dieses Facharbeiters wurde vom VEB Maschinelles Rechnen ausgearbeitet, die Ausbildungsstätten für die theoretische und praktische Ausbildung der Lehrlinge für die gesamte Volkswirtschaft konnten schrittweise aufgebaut werden.

Der VEB Maschinelles Rechnen hatte bis 1964 eine solche qualitative und quantitative Entwicklung genommen, daß 1965 die Vorbereitungen zur Bildung ökonomisch selbständiger volkseigener Rechenbetriebe in den Bezirken und einer Vereinigung volkseigener maschineller Rechenbetriebe begonnen werden konnten.

Autor: Klaus Schwedler (VE Kombinat Datenverarbeitung)

Quellen: MdI. Information des ehemaligen BD des VEB MR Berlin, Kurt Dessau, Kennziffernübersicht "10 Jahre VEB MR 1957-67", eigene Artikel, Unterlagen und Kenntnisse des Autors.